

Geschwister-Scholl Institut für politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität

München

# **Die gerechtigkeitstheoretischen Grundlagen der politischen Begriffe „links“ und „rechts“**

**Inauguraldissertation**

eingereicht von

Georg Fichtner

Matrikel-Nr.: 28204876

Meinen Eltern gewidmet

Erstkorrektor: Prof. Dr. Manuel Knoll  
Zweitkorrektor: Prof. Dr. Karsten Fischer

Datum der mündlichen Prüfung: 27. Juli 2012

„Was anderes sind also Reiche, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt,  
als große Räuberbanden?“<sup>1</sup>

Aurelius Augustinus

---

<sup>1</sup> Aurelius Augustinus: Vom Gottesstaat. München: dtv Verlag, 1977 S.173.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>2 Das Streben nach Gleichheit versus Präferenz der Ungleichheit .....</b>	<b>8</b>
2.1 Der grundlegende Gegensatz zwischen Egalitarismus und Non-Egalitarismus .....	8
2.2 Zum Stand der Forschung .....	18
2.3 Abstufungen innerhalb des (non-)egalitaristischen Denken .....	19
<b>3 Philosophische Positionen zur sozialen Gerechtigkeit.....</b>	<b>22</b>
3.1 Egalitaristen .....	22
3.1.1 John Rawls.....	23
3.1.2 Richard Arneson .....	29
3.1.3 Stefan Gosepath .....	33
3.2 Non-Egalitaristen.....	38
3.2.1 Friedrich Nietzsche .....	38
3.2.2 Robert Nozick.....	45
3.2.3 Harry Frankfurt.....	50
<b>4 Norberto Bobbio – Übergang von der theoretischen Debatte zum empirischen Teil .....</b>	<b>54</b>
<b>5 Soziale Gerechtigkeit in der BRD – Begriffliche und empirische Annäherung.....</b>	<b>61</b>
5.1 Zur Begriffsgeschichte der sozialen Gerechtigkeit .....	62
5.2 Gesellschaftliche Beziehungsformen und soziale Gerechtigkeit .....	65
5.3 Studien und Zahlen zur Thematik.....	69
5.3.1 Experimente zur Egalitarismusforschung .....	71
5.3.2 Umfragen und Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit.....	77
5.3.3 Zustimmung zum Egalitarismus und Individualismus.....	80
5.3.4 Das Sozialwesen in Deutschland.....	87
5.3.5 Empirische Daten zur Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland unter Parlamentariern.....	90

<b>6 Historischer Exkurs: Gerechtigkeitsvorstellungen im Nationalsozialismus (1933–1945)</b> .....	<b>101</b>
6.1 Rassistische Vorstellungen, die Ungerechtigkeit legitimieren .....	103
6.1.1 Hitlers rassistisch-elitäres Denken .....	103
6.1.2 Kulturschaffende Völker .....	104
6.1.3 Kulturtragende Völker .....	107
6.1.4 Kulturzerstörende Völker .....	108
6.2 Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ bei Hitler .....	110
6.3 Rosenbergs Vorstellungen .....	112
6.4 Goebbels Ansichten .....	114
6.5 Konsequenz aus der grundlegenden Ungleichheit der Menschen .....	117
6.6 Recht unter dem Hakenkreuz .....	119
6.6.1 Juristen als Helfer des Bösen .....	119
6.6.2 Nürnberger Gesetze – Recht ohne Gerechtigkeit .....	121
6.7 Zusammenfassung der NS-Gerechtigkeitsvorstellung .....	123
<b>7 Gerechtigkeitsvorstellungen in den deutschen Parteien nach dem 2. Weltkrieg</b> .....	<b>125</b>
7.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands .....	127
7.1.1 Geschichte der SPD bis 1945 .....	128
7.1.2 Die SPD seit 1945 .....	132
7.2 Bündnis 90/Die Grünen .....	148
7.3 DIE LINKE .....	158
7.4 CDU/CSU .....	170
7.5 FDP .....	185
<b>8 Abschließende Betrachtung</b> .....	<b>198</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>202</b>
<b>Internetquellen</b> .....	<b>209</b>
<b>Zeitschriften und Zeitungen</b> .....	<b>215</b>
<b>Eidesstattliche Versicherung</b> .....	<b>216</b>

# 1 Einleitung

Seit den Ursprüngen der Philosophie stellt der Diskurs über die Gerechtigkeit eines der zentralen Themen dieser Disziplin dar. In der Antike wurde gerechtes Handeln als Voraussetzung für die Erreichung eines guten und glücklichen Lebens angesehen. Im Mittelalter wurde vor allem der Glaube an Gott als Mittel angesehen, um ein gerechtes Leben zu führen. Mit der Aufklärung begannen die Menschen, erneut die Frage danach zu stellen, was ein gerechtes Leben sei, und sie glaubten nun, dass es in der Eigenverantwortung der Menschen liege. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts schließlich erlebt die gesellschaftliche Gerechtigkeitsdebatte eine wahrhafte Renaissance. Die Frage, ob es gerecht ist, dass Manager Millionen verdienen, dass der Staat Menschen in Not finanziell unterstützt und dass viele nur in geringem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, dominiert die gesellschaftlichen Diskurse. „Ist Ungleichheit per se ungerecht?“, wird oftmals gefragt.

Ist es nicht ein Übel, dass dem Leben unzähliger Menschen im Vergleich zum Leben anderer von Geburt an automatisch nur ein drastisch eingeschränktes Spektrum von Möglichkeiten zuteilwird, wie Thomas Nagel es formuliert?<sup>2</sup> Sollten nicht alle Menschen den gleichen Besitz haben? Oder verhält es sich etwa so, wie Norbert Bolz schreibt, dass die größte Gefahr für die moderne Gesellschaft von denen ausgeht, die allzu sozial sind?<sup>3</sup> Bereits Alexis de Tocqueville weist in seinem Werk „Über die Demokratie in Amerika“ bereits Mitte des 19. Jahrhunderts auf die Gefahr hin, dass der Wunsch nach Gleichheit von einem Despoten dazu missbraucht werden kann, die Bevölkerung zu unterdrücken.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Nagel, Thomas: Eine Abhandlung über Gleichheit und Parteilichkeit. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, 1994, S. 44.

<sup>3</sup> Vgl. Bolz, Norbert: Diskurs über die Ungleichheit. München: Wilhelm Fink Verlag, 2009 S. 171.

<sup>4</sup> Vgl. De Tocqueville, Alexis: Über die Demokratie in Amerika. München: dtv, 1976 S. 521.

Die Sowjetunion oder andere kommunistische diktatorische Staaten sind beredtes Beispiel für dieses Szenario.

Die vorliegende Dissertation möchte einen Beitrag zur Diskussion um die soziale Gerechtigkeit im Deutschland des 20. und 21. Jahrhunderts leisten. Da trotz der zunehmenden Macht globaler Unternehmen die Parteien immer noch die gesellschaftlichen Akteure sind, die eine Gesellschaft und deren Gesetze entscheidend mitgestalten, sollen ihre Programme unter einer gerechtigkeits-theoretischen Perspektive untersucht werden. Die Arbeit konzentriert sich dabei auf die im Bundestag vertretenen Parteien, da – zumindest formal – nur diese konkret in das Leben der Menschen eingreifen können. Unter der Perspektive zweier antagonistischer Gerechtigkeitsvorstellungen werden ihre gesellschaftlichen Ansichten dargestellt. Da die Entwicklung der Bundesrepublik und ihres doch gemäßigt egalitären<sup>5</sup> politischen Systems in direktem Zusammenhang mit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft steht, soll in einem Exkurs auch die Gerechtigkeitsvorstellung in einem ungerechten System, hier in Deutschland während des sogenannten Dritten Reichs, erläutert werden. Als radikaler Kontrast zur Bundesrepublik erscheint die Gerechtigkeitsvorstellung im Nationalsozialismus als extremste Ausprägung des Non-Egalitarismus und hat damit direkten Bezug zum Thema.

Im Sinne der Zielsetzung einer Verknüpfung theoretischer Grundlagen, empirischer Daten und konkreter Politik sollen, in einem ersten Schritt, die unterschiedlichen theoretischen Ansätze zur Erklärung und Bestimmung der Gerechtigkeit in der aktuellen Debatte dargelegt werden. Die zentralen Leitbegriffe in dieser Arbeit bilden Egalitarismus – vereinfacht verstanden als das Bestreben, Gleichheit herzustellen – und Non-Egalitarismus – das Bestreben, vorhandene Güter in Einklang mit den bestehenden Ungleichheiten zu verteilen – beziehungsweise der Gegensatz zwischen diesen beiden Positionen. Wenngleich die heutigen Anforderungen an Gerechtigkeit keine so radikal unterschiedlichen Konzepte wie etwa die Rechtfertigung der Sklaverei oder des Massenmordes

---

<sup>5</sup> Auf den Begriff Egalitarismus wird noch ausführlich eingegangen. Hier wird er im Sinne von grundlegender Gleichheit der Menschen verstanden, normiert z. B. in Artikel 3 GG.

beinhalten, so bestehen dennoch deutliche inhaltliche Differenzen in der Auslegung des Begriffs. Auf der einen Seite steht der Glaube an die Gerechtigkeit der Umverteilung, auf der anderen Seite die Ansicht, es sei nur gerecht, über das selbst erwirtschaftete auch möglichst frei zu verfügen. Auch die Einstellung, Zwangseingriffe von Seiten des Staates seien per se abzulehnen, ist ein Charakteristikum einer non-egalitaristischen Denkweise.

Grundsätzlich haben sich zwar die Gerechtigkeitsvorstellungen von den ursprünglich radikalen Positionen zu mehr Mitmenschlichkeit entwickelt, dennoch findet sich im Denken der Gegenwart noch der Grundgedanke der Verschiedenheit bzw. Gleichheit der Menschen. Der theoretische Unterbau zu der Frage nach dem Menschenbild und den unterschiedlichen Gerechtigkeitsauffassungen wird von Philosophen wie Robert Nozick oder John Rawls geliefert und von Parteien in die Gesellschaft und Politik transferiert. Diese Abstufungen in der Programmatik der Parteien, zum Beispiel im Rahmen der Hochschätzung individueller Leistung und der möglicherweise daraus resultierenden Geringschätzung Nichtleistender, sollen dargelegt werden. Anhand einer Horizontalachse gilt es dann, die deutschen Parteien als egalitaristisch bzw. non-egalitaristisch einzuordnen. Norberto Bobbio hat für diese Horizontalachse bereits grundlegende Forschungen geleistet, unter anderem mit seiner These, dass die Parteien eben durchaus noch in „links“ und „rechts“ unterschieden werden können. Links wird hier im Sinne einer eher egalitaristischen Anschauung verstanden und rechts im Sinne des Non-Egalitarismus.

Der Fokus der Untersuchung liegt daher auf dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist schwer zu fassen und Gegenstand politischer und philosophischer Diskussionen. In dieser Arbeit wird hierunter die Zugangsmöglichkeit der Menschen in einem Staat zu Ämtern, materiellen Gütern und Bildungschancen verstanden. Dies erscheint eine wertneutrale Definition und korrespondiert mit den Grundsätzen von John Rawls, ohne jedoch dem Streben nach Gleichheit oder der Betonung von Ungleichheit den Vorzug zu geben. Soziale Gerechtigkeit ist eng mit der sozialen Frage verbunden, also der Auseinandersetzung mit sozialen Gegebenheiten bzw. Schwierigkeiten, die insofern als grundlegend problematisch angesehen werden, als sie



aus Sicht bestimmter Betrachter den Bestand der Gesellschaft gefährden. Ferner werden Umfrageergebnisse zum Thema Gerechtigkeit und auch Versuche dargestellt, welche gesellschaftlichen Bedingungen die Menschen als gerecht empfinden und ob dem Menschen eher egalitaristische oder non-egalitaristische Ansichten innewohnen. Es gibt eine Reihe weiterer Unterpunkte der Gerechtigkeit, wie geschlechtsspezifische Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder Gerechtigkeit zwischen Nationen, auf die in dieser Arbeit nicht eingegangen werden kann. Die konkrete Fragestellung beschränkt sich auf die soziale Gerechtigkeit und deren Umsetzung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Der Ansatz der Betrachtung ist dabei die Makroebene. Gesellschaftliche Gegebenheiten und Wünsche werden nicht aus der Perspektive des Subjekts beschrieben, sondern allgemein betrachtet, zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen und deren Ansatz beim Steuersystem, dem Rentensystem oder der Mindestlohndebatte. Es werden die entsprechenden Positionen der Parteien herausgearbeitet, um festlegen zu können, inwieweit welche Partei welcher Gerechtigkeitstheorie zuzurechnen ist. Die Ergebnisse spiegeln personenneutral die Auffassung einer größeren Gruppe wider. Bei den Parteiprogrammen spielen zwar durchaus auch subjektive Interessen der Parteimitglieder, insbesondere der politischen Führungspersönlichkeiten, eine Rolle, aber es handelt sich stets um eine Gruppe von Individuen, die ihre Vorstellungen artikuliert. Insofern sind auch nur gemeinsame Äußerungen für die gesamte Gesellschaft relevant. Ebenso verhält es sich mit politischen Akteuren, deren persönliche Meinung zwar in deren Reden mit einfließt, die jedoch im Grunde Wortführer und Sprecher einer bestimmten gesellschaftlichen Überzeugung sind.

Um die skizzierte Forschungsfrage beantworten zu können, werden im ersten, dem theoretischen Teil die philosophischen Vorstellungen unter dem Gesichtspunkt des Antagonismus zwischen Egalitarismus und Non-Egalitarismus dargestellt. Anhand einzelner Philosophen wird den unterschiedlichen Vorstellungen nachgegangen. Als wirkungsmächtigster Vertreter des Egalitarismus kann der schon genannte John Rawls gesehen werden. Demgegenüber gilt etwa Robert

Nozick als Verfechter des Non-Egalitarismus, der sagt, Steuern zu zahlen sei mit Zwangsarbeit gleichzusetzen. Oder noch extremer Friedrich Nietzsche, der die Gleichheit der Menschen als widernatürlich betrachtet.

Im zweiten, empirischen Teil der Arbeit soll eine Entsprechung der theoretischen, philosophischen Grundlagen in der Bevölkerung und in der konkreten Formulierung seitens der Politik und in den Parteiprogrammen herausgearbeitet werden. Umfangreiche Studien dazu hat die Bertelsmann Stiftung geliefert, die insbesondere Parlamentarier zu ihren Gerechtigkeitsvorstellungen befragt hat. Auch allgemein zugängliche Umfragewerte wie die der International Social Justice Projects oder der CIA zeigen, welche Gerechtigkeitsvorstellung den Deutschen entspricht. Ferner wird auch auf psychologische Versuche wie das Frohlich-Oppenheimer-Experiment eingegangen, die beweisen dass Menschen am ehesten einen gemäßigten Non-Egalitarismus favorisieren. Insgesamt besteht gerade im empirisch-psychologischen Forschungsbereich Bedarf an zusätzlicher Forschung. Dies ist aber nicht Aufgabe der Politikwissenschaft, sondern vielmehr der Psychologie.

Die in dieser Arbeit durchgeführte Verknüpfung zwischen theoretischer Formulierung und Darstellung von Gerechtigkeitsansätzen und deren empirische Überprüfung in der Tagespolitik und Parteiprogrammatik ist neu und wurde in dieser Form, soweit bekannt, noch nicht durchgeführt.<sup>6</sup> Diese Arbeit stellt somit eine Verknüpfung zwischen Politischer Theorie und praktischer Politik dar.

---

<sup>6</sup> Vgl. hierzu Manuel Knoll, der meine Forschungen zu diesem Thema angeregt hat. Knoll, Manuel: Aristokratische oder Demokratische Gerechtigkeit. Die politische Philosophie des Aristoteles und Martha Nussbaums egalitaristische Rezeption. Wilhelm Fink Verlag, 2009, S. 16 (Einleitung) und Kapitel 15, insbesondere S. 314.

## **2 Das Streben nach Gleichheit versus Präferenz der Ungleichheit**

### **2.1 Der grundlegende Gegensatz zwischen Egalitarismus und Non-Egalitarismus**

Auf die Frage, was gerecht ist und was demgegenüber als ungerecht erachtet werden kann bzw. soll, versuchen die herausragendsten Denker der Welt seit Jahrhunderten, eine Antwort zu finden. Das Spektrum der Vorstellungen über Recht und Gerechtigkeit reicht vom Rechtspositivismus über Effizienz und Ökonomietheorie<sup>7</sup> bis hin zu normativ geprägten Ansätzen.

Ein sehr interessanter Ansatz zur Erfassung der Gerechtigkeit ist das Denken im sogenannten Egalitarismus und Non-Egalitarismus. Die Ideen, die diesen Begrifflichkeiten zugrunde liegen, wurden bereits in der Antike formuliert. Auf der einen Seite stehen die Egalitaristen, auf der anderen Seite diejenigen, die den Wunsch nach Gleichheit ablehnen. Die Begriffe Egalitarismus und Non-Egalitarismus besitzen ein außerordentlich breites begriffliches Fassungsvermögen und haben daher für die Wissenschaft einen besonderen Wert. Unter diesen Oberbegriffen lassen sich zahlreiche Gerechtigkeitsvorstellungen subsumieren. Innerhalb des Spektrums der jeweiligen Gerechtigkeitsvorstellung gibt es eine große Bandbreite an Vorstellungen über die erstrebte gerechte Ordnung. Dies birgt jedoch die Gefahr einer gewissen gedanklichen Unschärfe. Daher erscheint es sinnvoll, eine allgemeine Definition für diese Begrifflichkeiten in ihrer Reinform zu geben.

---

<sup>7</sup> Diese Theorie besagt, dass der Maßstab für die Rechtsetzung die Mehrung des gesamtgesellschaftlichen Wohls sein sollte. Das Bewertungskriterium hinsichtlich dessen, ob eine rechtliche Norm als gut oder schlecht anzusehen ist, ist die Frage, ob sie effizient im Sinne einer ökonomischen Vernunft ist. Dies kann zu Kollisionen mit normativen Rechtswerten führen. Dazu ausführlich: Calabresi, Guido: „Some Thoughts on Risk Distribution and the Law of Torts“. In: Yale Law Journal 70, 1961, S. 499; Coase, Ronald: The Firm, the Market and the Law, Chicago: University of Chicago Press 1988, S. 95ff., 157ff.

Im Folgenden soll zuerst das allgemein als egalitaristisch angesehene Denken beleuchtet werden, im Anschluss daran das landläufig als non-egalitaristisch bezeichnete Denken. Die jeweilige Definition soll für den weiteren Umgang mit den beiden Begriffen als gültig betrachtet werden.

Zentrales Charakteristikum der Diskussion ist die Frage der Gleichheit bzw. Gleichbehandlung. In dieser zentralen Frage stehen sich die zwei Gerechtigkeitsvorstellungen kontradiktorisch gegenüber. Die angesprochene Gleichbehandlung betrifft alle Aspekte des menschlichen Zusammenlebens, angefangen bei der steuerlichen Veranlagung, der Frage einer Behandlung vor Gericht, der Frage des Zusammenlebens von Mann und Frau oder der politischen Gleichheit. Im Folgenden liegt der Arbeitsfokus auf der sozialen, materiellen Gleichheit, das heißt der Frage nach der gerechten Verteilung von Gütern. Diese reicht weit über die im allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankerten Rechtsnormen hinaus. Der Anwendungsbereich des Gesetzes liegt hauptsächlich im Arbeitsrecht sowie im Zugang zu Bildung und staatlichen Transferleistungen.

Im allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird in § 1 als Ziel des Gesetzes genannt, Benachteiligungen aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Hier darf es keine Diskriminierung geben. Die Idee des Egalitarismus bezieht sich jedoch auf das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben und hat eine grundlegende Gleichheit aller Menschen zum Ziel. Dabei reicht es nicht, nur den Kreis der Berechtigten festzulegen, wobei das Gesetz deutliche egalitaristische Tendenzen aufweist und auch großer Kritik ausgesetzt war. Im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit wird dies genauer untersucht.

Der Grundsatz des reinen Egalitarismus lautet: *Jedem das Gleiche, Gleiches Recht für alle* oder auch selbstverständlich *One man to count for one and no*

*one for more than one.*<sup>8</sup> Dies bedeutet, dass die zur Verfügung stehenden Güter gleichmäßig auf alle Berechtigten verteilt werden sollen. Jeder soll einen numerisch gleich großen Anteil erhalten. Dies kann durch eine ausgleichende Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter geschehen und durch eine umfangreiche Staatstätigkeit im Bereich der sozialen Sicherung. Ferner müssen die Menschen in die Lage versetzt werden, die in ihnen schlummernden Fähigkeiten und Potentiale zu verwirklichen. Martha Nussbaum legt eine Liste von zehn grundlegenden Fähigkeiten<sup>9</sup> vor, die bei den Menschen verwirklicht sein müssen, um ein wahrhaftes menschliches Leben zu führen. Zentrale Kategorien sind: Leben, körperliche Integrität, die Fähigkeit zum Erleben von Gefühlen, Zugehörigkeit oder Spiel. Dementsprechend schreibt sie: *„Bei einem Leben, dem eine dieser Fähigkeiten fehlt, [kann; Erg. G. F.] ernsthaft bezweifelt werden [...], ob es ein wirklich menschliches ist.“*<sup>10</sup> Die Fähigkeiten sind konstitutiv für das Erreichen gewisser Positionen, da erst durch die Befriedigung der fundamentalen menschlichen Bedürfnisse Zeit und Kraft vorhanden ist, um eine gewisse Stellung zu erreichen. Die materiellen und sozialen Umstände müssen die Menschen also in die Lage versetzen, ihre Potentiale vollkommen auszuschöpfen. Zum Beispiel hat ein Slumbewohner eine weitaus schlechtere Chance, sein Potential zu nutzen bzw. zu entfalten, als ein wohlsituerter Mensch. *„Nussbaums Fähigkeiten-Ansatz leitet aus dem Sein von Potentialitäten die moralische und letztlich auch die politische Forderung ab, dass sie verwirklicht werden.“*<sup>11</sup> Es obliegt dem Staat, den Menschen zu ermöglichen, dass sie ihre Fähigkeiten voll und ganz ausschöpfen. Zu diesem Zweck sind sämtliche Hindernisse, die dem entgegenstehen könnten, abzubauen.

---

<sup>8</sup> Vgl. Herwig, Dagmar: Gleichbehandlung und Egalisierung als konkurrierende Modelle von Gerechtigkeit. München: Wilhelm Fink Verlag, 1984, S. 37.

<sup>9</sup> Die Liste des Fähigkeiten-Ansatzes (*Capability Approach*) von Martha Nussbaum ist eine Aufzählung grundlegender menschlicher Bedürfnisse, die verwirklicht werden sollten. Sie lassen sich als Rechte an der eigenen Personen zusammenfassen. Der Mensch soll in einer intakten Umwelt gesund und selbstbestimmt über sein Leben verfügen können.

<sup>10</sup> Nussbaum, Martha: „Der aristotelische Sozialdemokratismus“. In: Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.): Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999, S. 58.

<sup>11</sup> Knoll: Aristokratische oder Demokratische Gerechtigkeit, a. a. O., S. 254.

Der Egalitarismus geht von einer Gleichheit der Menschen aus. Letztere werden nicht in Relation zu andern gesehen, sondern als homogene Gattung betrachtet. Eine qualitative, wertende Beziehung zwischen den Menschen wird im Egalitarismus nicht gesetzt. Egalitaristen schreiben der Gleichheit einen intrinsischen Wert zu.<sup>12</sup> Ungleichheit führt automatisch dazu, dass einzelne Menschen schlechter gestellt werden als andere. Dies ist in den Augen von strikten Egalitaristen ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit. Das einigende Band zwischen den Menschen ist ihre Eigenschaft des Menschseins. Der Egalitarismus verzeichnet keine Unterschiede der Menschen hinsichtlich ihrer Physiognomie, ihrer Herkunft oder ihres Intellekts. Die biologische Eigenschaft des Menschseins und die daraus abgeleiteten moralischen Verpflichtungen sind der Maßstab für Egalitaristen. Dies legitimiert die geforderte Gleichbehandlung. Der gesellschaftliche Status respektive das Ansehen einer Person sind demnach irrelevant. Eine Vorzugsbehandlung zum Beispiel aufgrund eines erblichen Adelstitels oder eines politischen Mandats würde von den Egalitaristen als nicht gerechtfertigt angesehen.

Wolfgang Kersting spricht im Zusammenhang mit den Ansichten des Egalitarismus von „*tiefer Chancengleichheit*“.<sup>13</sup> Tiefe Chancengleichheit<sup>14</sup> bedeutet, dass die sozioökonomischen Ungleichheiten, für welche die Menschen aufgrund ihrer familiären Herkunft nichts können, durch eine kompensatorische Umverteilung ausgeglichen werden. „*Der Sozialstaat wird zur Zweitschöpfung, welche die Verteilungsentscheidungen der Erstschöpfung korrigiert.*“<sup>15</sup> Dieser Anspruch an den ausgleichenden Sozialstaat führt zu gravierenden Eingriffen in das Freiheits- und Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Alles, was man den Schwächeren gibt, muss erst einmal erwirtschaftet werden. Dies führt in Konse-

---

<sup>12</sup> „That is, egalitarians value equality because they take it to be good in itself“. Holtug, Nils: „Prioritarianism“. In: Holtug, Nils/Lippert-Rasmussen, Kasper (Hrsg.): *Egalitarianism. New Essays on the Nature and Value of Equality*. Oxford: Oxford University Press, 2007.

<sup>13</sup> Kersting, Wolfgang: *Die Bedeutung der Gerechtigkeit*. München: Roman Herzog Institut e. V. 2010, S. 24.

<sup>14</sup> Flache Chancengleichheit bedeutet lediglich, dass die Menschen grundsätzlich die Fähigkeit haben müssen, alle Ämter und Positionen zu erlangen, für die sie qualifiziert sind.

<sup>15</sup> Kersting: *Die Bedeutung der Gerechtigkeit*, a. a. O., S. 26.

quenz dazu, dass Leistungsträger in ihren individuellen Freiheitsrechten und dem Anspruch auf Erhalt ihres ihnen durch Arbeit zustehenden Einkommens beschnitten werden. Dies kann bedeuten, dass zum Beispiel ein intellektuell weniger leistungsfähiges Kind aus einer sozial schwächeren Familie auf Kosten einer „Mittelstandsfamilie“ alimentiert werden muss, da *jedes* Kind zu Beginn seiner Karriere die gleichen Chancen haben muss. Dies geht möglicherweise zu Lasten des hochbegabten Kindes aus einer sozial stärkeren Familie, da diesem dann nicht die Förderung zu Teil werden kann, die es bräuchte, um sein geistiges Potential voll auszuschöpfen. Grundsätzlich geht Chancengleichheit jedoch nicht so weit wie absolute Verteilungsgleichheit, wie sie manche Utopien wie der Kommunismus fordern. Chancengleichheit betrachtet die Startbedingungen von Menschen, während Verteilungsgerechtigkeit eher eine statische Gesellschaft manifestiert.

Das Wort „Egalitarismus“ stammt etymologisch aus dem Lateinischen und leitet sich vom Begriff *aequalis/aequus* ab. Wörtlich übersetzt bedeutet *aequus* „gleich“ (franz. *Égalité*: Gleichheit). Für die absolute Gleichheitsvorstellung des Egalitarismus werden teilweise auch andere Bezeichnungen verwendet. Häufige Synonyme sind: arithmetische, mathematische, numerische, quantitative oder schematische Gleichheit.

Die unterschiedlichen Vorstellungen von Gleichheit und die Problematik des Themas begleiten das menschliche Reflektieren seit Anbeginn des Nachdenkens über das menschliche Zusammenleben. Von Platon und Aristoteles wurde die totale Gleichheit eher als Zeichen einer „entarteten“ Gesellschaftsordnung angesehen. Aristoteles schreibt über die Gleichheit:

*„So scheint etwa die Gleichheit gerecht zu sein, und sie ist es auch, aber nicht unter allen, sondern nur unter den Ebenbürtigen. Und ebenso scheint die Ungleichheit gerecht zu sein, und ist es auch, aber unter den Unebenbürtigen.“<sup>16</sup>*

---

<sup>16</sup> Aristoteles: Politik. 10. Auflage. München: dtv, 2006, S. 116, Drittes Buch/1280 a11.

Diese proportionale Gerechtigkeitsvorstellung spiegelt sich vor allem in der Verteilung von Gütern und Ämtern wider. Gemäß einer Vorstellung von „Verteilungsgerechtigkeit“ gilt: „Jedem das Seine“, das heißt seiner Leistung, Würde oder Tugend (*arete*) entsprechend. In einem eher strafrechtlichen bzw. vergeltenden oder wirtschaftlichen bzw. austauschenden Sinne wird die Auffassung vertreten, dass für Aristoteles der quantitative Grundsatz „Jedem das Gleiche“ gelten soll, zum Beispiel, dass niemand in einer Wirtschaftsbeziehung übervorteilt werden darf.

Hier könnte der Eindruck entstehen, dass die Menschen als Subjekte gleich sind und von den Institutionen (zum Beispiel einem Gericht) gleich behandelt werden müssen. Manuel Knoll weist in seinem Werk „Aristokratische oder Demokratische Gerechtigkeit? Die politische Philosophie des Aristoteles und Martha Nussbaum egalitaristische Rezeption“ unter Berufung auf Stefanie Haackes Buch „Zuteilen und Vergelten“<sup>17</sup> nach, dass dies eben nicht so ist. Er führt Aussagen aus Aristoteles Werk an, die die gängige Lesart widerlegen. Er bezieht sich unter anderem auf zwei Passagen in der Nikomachischen Ethik. So sagt Aristoteles explizit, dass die Gerechtigkeit im Austausch *„nach Proportionalität und nicht nach Gleichheit verfährt“*<sup>18</sup>. Ferner zitiert Knoll aus Aristoteles Werk:

*„Wenn etwa ein Regierender jemand geschlagen hat, so darf man nicht zurückschlagen; wenn man aber einen Regierenden geschlagen hat, so soll man nicht bloß geschlagen, sondern auch noch bestraft werden.“*<sup>19</sup>

Aus dieser Aussage spricht eben kein egalitaristisches Staatsverständnis, sondern eine Beschreibung fundamentaler Ungleichheit der Akteure. Dem Autor gelingt es, nachzuweisen, dass *„Aristoteles der Auffassung ist, dass das*

---

<sup>17</sup> Haacke, Stefanie: Zuteilen und Vergelten. Figuren der Gerechtigkeit bei Aristoteles. Wien: Turia und Kant, 1994.

<sup>18</sup> Aristoteles: Die Nikomachische Ethik. München, dtv, 1998, S. 214, 1132 b34.

<sup>19</sup> Ebd., S. 213, 1132 b28ff.



*Schlechthin Gerechte eine Gleichheit für Ranggleiche ist oder Gleichwertige und nicht eine Gleichheit für alle Menschen ist.*<sup>20</sup>

Aristoteles geht also grundsätzlich von einer Ungleichheit der Menschen aus. Es gibt aber einen Bereich, wo der proportionalen Verteilung (nach Würde und Leistung) eine arithmetische Verteilung gegenübergestellt wird. So schreibt Aristoteles im Fünften Buch der Nikomachischen Ethik:

*„Man darf aber das Schema der Proportionalität nicht beim Austausch [von Gütern G.F.] berücksichtigen, weil sonst auf das eine der Extreme ein doppelter Überschuß käme; sondern es ist nur zu beachten, daß jeder das Seinige erhält“*<sup>21</sup>

Das heißt also, dass es im Bereich des Austausches keine extremen Unterschiede geben darf, da sonst die Grundaussage der proportionalen Verteilung in Schiefelage gelangen würde. Es soll eben nicht der Fall eintreten, dass der Unwürdige viel mehr erhält als im zusteht (Gleiches gilt auch für den ehrenwerten Bürger). Die Verteilung der Güter darf das fragile Klassensystem nicht ins Wanken bringen, daher bewahrt der Austausch im numerischen Verhältnis das grundsätzliche System der proportionalen Ungleichheit.

Ebenso wie für Aristoteles ist Gerechtigkeit auch für Platon normativ besetzt. Er versteht unter der Gerechtigkeit eine „*Tugend der Seele*“.<sup>22</sup> Für ihn ist der Gerechte „*glücklich*“, der Ungerechte dagegen „*elend*“.<sup>23</sup> Hinsichtlich der Frage nach der Gleichheit spricht auch Platon von zwei Arten der Gleichheit. Berühmt ist seine Definition der Gerechtigkeit, welche mit dem Fachausdruck „*Idiopragie*“ in die philosophische Debatte Eingang gefunden hat. Platon sieht es als gerecht an, „*dass jeder das Seinige und Gehörige hat und tut*“<sup>24</sup>. Interpretiert man die-

---

<sup>20</sup> Knoll: Aristokratische oder Demokratische Gerechtigkeit, a. a. O., S. 131.

<sup>21</sup> Aristoteles: Die Nikomachische Ethik. München, dtv, 1998, S. 215 1133b.

<sup>22</sup> Platon: Politeia. Hamburg: Rowohlt, 1958, S. 95, 353 e.

<sup>23</sup> Ebd., S. 95, 354 a.

<sup>24</sup> Ebd., S. 160, 433 e.

sen Satz, kann man durchaus eine non-egalitaristische Einstellung erkennen. Die Menschen sollen das „haben“, was sie aufgrund ihrer Fähigkeiten erreichen können und was ihnen entsprechend zukommt. Es ist für Platon grundsätzlich legitim, dass es Unterschiede in der Verteilung des Reichtums gibt, da die Menschen auch unterschiedliche Fähigkeiten haben. Diese Einstellung korrespondiert mit seiner Idee der unterschiedlichen Seelenteile, die sich in der idealen Stadt widerspiegeln.<sup>25</sup> Was geschieht aber, wenn jemand keine Fähigkeit besitzt? Wenn er aufgrund seines Intellekts, einer Krankheit oder eines Schicksalsschlages nichts mehr tun kann und verhungern müsste? In den *Nomoi*, äußert sich Platon in beeindruckend solidarischer Weise und konkreter als in der *Politeia*, mit heutigen Begriffen könnte man dies als politisch „links“ einordnen:

*„In einer Stadt nämlich [...] darf es weder drückende Armut bei manchen Bürgern geben noch andererseits Reichtum, da beide jene beiden Übelstände erzeugen. Also muss jetzt der Gesetzgeber eine Grenze für beides angeben. So gelte denn als Grenze für die Armut der Wert eines (Land)loses<sup>26</sup>; dieser Grenzwert muss bestehen bleiben und seine Unterschreitung wird kein Beamter jemals dulden und ebenso auch keiner der übrigen Bürger. Nachdem der Gesetzgeber diesen Grenzwert als Maß aufgestellt hat, wird er gestatten, dass man hiervon das Doppelte und Dreifache bis hin zum Vierfachen erwirbt. Wenn aber jemand diesem Gesetz nicht gehorcht, so soll ihn jeder, der das will, gegen die Hälfte des Überschusses anzeigen.“<sup>27</sup>*

Auch in der *Politeia* weist Platon im vierten Buch im Kapitel „*Verderblichkeit von Armut und Reichtum für wirkende Menschen und für den Staat*“ auf die Gefahren von extremer Armut und zu viel Reichtum hin. Am Beispiel des Töpfers er-

---

<sup>25</sup> Jedem Seelenteil entsprechen spezifische Zuständigkeiten und Tugenden und Tätigkeiten. Dem denkenden Teil entsprechen die weisen, einsichtigen Philosophen, dem mutigen Teil entsprechen die tapferen Krieger, dem begehrenden Seelenteil die nach Besitz strebenden Handwerker und Bauern.

<sup>26</sup> Unter „Landlos“ versteht Platon in den *Nomoi* ein Landstück. Das Staatsgebiet soll in 5040 gleich große Stücke geteilt werden.

<sup>27</sup> Platon: *Nomoi*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2003, S. 49, Fünftes Buch, 744d-745a.

läutert er, dass dieser, sofern er zu reich geworden ist, immer fauler und nachlässiger wird. Sofern er aber zu arm ist, ist er nicht in der Lage, die notwendigen Werkzeuge anzuschaffen. Beides führt dazu, dass er ein schlechter Handwerker wird.<sup>28</sup> Hiermit wird eine beeindruckende Analyse entworfen, die auch über 2000 Jahre nach Platon und Aristoteles nichts an Aktualität eingebüßt hat. Diese Aussagen dürfen aber selbstverständlich nicht den grundlegend elitär-autoritären Zug von Platon in Frage stellen. Seine Präferenz ist ganz klar eine Elitenherrschaft der Philosophen, basierend auf der Ungleichheit der Menschen analog zu ihrem Seelenvermögen.

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt erwähnt, bildet der Non-Egalitarismus die Gegenposition zum Egalitarismus. Ersterer setzt Individuen zueinander in Relation und lässt ihnen unterschiedliche Werte zukommen. Man spricht im Zusammenhang mit dem Non-Egalitarismus häufig auch von relativer, proportionaler und geometrischer Gleichheit. Der Non-Egalitarismus geht davon aus, dass die Menschen ungleich sind, und akzeptiert eine wertende Einordnung der Menschen – anders formuliert: Er betrachtet Gleichheit eben nicht als intrinsischen Wert, Ungleichheiten sind akzeptabel. So besitzt zum Beispiel der non-egalitäre Begriff der „Elite“ nicht beschreibenden Charakter, sondern auch eine wertende Konnotation. Nachdem die sogenannte „Elite“ einen Selektionsprozess durchlaufen hat, werden die Menschen, die ihr zugehören – oder sich ihr zugehörig fühlen –, mit dem Attribut einer gewissen – meist positiven – Qualität besetzt. Der Begriff der Elite ist jedoch per se auch sehr weit. Zur gesellschaftlichen Elite können sowohl Professoren zählen als auch Schauspieler oder reiche Unternehmer. Das, was als Elite angesehen wird, ist abhängig vom Standpunkt des Betrachters, der Begriff ist somit per se relational. Der Grundsatz des Non-Egalitarismus lautet: Gleichen Gleiches<sup>29</sup>. Nur wer bestimmte Attribute erfüllt bzw. einer bestimmten Gruppe zugehört, wird gleich behandelt. Dies ist ein klarer Gegensatz zum Egalitarismus, der alle Menschen, unabhängig von individuellen Merkmalen oder Leistungen, gleich behandeln will.

---

<sup>28</sup> Vgl. ebd., S. 149, 421d.

<sup>29</sup> Vgl. Herwig, Dagmar: Gleichbehandlung und Egalisierung, a. a. O., S. 37.

Non-Egalitarismus bedeutet auch, dass den Menschen etwas „zugetraut“ wird. Jeder kann es durch aktives Handeln schaffen, zu einer gewissen Elite zu gehören. Auch der Geburtsadel, der aufgrund mangelnder persönlicher Leistung nicht als Charakteristikum einer qualitativ wertvollen Elite gezählt werden sollte, kann durch eine aktive Heiratspolitik erreicht werden. Insgesamt genießt die Tugend der Tüchtigkeit bei den sogenannten „Nicht-Gleichmachern“ einen höheren Stellenwert als bei Egalitaristen, aber auch der Status quo von hohem materiellem Besitz (Besitzstandswahrung) zum Beispiel bei hohen Erbschaften wird von Non-Egalitaristen akzeptiert. Dementsprechend gelten auch historische Leistungen von Vorfahren als zulässige Rechtfertigungsgründe für eine Ungleichbehandlung. Non-Egalitaristen zollen, bewusst oder auch unbewusst, einem Menschen, der aus einer traditionellen erfolgreichen Familie entstammt, mehr Respekt. Dies mag ungerechtfertigt erscheinen, dennoch wird die Historie von Non-Egalitaristen als Urteils- und Rechtfertigungsgrund für Ungleichheit mit einbezogen.

Die natürlichen und sozialen Ungleichheiten werden von den Non-Egalitaristen also akzeptiert und die daraus resultierende relative Ungleichheit gilt ihnen als Faktum, welches beispielsweise angesichts der Tüchtigkeit der Menschen auch gerechtfertigt ist.

Sowohl der Egalitarismus als auch der Non-Egalitarismus können zur normativen Gerechtigkeitsphilosophie gezählt werden, da sie eine Wertung darüber abgeben, welche gesellschaftliche Ordnung anzustreben ist. Die entscheidende Frage in dieser Debatte stellt Amartya Sen im ersten Kapitel seines Buches „Inequality Reexamined“. So fragt er nach den Kriterien zur Herstellung bzw. Nicht-Herstellung von Gleichheit. Die Fragestellung von Sen lautet: „*Equality of what?*“<sup>30</sup> Soll Gleichheit nur hinsichtlich wirtschaftlicher Güter und Einkommen oder auch hinsichtlich Chancen und Fähigkeiten hergestellt werden? Diese Frage wird von den relevanten Akteuren sehr unterschiedlich beantwortet und führt vor allem im Lager der Egalitaristen zu deutlichen Abstufungen hinsichtlich der Leidenschaftlichkeit, mit der Debatten angegangen werden.

---

<sup>30</sup> Sen, Amartya: *Inequality Reexamined*. Cambridge: Harvard University Press, 1992, S. 12.

Eine „wertneutrale“ und objektive Definition des Begriffs „Gleichheit“ gibt Otto Dann:

*„Gleichheit bedeutet Übereinstimmung einer Mehrzahl von Gegenständen, Personen oder Sachverhalten in einem bestimmten Merkmal, bei Verschiedenheit in anderen Merkmalen.“<sup>31</sup>*

Der erste Teil der Definition ist verständlich. Es ist klar, dass Gleichheit nur in Beziehung zu anderen zu erreichen ist. Man kann nur „gleich“ sein, wenn man sich mit anderen vergleicht. Der zweite Teil erscheint nicht nachvollziehbar. Es stellt sich die Frage, warum Gleichheit in einem bestimmten Merkmal voraussetzt, dass in anderen Merkmalen Verschiedenartigkeit herrscht. Eine Gruppe Menschen kann durchaus hinsichtlich mehrerer Merkmalen homogen sein, zum Beispiel hinsichtlich Bildung, Einkommen, Aussehen, Interessen etc. Insofern ist die Definition nur bedingt richtig. Besser wäre folgende Definition: *Gleichheit bedeutet Übereinstimmung einer Mehrzahl von Gegenständen, Personen oder Sachverhalten in einem oder mehreren Merkmalen.* Sie reicht von Übereinstimmung in einem Merkmal bis hin zu völliger Kongruenz.

## 2.2 Zum Stand der Forschung

Die Egalitarismusdebatte und die damit verbundenen Vorstellungen sind innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung noch relativ jung. Erstmals erkannt und formuliert wurde die gesellschaftliche Relevanz sowie das Potential dieser Thematik von John Rawls (1921–2002), der jedoch noch keine wissenschaftliche Behandlung des Topos durchführte, sondern seine subjektiven Vorstellungen in seinem Werk „Theorie der Gerechtigkeit“ im Jahre 1971 formulierte. Eine ausführliche wissenschaftliche Untersuchung lieferte indes Dagmar Herwig im Rahmen ihrer Habilitationsschrift „Gleichbehandlung und Egalisierung als konkurrierende Modelle von Gerechtigkeit“ von 1984.

---

<sup>31</sup> Dann, Otto: „Gleichheit“. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhard (Hrsg.): Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart: Klett Verlag, 1979, S. 997ff.

Manuel Knoll setzt in seiner Habilitationsschrift „Aristokratische oder demokratische Gerechtigkeit?“ von 2009 den Forschungsschwerpunkt auf das Verhältnis und den Beitrag der antiken Philosophen Aristoteles und Platon zur Egalitarismusdebatte. Angelika Krebs gibt in ihrem Sammelband „Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik“ Autoren, die dem Egalitarismus kritisch gegenüberstehen, eine Plattform. Das Buch erschien erstmals im Jahr 2000 und kann durchaus als Antwort auf etablierte Egalitaristen wie Richard Arneson, Ronald Dworkin, Thomas Nagel, Eric Rakowski, Amartya Sen oder Philippe van Parijs verstanden werden.

Die gesamte neuzeitliche Auseinandersetzung zwischen Egalitaristen und Non-Egalitaristen stammt aus dem amerikanischen Raum. Dies mag daraus resultieren, dass in der Leistungsgesellschaft der USA die Gegensätze zwischen den Leistungsstarken und den scheinbar oder tatsächlich vom Glück Verlassenen größer sind. Daher ist es verständlich, dass sich hier die im Leben empfundenen Gegensätze auch im akademischen Diskurs stärker widerspiegeln als in gesellschaftlich relativ homogenen (Wohlfahrts-)Staaten wie Deutschland.

Es lässt sich konstatieren, dass es innerhalb der Forschungsdebatte nur wenige ausgewogene und nüchterne Werke gibt, die einen umfassenden und objektiven Überblick geben. Der Themenbereich ist vor allem von mehr oder weniger dogmatischen Autoren besetzt, die in unterschiedlicher Stärke der einen oder anderen Schule anhängen. Angesichts der grundlegenden gesellschaftlichen Bedeutung und den immer wieder aufkommenden Diskussionen um Gerechtigkeit ist zu erwarten, dass die Debatten über Egalitarismus und Non-Egalitarismus, die sich hauptsächlich mit diesem Themenkomplex befassen, für die nächsten Jahre die philosophisch-gesellschaftspolitischen Diskurse wesentlich mitbestimmen werden.

### **2.3 Abstufungen innerhalb des (non-)egalitaristischen Denken**

Innerhalb der egalitären und non-egalitären Schulen vertreten deren Anhänger teilweise weit divergierende Vorstellungen darüber, was als gerecht bzw. ungerecht angesehen werden kann und muss.

Gehen wir von folgendem fiktiven Fall aus: Zwei Maurer leisten beide sehr gute Arbeit. Durch einen Unfall verliert einer von ihnen zwei Finger und kann somit nicht mehr so gut arbeiten wie sein Kollege. Dieser steigt durch den Makel seines Kollegen zum Vorarbeiter auf, wodurch er auch mehr Geld verdient. Ist der Makel des fehlenden Fingers nicht ein ausgleichsbedürftiger Nachteil? Darf dieses Unglück zum Nachteil des Maurers führen? Sollten nicht beide gleich behandelt werden – entweder im Sinne einer Hochstufung beider guter Maurer oder sogar in einer Herabstufung des gesunden? Würde Gleichheit und damit Gerechtigkeit hergestellt, wenn man dem Gesunden auch einen Finger abnimmt? Für radikale Egalitaristen ist die zumindest teilweise unverdiente Besserstellung des gesunden Maurers ausgleichsbedürftig, und dies kann letztlich zu einer Schlechterstellung beider Maurer führen. Das Hauptziel Gerechtigkeit im Sinne der numerischen Gleichheit kann nämlich eben auch erreicht werden, wenn man den Gesunden mit dem Behinderten gleichstellt. Es lassen sich zahlreiche Beispiele anführen: Der Blinde ist schlechter gestellt als der Sehende – um Gleichheit herzustellen, müsste man den Sehenden blenden. Die Ernte des Bauern A ist durch Schädlinge vernichtet. Gerecht wäre es, die Ernte des Bauern B auch zu vernichten. Denn erst wenn fundamentale Gleichheit herrscht, sind die Verhältnisse gerecht.

Dies zeigt, dass der Egalitarismus in Reinform mit seinem Grundsatz *Jedem das Gleiche* inhumane Mittel anwenden kann. Ziel ist es stets, dass das als gerecht Angesehene erreicht wird.

In der Realität werden aber die wenigsten Egalitaristen eine derart reine Lehre des „Downgrading“ predigen. So zum Beispiel William Frankena, der darauf hinweist, dass sich Gleichheit auch herstellen lässt, indem man alle Menschen umbringt: *„If a ruler were to boil his subjects in oil, jumping in afterwards himself, it would be no inequality of treatment.“*<sup>32</sup> Dies ist ein Extrembeispiel und keineswegs repräsentativ für die Mehrheit der Egalitaristen. Der Mehrzahl geht es um einen Ausgleich im Sinne einer Besserstellung aller Menschen, um so

---

<sup>32</sup> Frankena, William: „The Concept of Social Justice“. In: Brandt, Richard (Hrsg.): Social Justice. New Jersey: Prentice Hall, 1962, S. 17.

numerische Gleichheit herzustellen. Der Blinde erhält also diverse Vergünstigungen, um seinen unverschuldeten Mangel auszugleichen. So darf er kostenlos öffentliche Verkehrsmittel nutzen, wird bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst bevorzugt, erhält steuerliche Vorteile, oder es werden ihm die GEZ- oder Telefongebühr erlassen. Innerhalb der Gesellschaft herrscht ein breiter egalitaristischer Konsens darüber, dass körperliche Behinderungen ausgleichsberechtigt sind. Da es inhuman wäre, die Gesunden den Erkrankten gleichzustellen, versucht man, den Ausgleich mittels diverser anderer Maßnahmen (Upgrading) zu erreichen. Die Ausgleichsbedürftigkeit unverschuldeter Mängel ist, wie sich hier erkennen lässt, breiter Konsens im egalitaristischen Denken.

Problematisch ist hingegen die Frage nach der Ausgleichsbedürftigkeit persönlich verschuldeter Mängel, zum Beispiel, wenn jemand sein Haus durch exzessives Trinken oder Spielsucht verliert oder wenn jemand eine gefährliche Sportart ausübt und dadurch eine körperliche Behinderung davonträgt. Ist es in diesen Fällen gerecht, dass die Allgemeinheit für das objektive Fehl- bzw. Risikoverhalten aufkommen muss? Wäre es beispielsweise bei Ausübung einer Risikosportart gerechtfertigt, dass die Krankenkasse einen höheren Beitrag von demjenigen verlangt, der auf einen Vulkan klettert oder mit Haien taucht? In diesen Fällen würden die meisten Egalitaristen keine Ausgleichsbedürftigkeit feststellen. Der Egalitarismus konzentriert sich vielmehr auf den Ausgleich unverschuldeter Mängel. Im Folgenden sollen nun einige zeitgenössische Denker dargestellt werden, die die Debatte maßgeblich geprägt haben und deren Ansätze die verschiedenen Ebenen der Debatte widerspiegeln.



### **3 Philosophische Positionen zur sozialen Gerechtigkeit**

Es gibt eine Reihe von Personen, die in der Debatte über die Verteilung der unterschiedlichen Güter Position beziehen. Die Debatte über den Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ist nicht nur eine akademische Disziplin, sondern hat bedeutende gesellschaftliche Relevanz, da nahezu jeder Mensch einen gewissen Anteil an den materiellen und immateriellen Gütern (wie Bildung) haben möchte. Dieser Diskurs birgt insofern gesellschaftliches und politisches Konfliktpotential. Die Demonstrationen vieler Menschen gegen die Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung von Peter Hartz, gegen die sogenannten Hartz-Reformen, belegen das gesellschaftliche Konfliktpotential.

Der vorliegende Abschnitt der Dissertation beleuchtet die philosophischen Grundlagen und Meinungen, die die Auseinandersetzung maßgeblich beeinflussen. Es wird betont, dass sich die vorgestellten Denker mit der Frage nach normativen, analytischen Gerechtigkeitsvorstellungen beschäftigen. Es geht also um die Frage, was unter Gerechtigkeit zu verstehen ist. Es handelt sich nicht um empirische Erhebungen der gegebenen Verhältnisse, sondern um grundlegende Annahmen, wie Gerechtigkeit beschaffen sein soll. Auf die empirischen Gegebenheiten sowie die Wahrnehmungen in der Bevölkerung wird in Kapitel 5 dieser Dissertation eingegangen, auf die konkrete Umsetzung in Partei- und Regierungshandeln in Kapitel 7.

#### **3.1 Egalitaristen**

Die von oben genannter Kommission erarbeiteten Vorschläge zur Reform des deutschen Arbeitsmarktes entsprechen wohl nicht den Vorstellungen der Vertreter egalitaristischer Weltanschauung. Durch die Zusammenlegung von ehemaliger Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II erhalten Bedürftige nach der Reform de facto weniger Geld, um ihren Lebensunterhalt zu

finanzieren.<sup>33</sup> Auch die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I ist nicht in egalitaristischem Sinn. Durch diese Maßnahmen vergrößert sich nämlich der finanzielle Abstand von Transferleistungsempfängern zu der regulär arbeitenden Bevölkerung. Dieser Abstand wird von den Egalitaristen negativ bewertet. Vereinfacht gesagt streben die Egalitaristen eine möglichst homogene Gesellschaft mit gleichen Gütern und Chancen für alle an. Dafür sind auch gesellschaftliche Transferzahlungen gerechtfertigt. Im Folgenden sollen nun einige der Denker vorgestellt werden, die sich für eine möglichst gleiche Gesellschaft einsetzen. Die ausgewählten Philosophen sollen möglichst das gesamte Spektrum des egalitaristischen Denkens abdecken.

### 3.1.1 John Rawls

Interessanterweise weicht gerade der bedeutendste egalitaristische Denker der Neuzeit, John Rawls (1921–2002), vom Konzept der Ausgleichsbedürftigkeit gesundheitlicher Mängel als eines unverschuldeten Handicaps ab. In seiner Grundgüterlehre spielen soziale, ökonomische und freiheitliche Grundrechte eine zentrale Rolle. Hinsichtlich dieser Güter soll Gleichheit hergestellt werden. Es kann demnach seiner Konzeption als Manko angerechnet werden, dass Gesundheit als unverschuldeter Mangel nicht vorkommt. Die Gesundheit bildet in seinem Denken keine eigenständige, ausgleichsbedürftige Grundgutkategorie und wird nicht *expressis verbis* als Maßstab für die Herstellung von Gerechtigkeit genannt. Dennoch spricht er in seinem Aufsatz über Verteilungsgerechtigkeit davon, dass es eine „*Unverletzlichkeit*“ gibt, die „*nicht einmal durch das Wohlergehen aller anderen außer Kraft gesetzt werden kann.*“<sup>34</sup> Dies bedeutet zum Beispiel, dass man körperliche Leiden nicht dergestalt ausgleichen darf,

---

<sup>33</sup> Vor Inkrafttreten der Reform bekamen Bedürftige durch die Sozialämter geldwerte Leistungen, wie zum Beispiel einen neuen Kühlschrank. Dadurch war der geldwerte Transfer in Summe höher als das nunmehr ausgezahlte Arbeitslosengeld II in Höhe von 374 Euro für Alleinstehende.

<sup>34</sup> Rawls, John: „Verteilungsgerechtigkeit“. In: Horn, Christoph/Scarano Nico (Hrsg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, S. 357; engl. Original: Distributive Justice. In: Laslett, P./Runciman, W. G. (Hrsg.): Philosophy, Politics and Society. Oxford: Blackwell, S. 52–82.

dass man einem Todgeweihten die Organe entnimmt und sie transplantiert, um einem anderen Menschen das Weiterleben zu ermöglichen. Über die Grundgüter, von ihm auch als „soziale Werte“ bezeichnet, schreibt er:

*„Diese Güter sind gewöhnlich brauchbar, gleichgültig was jemand für einen vernünftigen Lebensplan hat. Der Einfachheit halber wollen wir annehmen, die hauptsächlichsten Grundgüter der Gesellschaft seien Rechte, Freiheiten und Chancen, sowie Einkommen und Vermögen.“<sup>35</sup>*

Grundsätzlich ist bei allen weiteren Gedanken zu berücksichtigen, dass es in der Rawls'schen Vorstellung selbstverständlich ist, dass die angestrebte Ordnung in einem Rechtsstaat verwirklicht wird, der Gedanken- und Gewissensfreiheit garantiert.<sup>36</sup> Dies korrespondiert auch mit dem ersten Grundsatz der *Gerechtigkeit als Fairness*. Dieser Gesichtspunkt bildet die Grundlage der weiteren Erörterung, in der insbesondere auf die materiellen Aspekte in seinem Denken eingegangen wird.

Der wohl bedeutendste und zugleich umstrittenste Absatz in Rawls Werk ist seine Erklärung der allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellung:

*„Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“<sup>37</sup>*

Der Gedanke, der zum Differenzprinzip hinleitet, wird von ihm wie folgt erläutert:

*„Wer von der Natur begünstigt ist, sei es, wer es wolle, der darf sich der Früchte nur so weit erfreuen, wie dies auch die Lage der Benachteiligten verbessert.“<sup>38</sup>*

---

<sup>35</sup> Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979, S. 83.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 369.

<sup>37</sup> Ebd., S. 83.

Der zweite Satz des Grundsatzes der Gerechtigkeit als Fairness ist entscheidend:

*„Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein: a) Sie müssen unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und b) sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen.“<sup>39</sup>*

In seinem Aufsatz über die Verteilungsgerechtigkeit spezifiziert und definiert Rawls das Differenzprinzip nochmals:

*„Das Differenzprinzip besagt, dass diese (sozialen und ökonomischen; Erg. G. F.) Ungleichheiten nur dann gerechtfertigt sind, wenn sie einen Teil eines größeren Systems darstellen, in dem sie sich zum Vorteil der am wenigsten Begünstigten auswirken.“<sup>40</sup>*

Durch seine Aussagen zum Differenzprinzip könnte man Rawls als Non-Egalitaristen interpretieren, da er sich gegen den Grundsatz des Egalitarismus „Jedem das Gleiche“ ausspricht und eine ungleiche Verteilung der Grundgüter zulässt. Diese Lesart ist jedoch nur schwer nachvollziehbar, da die Einschränkung der prinzipiellen Gleichheit durch das Differenzprinzip nur eine Option darstellt. Sie beschreibt keinen erstrebenswerten Dauerzustand, sondern bildet eine Ausnahme. Gleichheit ist für ihn die Norm und Ungleichheit eine Besonderheit, die einer Begründung bedarf. Diese Begründung ist nur stichhaltig, wenn alle von der Ungleichheit profitieren. Rawls stellt auch dar, von welchem Standpunkt aus die Ungleichheit gesehen werden muss. Seine Position ist die desjenigen, der „am wenigsten begünstigt“ ist. Von dieser Sicht ausgehend müssen die politischen Akteure ihre Handlungen vornehmen und sich zugleich an dieser

---

<sup>38</sup> Ebd., S. 122.

<sup>39</sup> Ebd., S. 81.

<sup>40</sup> Rawls: „Verteilungsgerechtigkeit“, a. a. O., S. 366.

messen. Der Vorteil der am wenigsten Begünstigten bildet den Maßstab für das Differenzprinzip – für die Gesellschaft. Er bezieht damit klar Stellung für die Schwächsten innerhalb eines Staates. Die Verbesserung ihrer Situation und die Angleichung nach oben ist eines seiner zentralen Anliegen.

Das langfristig zu realisierende wesentliche Ziel von Rawls ist eine ausgeglichene, brüderliche Gesellschaft, in der jedermann die Chance auf vorteilhafte Positionen hat.<sup>41</sup> Durch die Einschränkung, dass eine ungleiche Verteilung „jedermann“ zum Vorteil zu gereichen hat, wird eine Gleichbehandlung und damit eine egalitaristische Gesellschaftsordnung implizit gefordert.

Ein interessanter Aspekt der Rawls'schen Konzeption ist der, dass bei ihm der im Egalitarismus häufig auftauchende Gedanke des Neides aufgrund der Herkunft fehlt. Für ihn ist es nicht ungerecht, dass Menschen in bestimmte Positionen der Gesellschaft (zum Beispiel wohlhabende Familien) hineingeboren werden. Seiner Theorie zufolge ist es auch nicht ungerecht, wenn jemand reich erbt oder eine höhere Intelligenz besitzt.<sup>42</sup> Er führt an, dass dies „natürliche Tatsachen“ sind. Gerecht oder ungerecht ist lediglich die Art, wie sich die Institutionen angesichts dieser Tatsachen verhalten.<sup>43</sup> Nach Rawls ist es jedoch auch nicht als „Verdienst“ anzusehen, wenn jemand intelligenter ist als andere oder im Gegensatz zu anderen Geld geerbt hat. Dies sind schlichtweg Tatsachen. Institutionen sollen jedoch darauf hinwirken, dass sich die ungerechten Zustände aufgrund der „*willkürlichen Lotterie der Natur*“<sup>44</sup> nicht verstärken.

Angestrebt wird dagegen ein Ausgleich zwischen den Begünstigten und den weniger Begünstigten. Die demokratische Gleichheit gilt für Rawls absolut, und Unterschiede hinsichtlich der Lebensumstände sind auszugleichen. Es obliegt der Politik bzw. der Gesellschaft, den Anspruch auf Chancengleichheit herzu-

---

<sup>41</sup> Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, a. a. O., S. 92.

<sup>42</sup> Rawls: „Verteilungsgerechtigkeit“, a. a. O., S. 371; ebenso Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, a. a. O., S. 32.

<sup>43</sup> Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, a. a. O., S. 123.

<sup>44</sup> Ebd., S. 94.

stellen. Dies kann bedeuten, dass ein breiter egalitaristischer Konsens herrscht und beispielsweise der Millionenerbe einen Großteil seines ihm willkürlich zugefallenen Reichtums abgeben muss. Rawls positioniert sich mit seiner Aussage, dass die natürliche Verteilung weder gerecht noch ungerecht sei, nicht konkret politisch im Sinne von „x Prozent des Erbes müssen abgegeben werden“. Er überlässt es den gesellschaftlichen Akteuren (Institutionen) zu entscheiden, wie mit diesen Gegebenheiten konkret umzugehen ist, das heißt, wie hoch zum Beispiel die Besteuerung einer Erbschaft sein muss. Sein Wunsch, der „Lotterie der Natur“ eine sozial gerechte Ordnung durch Umverteilung entgegenzusetzen, die auch den am wenigsten Begünstigten einen angemessenen Anteil an den oben erwähnten Grundgütern garantiert, ist jedoch offensichtlich.

So spricht er etwa von einem sozialen Minimum, das jedem gewährt werden muss.<sup>45</sup> Jedoch soll nicht der Reichtum der Bessergestellten so lange verringert werden, bis alle auf derselben Stufe stehen; staatlich angeordnete Transferleistungen sollen nicht den Lebensstandard der Geber ruinieren. Die Egalisierung der Gesellschaft ist für Rawls ein langer Prozess. Durch eine bestimmte Sparrate soll, auf lange Sicht gesehen, ein Zustand erreicht werden, der eine Nivellierung der Gesellschaft im Auge hat.<sup>46</sup>

Problematisch und zu kurz greifend erscheint eine Lesart, der zufolge die Natur quasi a priori egalitär ist. Wolfgang Kersting interpretiert Rawls' Konzeption dahingehend, dass eine moralische Natur egalitär handelt.<sup>47</sup> Diese Interpretation ist insofern zweifelhaft, da es nicht die Natur ist, welche handelt, sondern die Menschen (Institutionen). Die natürliche Begabungsausstattung ist für Rawls weder egalitär noch non-egalitär. Sie ist, wie oben gezeigt wurde, weder gerecht noch ungerecht, sondern schlichtweg gegeben.

Auch wenn Rawls für die Gleichheit plädiert, bewertet er die Ungleichheit nicht per se negativ. Im Gegenteil: Sie liefert einen „Anreiz, dass die Wirtschaft effizi-

---

<sup>45</sup> Rawls: „Verteilungsgerechtigkeit“, a. a. O., S. 371.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 374.

<sup>47</sup> Kersting, Wolfgang: John Rawls zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag, 2001, S. 88.

enter wird und der industrielle Fortschritt schneller vorangeht“.<sup>48</sup> Die Ungleichheit ist demnach Triebfeder des Fortschritts, sie muss nur derart ausgestaltet werden, dass möglichst viele Menschen vom Fortschritt gleichmäßig profitieren und extreme soziale Ungleichheiten ausgeschlossen sind. Allerdings muss die Verteilung der Güter auch gewährleisten, dass jeder – auch der weniger Begünstigte – geneigt ist, im System mitzuarbeiten.<sup>49</sup> In der Vorstellung von John Rawls soll die Umverteilung so gestaltet sein, dass auch der Empfänger von sozialen Leistungen bereit ist, seinen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu leisten.

An dieser Stelle erscheint der Hinweis auf einen Widerspruch im Denken von John Rawls angebracht. Der Begriff „Rawls'sches Paradoxon“ scheint zur Beschreibung dieses Sachverhalts geeignet. In Kapitel 48 der *Theorie der Gerechtigkeit* erklärt Rawls, dass die Zuteilung von Einkommen und Vermögen nach Verdienst und Leistung von ihm abgelehnt wird. Er begründet dies, wie später Stefan Gosepath, mit dem Hinweis, dass Angebot und Nachfrage, das heißt der Markt, festlegen, ob ein bestimmtes Verhalten respektive eine Leistung einen Verdienst darstellen. Somit gilt Verdienst nicht als Kriterium zur Rechtfertigung von Ungleichheit, da er rein systemisch bedingt ist und nicht in der unmittelbaren Verantwortung des Handelnden liegt.<sup>50</sup> In Kapitel 17 desselben Buches äußert Rawls, wie bereits mehrfach erwähnt, dass Fähigkeiten und Talente den Menschen unverdientermaßen zufallen. Sie sind quasi Launen der Natur und dienen somit nicht der Begründung von Ungleichheit. Damit gibt Rawls jedoch ex negativo zu, dass bestimmte Ungleichheiten existieren.

Das System, das die beiden widersprüchlichen Wünsche (Bereitschaft des Transferempfängers zur Mitarbeit im System und die Bereitschaft des Transfergebers zur Donation) am ehesten zu realisieren und zu verbinden vermag, ist eine sozial geprägte Marktwirtschaft. Rawls plädiert für eine freie Marktwirt-

---

<sup>48</sup> Rawls: „Verteilungsgerechtigkeit“, a. a. O., S. 366.

<sup>49</sup> Vgl. Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, a. a. O., S. 32.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 344ff.

schaft, die gewissen Regulierungen unterworfen ist. Der Wettbewerb generiert Rawls zufolge mehr Wohlstand innerhalb einer Gesellschaft, der dann wiederum allen Menschen zugutekommt.<sup>51</sup> Kein Markt oder keine Position soll versperrt sein, stattdessen soll jeder Mensch die Chance haben, sich in der freien Wirtschaft zu verwirklichen. Wie eingangs erwähnt, muss der Staat Rechtssicherheit gewährleisten.

Innerhalb des „egalitaristischen Denkens“ lässt sich Rawls eher dem sozialdemokratisch-pragmatischen Spektrum zuordnen. Seine Ansätze sind egalitaristisch gemäßigt und polarisieren nicht radikal. Sie können als vernunftgeleitete Prinzipien eines solidarisch denkenden Philosophen betrachtet werden. Für ihn ist relevant, dass alle Bürger die gleichen Chancen besitzen. Dies ist ein langfristiges Ziel und darf nicht dazu führen, dass jedwede Eigeninitiative behindert wird. Die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik könnte in etwa den Vorstellungen von John Rawls entsprechen. In ihr können seine Vorstellungen als am ehesten verwirklicht angesehen werden. Einen „*Laissez faire*“-Kapitalismus lehnt Rawls hingegen ab. Insofern ist es problematisch, ihn als „liberalen Denker“ im Sinne eines Marktliberalen zu bezeichnen, da zum Beispiel der Manchesterliberalismus ein möglichst unreguliertes Wirtschaftssystem propagiert. Es ist jedoch ebenso wenig korrekt, ihn als reinen Egalitaristen zu verstehen, da er Unterschiede und Ungleichheiten durchaus anerkennt und sie sogar als förderlich und notwendig erachtet. Zutreffend ist es, seine Vorstellungen bürgerlich-sozialdemokratisch zu nennen, da er die Vereinbarung von egalitaristischen und non-egalitaristischen Interessen anstrebt.

### 3.1.2 Richard Arneson

*„Der Verteilungsgerechtigkeit geht es darum, Individuen für ihr Unglück zu entschädigen. Manche Menschen sind mit Glück gesegnet, andere vom Pech verfolgt. Es liegt in der Verantwortung der Gesellschaft – von uns allen als Kollektiv –, das Ergebnis jenes Gewirrs*

---

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 368.



*von Lotterien, aus denen das menschliche Leben bekanntermaßen besteht, d. h. die Verteilung von glücklichen Zufällen und Schicksalsschlägen zu verändern. Für eine gerechte Verteilung ist es erforderlich, dass die Glücklichen einen Teil oder die Gesamtheit der Vorteile, die sie ihrem Glück verdanken, an die Glücklosen abtreten.*<sup>52</sup>

Diese Aussage des US-amerikanischen Philosophieprofessors Richard Arneson formuliert präzise die egalitaristische Grundhaltung. Der egalitaristische Grundsatz *Jedem das Gleiche* wird als Verantwortung der Gesamtgesellschaft angesehen. Ausgleichsbedürftige Mängel sollen insofern ausgeglichen werden, als die vom Glück Begünstigten einen Teil oder die Gesamtheit [sic!] der Vorteile, die sie ihrem Glück verdanken, abgeben.

Was bedeutet dies nun konkret? Ein Lotteriegewinn ist mit Sicherheit ein Glücksfall für den Begünstigten. Richard Arneson weist zu Recht darauf hin, dass es nicht nur die Leistung des Einzelnen ist, die bewundernswerte Errungenschaften ermöglicht, sondern eben auch die *Lotterie der Natur*, die manche in die glückliche Lage versetzt, Dinge zu erreichen, die ein weniger Begünstigter nicht erreichen kann.<sup>53</sup>

Derzeit sind in Deutschland Lotteriegewinne von der Steuer befreit. In den Augen von Egalitaristen ist diese Regelung ein eklatanter Verstoß gegen den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit. Auf der einen Seite hungern und darben Hunderte von Menschen, und ein einzelner „Glückspilz“ erlangt ohne nennenswertes eigenes Zutun großen materiellen Reichtum. Dies sollte unbedingt kompensiert werden. Arneson geht in seiner Formulierung sogar so weit, dass

---

<sup>52</sup> Arneson, Richard: „Rawls, Responsibility, and Distributive Justice“. In: Salles, Maurice/Weymark, John A. (Hrsg.): *Justice, Political Liberalism, and Utilitarianism: Themes from Harsanyi*. Cambridge: Cambridge University Press, zitiert nach Anderson, Elizabeth S.: „Warum eigentlich Gleichheit?“ In: Krebs, Angelika (Hrsg.): *Gerechtigkeit oder Gleichheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2000, S. 121.

<sup>53</sup> „Admirable actions and excellent achievements depend in part on factors beyond her power to control, such as the opportunities she faces and the native talent she possesses.“ Arneson, Richard: „Desert and Equality“. In: Holtug, Nils/Lippert-Rasmussen, Kasper (Hrsg.): *Egalitarianism. New Essays on the Nature and Value of Equality*. Oxford: Oxford University Press, 2007, S. 272.

„die vom Glück begünstigten [...] die Gesamtheit [sic!] der Vorteile, die sie ihrem Glück verdanken“<sup>54</sup>, abgeben. Würde diese radikale Idee auf das Beispiel des Lottospielens angewandt, würde kein vernünftiger Mensch mehr Lotto spielen. Dadurch entgingen dem Staat Millioneneinnahmen, die allen Menschen zugutekommen. Ob dies im Sinne einer gerechten Ordnung ist, erscheint mehr als zweifelhaft.

Die eigentlich problematische Frage im Zusammenhang mit Glück ist dessen Definition. Was ist Glück bzw. Schicksal? Der Lotteriegewinn erscheint relativ eindeutig. Dennoch erfordert auch er ein aktives Tun, nämlich das Kaufen eines Lottoscheins. Insofern ist Glück in diesem Zusammenhang auch eine aktive Handlung und nicht nur passives Rezipieren. Auch eine Erbschaft kann kaum als reines Glück angesehen werden. Irgendwie muss der Erbende eine Bindung zum Erblasser aufbauen, andernfalls könnte dieser sein Hab und Gut auch schlichtweg selbst verbrauchen oder jemand anderem zukommen lassen. Auch gute Gene und damit ein höherer IQ sind in gewissem Sinne Glück. Dennoch stellt sich auch hier die Frage, was der Besitzer mit seiner Gabe anfängt. Er kann lethargisch, wie der russische Oblomow, im Bett liegen, oder er kann versuchen, mithilfe seiner Fähigkeit materiellen Wohlstand oder Ansehen zu erreichen.

Glück ist immer auch aktives Handeln. Es stellt sich demnach die Frage, ob es gerecht ist, demjenigen, der etwas aus sich macht, einen Teil seiner Leistung wegzunehmen und sie gegebenenfalls an die Faulen zu verteilen, unabhängig von der Frage, wie hoch die Leistung war. Bedeutender ist jedoch die Frage, in welchem Verhältnis jemand von seinem Glück profitieren darf und wie viel weggenommen werden darf. Es ist auch ein Unterschied, ob jemand sechs richtige Zahlen im Samstagslotto ankreuzt oder aufgrund seiner geistigen Fähigkeiten und langjähriger Forschung ein Medikament gegen HIV entwickelt und damit viel Geld verdient. Beide profitieren von ihrem Glück. Momentan verhält es sich

---

<sup>54</sup> Arneson: „Rawls, Responsibility, and Distributive Justice“, a. a. O., zitiert nach Anderson, „Warum eigentlich Gleichheit?“, a. a. O., S. 121.

so, dass der talentierte Forscher, der das Mittel erfindet, regulär besteuert wird, der Lotteriegewinner jedoch nicht. Dies wirkt definitiv nicht gerecht.

Eine absolute Vermögensgleichheit aller Menschen erscheint auch dadurch illusorisch, da sie jeden Anreiz für aktives Handeln hemmen würde. Warum soll der begabte Forscher denn forschen, wenn ihm die Früchte seiner Arbeit weggenommen und verteilt werden? Ob eine rein intrinsische Motivation ausreichend ist kann bezweifelt werden. Eine Verteilungsgerechtigkeit, wie die von Arneson formulierte, würde den Fortschritt in unserem Land schwieriger machen und keine weiteren Innovationen hervorbringen. Dennoch ist es richtig, auf bestehende Problematiken hinzuweisen. Es erscheint nicht gerecht, einen hohen Lottogewinn ohne Besteuerung zu erhalten, ohne eine Leistung vollbracht zu haben.

Im Gegensatz zu John Rawls ist Richard Arneson ein radikaler Egalitarist, der, wie das oben angeführte Zitat belegt, bereit ist, sämtliche Ungleichheiten auszugleichen. In seiner Vorstellung soll der Staat den Bürger für entstehenden Schaden entschädigen, was bei ihm quasi zu einem Rechtsanspruch wird. Begründet wird dies unter Verweis auf den intrinsischen Glücksanspruch eines jeden Menschen.

An dieser Stelle ist eine knappe Definition von „Glück“ hilfreich: Materielles Glück ist nahezu immer verbunden mit einer aktiven Leistung.<sup>55</sup> Auch bei der Erbschaft von der Tante aus Amerika muss der Erbende gewisse formale Anforderungen erfüllen, um in den Genuss der Erbschaft zu gelangen. Er muss einen Notar aufsuchen etc. Glück ist immer auch ein aktives Handeln und nicht nur bloßes Schicksal. Derjenige, der diesem Handelnden alles wegnehmen will, handelt ungerecht. Ferner muss man auch anmerken, dass derartige „Glücksfälle“, wie das umfangreiche Erbe der Tante aus Amerika oder der Lotteriegewinn, sich in der Praxis verschwindend selten ereignen. Insofern würde eher die breite Masse der Menschen, die etwas „Glück“ haben, durch die geforderte Dis-

---

<sup>55</sup> Ausnahme ist natürlich das akzidentiell zufallende Glück, welches unbeabsichtigt entsteht, auch Zufallsglück oder griechisch *tyché*, nach der Göttin des Schicksals, genannt.

tribution belastet bzw. im Sinne von Richard Arneson sogar enteignet. Zusammenfassend lässt sich Richard Arneson als rigider Egalitarist bezeichnen.

### 3.1.3 Stefan Gosepath

Stefan Gosepath ist Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Universität Frankfurt. In seinem Werk „Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen des liberalen Egalitarismus“<sup>56</sup> erläutert er ausführlich, systematisch und auf hoher Abstraktionsebene seine Vorstellungen einer gerechten Ordnung. Für ihn kommt der Gleichheit die leitende Rolle in der Theorie der Gerechtigkeit<sup>57</sup> zu. Gleichheit ist für Gosepath der *„Inbegriff der Gerechtigkeit“*.<sup>58</sup> Für ihn ist die Herstellung von Gleichheit das Mittel der Wahl, um die sozialen, ökonomischen und politischen Unterschiede und die seiner Meinung nach damit verbundenen Ungerechtigkeiten und Widersprüche aufzulösen. Ist er damit ein Denker einer absoluten Gleichmacherei, dem es nicht darauf ankommt, worauf der Unterschied beruht? Im Laufe der Diskussion dieses Denkers wird diese Frage beantwortet werden.

Gosepath rekurriert in seinem Werk auch auf Aristoteles und Platon und behauptet, dass *„schon für Aristoteles und Platon gilt, dass eine gerechte Behandlung von Menschen eine gleiche Behandlung erforderlich macht“*<sup>59</sup>. In dieser Absolutheit und ohne weitere Erläuterung ist diese These nicht haltbar. Platon und Aristoteles erkennen fundamentale Unterschiede zwischen den Menschen. Es seien nur die Sklaven, die Ungleichbehandlung der Frauen und Metöken erwähnt. Aber auch innerhalb der Bürgerschaft der Polis unterscheidet Platon die Menschen analog zum Seelenvermögen und weist ihnen unterschiedliche Fä-

---

<sup>56</sup> Gosepath, Stefan: Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004.

<sup>57</sup> Gerechtigkeit erachtet er als den Maßstab, an dem sich andere Werte messen müssen. Gerechtigkeit hat Vorrang vor anderen moralischen und sozialen Werten im politisch-sozialen Bereich.

<sup>58</sup> Gosepath: Gleiche Gerechtigkeit, a. a. O., S. 11.

<sup>59</sup> Ebd., S. 10, 463.

higkeiten und unterschiedliche Positionen innerhalb der Gesellschaft zu. Auch bei Aristoteles sollen die Vollbürger nicht wie die Sklaven behandelt werden. Erstere sollen die Zeit haben, sich der Muße zu widmen und sich um die Verwirklichung ihrer Tüchtigkeiten zu kümmern.<sup>60</sup> Seine Grundüberzeugung ist die einer fundamentalen anthropologischen Ungleichheit der Menschen.<sup>61</sup>

Gosepaths Vorstellungen lassen sich charakterisieren als ein Mittelweg zwischen dem „harten“ Egalitarismus Arnesons und dem „weichen-pragmatischen“ Ansatz von John Rawls. So erinnern Gosepaths Thesen stark an John Rawls. Dementsprechend schreibt er: *„Alle Betroffenen sind ungeachtet ihrer deskriptiven Unterschiede numerisch oder strikt gleich zu behandeln, es sei denn bestimmte Typen von Unterschieden sind in der anstehenden Hinsicht relevant und rechtfertigen durch allgemein annehmbare Gründe erfolgreich eine ungleiche Behandlung oder ungleiche Verteilung.“*<sup>62</sup> Die entscheidende Frage ist, welcher Typ von Unterschied eine Ungleichbehandlung/Ungleichverteilung rechtfertigt. Gosepath beginnt mit dem Ausschlussprinzip: *„Eine Begründung für Ungleichverteilung können vorgängige Rechte oder Ansprüche, insbesondere Eigentumsrechte nicht liefern.“*<sup>63</sup> Interpretiert man diese Aussage, so scheint Gosepath unter „vorgängigen Rechten oder Ansprüchen“ *Erbansprüche* zu verstehen. Es ist für ihn kein legitimer Grund, dass Person X aufgrund eines hohen Erbes besser gestellt wird als Person B. Gosepath nennt konkret vier Gründe, die Ungleichheit rechtfertigen können: Bedürfnis, Verdienst, Verantwortung und Effizienz.<sup>64</sup>

Wenn man Gosepaths relativ komplexen Text interpretiert, so scheint das „Bedürfnis“ als Grund insoweit gerechtfertigt, als dieses die konkreten Lebensum-

---

<sup>60</sup> Vgl. Knoll: Aristokratische oder Demokratische Gerechtigkeit, a. a. O., S. 257.

<sup>61</sup> Vgl. ausführlich ebd., S. 135ff.

<sup>62</sup> Gosepath: Gleiche Gerechtigkeit, a. a. O., S. 457.

<sup>63</sup> Ebd., S. 349.

<sup>64</sup> Ebd., S. 351.

stände berücksichtigt.<sup>65</sup> Leider liefert Gosepath keine anschaulichen Beispiele hierfür. Daher lässt sich nur mutmaßen, dass er sich hierbei auf den Kranken und Gebrechlichen bezieht, der mehr Mittel zum Erhalt seines Lebens benötigt als der Gesunde.

Das Kriterium der „Effizienz“ ist nicht weniger einfach zu klären. Er schreibt über die Effektivität, sie sei ein zulässiger Nebengrund.<sup>66</sup> Auf die Frage, wie die Effizienz konkret als Rechtfertigung für Ungleichheit dienen kann, geht er jedoch nicht ein. Man könnte Gosepaths Äußerungen dahingehend interpretieren, dass keine Ressourcen verschwendet werden sollen. Wenn es beispielweise ineffizient ist, Nahrungsmittel in ein entlegenes Gebiet zu schaffen, während gleichzeitig eine Hungersnot in unmittelbarer Nähe grassiert, so erscheint es unter dem Gesichtspunkt der Effizienz gerechtfertigt, eine ungleiche Behandlung zuzulassen.

Das Kriterium der Verantwortung überlässt es dem Hilfeempfänger, wie er mit den Transferleistungen umgeht. Sofern der Transferempfänger die gesamten erhaltenen Ressourcen zum Beispiel in der Spielbank verprasst, erscheint es Gosepath gerechtfertigt, dass Ungleichheiten existieren. Gosepath gibt also durchaus zu, dass Dinge, die in der Verantwortung der Menschen liegen, ein relevantes Kriterium für Ungleichheit darstellen. Gosepath formuliert eine grundlegende Annahme über die Rechtfertigung von Ungleichheit. Von ihm wird diese Regel das „*Prinzip liberal-egalitärer Verantwortung*“<sup>67</sup> genannt: Dieses Axiom ist von essentieller Bedeutung für das Verständnis seines Denkens und birgt das Potential, Gosepaths Einstellung als Egalitarist infrage zu stellen. In gewisser Weise widerspricht sich Gosepath selbst, da er mit diesem Prinzip einem Leistungsgedanken die Tür öffnet. Dennoch muss man sagen, dass dies auch eine Ausnahme von der Regel bildet. Das angestrebte Ziel ist die Gleichheit der

---

<sup>65</sup> Ebd., S. 352ff.

<sup>66</sup> Ebd., S. 351.

<sup>67</sup> Ebd., S. 365.

Personen. Gosepath erkennt jedoch die Realitäten und die unterschiedliche Lebensführung der Menschen an.

Die einleitend aufgeworfene Frage, ob er mit seinem Denken eine absolute Gleichmacherei vertritt, kann daher nun beantwortet werden: Unterschiede sind für ihn gerecht und gerechtfertigt, wenn sie auf einer individuellen [sic!] Tüchtigkeit basieren. Er ist somit kein Denker einer absoluten Gleichmachung, sondern nur in Bezug auf Ungleichheiten, welche auf Voraussetzungen basieren, die normativ nicht gerechtfertigt sind, wie etwa ein umfangreiches Erbe. Daher ist eine Differenzierung seines Grundgedankens „*Gleichheit ist der Inbegriff von Gerechtigkeit*“ notwendig. Dieser Leitgedanke gilt nämlich nicht uneingeschränkt. Sofern die Ungleichheit ein Resultat selbstgewählter Entscheidungen ist, besteht kein Entschädigungsanspruch. Eine Kompensation von Ungleichheit darf nur vollzogen werden, wenn der Transferempfänger unverschuldet in eine Zwangslage geraten ist bzw. von unterschiedlichen Anfangsbedingungen ausgeht. Konkret lässt dies die Frage aufkommen, ob Gosepath dem Alkoholiker, der sein gesamtes Vermögen vertrinkt, einen Empfang öffentlichen Gutes zugesteht. Gosepath sieht für diesen Fall nur eine Mindestversorgung vor. Der Transferempfänger soll demnach nur das Mindestmaß an Mitteln erhalten, die zu seinem Überleben notwendig sind.

Problematisch und im Widerspruch zum vorher Gesagten erscheint das Kriterium des Verdienstes. Für Gosepath rechtfertigt Leistung nur in sehr seltenen Fällen eine Ungleichbehandlung. Unterschiedliche menschliche Eigenschaften, wie Intellekt, Willenskraft, Motivation, Mut, Ehrgeiz etc., rechtfertigen keinen zusätzlichen Verdienst, da hauptsächlich externe Faktoren wie der Markt bestimmen, ob diese Eigenschaften gebraucht werden. Sie sind demnach nicht als eigene Leistungen anerkenbar.

*„Eine produktive Leistung kann nur dann als geeignetes Kriterium für Verdienst gelten, wenn wir sicher sein können, dass Faktoren, für die*

*die Person keine Verantwortung trägt, nicht wesentlich an dem Beitrag beteiligt sind.*<sup>68</sup>

Die Beweislast obliegt also dem Leistungsträger. Er muss nachweisen, dass es nicht „Marktfaktoren“ sind, die seine herausgehobene Stellung und die zusätzlichen Ressourcen rechtfertigen. In der Realität wird dies nur sehr schwer gelingen, da sich beispielsweise ein Unternehmer permanent am Markt beweisen muss. Es kann dem Glück zugeschrieben werden, dass die vom Unternehmer hergestellten Güter am Markt gebraucht werden – in diesem Fall wäre eine Umverteilung wohl zulässig. Es kann aber auch dem guten und vernünftigen Handeln des Unternehmers zugerechnet werden.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass Gosepaths Theorie Widersprüchlichkeiten beinhaltet, da er in seinem Grundsatz der liberal-egalitären Verantwortung implizit anerkennt, dass es aufgrund der Leistung und der Handlungsweise der Menschen zu ungleichen Ergebnissen, vor allem im materiellen Sinn, kommen kann:

*„Es ist ungerecht, wenn eine Person schlechter als andere gestellt ist, außer dieser Umstand ist die Folge von Umständen, die sie selbst zu verantworten hat, also ihrer eigenen freiwilligen Entscheidung oder eines für sie vermeidbaren Fehlers.“*<sup>69</sup>

Jeder Unternehmer hat die Entscheidung selbst zu verantworten, welche wirtschaftlichen Handlungen er vornimmt. Ob er eine Maschine kauft oder eine Lagerhalle errichtet, wird eben nicht vom Markt bestimmt. Das ist seine Entscheidung, die auch falsch sein und ihn so in den Bankrott führen kann. Der Markt zwingt niemanden direkt, eine Entscheidung zu treffen. Es zeigt sich nur, ob er ein guter Unternehmer ist – oder eben nicht. Aber das als Rechtfertigung für Ungleichheit relevante Kriterium der Verantwortung obliegt dem Unternehmer,

---

<sup>68</sup> Ebd., S. 395.

<sup>69</sup> Ebd., S. 365.



und es ist eben auch sein Verdienst, aufgrund seiner Entscheidungen am Markt zu bestehen und gegebenenfalls Wohlstand zu erreichen.

Betrachtet man Gosepaths Vorstellungen in ihrer Gesamtheit, so kann man erstens feststellen, dass diese grundlegende Ähnlichkeiten mit dem Denken John Rawls aufweisen. Zweitens lässt sich konstatieren, dass Gosepaths Vorstellungen argumentative Defizite besitzen und dass er drittens, einen strikteren egalitaristischen Kurs verfolgt als Rawls. Dies kann auch eine Nivellierung nach unten hin beinhalten. Folgendes Zitat verdeutlicht dies:

*„Alle zur Distribution anstehenden Ressourcen sind in einer ursprünglichen Situation gleichmäßig zu verteilen, außer es lassen sich gute Gründe für eine Ungleichverteilung angeben“<sup>70</sup>*

Die Problematik der Ausnahmen wurde bereits erörtert.

## **3.2 Non-Egalitaristen**

Im folgenden Teil soll auf die Non-Egalitaristen als Gegenströmung zum vorherrschenden Egalitarismus eingegangen werden. Der grundlegende Gegensatz zwischen den beiden Vorstellungen wurde bereits in Kapitel 2.1 erörtert, so dass nun eine Auseinandersetzung mit einzelnen Vertretern des Non-Egalitarismus erfolgen kann.

### **3.2.1 Friedrich Nietzsche**

Wenngleich Friedrich Nietzsche (1844–1900) nicht zu den zeitgenössischen Denkern gezählt werden kann, so muss er aufgrund seiner Bedeutung in der Egalitarismusdebatte berücksichtigt werden. Daher wird im folgenden Kapitel sein Beitrag zu dieser Auseinandersetzung betrachtet.

---

<sup>70</sup> Ebd., S. 286.

Manuel Knoll legt in seinem Aufsatz über „Nietzsches Begriff der sozialen Gerechtigkeit“ schlüssig dar, dass sich Nietzsches Gerechtigkeitsauffassung an der antiken Gerechtigkeitsauffassung Platons orientiert. So führt er aus:

*„Diese Gerechtigkeitsauffassung [Platons Auffassung; G. F.] kann als der normative Kern von Nietzsches politischem Denken begriffen werden, weil sie in seiner Konzeption einer guten Ordnung des Staates und der Gesellschaft enthalten oder verkörpert ist.“<sup>71</sup>*

Die Vorstellungen Platons<sup>72</sup> werden von Nietzsche nahezu vollständig aufgegriffen. Wortwörtlich spricht Nietzsche davon, dass die Gerechtigkeit „jedem das Seine“ geben wolle.<sup>73</sup> Dies erinnert deutlich an die Idiopragie Platons. Ein ständisch organisierter Staat mit unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, denen jeweils eine spezifische Aufgabe zukommt, ist für Nietzsche ein gerechter Staat. Der gerechte Staat hat einen „pyramidalen Aufbau“<sup>74</sup>. Eine breite Masse sorgt durch ihre (Mehr-)Arbeit dafür, dass eine Spitze herausragender Menschen befreit von den Sorgen des Alltags leben kann. Diese besonderen Menschen schaffen eine Kultur der hochwertigen Kunst, Kultur und Philosophie, die Impetus für die Fortentwicklung der Menschheit bzw. eines Teils der Menschheit ist.

Im Unterschied zu Platon ist Nietzsche jedoch radikaler. Platon lässt dem untersten Stand der Gesellschaft auch einen Anteil am Glück zukommen: nämlich

---

<sup>71</sup> Knoll, Manuel: „Nietzsches Begriff der sozialen Gerechtigkeit“. In: Abel, Günther/Simon, Josef/Stegmaier, Werner (Hrsg.): Nietzsche Studien. Internationales Jahrbuch für die Nietzsche Forschung. Bd. 38. Berlin: Walter de Gruyter Verlag, 2009, S. 156.

<sup>72</sup> Über die antiken Griechen äußert sich Nietzsche in höchstem Lob: „Wer von ihnen erzählt, erzählt die heldenhafteste Geschichte des menschlichen Geistes!“ Nietzsche, Friedrich: „Menschliches Allzumenschliches“, Band Zwei. In: Colli, Giorgio/Montinari,azzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuausgabe. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999, Aphorismus Nr. 221, S. 474.

<sup>73</sup> Nietzsche: „Menschliches Allzumenschliches“, Band Eins, a. a. O., Aphorismus Nr. 635, S. 360.

<sup>74</sup> Vgl. Nietzsche, Friedrich: „Fünf Vorreden zu ungeschriebenen Büchern. Der griechische Staat“. In: Colli, Giorgio/Montinari,azzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuausgabe. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999, S. 769.

denjenigen, der ihnen im Rahmen ihrer von der Natur gegebenen Fähigkeiten zuteilwird. Platon möchte die gesamte Stadt glücklich machen:

*„Jetzt also, wie wir glaubten, bilden wir uns die glückselige Stadt, nicht als wollten wir abschneidend nur einige wenige solche in ihr setzen, sondern sie selbst ganz.“<sup>75</sup>*

In der Reclam Ausgabe der *Politeia* wird diese Passage noch eindeutiger übersetzt:

*„Jetzt, da wir den nach unserer Meinung glücklichen Staat formen, wollen wir das Glück der Gesamtheit nicht einiger weniger, die wir aus den anderen aussondern.“<sup>76</sup>*

Im Rahmen seiner Möglichkeit soll also jeder Stand in der idealen Stadt Platons glücklich werden. Auch die einfacheren Seelen sollen ihren von der Natur zugestandenen Anteil am Glück erhalten.

Nietzsche gesteht, im Gegensatz zu Platon, den „einfachen“ Menschen keinen Anteil am Glück zu. Für Nietzsche zählt nur das Glück und Wohlbefinden einer obersten elitären Schicht, und die Masse soll nur so viel zum Leben haben, dass sie in der Lage ist, die „olympischen Menschen“ mit dem lebensnotwendigen zu versorgen. Aus seinen Sätzen lässt sich eine tiefe Verachtung für die „Masse Mensch“ lesen. Man könnte Nietzsche als einen Denker der Ungleichheit beschreiben, quasi als Antipode zu Rousseau, für den die Natur die Gleichheit unter den Menschen eingerichtet hat und die erst durch die Gesellschaft ungleich werden.<sup>77</sup>

Für Nietzsche ist es nur natürlich, dass es eine Trennung der Menschheit in unterschiedliche Gruppen gibt. Allein die von ihm verwendeten Termini sind be-

---

<sup>75</sup> Platon: *Politeia*, a. a. O., S. 148f, 420c–421c.

<sup>76</sup> Platon: *Politeia*, a. a. O., S. 206f, 420c–421c.

<sup>77</sup> Rousseau, Jean-Jacques: *Diskurs über die Ungleichheit*. Widmung. 5. Auflage. Paderborn: UTB Verlag, 2001, S. 9.

reits Beleg für seine Ansicht einer fundamentalen Ungleichheit zwischen den Menschen. Er trennt die Menschen in die Kaste der „Zwangs-Arbeit“ und die Kaste der „Frei-Arbeit“<sup>78</sup>. Die frei arbeitenden Müßiggänger<sup>79</sup> sollen entbunden von den Sorgen und Nöten des Alltags ihrer wertvollen, großen Aufgabe nachgehen, während eine breite, sklavenartige Schicht für das gute Leben der wertvollen Menschen sorgen muss. Den frei Arbeitenden kommt die Aufgabe zu, Kunst hervorzubringen, zu philosophieren und die menschliche Kultur voranzubringen. Das Kriterium, zu welcher Kaste man gehört, ist die Frage nach einer „Leidensfähigkeit“.

*„In einer besseren Ordnung der Gesellschaft wird die schwere Arbeit und Noth des Lebens Dem zuzumessen sein, welcher am wenigstens durch sie leidet, also dem Stumpfsten, und so schrittweise aufwärts bis zu Dem, welcher für die höchsten sublimirtesten Gattungen des Leidens am empfindlichsten ist und deshalb selbst noch bei der größten Erleichterung des Lebens leidet.“<sup>80</sup>*

Man könnte diese Leidensfähigkeit im Sinne einer intellektuellen Fähigkeit interpretieren. Es ist sehr selten der Fall, dass ein Philosoph oder Künstler zugleich in einem Untertagebergwerk arbeitet, und umgekehrt, dass ein Bergarbeiterkumpel philosophische Traktate verfasst. Gewiss muss man diese Äußerungen vor dem Hintergrund der Krankheit Nietzsches lesen, der zeitlebens ge-

---

<sup>78</sup> Nietzsche: „Menschliches Allzumenschliches“, Band Eins, a. a. O., Aphorismus Nr. 439, S. 286.

<sup>79</sup> Zum Lob des Müßiggangs bei Nietzsche: „Es ist aber ein edel Ding um Musse und Müßiggehen. [...] der müßige Mensch ist immer noch ein besserer Mensch als der thätige.“ Nietzsche: „Menschliches Allzumenschliches“, Band Eins, a. a. O., Aphorismus Nr. 284, S. 232. Vgl. hierzu auch Aphorismus Nr. 285: „Aus Mangel an Ruhe läuft unsere Civilisation in eine neue Barbarei aus. Zu keiner Zeit haben die Thätigen, das heisst die Ruhelosen, mehr gegolten.“ In Aphorismus Nr. 283 kritisiert er die Dummheit der Tätigen. Nietzsche macht hier keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Arten der Arbeit. So kritisiert er eine arbeitsame Geisteshaltung sowohl bei Beamten und Kaufleuten als auch bei Gelehrten. Geradezu prophetisch klingt diese Kritik am Arbeitseifer oder neudeutsch am arbeitsfixierten „Workaholic“.

<sup>80</sup> Nietzsche: „Menschliches Allzumenschliches“, Band Eins, a. a. O., Aphorismus Nr. 462, S. 299.

sundheitlich angeschlagen und wohl auch manisch depressiv war.<sup>81</sup> Trotz dieser Hochschätzung des Leidens spricht aus seinen Schriften eine Sehnsucht nach einer gesunden, heroischen Welt, die sich selbst überwindet und stark und tapfer ist. Dementsprechend schreibt er in „Der griechische Staat“: *„Aus der Verzärtelung des neueren Menschen sind die ungeheuren sozialen Nothstände der Gegenwart geboren.“*<sup>82</sup>

Der Ursprung dieser Verweichlichung und Gleichmacherei liegt im grundsätzlichen Sieg der jüdisch-christlichen Moralvorstellung über die ritterlich-aristokratische Moral, repräsentiert durch Rom. Nietzsche spricht von einer *„Priesterkaste und einer Kriegerkaste“*, die einander unversöhnlich gegenüberstehen. Die Priesterkaste hat den Krieg begonnen und eine radikale Umwertung der Werte initiiert. Da sie aufgrund fehlender physischer Macht nicht gegen die Kriegerkaste angekommen ist, hat sie einen perfiden Trick angewandt: nämlich die Werte der Kriegerkaste moralisch zu degradieren. Das Pathos der Distanz als Charakteristikum einer guten Ordnung, in welcher die Vornehmen, Höhergestellten und Hochgesinnten eine aristokratische und in Nietzsches Augen gute Ordnung etablierten, wurde von der Priesterkaste als negativ dargestellt und somit gesellschaftlich entwertet. Dadurch gerieten die ritterlich-aristokratischen Werte in eine moralische Defensive. Durch diese *„geistige Rache“* wurde die aristokratische Wertgleichung (gut = vornehm = mächtig = schön = glücklich)<sup>83</sup> ersetzt. Die Vertreter dieser alten Werte werden als grausam, lüstern, unersättlich und gottlos diffamiert. Die neue Ordnung ist eine Ordnung der Armen, Niederen, Leidenden, Entbehrenden und Hässlichen. Sie sind die neuen moralisch Hochstehenden.

---

<sup>81</sup> Vgl. hierzu ausführlich Volz, Pia Daniela: Nietzsche im Labyrinth seiner Krankheit. Würzburg: Königshausen und Neumann, 1990.

<sup>82</sup> Nietzsche: „Fünf Vorreden zu ungeschriebenen Büchern. Der griechische Staat“, a. a. O., S. 769.

<sup>83</sup> Vgl. Nietzsche, Friedrich: „Zur Genealogie der Moral. Erste Abhandlung: ‚Gut und Böse‘, ‚Gut und Schlecht““. In: Colli, Giorgio; Montinari,azzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuausgabe. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999, S. 267.

Dies ist jedoch nicht per se als Sieg des Egalitarismus zu werten, da das angestrebte Ideal des Egalitarismus eine gleiche Gesellschaft wäre. In Nietzsches Beschreibung ist keine nivellierte Gesellschaft entstanden, sondern eine Pöbelherrschaft. Aufgrund seiner Geringschätzung des Volkes muss es für ihn ein Grauen gewesen sein, dass demokratische und soziale Bestrebungen peu à peu immer mehr Macht gewannen.<sup>84</sup> Für Nietzsche hat die Masse der Schlechten die wenigen Guten vom Thron gestoßen und eine grobe Herrschaft der einfachen, schlichten Naturen etabliert. So schreibt er:

*„Fügen wir uns in die Thatsachen: das Volk hat gesiegt – oder ‚die Sklaven‘, oder ‚der Pöbel‘, oder ‚die Heerde‘ oder wie Sie es zu nennen belieben.“<sup>85</sup>*

Ob dies jedoch auf die geschichtlichen Gegebenheiten, wie etwa den Niedergang der Aristokratie im Deutschen Reich, zu beziehen ist, muss offenbleiben. Es ist fraglich, ob Nietzsche die Herrscher im damaligen Reich bzw. im ehemaligen Feudalstaat als Repräsentanten seiner Kriegerkaste betrachtet hat.

Politische Begriffe wie „*Würde der Arbeit*“ oder „*Würde der Menschen*“ sind für ihn negativ besetzt. Durch die Agitation von „*unseligen Verführern*“<sup>86</sup> werden die an sich unschuldigen Sklavenmenschen aufgehetzt und stellen die gesellschaftliche Führung in Frage.<sup>87</sup> Die Verwirklichung dieser heutzutage von einer breiten Mehrheit getragenen Ideale würde Nietzsche zufolge die Mauern der Kultur einreißen. Es würde sich ein „*Gleichmaß des Leidens*“<sup>88</sup> einstellen, welches

---

<sup>84</sup> Vgl. hierzu das Erstarken der Arbeiterbewegung. Vermuten lässt sich hier, dass Nietzsche implizit auch Karl Marx (1818–1883) kritisiert. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* erschien 1867.

<sup>85</sup> Nietzsche: „Zur Genealogie der Moral. Erste Abhandlung: ‚Gut und Böse‘, ‚Gut und Schlecht‘“, a. a. O., S. 269.

<sup>86</sup> In seinem Werk „Der griechische Staat“ kritisiert Nietzsche, dass die Kommunisten und Sozialisten sowie ihre „blassen Abkömmlinge“, die Liberalen, die antike Ordnung beenden wollen. Dadurch forcieren sie soziale Unruhen und das Ende der gerechten Ordnung.

<sup>87</sup> Vgl. Nietzsche: „Fünf Vorreden zu ungeschriebenen Büchern. Der griechische Staat“, a. a. O., S. 765f.

<sup>88</sup> Ebd., S. 768.

jeglicher kulturellen Weiterentwicklung entgegenstünde. Wahre Kultur kann aus seiner Sicht nur durch die fundamentale Ungleichheit der Menschen entstehen, und jegliche gleichmacherische Tendenz ist, für Nietzsche, ein Verbrechen gegen das Wesen der Kulturgesellschaft. Nietzsche geht sogar so weit, die – damals noch umstrittene – Gleichheit vor dem Gesetz anzugreifen<sup>89</sup>. Für ihn ist die Gleichheit der Menschen ein Gräuel und für eine Gesellschaft kontraproduktiv, da dem von Nietzsche verachteten Pöbel dadurch eine Stellung zukommt, die er nicht verdient. Die Berufung auf die Natur als große gleichmachende Kraft lässt er nicht gelten – dies sei lediglich ein perfider Versuch, die bevorrechtete Stellung mancher Menschen zu delegitimieren. Folgendes Zitat verdeutlicht Nietzsches Haltung:

*„Überall Gleichheit vor dem Gesetz, – die Natur hat es darin nicht anders und nicht besser als wir: ein artiger Hintergedanke, in dem noch einmal die pöbelmännische Feindschaft gegen alles Bevorrechtete und Selbstherrliche, insgleichen ein zweiter und feinerer Atheismus verkleidet liegt.“<sup>90</sup>*

Nietzsche geht sogar so weit, dass er einen Teil der Menschen mit Göttern gleichsetzt. Einen größeren Unterschied, eine größere Ungleichheit, kann es zwischen den Menschen ja gar nicht geben: Auf der einen Seite die Gottgleichen, auf der anderen Seite das Pöbelhafte und Niedere.

Nietzsche fürchtet sich vor der Gleichmacherei. Er hegt die Befürchtung, dass die gleichmacherischen Tendenzen siegen werden. Nietzsche setzt hierbei eine weitere Relation zwischen den von ihm verachteten Mittelmäßigen und den Menschen, denen das Schicksal extrem schlimm mitgespielt hat. Folgendes Zitat verdeutlicht noch einmal seine Vorstellungen und seine Angst vor einer Gleichheit der Menschen:

---

<sup>89</sup> Das Männerwahlrecht wurde 1871 im Deutschen Reich eingeführt. Seit 1918 ist das Frauenwahlrecht in Deutschland gesetzlich verankert.

<sup>90</sup> Nietzsche, Friedrich: „Jenseits von Gut und Böse“. In: Colli, Giorgio/Montinari,azzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuausgabe. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999, S. 37.

*„[...] dass das Gewürm ‚Mensch‘ im Vordergrunde ist und wimmelt, dass der ‚zahme Mensch‘, der Heillos-Mittelmässige und Unerquickliche bereits sich als Ziel und Spitze, als Sinn der Geschichte, als ‚höheren Menschen‘ zu fühlen gelernt hat; – ja, dass er ein gewisses Recht darauf hat, sich so zu fühlen, insofern er sich im Abstände von der Überfülle der Missrathenen, Kränklichen, Müden, Verlebten fühlt, [...], somit als etwas wenigstens relativ Gerathenes, wenigstens noch Lebensfähiges.“<sup>91</sup>*

### 3.2.2 Robert Nozick

Einer der bedeutendsten Wortführer des zeitgenössischen Non-Egalitarismus war der US-amerikanische Philosophieprofessor Robert Nozick (1938–2002). Sein Hauptwerk „Anarchie, Staat, Utopia“ erschien im Jahre 1974, also drei Jahre nach dem Erscheinen der „Theory of Justice“ von John Rawls. Zu dieser Zeit war das Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ in aller Munde. In England regierte die Labour Party unter James Callaghan, und die Macht sowie der Einfluss der Gewerkschaften waren (noch) stark ausgeprägt. In den USA war der liberale Demokrat Jimmy Carter Präsident, jedoch hatten sich die Neoliberalen und Wirtschaftsgrößen bereits in Stellung gebracht, um eine wirtschaftsfreundliche Regierung zu forcieren. Es war in der Gesellschaft spürbar, dass ein sozialer Wandel ungeheuren Ausmaßes bevorstand – die Zeit von Margret Thatcher und Ronald Reagan<sup>92</sup> war nicht mehr fern.

Nozick hatte es in der akademisch meist links und egalitär dominierten Debatte relativ schwer, seine oft als unsozial empfundenen Vorstellungen darzulegen. So kritisiert der Wirtschaftsnobelpreisträger und Egalitarist Amartya Sen an Nozicks Werk<sup>93</sup>, dass

---

<sup>91</sup> Nietzsche: „Zur Genealogie der Moral. Erste Abhandlung: ‚Gut und Böse‘, ‚Gut und Schlecht‘“, a. a. O., S. 277.

<sup>92</sup> Ihm wird der Ausspruch „Der Staat ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems“ zugeschrieben.

<sup>93</sup> Nozicks Werk wird von Amartya Sen als „radikaler Liberalismus“ bezeichnet.



*„der kompromisslose Vorrang der libertären Rechte insofern besonders fragwürdig ist, als die realen Folgen einer Verwirklichung der berechtigten Ansprüche mit großer Wahrscheinlichkeit zu ziemlich entsetzlichen Resultaten führen können.“<sup>94</sup>*

Im Folgenden soll das Werk Robert Nozicks erläutert und anhand entscheidender Passagen dargelegt werden, warum Nozick als Non-Egalitarist zu verstehen ist.

Die Arbeiten von John Locke (1632–1704) sind für Nozick von wesentlicher Bedeutung. Basierend auf den Vorstellungen des Engländers, entwickelt Nozick eine non-egalitäre Gerechtigkeitskonzeption, in der dem Eigentum ein besonders hoher Stellenwert zugeschrieben wird.<sup>95</sup> Durch den Blick auf die Geschichte sowie das Aufgreifen der Ideen eines der geistigen Väter der amerikanischen Verfassung erhält Nozicks Werk darüber hinaus eine besondere akademische Weihe.

Nozick formuliert drei Grundsätze über das Eigentum, die als Anspruchstheorie bekannt geworden sind:

1. *„Wer ein Besitztum im Einklang mit dem Grundsatz der gerechten Aneignung erwirbt, hat Anspruch auf dieses Besitztum.*
2. *Wer ein Besitztum von jemandem erwirbt, der Anspruch auf das Besitztum hat, der hat Anspruch auf das Besitztum.*

---

<sup>94</sup> Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. 3. Auflage. München: dtv, 2005, S. 84.

<sup>95</sup> Für Locke ist es die Arbeit, die Eigentum schafft. Das Eigentum am eigenen Körper versetzt die Menschen in die Lage, die Früchte der Natur zu nutzen. Es wird ein Teil der Natur (z. B. ein Apfel) mit der eigenen Arbeit verbunden (aufgehoben) und das Gut somit in Privateigentum überführt. Dennoch soll genug für die anderen Menschen übrig bleiben (sog. Suffizienzklause). Ferner sollen sich die Menschen nur so viel aneignen, wie sie verbrauchen können; keine Güter sollen verderben (sog. Verderbnisklausel). Durch die Einführung des Geldes wird jedoch die Verderbnisklausel obsolet. Grundsätzlich kann man Locke als leistungsorientierten Denker lesen, der denjenigen den größeren Wohlstand zubilligt, die durch ihre Arbeit etwas leisten.

3. *Ansprüche auf Besitztümer entstehen lediglich durch (wiederholte) Anwendung der Regeln 1 und 2.*<sup>96</sup>

Die Idee der gerechten Aneignung als Bestandteil von Grundsatz 1 ist einfach und relativ banal zu erklären: Für Nozick ist die Aneignung von Besitztümern durch Diebstahl, Betrug oder Versklavung nicht gerecht.<sup>97</sup> Dies sind allgemeingültige Rechtsgrundsätze. Diebstahl ist schlichtweg kein zulässiger Übergang von Besitztümern. Es kommt somit auf die Umstände an, ob eine Übertragung von Besitz als gerecht und gerechtfertigt angesehen werden kann. Unter den drei oben genannten Umständen sind der Erwerb und die Übertragung von Eigentum gerecht. Die Weitergabe von Diebesgut hingegen stünde im Widerspruch zu den von Nozick aufgestellten Grundsätzen.

Gesellschaftlich bedeutender ist Nozicks Behauptung, dass die Besteuerung von Arbeitsverdiensten mit Zwangsarbeit gleichzusetzen sei.<sup>98</sup> Verhält es sich also tatsächlich so, wie Sen Nozick vorwirft, dass die von ihm angestrebte Gesellschaft eine inhumane Organisation von Egomaneen wird, die sich zwar an fundamentalen gesellschaftlichen Regeln orientiert, aber eine Verarmung der Nicht-Leistungsträger toleriert, weil die Leistungsträger schlichtweg keine Steuern mehr zahlen? Bis zu einem gewissen Grad ist dies durchaus korrekt. Robert Nozick äußert sich kaum über die Solidarität innerhalb einer Gesellschaft. Da die Menschen seiner Meinung nach die alleinigen Eigentümer über ihren Körper und ihr damit erarbeitetes Vermögen sind, können sie auch frei über die Verwendung ihrer Ressourcen verfügen. Dies inkludiert die Selbstbestimmung über die Verwendung ihrer Arbeit, da diese (Teil-)Eigentum des eigenen Körpers ist; insofern besteht auch keine moralische Verpflichtung zur Hilfeleistung gegenüber Schwächeren. Nozick sieht eine Zwangsabgabe aus Solidaritätsgründen als einen unzulässigen Eingriff in die autonome Selbstbestimmung des Men-

---

<sup>96</sup> Nozick, Robert: „Die Anspruchstheorie“. In: Horn, Christoph/Scarano Nico (Hrsg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002, S. 388.

<sup>97</sup> Vgl. ebd., S. 389.

<sup>98</sup> Vgl. ebd., S. 399; vgl. auch Nozick, Robert: Anarchie, Staat, Utopia. München: Olzog Verlag, 2006, S. 225.

schen an. Der freie Wille würde durch staatliche Zwangsmaßnahmen eingeschränkt.<sup>99</sup>

Der ideale Staat ist in seinen Augen der „Minimalstaat“, da er den Menschen zu nichts zwingt und die menschlichen Rechte nicht verletzt.<sup>100</sup> Ein Staat, der übermäßig in die Rechte der Bürger eingreift, ist Nozicks Meinung zufolge ein Unrechtsstaat. Sein Staatsideal ist das der sogenannten negativen Freiheit, also der Abwesenheit von Zwängen und Pflichten. Nozick beschreibt den Minimalstaat folgendermaßen:

*„Er behandelt uns mit Respekt, indem er unsere Rechte respektiert, und gestattet uns, einzeln oder gemeinsam mit wem wir wollen über unser Leben zu entscheiden und unsere Ziele und unser Selbstverständnis zu verwirklichen, so gut wir können, wobei uns andere Menschen, denen die gleiche Würde eigen ist, freiwillig helfen.“<sup>101</sup>*

Dem Staat kommt die Aufgabe zu, die Sicherheit des Individuums zu garantieren, er darf jedoch nicht über Gebühr in dessen Rechte eingreifen. Die freiwillige, moralische Selbstverantwortung zur gegenseitigen Hilfe wird wieder an die mündigen Bürger gegeben. Mit heutigen Worten ausgedrückt: Es handelt sich um einen Nachtwächterstaat, der nur grobe Strafvergehen ahndet.

Nozick weist noch auf einen weiteren Grund für Ungerechtigkeit im „Umverteilungssystem“ hin. Er bemüht das Beispiel eines Kinobesuchers und eines Menschen, der einen Sonnenuntergang betrachtet. Der Kinobesucher wird durch die Besteuerung seines Kinobesuchs gezwungen, eine soziale Abgabe zu entrichten. Derjenige, der lieber einen Sonnenuntergang betrachtet, kann sein Vergnügen kostenfrei erleben. Dies stellt für Nozick eine Ungerechtigkeit dar, insofern nur derjenige zu einem Beitrag für die Gesellschaft und damit zur Unterstützung von Bedürftigen herangezogen wird, der die Kinokarte kauft.

---

<sup>99</sup> Vgl. ebd. S. 401.

<sup>100</sup> Nozick: Anarchie, Staat, Utopia, a. a. O., S. 13.

<sup>101</sup> Ebd., S. 438.

Henning Ottmann wirft Nozick vor, dass er in seiner Eigentumskonzeption John Locke missinterpretiert. Ottmann behauptet, dass Nozick John Locke als einen „radikalen Individualisten versteht, was er nicht war.“<sup>102</sup> Diese Kritik bezieht sich wohl in erster Linie auf die Suffizienzklausele und die Verderbnisklausel aus dem „Second Treatise of Government“. Diese wichtigen Gedanken im Werke von John Locke rechtfertigen durchaus, Locke als sozialen Denker zu verstehen und eben nicht als radikalen Individualisten. Die Frage ist, wie Nozick Locks Werk interpretiert. Korrekt ist, dass Nozick in seinem Werk „Anarchie, Staat, Utopie“ nicht auf die Einschränkung des Eigentums durch die Suffizienz eingeht. Diese kann und sollte durchaus als sozialer sowie als umverteilender Faktor interpretiert werden. Für Nozick gibt es keine zentrale Autorität, die berechtigt wäre, in die Güterverteilung einzugreifen, da dies eine unzulässige Handlung gegenüber den Menschen als individuellen und autarken Subjekten wäre.

*„Es gibt keine zentrale Verteilung, keine Person oder Gruppe, die berechtigt wäre, alle Hilfsquellen zu kontrollieren und gemeinsam zu entscheiden, wie sie zu verteilen sind.“<sup>103</sup>*

In der politischen Praxis kann man diese „Gruppe“ als das Parlament oder als Regierung interpretieren, die entscheiden, wie mit den Steuergeldern der Bürger (Hilfsquellen) umgegangen wird und wie deren Verteilung gestaltet werden soll. In Nozicks Vorstellung ist diese Umverteilung nicht zulässig. Eine Verteilung soll seiner Meinung nach durch die Einzelentscheidungen der Individuen erfolgen, die über die Verwendung ihrer Güter frei verfügen können.<sup>104</sup>

Insofern ist Ottmanns Kritik berechtigt. Nozick setzt sich nicht mit den sozialen Gedanken in Lockes Werk auseinander und bezieht diese auch nicht in seine eigenen Überlegungen ein. Auch die Kritik von Amartya Sen hat ihre Berechtigung: Eine Gesellschaft, die nur das Individuum und seine individuellen Rechte,

---

<sup>102</sup> Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Die Neuzeit. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen. Stuttgart: Verlag J. B. Metzler, 2006, S. 380.

<sup>103</sup> Nozick: Anarchie, Staat, Utopia, a. a. O., S. 201.

<sup>104</sup> Vgl. ebd., S. 202.

jedoch keine solidarischen Pflichten sieht, kann in große Schwierigkeiten geraten, den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten, da viele Menschen nicht in der Lage sind, ausreichend für ihr individuelles Wohl zu sorgen.

### 3.2.3 Harry Frankfurt

Harry Frankfurt positioniert sich klar gegen die relative Gleichheit des egalitaristischen Denkens. Relative Gleichheit bedeutet, dass der Maßstab für Gleichheit immer der Bezug zu anderen Personen ist. Beispielsweise ist es den Egalitaristen zufolge ungerecht, dass manche Menschen ein großes Auto haben, während andere sich nur ein Fahrrad leisten können. Die Nivellierung der Unterschiede zwischen den Menschen soll im Endeffekt dazu führen, dass alle Menschen absolut gleich sind. Bis dieser Zustand jedoch erreicht wird, vergleichen sich die Menschen in der egalitaristischen Denkweise miteinander und empfinden Ungleichheiten häufig als ungerecht. Der US-amerikanische Philosophieprofessor Harry Frankfurt (geb.1929) beurteilt genau diese „In-Relation-zu-anderen-Setzung“ als falsch. Er definiert den Egalitarismus folgendermaßen:

*„[E]galitarianism is, as I shall construe it, the doctrine that it is desirable for everyone to have the same amounts of income and of wealth (for short, ‘money’)“.*<sup>105</sup>

Der Anspruch des Egalitarismus, dass alle Menschen ungeachtet ihrer Fähigkeiten und individuellen Voraussetzungen gleich viel Vermögen besitzen sollen und sich über die Relation zu anderen definieren, ist für Frankfurt nicht zielführend für das Wohlergehen der Menschen. Wolfgang Kersting ist sogar der Meinung, dass Frankfurt den Egalitarismus als ein „*trojanisches Pferd*“ ansieht, der „*sozialistische, irrationale Konterbande [in den Staat; G. F.] einschmuggelt.*“<sup>106</sup>

---

<sup>105</sup> Frankfurt, Harry: „Equality as a Moral Ideal“. In: Ethics, Vol. 98, Chicago: University of Chicago Press, 1987. URL: [http://www.law.upenn.edu/academics/institutes/ilp/prioritarianism\\_papers/Session3Frankfurt.pdf](http://www.law.upenn.edu/academics/institutes/ilp/prioritarianism_papers/Session3Frankfurt.pdf) [Stand: 22.4.2010].

<sup>106</sup> Kersting, Wolfgang: Verteidigung des Liberalismus. 2. Auflage. Hamburg: Murmann, 2010, S. 99.

Für Frankfurt liegt der Fokus auf dem Individuum als solchem, nicht im Vergleich mit anderen. *„Es kommt darauf an, ob Menschen ein gutes Leben führen, und nicht, wie deren Leben relativ zu dem Leben anderer steht.“*<sup>107</sup> Frankfurt richtet demnach den Fokus der Betrachtung, ob ein Mensch ein gutes Leben führt oder nicht, auf die individuelle Perspektive. Der Mensch wird als Subjekt betrachtet und in seinen persönlichen Lebensumständen wahrgenommen. Die das Subjekt umgebenden Personen respektive die Gesellschaft spielen für das individuelle Glück keine Rolle. Auch die Behauptung, dass Gleichheit ein intrinsischer Wert sei, wird von ihm zurückgewiesen.<sup>108</sup> Der moralische Wert der Gleichheit, den sich die Egalitaristen unter Verweis auf den grundlegenden gleichen Wert von Menschen zu eigen machen, erachtet Frankfurt als unbegründet und nicht überzeugend, da Menschen auch unter unterschiedlichen Lebensumständen ein glückliches Leben führen können. Es ist nicht zwangsläufig richtig, dass nur die Gleichheit dazu führt, dass Menschen zufrieden sind. Das individuelle Glück ist nicht abhängig davon, wie man relativ zu anderen steht, sondern obliegt dem jeweiligen Subjekt in seiner Lebensgestaltung.

Frankfurt räumt jedoch ein, dass es drastische Unterschiede in den Lebensaussichten der Menschen gibt. Er erkennt zudem an, dass materielle Armut ein Problem vieler Menschen ist. Der Schluss, den Frankfurt aus diesen Gegebenheiten zieht, ist jedoch ein anderer als derjenige, den ein Egalitarist ziehen würde. Für Harry Frankfurt bedingt Mittellosigkeit nicht zwangsläufig, dass man ein schlechtes Leben hat.<sup>109</sup> Ein armer Mensch kann genauso glücklich sein, und ein Reicher kann trotz seines materiellen Wohlstands todunglücklich sein. Dennoch verlangt er, dass ein gewisses Maß an Gütern vorhanden sein muss, wäre doch sonst ein menschenwürdiges Leben nicht möglich bzw. würde sogar der Tod drohen.

---

<sup>107</sup> Frankfurt, Harry: „Gleichheit und Achtung“. In: Krebs, Angelika (Hrsg.): Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2000, S. 41.

<sup>108</sup> Ebd., S. 38f.

<sup>109</sup> Ebd., S. 40.

*„With respect to the distribution of economic assets, what is important from the point of view of morality is not that everyone should have **the same** but that each should have **enough**. If everyone had enough, it would be of no moral consequence whether some had more than others“.*<sup>110</sup>

Frankfurt geht von einem Minimum aus, das den Menschen zustehen muss, so dass sie nicht verhungern. Dieser Suffizienzansatz wird von ihm auch als „Alternative zum Egalitarismus“ bezeichnet.<sup>111</sup> Für ihn ist die Betrachtung des Individuums und dessen individueller Rechte der Maßstab dafür, was einer Person zusteht. Es ist irrelevant, wie diese Person im Vergleich zu anderen Menschen steht. Dementsprechend kritisiert er:

*„Wer auf einer Gleichbehandlung beharrt, berechnet seine Forderungen auf der Grundlage dessen, was andere besitzen, statt auf der Basis dessen, was mit seinen eigenen Lebensumständen übereinstimmt und am besten zu seinen eigenen Interessen und Bedürfnissen passt.“*<sup>112</sup>

Der Effekt des Beharrens auf Gleichheit wäre ein negativer. Für Frankfurt wäre es eine Verletzung der Achtung der Menschen, ihnen bestimmte Vorteile zukommen zu lassen, die ihnen gar nicht zustehen.<sup>113</sup> Eine Gleichbehandlung würde nach Frankfurt dazu führen, dass Menschen von ihrem individuellen Lebensweg, basierend auf ihren Fähigkeiten und Ausstattungen, abweichen und sich, so Frankfurt wörtlich, „von sich selbst entfremden“<sup>114</sup>. Die Konsequenz wäre eine Abhängigkeit von anderen. Die Achtung der Einzigartigkeit der Menschen verbietet dagegen eine derartige Politik.

---

<sup>110</sup> Frankfurt: „Equality as a Moral Ideal“, a. a. O. (Hervorhebungen im Original).

<sup>111</sup> Ebd., S. 21.

<sup>112</sup> Frankfurt: „Gleichheit und Achtung“, a. a. O., S. 49.

<sup>113</sup> Ebd., S. 44.

<sup>114</sup> Ebd., S. 49.

Nachdem vorangehend einige bedeutende Wortführer des Egalitarismus beziehungsweise Non-Egalitarismus exemplarisch dargestellt worden sind, soll im folgenden Teil der Arbeit der Schwerpunkt auf der konkreten Betrachtung der politischen Handlungen liegen. Um die Theorie und die Betrachtung der konkreten Handlungen der Politikschaffenden miteinander in Beziehung setzen zu können, erscheinen die Gedanken Norberto Bobbios einen guten Anknüpfungspunkt zu liefern. Er stellte eine konkrete Verbindung zwischen theoretischer Debatte und konkreter Manifestierung im Alltagshandeln auf. Seine Gedanken sind daher für diese Arbeit extrem hilfreich und liefern ein gutes Grundgerüst, insofern wird im nachfolgenden Kapitel dieser Denker vorgestellt.



## 4 Norberto Bobbio – Übergang von der theoretischen Debatte zum empirischen Teil

Im Nachruf auf den italienischen Rechtsphilosophen Norberto Bobbio (1909–2004) schreibt Carl Wilhelm Macke, dieser sei ein unabhängiger, von keiner Seite korrumpierbarer Intellektueller gewesen.<sup>115</sup> Im Nachruf der „Zeit“ wird Bobbio als „*moralische Instanz*“<sup>116</sup> beschrieben und als ein Mann, der sich konsequent dem Zeitgeist und der allgegenwärtigen Macht der Medien<sup>117</sup> entgegenstellt habe.

Bobbio war zunächst Sympathisant der faschistischen Bewegung, im Laufe seines Lebens wurde er jedoch zum kritischen Beobachter der politischen Landschaft. Vornehmlich eher links-liberale Kreise, unter anderem der sozialistische Politiker Vittorio Foa (1910–2008), schätzten ihn. Über sich selbst schreibt der Italiener, er habe sich stets als Linker verstanden.<sup>118</sup> Seine politischen Ansichten ließ er jedoch in seine wissenschaftliche Arbeit nicht einfließen. Er entwickelte ein schlüssiges, objektives politisches Koordinatensystem in dem er die politischen Parteien gemäß ihrer Programmatik dem Egalitarismus bzw. dem Non-Egalitarismus zuordnete. Bobbio konstatiert, dass trotz der allgemein bekannten (und beklagten) Nivellierung (oder Nicht-Unterscheidbarkeit) der Parteien eine klare Zuordnung in rechte und linke Parteien adäquat und zeitgemäß sei. Er bezieht mit dieser Meinung klar gegen den momentanen Zeitgeist Position, der allen Parteien eine Politik der Beliebigkeit sowie Opportunismus vor-

---

<sup>115</sup> Macke, Carl Wilhelm: Ein Meister des Dialogs. Zum Tod von Norberto Bobbio. URL: <http://www.hirzel.de/universitas/archiv/mackebobbio.pdf> [Stand: 13.6.2010].

<sup>116</sup> Polaczek, Dietmar: „Moral des Alters. Zum Tod des italienischen Rechtsphilosophen Norberto Bobbio“. In: Die Zeit. URL: <http://www.zeit.de/2004/04/Bobbio> [Stand: 13.6.2010].

<sup>117</sup> Insbesondere der Berlusconi-Medien und der damit verbundenen Verknüpfung öffentlicher Macht und privatwirtschaftlicher Interessen.

<sup>118</sup> Vgl. Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe einer politischen Unterscheidung. Berlin: Klaus Wagenbach Verlag, 1994, S. 90.

wirft.<sup>119</sup> Bobbio wehrt sich gegen den Vorwurf, dass „rechts“ und „links“ als politische Koordinaten obsolet geworden seien, da die Parteien eine inhaltliche Differenzierung vermissen ließen und nur die Macht als absoluten Wert anerkennen würden. Die klassischen Schemata – oder umgangssprachlich „Schubladen“ – sind für ihn nach wie vor aktuell, obwohl auch vermeintlich Linke eine rechte Politik vertreten. Zu erwähnen sei hier nur Gerhard Schröder, der mit seiner Agenda 2010 erste Schritte gegen den Umverteilungsmechanismus in der Bundesrepublik auf den Weg brachte, die letztlich auch zur Spaltung der SPD führten.

Bobbio schreibt den Linken eine egalitaristische Geisteshaltung zu. Er erachtet die Definition linker Politik von Peter Glotz und Elias Diaz als sinnvoll. Diese definieren linke Politik als eine Politik des Sozialstaates, der eine Politik der Umverteilung und der angemessenen Angleichung durchführt. Ferner ist es ein Charakteristikum der Linken, dass das öffentliche Eigentum stärker berücksichtigt wird als das private und individuelle.<sup>120</sup> Bobbio recurriert hierbei auf das „Hauptanliegen“ der historischen Linken von den Sozialisten bis zu den Kommunisten: die Abschaffung des Privateigentums.<sup>121</sup> Der Italiener beruft sich auf Rousseau, der im zweiten Teil des Diskurses über den Ursprung des Eigentums schreibt:

*„Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und es sich einfallen ließ zu sagen: dies ist mein und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Not und Elend und wie viele Schrecken hätte derjenige dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle herausgerissen oder den Graben zugeschüttet [...]“<sup>122</sup>*

---

<sup>119</sup> Vgl. z. B. Valin, Frédéric: Die Beliebigkeit der Parteien. URL: <http://www.spreeblick.com/2009/09/22/die-beliebigkeit-der-parteien/> [Stand: 2.7.2010].

<sup>120</sup> Vgl. Bobbio: Rechts und Links. Gründe einer politischen Unterscheidung, a. a. O., S. 85.

<sup>121</sup> Ebd., S.87.

<sup>122</sup> Rousseau: Diskurs über die Ungleichheit, a. a. O., S. 173.

Auch Rudolf van Hüllen definiert „links“ als marxistische Bestrebungen der Arbeiterklasse sowie die bestimmenden Werte für ihr Selbstverständnis in Anlehnung an den Wertetrias der Französischen Revolution als Freiheit, *Gleichheit* und Brüderlichkeit.<sup>123</sup> Der Idealtypus der „Linken“ begreift linke Politik auch als Utopie zur Gegenwart, die als Korrektiv der gegenwärtigen Gesellschaft erst in der Zukunft zu realisieren sei. Er setzt auf eine Einsichtsfähigkeit der Individuen, dass der einzelne Mensch vor der Gesamtmasse zurückzustehen habe, da ein höheres Ziel es rechtfertige, das individuelle Wohl zumindest kurzzeitig einzuschränken.

Die Kollektivierung oder Vergesellschaftung des Privateigentums ist Bobbio zufolge das zentrale Merkmal einer „linken“ Einstellung. Die Problematik dieser Definition von links besteht jedoch darin, dass sich zum Beispiel die SPD oder die GRÜNEN durchaus als links bezeichnen, eine Kollektivierung von Eigentum aber ablehnen.<sup>124</sup> Bobbio geht nur kurz auf diese Problematik ein. So schreibt er, dass es innerhalb des linken Spektrums unterschiedliche Auffassungen darüber gebe, inwieweit das Eigentum kollektiviert werden sollte, um das Ziel der Gleichheit zu erreichen.<sup>125</sup> Insgesamt sind die Begriffe „rechts“ und „links“ relativ und zudem veränderlich. Eine klare Trennlinie, anhand derer sich links eindeutig von rechts abgrenzen ließe, gibt es nicht. Die Abschaffung des Privateigentums als Charakteristikum des linken Denkens markiert jedoch mit Sicherheit das äußerste extreme Ende, wenn man sich links und rechts auf einer horizontalen Achse vorstellt. Auch Bobbio ist sich bewusst, dass eine Verwirklichung des absoluten Gleichheitsideals zu perversen Auswirkungen führen würde. Er zieht eine Parallele zu den Ideen Platons, dessen ideale Stadt, so Bobbios Interpretation, auch nur eine Utopie war.<sup>126</sup> Inwieweit und in welchem

---

<sup>123</sup> Vgl. Van Hüllen, Rudolf: *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen*. Bonn: Bouvier Verlag, 1990, S. 23.

<sup>124</sup> Im Übrigen würden sie mit einer derartigen Forderung auch gegen das Grundgesetz verstoßen. In Art. 14 wird das Eigentum explizit gewährleistet. In der juristischen Auslegung wurden im Laufe der Rechtsprechung hohe Maßstäbe an die zugelassenen Enteignungsvoraussetzungen gestellt.

<sup>125</sup> Vgl. Bobbio: *Rechts und Links. Gründe einer politischen Unterscheidung*, a. a. O., S. 88.

<sup>126</sup> Ebd., S. 89.

Ausmaß er selbst die Gleichheit durchsetzen will und was er als machbar erachtet, lässt Bobbio offen.

Die politisch Rechten stehen, so der Italiener, dem Non-Egalitarismus nahe. Für sie sind die Menschen eher ungleich. Er stellt die politische Rechte unter Rückgriff auf Dino Cofrancesco<sup>127</sup> als eine Ideologie dar, die sich auf Naturgesetzmäßigkeiten und die Geschichte bezieht, um anthropologische Ungleichheiten zu legitimieren. Während die Egalitaristen – und damit die Linken – der Meinung sind, dass Ungleichheiten in erster Linie sozialer Art und als solche vom Menschen auch veränderbar sind, stehen die Non-Egalitaristen einem Denken nahe, welches den Ursprung der Ungleichheit bereits in der Natur verortet. Dementsprechend finden sich die in der Natur vorhandenen Kräfteungleichgewichte auch im menschlichen Zusammenleben. Man denke nur daran, dass Mann und Frau über unterschiedliche Körperkräfte verfügen oder dass es auch bei in Rudeln lebenden Tieren Leittiere gibt, die hierarchisch über den anderen Mitgliedern stehen. Dementsprechend wäre eine absolute natürliche Gleichheit eine Illusion und ein Hirngespinnst von Idealisten. Bobbio rekurriert in diesem Zusammenhang auch auf den Gegensatz zwischen Nietzsche und Rousseau. Für Rousseau sind die Menschen von Natur aus gleich und wurden erst durch die – im Widerspruch zur Natur stehende – Vergesellschaftung ungleich. Dadurch entstanden die Zwietracht und der Krieg zwischen den Menschen. Nietzsche nimmt, wie oben gezeigt, einen völlig anderen Standpunkt ein. Für ihn sind die Menschen qua Natur ungleich, und jedwede Tendenz zur Gleichmacherei ist eine Missachtung der Natur.

Die Anerkennung eines gewachsenen sozialen hierarchischen Beziehungsgeflechts, welches den Menschen unterschiedliche „Ränge“ zuweist, ist, wie bereits im Zusammenhang mit dem Beispiel des Geburtsadels erwähnt, aus Sicht der Rechten und der Non-Egalitaristen akzeptabel. Im Laufe von Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten haben sich gewisse Verhaltensmuster und soziale Beziehungen in das Verhalten der Menschen eingebrannt und können nicht auf einmal verändert bzw. aufgehoben werden. Die (ehemalige) Königsfamilie hat bei

---

<sup>127</sup> Italienischer Philosophieprofessor (geb. 1942).

den Rechten immer noch einen anderen Stand als bei den Linken. Zum Beispiel werden bei Empfängen in konservativen Kreisen immer zuerst die Vertreter der untergegangenen Monarchie begrüßt. Bei einer Veranstaltung der Linkspartei wäre dies wohl nicht der Fall, sofern überhaupt eine Einladung an die ehemaligen Herrscher erfolgen würde.

Bobbio beschreibt die Seele der Rechten folgendermaßen: *„Nichts außerhalb und gegen die Tradition, alles innerhalb und für die Tradition.“*<sup>128</sup> Dies ist grundsätzlich für konservative Kreise nachvollziehbar, da das Bewahren und die Anerkennung einer tradierten Werteordnung Kennzeichen der rechten bzw. konservativen Werteordnung sind. Dementsprechend können konservative Personen eine tradierte Herrschaft, wie beispielsweise eine Erbmonarchie, eher akzeptieren als Menschen, die sich politisch dem linken Spektrum zuordnen. Tradierte Ordnungen wurden auch weit häufiger von politisch linken Gegnern zu Fall gebracht als von Rechten. Hierfür lassen sich zahlreiche Beispiele anführen: der Sturz des zaristischen Systems in Russland, das Ende der Monarchie in Deutschland oder, in der Gegenwart, der Sturz der Monarchie in Nepal aufgrund des permanenten Drucks durch maoistische Rebellen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass monarchische Regime meist aufgrund linker Bestrebungen gestürzt wurden. Konservative, rechte Kreise sind eher bereit, sich mit der tradierten Herrschaft zu arrangieren bzw. diese sogar gutzuheißen. Zudem zeigen sie nach dem Sturz einer traditionellen Herrschaft oft nur eine geringe Bereitschaft zur Kooperation mit linken Regierungen. Es sei hier nur auf die Schwierigkeiten der links geführten Weimarer Republik verwiesen, die Reichswehr zu einer loyalen Truppe zu machen. Der Ausdruck „Staat im Staate“ für die Armee zu jener Zeit hat Einzug in die Geschichtsbücher gehalten.

Der Begriff „Tradition“ wird von Norberto Bobbio und Dino Cofrancesco weit ausgelegt. Beide Autoren verstehen unter Tradition auch die Schicksalsgemeinschaft eines Volkes sowie die Treue zur Nation.<sup>129</sup> Durch diese inhaltliche Breite des Begriffes gelingt es, auch rechtsextreme Gruppen in das traditionelle

---

<sup>128</sup> Bobbio: Rechts und Links. Gründe einer politischen Unterscheidung, a. a. O., S. 61.

<sup>129</sup> Ebd.

Spektrum einzubeziehen. Gemäß Bobbio stehen auch diese Gruppierungen für Tradition und damit für das non-egalitaristische Spektrum. Dies ist durchaus nachvollziehbar, da beispielsweise die Nationalsozialisten eine extreme Ungleichheit der Menschen propagierten und sich zugleich in der Tradition der deutschen Geschichte sahen.

Auch non-hierarchisches Denken ist eher ein Merkmal der Linken. In Deutschland sprechen diese sich einander stets mit „Genosse“ an und duzen sich, was beides Solidarität impliziert. Dies kann als Ausdruck der Gleichheit und Gemeinschaft der Personen untereinander gewertet werden – es ist unerheblich, ob jemand Parteivorsitzender oder einfaches Mitglied ist. Das egalitaristische Denken zeigt sich auch in diesem Bereich der menschlichen Beziehungen. Dennoch gibt es de facto auch innerhalb der Linken eine hierarchische Gliederung, dieser Umstand ist jedoch eher pragmatischen Gründen geschuldet als dem Wunsch nach Hierarchie.

Im rechten/konservativen Spektrum hingegen wird weitaus mehr Wert auf die Wahrung hierarchischer Etikette gelegt. So ist es zum Beispiel in der konservativen CSU nicht üblich, auf hierarchische, traditionelle Regeln zu verzichten. Es wäre äußerst ungewöhnlich, den Parteivorsitzenden mit einem informellen „Du“ anzusprechen. Auf den sozialen Status der Personen wird mehr Wert gelegt und herausragenden Personen mehr Respekt entgegengebracht. Dies gilt theoretisch nicht für totalitäre Parteien, die nach außen propagieren, dass alle Menschen einer bestimmten Gruppe beziehungsweise eines Volkes Teil der Volksgemeinschaft und damit gleich seien. Zum Beispiel wurde die Anrede „Volksgenosse“ im Dritten Reich eingeführt. De facto existieren jedoch in diesen Parteien starke Hierarchien (Führerprinzip bis in die unterste Gliederungsebene). Normale „Volksgenossen“ hätten niemals einen Parteioberen per „Du“ anreden können und dürfen. Auch die Beschränkung auf den VOLKsgenossen impliziert, dass Menschen, die nicht zum Volk gehören, ausgeschlossen waren.

Bobbios Einordnung der Rechten als Non-Egalitaristen und der Linken als Egalitaristen ist grundsätzlich schlüssig. Sein axiales Ordnungssystem liefert eine sinnvolle Zuordnung der Rechten und Linken als zwei antagonistische Weltanschauungen. Damit bietet er einen guten Ausgangspunkt, um die Programmatik

der Parteien genauer zu betrachten und die deutschen Parteien in dieser Achse zu verorten. Dies soll im folgenden Teil der Arbeit geschehen.

## **5 Soziale Gerechtigkeit in der BRD – Begriffliche und empirische Annäherung**

Im folgenden Teil der Untersuchung sollen die Einstellungen der Deutschen Bevölkerung bezüglich der Frage, ob und wie gerecht es in Deutschland zugeht, erörtert werden. Die empirische Gerechtigkeitsforschung beleuchtet die Frage, welches Verständnis die Menschen tatsächlich von Gerechtigkeit haben. Sie ist im Gegensatz zu den beschriebenen Vorstellungen nicht normativ. Die Beantwortung der Frage, was als gerecht angesehen werden kann, sollte nicht nur den Experten mit ihren unterschiedlichen Meinungen überlassen werden. Auch das Volk ist bei politischen Entscheidungen mit einzubeziehen, andernfalls fehlt diesen die notwendige Zustimmung.

Andererseits ist klar, dass Umfragen eine Vielzahl unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen widerspiegeln. Eine Beantwortung der Frage, welche Position die richtige ist, kann die empirische Gerechtigkeitsforschung nicht leisten. Hierfür sind wieder normative, analytische Konzepte gefragt. Empirische und normative Gerechtigkeitsforschung stehen also in komplementärem Verhältnis zueinander, das heißt, sie sollten nicht einzeln betrachtet werden. Nur im Zusammenspiel beider kann ein möglichst detailliertes Bild einer anzustrebenden Gesellschaft gezeichnet werden, nur so lassen sich möglicherweise Antworten auf die drängenden Fragen der Gesellschaft finden.

Als Methoden der empirischen Gerechtigkeitsforschung sind Umfragen und Experimente zu nennen. Durch diese werden die Meinungen der Menschen systematisch erfasst und analysiert. Die auf diese Weise erhobenen Daten sind eine wichtige Handlungsgrundlage für die politisch Verantwortlichen und üben großen Einfluss darauf aus, ob der Forderung nach mehr Staat oder der nach weniger Staat entsprochen wird. Der Schwerpunkt dieses empirischen Teils liegt wieder auf der Frage der Verteilungsgerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit, also der Frage nach einer eher egalisierenden oder non-egalisierenden Politik.



Bevor jedoch die konkrete Situation in Deutschland betrachtet wird, ist es notwendig zu fragen und zu definieren, welche Art von Gemeinschaft der Staat ist, da Menschen in einem Staat möglicherweise eine andere Einstellung zu Gerechtigkeit und Verteilung der vorhandenen Güter vertreten als zum Beispiel Mitglieder in einem Sportverein oder einer sonstigen sozialen Institution. Dies erfolgt unter Punkt 5.2 der vorliegenden Arbeit. Vorher soll ein kurzer historischer Überblick über den Begriff der sozialen Gerechtigkeit erfolgen, der für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist.

### 5.1 Zur Begriffsgeschichte der sozialen Gerechtigkeit

Der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ wurde als politischer (Kampf-)Begriff erst relativ spät im 19. Jahrhundert verwendet. Dem Wesen nach lassen sich jedoch die Frage nach einem gerechten Zusammenleben und der Widerstreit darüber bis in die Antike und davor zurückverfolgen. In manchen Wildbeutergesellschaften kann man immer noch ein äußerst egalitäres Verhalten beobachten.<sup>130</sup> Diese Gruppen bestehen jeweils aus genetisch verwandten Personen, weisen keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich ihrer Ressourcenausstattung auf und verhalten sich äußerst solidarisch zueinander. Möglicherweise ist dies auch der Grund für eine große Affinität sowie eine gewisse Verklärung dieser überschaubaren Stämme seitens der westlichen Gesellschaft.

1840 formulierte Luigi Taparelli im Rahmen der aufkommenden sozialen Frage erstmals die soziale Gerechtigkeit *expressis verbis* (*iustitia socialis*) als *Gerechtigkeit zwischen Mensch und Mensch*.<sup>131</sup> Im Zuge der Industrialisierung und der damit verbundenen Pauperisierung der Massen begann sich eine neue soziale Bewegung zu bilden, die denjenigen ein Sprachrohr bieten wollte, die in der herrschenden Klasse nicht adäquat repräsentiert waren. 1863 gründete Ferdi-

---

<sup>130</sup> Vgl. „Egalitäre Gesellschaft“ In: Wörterbuch der Ethnologie. Berlin: Dietrich Reimer Verlag, 1999 S. 88.

<sup>131</sup> Vgl. zur Begriffsgeschichte wie zur sozialetischen Auslegung der sozialen Gerechtigkeit im katholischen Kontext Höffner, Joseph: Christliche Gesellschaftslehre, Kevelaer: Butzon und Bercker, 1997, S. 79ff.

nand Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der sich 1875 mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Liebknechts und Bebel's zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschloss. Otto von Bismarck bekämpfte die sozialistischen Bestrebungen, da durch die Macht des sogenannten Proletariats die gesamte gesellschaftliche Ordnung, die Vorherrschaft des Adels und des Bürgertums, gefährdet wurde. Nachdem die Bewegung, seit 1890 die Sozialdemokratische Partei, jedoch steten Zulauf erhalten hatte, nahm Bismarck zentrale Forderungen der Arbeiterschaft auf – nicht zuletzt, um der sozialen Sprengkraft als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenzutreten. So wurde 1883 eine Krankenversicherung eingeführt, 1884 die Unfallversicherung. Dieses System der sowohl von Arbeitgeber als auch von Arbeitnehmer getragenen Sozialversicherungskosten fand Nachahmer in vielen europäischen Staaten. Dennoch blieben die sozialistischen Bestrebungen bestehen, und es gelang nicht, die Arbeiterschaft dauerhaft mit dem herrschenden System zu versöhnen.

In der jüngeren Verfassungsgeschichte spiegelt der Sozialstaatsgedanke den Anspruch auf Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit wider. Die elementaren Menschenrechte wie Leben, Freiheit und Gleichheit wurden erst nach langem Ringen von einer Mehrheit akzeptiert. Die französische Menschenrechtserklärung von 1789 schreibt diese Werte verbindlich fest. In Anlehnung an Rousseau heißt es in Artikel 1 der *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen*: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es.“<sup>132</sup> Dies kann zu einem Spannungsverhältnis führen, da fundamentale Gleichheit nur schwer mit der Freiheit, das eigene Leben nach individuellen Wünschen zu gestalten, vereinbar ist. Die Entfaltungsmöglichkeiten, die sich den Menschen nach dem Ende der Agrargesellschaft boten, waren höchst vielfältig. Dies führte dazu, dass Einzelne sehr reich und mächtig wurden und andere damit in ein Abhängigkeitsverhältnis verbannten. Die Freiheit ermöglicht also große Gestaltungsspielräume, sie birgt jedoch auch eine Kehrseite, nämlich dass die soziale

---

<sup>132</sup> Déclaration des droits de l'homme et du citoyen / Erklärung der Menschen und Bürgerrechte. URL: [http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erkl%20der\\_Menschen-\\_und\\_B%20gerrechte.html#Artikel\\_1](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erkl%20der_Menschen-_und_B%20gerrechte.html#Artikel_1) [Stand: 6.5.2011].

Gleichheit nicht vollständig realisiert werden kann. Darin, dieses Spannungsverhältnis zu minimieren, besteht das Ziel sozialer Gerechtigkeit, indem sie keinen Menschen gänzlich aus dem sozialen Zusammenhalt fallen lässt.

In Artikel 2 der *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* werden die damaligen Menschenrechte schriftlich fixiert:

*„Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit, der Widerstand gegen Unterdrückung.“<sup>133</sup>*

Diese Rechte sind klassische, individuelle Abwehrrechte gegen staatliche Willkür. Sie bilden die Voraussetzungen, um die Menschen wirksam gegen Unterdrückung und ungerechtfertigte Bereicherungen seitens des Staates zu schützen. Jedoch begründen sie noch keine Anspruchsrechte an den Staat, wie wir sie heutzutage kennen. Letztere stehen im Gegensatz zu den klassischen Abwehrrechten, da ihre Verwirklichung eine Einschränkung der individuellen Abwehrrechte bedingt. Soziale Transfers sind nichts anderes als ein Eingriff in das Recht auf Eigentum. Das heißt, das Recht auf alles, was man mit der eigenen Arbeit erschaffen hat, wird zugunsten eines Rechtes von Dritten bzw. der Gemeinschaft (oftmals Benachteiligter, aber auch für Militär, Straßenbau etc.) eingeschränkt.

In der Bundesrepublik Deutschland besitzen diese Anspruchsrechte Verfassungsrang. In Art. 20 Abs. 1 GG wird jedoch eine gewichtige normative Festlegung für das Gemeinwesen getroffen: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“* Für diese Arbeit ist der in der Norm enthaltene Sozialstaatsgedanke der wichtigste. Die Solidarität der Deutschen untereinander findet hier ihre Entsprechung. Auch in Art. 14 Abs. 2 GG wird diese Auffassung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens zum Ausdruck gebracht: *„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der All-*

---

<sup>133</sup> Ebd.

*gemeinheit dienen.*“ Das heißt, dass individuelle Rechte zugunsten anderer eingeschränkt werden können. Zum Beispiel kann dem Besitzer eines Naturschutzgebietes die freie Verfügbarkeit über seinen Besitz eingeschränkt werden, da dieses der Allgemeinheit dient. Gleiches lässt sich für den Eigentümer eines denkmalgeschützten Hauses anführen. Auch er muss tolerieren, dass er nicht mehr frei über seinen Besitz verfügen kann, das Anwesen zum Beispiel nicht mehr baulich stark verändern darf.

Auch auf internationaler Ebene wurden Anspruchsrechte gegenüber dem Staat festgeschrieben. Dementsprechend sichert der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eine Reihe von Anspruchsrechten gegenüber dem Staat. Zu nennen sind hier beispielsweise das Recht auf soziale Sicherheit und Sozialversicherung, Lohngerechtigkeit, das Recht auf Wohnen, das Recht auf medizinische Versorgung, das Recht auf Bildung usw. Der Pakt entstand 1966 zeitgleich mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und wurde bezeichnenderweise vor allem von den sozialistischen Staaten unterstützt. Sein Pendant, der erwähnte Pakt über bürgerliche und politische Rechte, garantiert klassische Abwehrrechte gegen den Staat wie Glaubens-, Gewissens-, Religions- und Wahlfreiheit. Er erfuhr in erster Linie Unterstützung durch kapitalistische Staaten. Dennoch wurden beide Verträge von der Mehrzahl der UN-Mitgliedsstaaten ratifiziert.

## **5.2 Gesellschaftliche Beziehungsformen und soziale Gerechtigkeit**

Einen interessanten Ansatz zur Analyse der sozialen Gerechtigkeit hat David Miller entwickelt. Er definiert drei Beziehungsformen und zugleich Abgrenzungskriterien für soziale Gerechtigkeit. Jede Grundform verfügt über spezifische Charakteristika, und je nachdem, welcher Grundform respektive Gemeinschaft man angehört, wird der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ anders ausgelegt. Miller identifiziert die *„solidarische Gemeinschaft (solidaristic community)“*, den *Zweckverband (instrumental association)* und die *Staatsbürgerschaft (citi-*

zenship)“.<sup>134</sup> Diese Pluralität der Beziehungsformen und der damit einhergehenden tieferen Betrachtung ermöglicht eine sehr genaue Definition des Gerechtigkeitsbegriffs. So lässt sich dieser beispielsweise nicht deckungsgleich aus dem Bereich der Familie auf den Bereich eines Unternehmens übertragen. Daher ist eine Differenzierung und genauere Betrachtung des untersuchten Bereichs durchaus sinnvoll.

*„Die erste der drei Beziehungsformen, die solidarische Gemeinschaft, kommt dort vor, wo Menschen als Mitglieder einer relativ stabilen und durch ein gemeinsames Ethos verbundenen Gruppe ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt haben.“<sup>135</sup>*

Das Charakteristikum einer solidarischen Gemeinschaft ist eine enge Bindung zwischen den einzelnen Mitgliedern. Beispiele für solidarische Gemeinschaften sind die Familie, aber auch – in etwas abgeschwächter Form – Klubs, religiöse Gruppen, Arbeitsteams, Verbände usw. Miller vertritt die Ansicht, dass auch die Nation eine Art solidarische Gemeinschaft darstellt.<sup>136</sup> Es lässt sich allerdings darüber streiten, ob eine derart heterogene Gemeinschaft, wie sie die demokratisch verfassten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts bilden, noch als solidarische Gemeinschaft betrachtet werden kann.

Der Verteilungsgrundsatz der solidarischen Gemeinschaft lautet: Verteilung gemäß Bedarf. Jedes Mitglied der Gemeinschaft fühlt sich moralisch dazu verpflichtet, demjenigen, der Bedarf hat, zu helfen. Miller differenziert hier richtigerweise nochmals. Die Bereitschaft, dem Bedürftigen zu helfen, steigt mit der Bindung, die zwischen diesem und den Mitgliedern einer Gemeinschaft besteht.

Den zweiten von Miller untersuchten Bereich bildet die Beziehungsform des Zweckverbandes. Hierbei handelt es sich um einen losen Zusammenschluss

---

<sup>134</sup> Miller, David: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, 1999, S. 67.

<sup>135</sup> Ebd., S. 67.

<sup>136</sup> Vgl. ebd., S. 68.

auf Zeit, der ökonomischen Interessen geschuldet ist, so zum Beispiel die Beziehungsform zwischen Käufer und Verkäufer.<sup>137</sup> Miller lässt offen, wie es sich in Firmen verhält. Hier ist die individuelle Identifikation des Mitarbeiters mit dem Unternehmen wohl das ausschlaggebende Kriterium. Genauso kann es sich aber auch mit dem Staat verhalten. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Menschen, die den Staat als einen reinen Zweckverband betrachten, der nicht die moralische Unterfütterung besitzt, um eine Umverteilung der erwirtschafteten Güter zu rechtfertigen. Mit anderen Worten ausgedrückt: Die solidarische Gemeinschaft des Staates tritt hinter einer rein ökonomisch-pragmatischen Gesichtspunkten geschuldeten Existenz zurück.

Das dem Zweckverband zugrunde liegende Konzept von Gerechtigkeit ist die Verteilung der Güter gemäß Verdienst. Das bedeutet, dass derjenige mehr erhalten soll, der mehr Anteil an der Erreichung der Ziele des Verbandes hat. Es fällt leicht, diesen Anteil zu messen, sofern er monetär quantifizierbar ist. Oftmals ist es in der Praxis jedoch schwierig, einer bestimmten Handlung einen bestimmten messbaren Output zuzurechnen. Insofern muss ein abstrakter Wert angenommen werden, der dem Anteil des Inputgebers nahekommt. Grundsätzlich spielen beim Zweckverband individuelle Leistungen eine größere Rolle. Das heißt, für eine Firma sind messbare wirtschaftliche Erfolge durch die Intelligenz oder Ausbildung des Arbeiters viel wichtiger als ein harmonisches, liebevolles Miteinander wie etwa in der Familie. Der Wert, der bemessen wird, ist dementsprechend ein anderer. Der Zweckverband ist von seinem Wesen her eher non-egalitaristisch, da die individuelle Leistung direkt mehr belohnt wird als zum Beispiel in einer Beziehung, die auf anderen Werten beruht.

Die dritte und letzte von Miller eingeführte Beziehungsform ist die Staatsbürgerschaft (*citizenship*). Miller vertritt eine moderne Auffassung des Staatsbürgers. Für ihn ist es irrelevant, ob ein Bürger gebildet oder ungebildet, Landbesitzer oder Landloser, Vollbürger oder Zugereister ist. Das mit der Staatsbürgerschaft korrespondierende Konzept ist der Egalitarismus, also das Gleichheitsdenken: *„Das primäre Verteilungsprinzip in einem Verband von Staatsbürgern ist*

---

<sup>137</sup> Vgl. ebd., S. 69.

*Gleichheit.*<sup>138</sup> Miller nimmt jedoch keine eindeutige Stellung ein bezüglich der Frage, ob die Gleichheit lediglich eine formale Gleichheit darstellt, das heißt eine Gleichheit vor dem Gesetz, bei der Besetzung von Ämtern und Funktionen usw., oder ob die Bürger im Staat einander auch materiell und sozial gleichgestellt sein sollen. Er weist lediglich auf diese beiden Positionen hin, ohne sich der einen oder anderen anzuschließen. Liest man jedoch zwischen den Zeilen, so lässt sich durchaus eine Präferenz für einen eher egalisierenden Staat erkennen. Dementsprechend schreibt Miller über die Beziehungsform Staatsbürgerschaft:

*„In ihrer Eigenschaft als Landsleute werden sie es als ein Gebot der Gerechtigkeit anerkennen, einander die in ihrer jeweiligen nationalen Kultur als legitim geltenden Bedürfnisse zu erfüllen, und diese Gerechtigkeitspflichten werden mit der Zeit immer mehr zu Bestandteilen der Staatsbürgerschaftsdefinition.“*<sup>139</sup>

Betrachtet man das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland, so ist Miller hinsichtlich seiner Beschreibung zuzustimmen. In der Berechnung der Höhe des Arbeitslosengeldes II wird auch ein bestimmter Anteil für Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben veranschlagt.<sup>140</sup> Ursprünglich war ein geringer Anteil sogar für den in unserer Kultur akzeptierten Alkohol- und Zigarettenkonsum vorgesehen. Dies wäre in einem arabischen Land undenkbar. Aber man kann klar erkennen, dass die Deutschen es als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, dass auch transferbedürftige Menschen ein Recht auf Müßiggang haben, welches über die Sicherung des reinen Überlebens hinausgeht.

Auch wenn diese „Miteinberechnung“ von Müßiggang in den Regelsatz politisch umstritten ist, so steht momentan doch mehrheitlich außer Frage, dass etwas Spaß und Erholung zum guten Leben gehört und derlei Dinge niemandem komplett verwehrt werden sollten – nicht zuletzt deswegen, weil die Menschen

---

<sup>138</sup> Ebd., S. 72.

<sup>139</sup> Ebd., S. 73.

<sup>140</sup> Stand: 25.9.2010.

bei völliger Verwehrung gewisser Genüsse auch körperlich leiden können und dadurch der Gesellschaft ein noch größerer wirtschaftlicher Schaden entstehen würde. Im Übrigen kann der Transferempfänger ja mit seinem Geld machen, was er will. Das heißt, selbst wenn der Alkoholanteil am überwiesenen Geld gestrichen wird, wird nicht kontrolliert, wofür und in welchem Verhältnis er sein Geld ausgibt.

Für die vorliegende Arbeit mit ihrem Makroansatz ist die zuletzt erläuterte Beziehungsform, die Staatsbürgerschaft, von größerer Bedeutung als die solidarische Gemeinschaft oder die Zweckgemeinschaft. Es stellt sich aber die Frage, ob die Staatsgemeinschaft tatsächlich der Beschreibung von Miller entspricht und ob wir uns im Klaren darüber sind, wie wir uns gegenüber unseren Mitmenschen verhalten sollen. Innerhalb des Staates gibt es großen Streit, ob und in welcher Beziehung wir zueinander stehen sollen. Auf der einen Seite fordern die politisch Linken eine größere Umverteilung, auf der anderen Seite wehren sich die Rechten gegen weitere Zugeständnisse an die Bedürftigen, da dies die dem Einzelnen zur Verfügung stehenden Geld- bzw. Gütermengen verringert. Im Folgenden sollen nun einige Zahlen dargelegt werden, um so ein möglichst umfangreiches Stimmungsbild der deutschen Gesellschaft geben zu können.

### **5.3 Studien und Zahlen zur Thematik**

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, die Einstellungen der Menschen zu unterschiedlichen Themen in Erfahrung zu bringen. Der Meinungsforscher kann qualitative, in die Tiefe gehende Einzelbefragungen oder Interviews durchführen oder mit Blick auf quantitative Ergebnisse eine größere Zahl an Menschen danach befragen, was sie als gerecht oder ungerecht erachten. Bei Letzterem muss jedoch eine kritische Masse überschritten werden, ansonsten kann eine Befragung nicht als repräsentativ angesehen werden. Grundsätzlich gilt: Je mehr Menschen zu einem Thema befragt werden, desto aussagekräftiger, repräsentativer und verlässlicher sind die Ergebnisse.

Gerade politische Sonntagsfragen bedienen sich dieses Instruments. In der Regel befragen Unternehmen wie forsa, Emnid, Infratest dimap und andere



stichprobenartig Einzelpersonen danach, welche Partei sie wählen würden oder wie ihre Einstellung zu einem bestimmten Thema ist. Diese Einzelpersonen sollen möglichst die Gesamtbevölkerung repräsentieren, also unterschiedlichen Altersgruppen, Berufsgruppen etc. angehören. Infratest dimap gibt an, bei Vorbefragungen ca. 1.000 Personen und am tatsächlichen Wahltag bei Bundestagswahlen ca. 50.000 Menschen zu befragen.<sup>141</sup> Daher ist das Ergebnis letzterer Erhebung um ein Vielfaches aussagekräftiger als das einer „normalen“ Sonntagsfrage. Die Umfragen sind auch immer nur Momentaufnahmen und werden stark beeinflusst von der aktuellen Debatte oder dem persönlichen Agieren der Spitzenpolitiker, weshalb die so gewonnenen Daten nicht als dauerhafte Größe angesehen werden können.

Grundlegendere Aussagekraft als quantitative Befragungen besitzen Face-to-Face-Interviews, vor allem aber Versuche, in welchen die Einstellungen der Menschen in einem Experiment beobachtet werden. Auch Feldstudien ermöglichen es einem externen, objektiven Beobachter, eine genauere Analyse einer Gesellschaft durchzuführen. Jedoch müssen Feldstudien ebenfalls über einen längeren Zeitraum betrieben werden. Auch darf der Feldforscher sich nicht als Teil der Gemeinschaft begreifen, sondern muss wissenschaftliche Distanz wahren.

Ein weiterer großer Vorteil von Experimenten auf Mikroebene<sup>142</sup> zur Erforschung menschlicher Präferenzen besteht darin, dass die Menschen den Versuchsaufbau nicht kennen. Sie befinden sich in einer unbekanntem Situation und wissen nichts über ihre Rolle im Versuch. Daher agieren sie unbefangener – mit Rawls gesprochen „im Schleier des Nichtwissens“. Bei einer einfachen Befragung ist den Befragten ihr sozialer Status in der Gesellschaft bekannt, was möglicherweise das Ergebnis verfälscht.

---

<sup>141</sup> Infratest dimap. URL: <http://www.infratest-dimap.de/service/faqs/> [Stand: 21.10.2010].

<sup>142</sup> Und natürlich damit verbunden eine Hochrechnung auf die Makroebene.

### 5.3.1 Experimente zur Egalitarismusforschung

Es gibt mehrere Experimente zur Egalitarismusforschung. Im Folgenden sollen diese kurz skizziert werden. In einem simplen, aber dennoch aussagekräftigen Versuch führen Versuchspersonen verschiedene Tätigkeiten durch und müssen dabei unterschiedlich viel leisten. Anschließend sollen sie ihre Bezahlung selbst bestimmen. Auch externe Beobachter des Versuchs rechnen den Versuchspersonen eine Bezahlung zu. Bei diesem Experiment ist zu beobachten, dass sich die Bezahlung am Verdienst (also an der investierten Leistung) orientiert. Wer mehr leistet, dem schreiben die Versuchspersonen auch eine höhere Belohnung zu.<sup>143</sup> Interessant ist, dass die Belohnungen sich einander immer weiter annähern, je stärker die Gruppe solidarisch bzw. je enger die Gruppenmitglieder aneinander gebunden sind. Hier lässt sich konstatieren, dass sich die Belohnungen angleichen. Auch bei im Team erreichten Zielen entscheiden sich die Teilnehmer für eine in gleichen Mengen verteilte Bezahlung.

Stefan Liebig bezeichnet in seinem Buch „Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung“ das Ausmaß, inwieweit sich eine Person einer Gruppe zugehörig fühlt, als „*Group Dimension*“. Je höher eine Person in eine Gruppe eingebunden ist, desto höher wird die soziale Unterstützung ausfallen. Als Charakteristikum einer stark zusammengehörenden Gruppe stellt er fest:

*„Die einzelnen Mitglieder orientieren sich in ihren Entscheidungen an der Wohlfahrt aller anderen, und sie können fest mit der Solidarität der anderen Gruppenmitglieder rechnen.“<sup>144</sup>*

Dies korreliert mit dem sozialistischen Anspruch einer Gemeinschaft unter Genossen ohne Klassenunterschiede. Je höher also die Kooperation und die Bindung innerhalb der Gruppe, desto eher werden auch die Belohnungen gleich ausfallen. Sind die Arbeiten sehr individuell und weisen die Versuchspersonen

---

<sup>143</sup> Vgl. Miller: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, a. a. O., S. 107.

<sup>144</sup> Liebig, Stefan/Schlothfeld, Stephan: „Das Grid-Group-Paradigma und sein Beitrag für die interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung“. In: Liebig, Stefan/Lengfeld, Holger (Hrsg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, 2002, S. 223.

keine persönliche Bindung zueinander auf, so präferieren sie die Leistungsgerechtigkeit, also den Non-Egalitarismus.

Ein weiterer Aspekt ist der zeitliche Bestand einer Gruppe. Wenn eine Gruppe nur für kurze Zeit zusammenarbeitet, wird die Verteilung gemäß der Leistung präferiert. Ist eine Gruppe aber temporär langfristig ausgelegt, tendieren die Versuchspersonen eher zu einer gleichmäßigen Verteilung.<sup>145</sup> Es lässt sich also konstatieren, dass ein Zusammengehörigkeitsgefühl und langfristige Bindungen die Bereitschaft zur gleichmäßigen Verteilung fördern, während Individuen, die kompetitiv und nur temporär miteinander agieren, eine Verteilung gemäß der individuellen Leistung präferieren. Insofern hängt es vom Staatsverständnis ab, inwieweit die Staatsbürger eine gleiche Verteilung der Ressourcen möchten. Möglicherweise sind kleine Staaten, wie zum Beispiel die Skandinavischen, eher solidarisch, weil hier die Beziehung zu den Transferempfängern nicht derart anonymisiert ist wie in großen Staaten. Finnland hat zum Beispiel nur fünf Millionen Einwohner, daher wissen die Bewohner eher, wer hilfsbedürftig ist, und sie haben möglicherweise eine stärker ausgeprägte individuelle Bindung zueinander. Einen weiteren Grund für die Akzeptanz des ausgeprägten Solidarsystems in Skandinavien mag auch die absolute Transparenz liefern. Jeder Bürger kann in die Steuererklärung des anderen Einsicht nehmen. Damit ist erkennbar, wer der Solidargemeinschaft bedarf. In Deutschland werden die Transfergelder in ein undurchsichtiges Staatssystem geschoben und von dort aus verteilt, ohne dass die Transfergeber kontrollieren können, inwieweit ihr Geld denjenigen zugutekommt, die der Hilfe bedürfen.

Grundlegende Erkenntnisse über das Sozialverhalten der Menschen lieferte das sogenannte *Ultimatum-Spiel*. In diesem Versuch gibt es zwei Versuchspersonen: einen Verteilenden und einen Empfangenden. Die verteilende Versuchsperson verfügt beispielsweise über 100 Euro. Sie muss einen Teil des Geldes dem Empfangenden geben. Nimmt dieser das Angebot an, wird das Geld in der gegebenen Aufteilung geteilt. Lehnt er es jedoch ab, bekommt keiner der beiden etwas. Zwei Drittel der Verteiler bieten zwischen 40 und

---

<sup>145</sup> Vgl. Miller: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, a. a. O., S. 108.

50 Prozent des zu verteilenden Geldes an. Nur vier von hundert Personen bieten weniger als 20 Prozent. Dies ist riskant, da mehr als die Hälfte der Empfänger Angebote unter 20 Prozent zurückweisen.<sup>146</sup> Daraus kann man schließen, dass die Menschen einen stark ausgeprägten Wunsch nach Gleichheit in sich tragen und extreme Ungleichheit ablehnen. Eine utilitaristische Eigennutzmaximierung wird also in der Regel gegenüber dem Wunsch nach einer möglichst ausgeglichenen Verteilung zurückgestellt.

Ein weiteres bedeutendes empirisches Experiment zur Erforschung menschlicher Präferenzen bezüglich der Güterverteilung ist das Frohlich-Oppenheimer-Experiment<sup>147</sup>. Es ist ein Versuch zur empirischen Überprüfung der Theorie von John Rawls. Die drei Hauptfragen, die die Forscher im Experiment beantworten wollen, lauten:

*„1. Can individuals reach unanimous agreement on a principle of distributive justice under conditions of impartiality? 2. Will different groups under the same conditions always choose the same principle? 3. Will they choose the difference principle, as positioned by Rawls, [...] or some other principle?“<sup>148</sup>*

Im Experiment wurden fünf Studentinnen und Studenten in eine fiktive Entscheidungssituation versetzt. Den Versuchsteilnehmern wurden verschiedene Verteilungsprinzipien vorgelegt, woraufhin sie eine Präferenzliste anlegen sollten. Das Experiment wurde im Labor durchgeführt, das heißt, die Entscheidungsumgebung wurde von den Forschern vorgegeben. Den Probanden war nicht bekannt, in welcher Einkommenssituation sie sich befinden. Dadurch soll-

---

<sup>146</sup> Vgl. Karl, Sigmund: „Teilen und Helfen – Ursprünge sozialen Verhaltens“. In: Spektrum der Wissenschaft, März 2002 URL: [http://www.iew.uzh.ch/institute/people/fehr/publications/TEILEUNDHELFFEN\\_Spektrum\\_der\\_Wissenschaft.pdf](http://www.iew.uzh.ch/institute/people/fehr/publications/TEILEUNDHELFFEN_Spektrum_der_Wissenschaft.pdf) [Stand: 4.11.2010].

<sup>147</sup> Benannt nach Norman Frohlich und Joe Oppenheimer.

<sup>148</sup> Vgl. Frohlich, Norman/Oppenheimer, Joe: Choosing Justice. An Experimental Approach to Ethical Theory. Berkeley: University of California Press, 1992, S. 25.

te der „Schleier des Nichtwissens“ simuliert werden. Im Experiment standen vier Verteilungsprinzipien zur Auswahl:<sup>149</sup>

1. Maximierung des geringsten Einkommens
2. Maximierung des Durchschnittseinkommens
3. Maximierung des Durchschnittseinkommens mit einer Einkommensuntergrenze
4. Maximierung des Durchschnittseinkommens bei einem weiten Unterschied zwischen höchstem und niedrigstem Einkommen

Es wurden 81 Experimente durchgeführt. Rawls Differenzprinzip (Maximierung des geringsten Einkommens) wurde nur ein einziges Mal (in geheimer Abstimmung)<sup>150</sup> gewählt. Es ist jedoch anzumerken, dass der zweite Teil des Differenzprinzips (Ungleichheiten sind dann in Ordnung, wenn sie sich zugunsten der gesellschaftlich Schwächsten auswirken) im Versuchsaufbau weggelassen wurde. Außer Acht gelassen wurde auch die sogenannte „Chain Connection“, also Rawls' Aussage, dass die Hebung des Lebensstandards des schwächsten Gliedes in einer Kette auch zur Hebung des Lebensstandards eines mittleren Kettenglieds führt. Dies wurde im Versuch nicht entsprechend dargestellt.

Am häufigsten einigten sich die Probanden auf die Maximierung des Durchschnittseinkommens mit einer Einkommensuntergrenze. Auch Variante Nr. 4 (großer Einkommensunterschied) wurde nicht präferiert. Frohlich und Oppenheimer halten daher fest:

*„Goups generally chose a floor constraint; the groups wanted an income floor to be guaranteed to the worst-off individual. This floor was to act as a safety net for all individuals. But after this constraint was set, they wished to preserve incentives so as to maximize production and hence average income. Only occasionally was there a sustained*

---

<sup>149</sup> Ebd., S. 234.

<sup>150</sup> Ebd., S. 60.

*interest in the imposition of a ceiling on incomes (a range constraint)*“.<sup>151</sup>

Das Ergebnis kann man derart interpretieren, dass ein Wunsch nach Wohlstand und Fortentwicklung vorhanden ist, aber dennoch ein System gewählt wird, welches niemanden in einer Situation zurücklässt, die ein menschliches Leben unmöglich machen würde. Eine Basisversorgung sichert das menschliche Dasein und verhindert möglicherweise auf schiere Überlebensängste zurückgehende soziale Unruhen. Dennoch wird Leistung akzeptiert und anerkannt. Stefan Liebig folgert aus diesen Ergebnissen, dass die Menschen keine Besteuerung hoher Einkommen sowie Ungleichheit wünschen.<sup>152</sup>

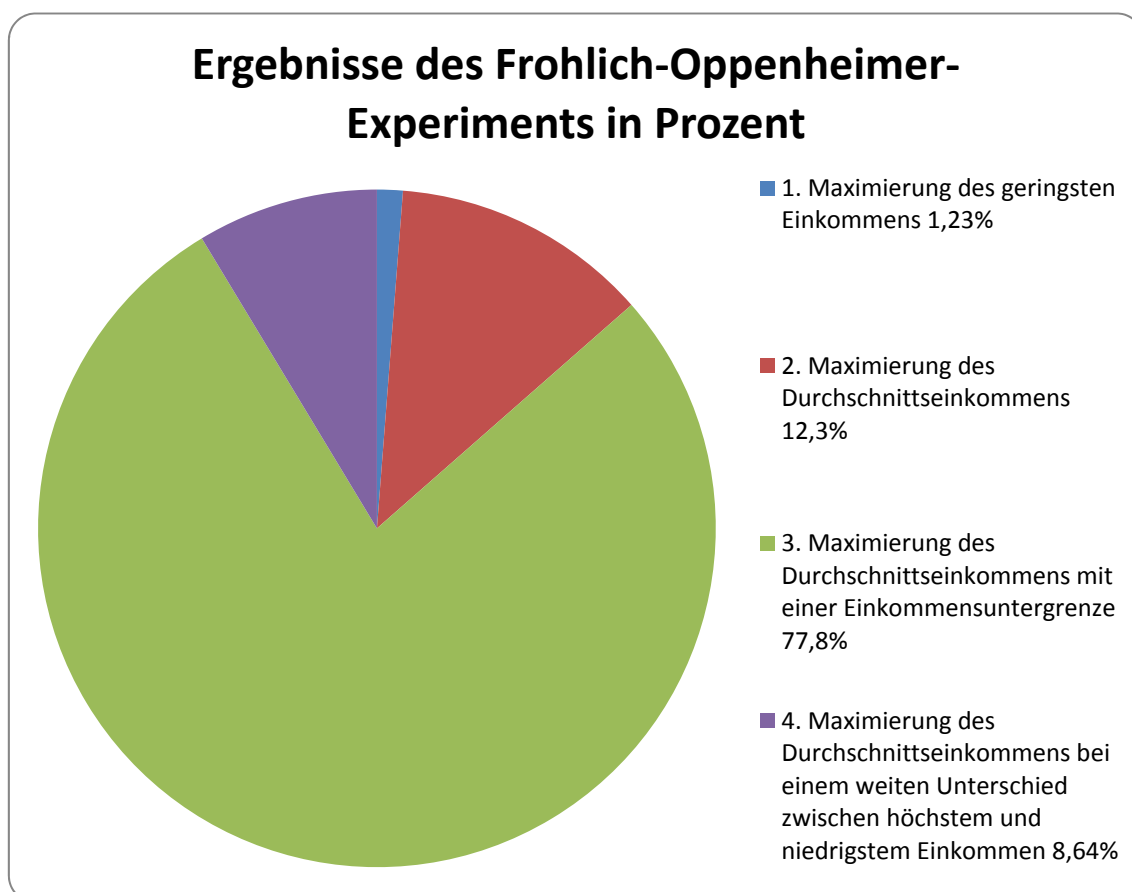
Diese Interpretation erscheint nicht schlüssig. Wenn die Menschen das Durchschnittseinkommen maximieren wollen und eine Einkommensuntergrenze wünschen (wie dies im Versuch der Fall war), so ist das eben kein Indiz dafür, dass hohe Einkommen nicht besteuert werden sollen. Das Durchschnittseinkommen erhöht sich nämlich durch die Besteuerung extrem hoher Einkommen, da ersteres in Summe einer geringeren Besteuerung unterliegt. Letztlich ist die Sozialhilfe nichts anderes als der Mindestwert, der einem Menschen auf dem Arbeitsmarkt zugesprochen wird. Unter diesem braucht er sich nicht zu verdingen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Dieses De-facto-Mindesteinkommen wird vom Staat bezahlt und insofern von den Beziehern hoher Einkommen (durch ihre Steuern) umgeschichtet. Es ist daher nicht richtig, wenn Stefan Liebig behauptet, dass Ergebnis des Frohlich-Oppenheimer-Experiments sei, dass die Menschen keine Besteuerung hoher Einkommen wünschen. Der Durchschnittsnutzen wird eben dadurch erhöht, dass man umverteilt, sonst nehmen die Ausschläge an den Rändern zu.

---

<sup>151</sup> Ebd., S.59.

<sup>152</sup> Liebig, Stefan/Schlothfeld, Stephan: „Gerechtigkeitseinstellungen und Gerechtigkeitsurteile“. In: Liebig, Stefan/Lengfeld, Holger (Hrsg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, 2002, S. 83ff.

Als Ergebnis lässt sich konstatieren, dass die Probanden eine sozialdemokratische<sup>153</sup> Ausprägung der Verteilung der Güter wünschen. Interessant ist dies auch insofern, als es sich um ein US-amerikanisches Experiment handelt. In Amerika wird die Freiheit traditionell höher bewertet als die Gleichheit, man hätte also erwarten können, dass mehr Menschen einen großen Unterschied zwischen geringstem und größtem Einkommen präferieren. Folgende Grafik verdeutlicht die Ergebnisse des Frohlich-Oppenheimer-Experiments:



(Graphische Darstellung G.F.)

An diesem Experiment lässt sich kritisieren, dass die Teilnehmer ausschließlich Studenten waren und somit nicht repräsentativ für die Bevölkerung sein können. Ferner war die Anzahl der Experimente sowie der Teilnehmer zu gering. Außerdem erscheint die Fragestellung zu einfach; sie repräsentiert nicht die meist komplexere Wirklichkeit.

---

<sup>153</sup> Hier sozialdemokratisch im deutschen Sinne.

### 5.3.2 Umfragen und Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit

Grundsätzlich sollten Experimente und Befragungen komplementär zueinander stehen. Weder die eine noch die andere Methode erscheint angesichts der vielfältigen und divergierenden Vorstellungen über soziale Gerechtigkeit als alleinig repräsentativ. Insofern sollen nach den eben erörterten Experimenten im Folgenden Umfragen und Zahlen dargestellt werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Bundesrepublik Deutschland; die Fragestellung lautet, inwieweit die normativen Theorien der vorgestellten Denker in der Realität widergespiegelt werden.

Ein wichtiges internationales Projekt zum Vergleich der Einstellungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit ist das *International Social Justice Project (ISJP)*.

*„The ISJP is an international collaborative research project in which social scientists from twelve countries join to study popular beliefs and attitudes on social, economic and political justice. Two large-scale opinion surveys were fielded in all twelve countries in 1991 and in six countries in 1996. The 1991 survey was carried out in Russia, Estonia, Poland, Hungary, Czechoslovakia, Bulgaria, Slovenia, Germany (eastern and western), the United States, Great Britain, the Netherlands, and Japan. Participants of the 1996 survey, replicating most of the questions from 1991, were Russia, Estonia, Hungary, the Czech Republic, Bulgaria and Germany. In 2000 a second replication was carried out in Germany where part of the sample was used as the first wave of a three-wave panel study, with twelve months measurement intervals, to test the stability of justice beliefs over time. In 2006, the fourth German ISJP study (ISJP4) was conducted, as were projects in other countries replicating the ISJP (Israel, Chile, Czech Republic and Hungary). In ISJP4, a particular focus is on the comparative study of intergenerational justice issues.“<sup>154</sup>*

---

<sup>154</sup> ISJP at Humboldt University. URL: <http://www.isjp.de/> [Stand: 9.11.2010].



Das ISJP ist sehr gut geeignet, um die Gerechtigkeitsvorstellungen in den ehemals kommunistischen Staaten nach dem Systemwechsel zu beobachten, da die Aufzeichnungen nach dem Ende des Sozialismus begannen.

Thematisch konzentriert sich das ISJP auf die Frage der Gerechtigkeit des Erwerbseinkommens. Das Erwerbseinkommen ist nicht nur die Bedingung für die Verwirklichung materieller Wünsche, sondern es steht oft auch für Anerkennung und Wertschätzung. Einem Bürger mit hohem Einkommen wird oftmals ein höherer sozialer Status zugeschrieben als einem Mitbürger mit geringem Einkommen. Andererseits weckt ein hohes Einkommen auch Neid oder ein Gefühl, dass dieses nicht gerechtfertigt erscheint, wie die Debatte um „zockende Banker“ beweist. Ein besonderes Augenmerk legen die Autoren des ISJP auf die Relation zwischen tatsächlichem und gewünschtem, von den Befragten als gerecht eingeschätztem Einkommen. Hierbei werden die Befragten zum Einkommen eines Vorstandes und eines Arbeiters befragt. Ferner werden die „Soll-Relation“, also die Frage danach, wie viel Prozent des Einkommens des Vorstandes der Arbeiter haben sollte, und die „Ist-Relation“ dargestellt. Die Ergebnisse widersprechen denen des Frohlich-Oppenheimer-Experiments. Im Gegensatz zu diesem wünschen sich – so die Ergebnisse der Befragung – die Mehrzahl der Menschen eine Angleichung der Einkommen

Folgende Darstellung aus dem Jahr 1991 veranschaulicht das Gerechtigkeitsempfindungen in verschiedenen Ländern hinsichtlich der Frage nach dem Einkommen eines Vorstandes und dem eines Arbeiters.

	Gerechtes/ tatsächliches Einkommen Arbeiter	Gerechtes/ tatsächliches Einkommen Vorstand	Ist-Relation Arbeiter/ Vorstand	Soll-Relation	Veränderung Ist zu Soll
USA	1.363	.815	.230	.319	+ .089
Japan	1.321	.891	.158	.261	+ .103
Deutschland West	1.353	.860	.136	.243	+ .107
Deutschland Ost	1.328	.700	.180	.338	+ .180
England	1.411	.721	.153	.319	+ .166
Polen	2.200	1.002	.226	.478	+ .252
Russland	2.344	1.426	.293	.463	+ .170
Ungarn	1.793	.710	.165	.423	+ .258

(Liebig, Stefan: „Gerechtigkeitseinstellungen und Gerechtigkeitsurteile“. In: Liebig, Stefan/Lengfeld, Holger (Hrsg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, 2002, S. 84.)

Vergleicht man die dritte und die vierte Spalte miteinander, so erkennt man eindeutig, dass das Einkommen des Arbeiters im Vergleich zum Einkommen des Vorstandes von den Befragten als zu gering eingeschätzt wird. In Ostdeutschland erhält ein Arbeiter im Durchschnitt 18,0 Prozent des Einkommens eines Vorstandes<sup>155</sup>, nach Einschätzung der ostdeutschen Befragten, wäre es gerecht, wenn er 33,8 Prozent des Einkommens eines Vorstandes erhalten würde. In allen Ländern wird der Wunsch geäußert, dass das Einkommen des Arbeiters höher sein müsste. Gerade in den osteuropäischen Ländern, insbesondere in Ungarn, dem damals weit aufgeklärten Vorreiterland der Perestroika, ist diese Differenz besonders hoch. Auf der anderen Seite äußert sich mit Ausnahme von Russland und Polen überall die Empfindung, dass das Einkommen des Vorstandes zu hoch angesetzt ist. Nur in diesen beiden Ländern ist der Quotient aus tatsächlichem und als gerecht empfundenem Einkommen größer als 1.

<sup>155</sup> Man beachte, dass die Befragung aus dem Jahr 1991 stammt. Vermutlich ist dieser Prozentsatz mittlerweile weiter gesunken.

Auch die Frage nach der Steuerlast wird ganz eindeutig bewertet. Nach einer Befragung des Sozio-ökonomischen Panels in Deutschland gaben im Jahr 2005 über 71 Prozent der Befragten an, dass ein Manager zu wenig Steuern bezahlt. Rund 60 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Steuerlast eines ungelerten Arbeiters zu hoch ist.<sup>156</sup>

Der Wunsch nach einer größeren Gleichheit zieht sich also wie ein rotes Band durch die Gesellschaften der Welt. Es gibt also in allen Staaten der Welt große egalitäre Tendenzen, die auch beinhalten, dass das Einkommen eines Vorstandes reduziert werden kann. Das sog. „Downgrading“ wäre wohl ebenfalls im Sinne der Befragten.

Stefan Liebig führt die Ergebnisse des ISJP darauf zurück, dass die Personen, die an der Befragung teilgenommen haben, sich ihrer Position in der Gesellschaft durchaus bewusst waren. Daher erscheint es für viele Menschen rational, eine größere Gleichheit zu fordern, da sie davon profitieren würden. Diese These erscheint durchaus schlüssig. Man muss dies jedoch einschränken. Liebig unterstellt, dass alle Befragten derart rational geantwortet haben. Diese These lässt sich nicht verifizieren oder falsifizieren. Unterstellt man jedoch, dass die Mehrheit der Teilnehmer die Fragen ohne Berücksichtigung ihrer eigenen Stellung beantwortet hat, so bleibt das Ergebnis immer noch relativ eindeutig. Daher besteht ein klarer Widerspruch zu den Ergebnissen des Frohlich-Oppenheimer-Experiments, dessen Ergebnis war, dass das Durchschnittseinkommen erhöht werden sollte. Dies schließt eine Angleichung der Einkommen nach unten hin aus, da dies das gesamte Durchschnittseinkommen senken würde.

### 5.3.3 Zustimmung zum Egalitarismus und Individualismus

Interessanterweise nimmt die Zustimmungsrates zum Egalitarismus trotz der obigen Umfrageergebnissen nicht zu. Im Rahmen des *International Social Jus-*

---

<sup>156</sup> Liebig, Stefan: „Modelle und Befunde der empirischen Gerechtigkeitsforschung in Deutschland am Beispiel der Einkommens- und Steuergerechtigkeit“. In: Emptner, Stefan/Vehrkamp, Robert (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit. Eine Bestandsaufnahme. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2007, S. 124.

*tice Project* wurden in den Jahren 1991, 1996, 2000 und 2004 ca. 2.000 Deutsche danach befragt, welche Grundorientierung der sozialen Gerechtigkeit sie vertreten.<sup>157</sup> Die beiden Aussagemöglichkeiten zum Egalitarismus lauteten: „*Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren. Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.*“ Die Aussagen zum Individualismus lauteten: „*Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind. Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.*“<sup>158</sup>

Trotz der Abnahme der Zustimmungsraten zum Egalitarismus in den 1990 Jahren ist die Zustimmung zum Egalitarismus immer noch höher als die Zustimmungsraten zum Individualismus. Angesichts der geringen Abnahme nur um den Faktor 0,5 innerhalb von 13 Jahren (vgl. nächste Grafik) kann man davon ausgehen, dass der grundsätzliche Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft durchaus noch vorhanden ist. Dieser Wunsch hört jedoch auf, sobald der eigene Geldbeutel davon betroffen ist. Das Umfrageinstitut emnid hat im Auftrag der „Bild am Sonntag“ eine Umfrage durchgeführt, ob der sogenannte Hartz-Regelatz erhöht werden solle. 56 Prozent der Bundesbürger lehnten diese egalitaristische Angleichung ab.<sup>159</sup> Der Individualismus als Ausdruck des individuellen Leistungsgedanken, wie in der oben genannten Aussagemöglichkeit angedeutet, gewinnt in etwa in dem Maße an Zustimmung, in dem der Egalitarismus sie verliert.

Betrachtet man das Frohlich-Oppenheimer-Experiment und die Daten des *International Social Justice Project*, so wird ein heterogenes Bild sichtbar. Das Frohlich-Oppenheimer-Experiment zielte direkt auf die Subjektperspektive ab,

---

<sup>157</sup> Es wurden vier Grundorientierungen abgefragt: Egalitarismus, Askriptivismus, Individualismus und Fatalismus. Für diese Arbeit sind die Fragen zum Egalitarismus und zum Individualismus von besonderer Bedeutung, daher wird auf die beiden anderen Orientierungen nicht weiter eingegangen.

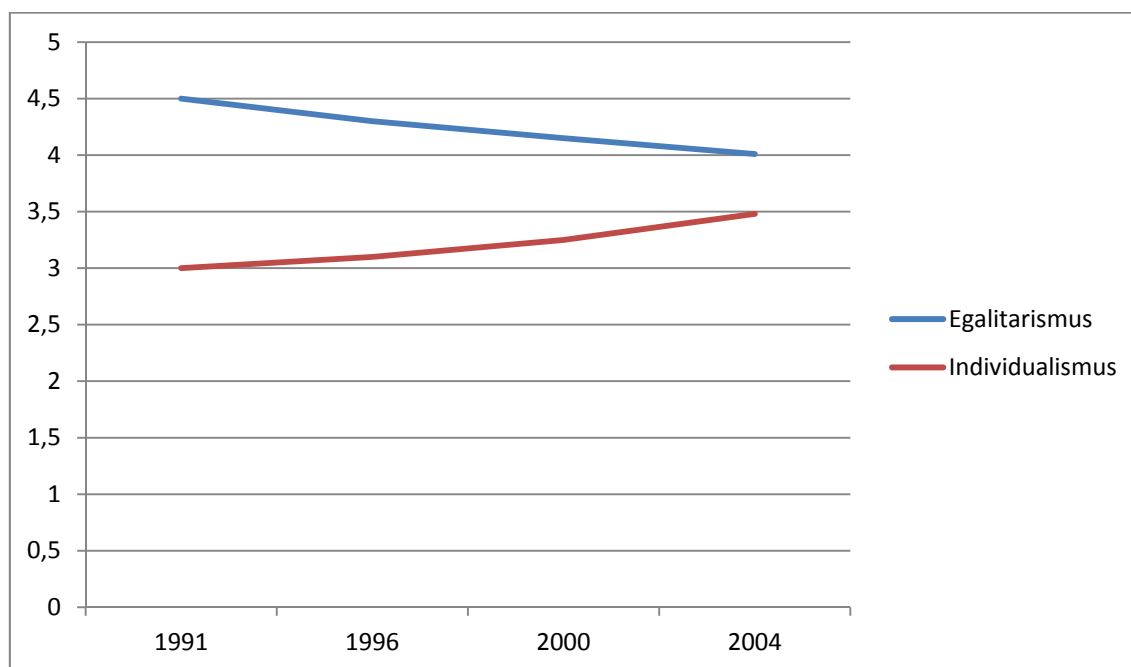
<sup>158</sup> Liebig: „Modelle und Befunde der empirischen Gerechtigkeitsforschung in Deutschland am Beispiel der Einkommens und Steuergerechtigkeit“, a. a. O., S. 127.

<sup>159</sup> Spiegel online: Mehrheit der Deutschen gegen Hartz-IV-Aufschlag. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,719638,00.html> [Stand: 7.5.2011].

die individuelle Position in der Gesellschaft sollte von den Probanden jedoch außer Acht gelassen werden. Den Teilnehmern des ISJP war hingegen ihre Position in der Gesellschaft bekannt. Insofern kann man die Daten hinsichtlich der Ungleichheit im Verdienst des Managers und des Arbeiters als Ausdruck einer individuellen Präferenzentscheidung deuten. Die wenigsten Befragten waren Manager, insofern ist es rational, zur Sicherung des eigenen Wohlstandes eine höhere Besteuerung anderer Mitbürger zu fordern.

Auf der Makroebene erstaunen auch die abnehmenden Zustimmungsraten zum Egalitarismus in Deutschland nicht. In den Jahrzehnten, die den 1990er Jahren vorausgingen, wurde ein umfangreiches soziales Sicherungssystem aufgebaut, welches in den Jahren der wirtschaftlichen Prosperität der Bundesrepublik wuchs und teilweise extreme Formen sowie Ausnutzungstendenzen zeigte. Im Zuge der Globalisierung der Welt haben möglicherweise auch die Deutschen erkannt, dass ein Verharren im Status quo zu negativen wirtschaftlichen Konsequenzen führt. Die Reformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder durchtrennten dieses System und forderten erstmals mehr Eigeninitiative und Verantwortung von jedem Einzelnen.

Die Veränderung bei den Einstellungen zum Egalitarismus und Individualismus in Deutschland stellen sich grafisch wie folgt dar:



(Liebig: „Modelle und Befunde der empirischen Gerechtigkeitsforschung in Deutschland am Beispiel der Einkommens und Steuergerechtigkeit“, a. a. O., S. 127.)

In der Umfrage des ISJP wurde auch noch zwischen West- und Ostdeutschland unterschieden. Es verwundert nicht, dass im ehemals sozialistischen Ostdeutschland die Zustimmungsraten zum Egalitarismus höher waren als im kapitalistischen Westen.

Eine sehr klare Fragestellung formulierte das Institut für Demoskopie Allensbach.<sup>160</sup> Die Meinungsforscher fragten ganz einfach „Was ist gerecht?“ und stellten drei Antwortmöglichkeiten zur Auswahl. Die Befragten konnten zwischen den Aussagen „Dass die, die viel leisten, auch viel verdienen“, „Dass Arbeitslose deutlich weniger verdienen als Erwerbstätige“ und „Dass die Alters-einkünfte stark von den eingezahlten Beiträgen abhängen“ wählen. Die Antwortmöglichkeiten waren zwar stark eingeschränkt zugunsten des Non-Egalitarismus, dennoch fallen die Zustimmungszahlen recht klar aus. 77 Prozent der befragten Deutschen erachten es als gerecht, wenn diejenigen, die viel leisten, auch viel verdienen. 68 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Arbeitslose deutlich weniger verdienen sollten als Erwerbstätige, und immerhin noch

<sup>160</sup> Unbekannter Verfasser: „Mehr Einsatz, mehr Geld“. In: Wirtschaftswoche 48 vom 23.11.2009, S. 44.

57 Prozent sind der Auffassung, dass die Alterseinkünfte stark von den eingezahlten Beiträgen abhängen sollten. Das heißt, wer viel zurücklegt, sollte im Alter auch viel herausbekommen.

Die Antwortmöglichkeiten für die zweite Frage des Institut für Demoskopie Allensbach waren nicht so eingeschränkt wie die zuletzt genannten für die erste Frage nach der Gerechtigkeit. Die Demoskopien fragten: *„Was ist wichtig, um Deutschland voranzubringen?“*<sup>161</sup> Mögliche Antworten waren: *„Dass möglichst wenig Menschen wirtschaftlich zurückbleiben“*, *„Dass Leistung von der Gesellschaft anerkannt wird“*, *„Dass Leute, die viel leisten, auch viel verdienen können“* und *„So geringe soziale Unterschiede wie möglich“*. Bei der am weitestgehenden egalitaristischen Antwort *„So geringe soziale Unterschiede wie möglich“* betrug die Zustimmungquote 51 Prozent. Die Menschen wünschen sich demnach mit hauchdünner Mehrheit eine Gesellschaft, in der es wenig soziale Ausschläge nach oben bzw. unten gibt. Auch eine soziale Ader lässt sich bei den Deutschen ganz eindeutig konstatieren. 69 Prozent der Befragten wünschen sich, dass möglichst wenige Menschen wirtschaftlich zurückbleiben, auf der anderen Seite erachten es 62 Prozent als wichtig für die Zukunft, dass Leistung von der Gesellschaft anerkannt wird. Insofern stellt die 51-prozentige Zustimmung für möglichst geringe soziale Unterschiede eine Mindermeinung dar, und die Mehrheit akzeptiert soziale Ungleichgewichte, die auf Leistung basieren. Auch die letzte Antwort bekräftigt diese These. 56 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass es Deutschland voranbringt, wenn diejenigen, die viel leisten, auch viel verdienen können. Dies korrespondiert mit der Fragestellung nach der Gerechtigkeit. Hier betrachten es 77 Prozent als gerecht, dass diejenigen, die viel leisten, auch viel verdienen.<sup>162</sup> Der Egalitarismus mit seinen Gleichheitsidealen fällt nach diesen Zahlen in Deutschland auf keinen allzu fruchtbaren Boden.

Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat auch umfangreich zu den sozialen Verhältnissen in Deutschland geforscht. Seine Ergebnisse verstärken

---

<sup>161</sup> Ebd. S.44.

<sup>162</sup> Wobei Leistung natürlich immer relativ ist.

das oft in den Medien vermittelte Bild, dass der soziale Zusammenhalt in Deutschland in Frage gestellt wird und die Abgrenzungstendenzen gerade der „höheren“ Schichten zunehmen. Heitmeyer spricht in diesem Zusammenhang von einer „*sozialen Entsolidarisierung*“<sup>163</sup>, die gerade in den besserverdienenden Schichten Zuspruch findet. Die Menschen aus diesen Kreisen neigen in der Regel eher Parteien und Weltanschauungen zu, die politisch eher rechts anzusiedeln sind. Wenig verwunderlich ist es dementsprechend, dass sich Bezieher hoher Einkommen (über 2.598 Euro) für das Leistungsprinzip als Merkmal der Gerechtigkeit aussprechen, während Bezieher geringer Einkommen (unter 650 Euro) das Bedarfsprinzip, also die Garantie eines Mindestlebensstandards, präferieren.<sup>164</sup>

Insgesamt fallen die Zustimmungsraten zum Leistungs- und Bedarfsprinzip Heitmeyer zufolge in etwa gleich aus<sup>165</sup>. Die Menschen wollen also, dass Leistung anerkannt wird, aber auch, dass ein Mindestlebensstandard garantiert wird. Diese Ergebnisse korrespondieren mit den Ergebnissen des Frohlich-Oppenheimer-Experiments, wo sich die Mehrzahl der Probanden für eine Situation entschied, in der das Durchschnittseinkommen maximiert und gleichzeitig ein Mindestlebensstandard garantiert wird.

Auch wenn der Egalitarismus in Deutschland auf keinen fruchtbaren Boden fällt und die sozialen Unterschiede nicht derart gravierend wie in anderen Ländern sind, so sind die Deutschen dennoch mehrheitlich mit den sozialen Verhältnissen nicht zufrieden. Dies mag daran liegen, dass der Verdienst gerade von Vorständen großer DAX-Unternehmen oder von Bankern besonders hoch ist. Hier stellen sich möglicherweise viele Menschen die Frage nach der Leistung und danach, ob es gerechtfertigt ist, dass der Vorstand der Deutschen Bank ca. 14 Mio. Euro pro Jahr verdient.

---

<sup>163</sup> Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände 9. Berlin: Suhrkamp, 2010, S. 23.

<sup>164</sup> Ebd., S. 127.

<sup>165</sup> Ebd., S. 125.



Woran auch immer das Gefühl der ungerechten Gesellschaft liegen mag, die Werte sind eindeutig. Laut einer Befragung des Bankenverbandes waren im Jahr 2009 71 Prozent, also sieben von zehn Menschen, der Meinung, dass es in unserer Gesellschaft nicht gerecht zugeht. Im Jahr 2000 lag dieser Wert noch bei 54 Prozent.<sup>166</sup> Diese Zahlen sind natürlich ein geeigneter Nährboden für populistische Forderungen, müssen aber unbedingt differenziert betrachtet werden. Nicht Leistung als solche wird von den Deutschen abgelehnt, sondern eher Exzesse wie der des viel zitierten gierigen Bankers tragen zu diesem Gefühl in der Bevölkerung bei. So sind im Jahr 60,3 Prozent der sogenannten Armen (Einkommen unter 65 Euro) der Meinung, dass sie weniger als ihren gerechten Anteil bekommen. Aber auch auf der anderen Seite, bei den Reichen, nimmt die Ansicht, dass sie weniger bekommen als ihnen zusteht, seit 2005 stetig zu. 2010 lag dieser Wert bei 22,7 Prozent<sup>167</sup>. Ferner sind 76,2 Prozent der Menschen der Meinung, dass die Bedrohung des Lebensstandards die Solidarität mit den Schwachen verringert.<sup>168</sup> Man kann also festhalten, dass die Menschen zunehmend unsolidarisch werden, je schwieriger sich die wirtschaftlichen Verhältnisse darstellen. In diesem Fall gilt doch der alte Grundsatz, dass sich jeder selbst der Nächste ist und solidarisches Verhalten sich auf individuellen Wohlstand schädlich auswirkt. Dies erinnert entfernt an den Hobbes'schen Naturzustand.

Im Rahmen der Untersuchungen des ISJP wurde auch nach Zustimmungsraten zum Egalitarismus in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschieden. Es wurden drei Gruppen befragt: Erwerbslose, einfache Arbeiter/Angestellte und höhere Angestellte/Beamte. Die höchste Zustimmungsrate erfährt der Egalitarismus in der Gruppe der Arbeitslosen; hier bleibt die Zustimmung seit 1991 nach einer kleinen „Delle“ im Jahr 1996 auf hohem Niveau. Bei den höheren Angestellten und Beamten sinkt die Zustimmung zu egalitaristischen Vorstel-

---

<sup>166</sup> Bundesverband Deutscher Banken: Deutschland im Wahl und Krisenjahr. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen im Auftrag des Bundesverbands deutscher Banken. 2009 S. 12.

<sup>167</sup> Heitmeyer: Deutsche Zustände 9, a. a. O., S. 21.

<sup>168</sup> Ebd., S. 19.

lungen rapide. Erreichte der Egalitarismus im Jahr 1991 laut ISJP noch eine Zustimmungsrate von ca. 4,5 Punkten so liegt die Zustimmung im Jahr 2004 nur noch bei ca. 3,5 Punkten. Interessant ist die Gruppe der einfachen Angestellten und Arbeiter. Diese Gruppe ist besonders von Jobverlust betroffen, wenn es wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt. In den Jahren 1991 bis 2000 sank auch in dieser Gruppe die Zustimmung zu egalitaristischen Vorstellungen. Seit 2000 steigt die Zustimmung aber wieder an. Eine mögliche Erklärung für diese Änderung bietet die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Der Egalitarismus möchte nach Möglichkeit alle gleich machen, insofern ist es rational, dann, wenn der Arbeitsplatz in Gefahr ist, eine egalitaristische Gesellschaft anzustreben, in der zwar möglicherweise der Einzelne weniger verdient, aber der soziale Abstieg durch eine homogene Gesellschaftsstruktur abgedefert wird.

#### 5.3.4 Das Sozialwesen in Deutschland

In Deutschland sind riesige Umverteilungsmaschinen am Werk. Die Sozialleistungsquote, also das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu Sozialleistungen (darunter auch Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) betrug 2009 31,1 Prozent. In absoluten Zahlen werden in Deutschland jährlich 754 Mrd. Euro in den sozialen Sicherungssystemen umverteilt.<sup>169</sup> Damit landet jeder dritte erwirtschaftete Euro im sozialen Verschiebesystem. Diese Zahlen sind jedoch zu unterscheiden von steuerfinanzierten Leistungen wie dem Arbeitslosengeld II, das aus dem Bundeshaushalt stammt. Der Bundeshaushalt 2010 besaß ein Volumen von 319 Mrd. Euro. Im Jahr 2010 machten Sozialleistungen 54 Prozent des Bundeshaushalts aus. In absoluten Zahlen wurde die enorme Summe von 173,07 Mrd. Euro für soziale Transfers ausgegeben, gefolgt von der Schuldentilgung mit 36,91 Mrd.<sup>170</sup> Seit Jahren steigt die Anzahl der Empfänger

---

<sup>169</sup> Statistisches Bundesamt Deutschland: „Sozialleistungen, Soziale Sicherung“. URL: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Sozialleistungen/Sozialleistungen.psml> [Stand: 28.1.2011].

<sup>170</sup> Bundesministerium der Finanzen. URL: [http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_62334/DE/Presse/Bildservice\\_20und\\_20Infografiken/Infografiken\\_20und\\_20Diagramme/InfografikenBildergalerieTabelle,gtp=62340\\_\\_3D6.html?\\_\\_nnn=true#imggallerytop](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_62334/DE/Presse/Bildservice_20und_20Infografiken/Infografiken_20und_20Diagramme/InfografikenBildergalerieTabelle,gtp=62340__3D6.html?__nnn=true#imggallerytop) [Stand: 28.1.2011].

von Transferleistungen. Bezogen im Jahr 1992 noch 31,3 Prozent der Deutschen Transferzahlungen, so stieg deren Prozentsatz im Jahr 2007 auf 37,8 Prozent.<sup>171</sup>

Die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) liegt in Deutschland verglichen mit anderen OECD-Staaten im Mittelfeld. Rund 36,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden für Steuern und Sozialaufgaben aufgewandt.<sup>172</sup> Dies verdeutlicht den enormen Geldbedarf des Staates. Hinsichtlich des Spitzensteuersatzes liegt Deutschland im oberen Drittel; nur in Japan und den Niederlagen liegt dieser noch höher. Auch bei der Einkommenssteuer zeigt sich, dass Besserverdiener überproportional zu den Steuereinkommen beitragen: Das obere Zehntel der Einkommenssteuerzahler leistet 53 Prozent des Aufkommens dieser Steuer.<sup>173</sup> Es gibt also vom Gesetzgeber durchaus starke Tendenzen, eine möglichst homogene Gesellschaft zu erreichen, in der es zu keinen allzu gravierenden sozialen Unterschieden kommt.

Insgesamt herrscht durch alle Bevölkerungsschichten Deutschlands hindurch eine große Angst vor dem sozialen Abstieg. Besonders ausgebreitet ist diese Angst innerhalb der deutschen Mittelschicht.<sup>174</sup> Auch die Solidarität gegenüber Arbeitslosen ist in der Gruppe mit mittlerem Einkommen am schwächsten ausgeprägt.<sup>175</sup> Diese Angst vor denjenigen am unteren Ende der sozialen Skala ist unter Umständen dadurch zu erklären, dass Bezieher mittlerer Einkommen besonders unter Druck stehen, ihren sozialen Status zu halten. Bezieher hoher Einkommen können hingegen leichter etwas abgeben, und Menschen mit niedrigerem Einkommen sind grundsätzlich eher von Arbeitslosigkeit bedroht und

---

<sup>171</sup> Institut der Deutschen Wirtschaft: „Sozialleistungen. Gefährdete Balance“. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, Jg. 36 vom 28. Januar 2010.

<sup>172</sup> Spiegel online. Die wichtigsten Fakten. Wer die meisten Steuern zahlt. URL: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-58351-7.html> vom 24.8.2010 [Stand: 17.2.2011].

<sup>173</sup> Ebd., <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-58351-12.html> [Stand: 17.2.2011].

<sup>174</sup> Definiert als Gruppe, die zwischen 70 und 150 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte besitzen. Dies entspricht einem Nettoeinkommen von monatlich 860 bis 1.844 Euro.

<sup>175</sup> Heitmeyer: Deutsche Zustände 9, a. a. O., S. 22.

zeigen sich möglicherweise aus diesem Grund unsolidarischer mit Arbeitslosen. Im Jahr 2007 gaben nahezu 70 Prozent der Arbeiter an, dass sie den Verlust ihres Arbeitsplatzes und den damit verbundenen sozialen Abstieg fürchten.<sup>176</sup> Laut den Autoren der im Auftrag des Roman Herzog Instituts durchgeführten Studie ist diese Angst jedoch nicht gerechtfertigt, da die wenigsten Empfänger von Transferleistungen zuvor zur Mittelschicht gehört haben, sondern in der Regel bereits zur Gruppe der Niedrigverdiener.<sup>177</sup>

Die Autoren der oben genannten Studie haben ferner herausgefunden, dass nur 31 Prozent der Bundesbürger den sozialen Aufstieg als etwas Erstrebenswertes ansehen, während doppelt so viele Befragte Werte wie soziale Gerechtigkeit als wichtiger einstufen.<sup>178</sup> Insgesamt ist die Aufstiegsquote in Deutschland nicht wesentlich niedriger als in anderen westlichen Staaten. Insofern ist es nicht korrekt, von starren Strukturen in der Gesellschaft zu sprechen, wie dies gerade von Angehörigen linker Kreise formuliert wird. Die Aufstiegsquote des unteren Einkommensquintils beträgt in Deutschland 32,4 Prozent, in den USA 33,1 Prozent und im OECD-Durchschnitt 34,0 Prozent. Den Zahlen zufolge schaffte also jeder Dritte Deutsche den sozialen Aufstieg.<sup>179</sup>

Ein wichtiger Indikator für Einkommensungleichheiten ist der Gini-Koeffizient oder Gini-Index. Er dient als Kennzahl für die Verteilung von Einkommen sowie als Maßstab für ökonomische Ungleichheit bzw. Gleichheit. Er reicht von null (das Einkommen in einem Staat ist auf alle Bürger gleichmäßig verteilt) bis eins (das gesamte Einkommen eines Staates gehört einem Bürger). Je niedriger der Gini-Index, desto geringer sind die ökonomischen Unterschiede zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Deutschland liegt mit einem Wert von 0,298 knapp unter dem OECD-Durchschnitt mit 0,301. Zum Gini-Index kursieren äußerst un-

---

<sup>176</sup> Ernste, Dominik/Erdmann, Vera/Kleineberg, Tatjana: „Mythos 3: Massenhafter Abstieg aus der Mittelschicht ist die Regel“. In: Roman Herzog Institut e. V. (Hrsg.): Mythen über die Mittelschicht in Deutschland. Information Nr. 9. München 2011, S. 8.

<sup>177</sup> Ebd., S.10.

<sup>178</sup> Ebd., S.11.

<sup>179</sup> Ebd., S.13.

terschiedliche Werte. So behauptet Dieter Eißel in seinem Beitrag für die politische Zeitung „Wochenschau“, der Gini Index habe im Jahr 2007 in Deutschland bei 0,799 gelegen.<sup>180</sup> Das „CIA World Fact Book“ geht von einem Wert von 0,27 für das Jahr 2006 aus. Laut CIA ist der Index in Deutschland von 0,30 im Jahr 1996<sup>181</sup> sogar gesunken, das heißt, die Einkommen haben sich angeglichen. Der Wert, den die CIA auf seiner Homepage veröffentlicht, ist näher am Wert der Autoren der Studie des Roman Herzog Instituts, die von 0,298 im Jahr 2010 ausgehen. Im Übrigen erscheint die Institution CIA als Quelle zuverlässiger. Insofern ist beim Wert von Dieter Eißel ein kritischer Umgang geboten. Die Zahl von 0,799 erscheint zu hoch angesetzt – auch gerade im Vergleich mit dem Mutterland des Kapitalismus, den USA: Den höchsten Wert unter den Wirtschaftsnationen weisen die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Wert von 0,381 auf. Die skandinavischen Staaten Schweden und Dänemark bilden die Schlusslichter<sup>182</sup> – in ihnen sind die Einkommen relativ gleich verteilt. Die Autoren halten fest, dass sich Deutschland im guten Mittelfeld befindet und eher zu einer Gesellschaft tendiert, die hinsichtlich der Einkommen relativ homogen ist.

### 5.3.5 Empirische Daten zur Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland unter Parlamentariern

In Deutschland gibt es eine Fülle unterschiedlicher Studien und Umfragen darüber, was die Menschen als gerecht empfinden. Die einstellungsorientierte Gerechtigkeitsforschung sucht eine Bestandsaufnahme der Situation zu liefern und die Gerechtigkeitsgefühle der Menschen widerzuspiegeln. Sie ist nicht normativ, fragt also nicht danach, was legitimerweise als gerecht *gelten* kann, sondern rein deskriptiv, indem sie aufzeigt, was als gerecht *empfunden* wird.

---

<sup>180</sup> Eißel, Dieter: „Die Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland“. In: Buch, Ursula/Bernward, Debus (Hrsg.): Wochenschau. Einkommen und Vermögen. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, Januar 2011, S. 10.

<sup>181</sup> CIA: The World Fact Book. URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2172.html> [Stand: 9.3.2011].

<sup>182</sup> Ernste/Erdmann/Kleineberg: „Mythos 3: Massenhafter Abstieg aus der Mittelschicht ist die Regel“, a. a. O., S. 7.

Eine wichtige und umfassende Erhebung zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland wurde von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Heinz-Nixdorf-Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung durchgeführt.<sup>183</sup> In der Studie wurden 384 Volksvertreter aus dem Deutschen Bundestag, den Länderparlamenten und dem Europaparlament zu ihren Einstellungen zu und Ansichten über soziale Gerechtigkeit befragt. Diese Studie ist von besonderer Bedeutung, da die Volksvertreter die soziale Politik in Deutschland in besonderem Maße prägen und beeinflussen können. Entsprechend werden im Folgenden die Daten eingehend dargestellt. Die Befragung fand im Jahr 2006 statt. Zu dieser Zeit regierte in Deutschland eine sogenannte große Koalition aus SPD und CDU/CSU. Es wurden ca. gleich viele Vertreter verschiedener Altersgruppen befragt: 126 Mandatsträger bis 35 Jahre, 128 Mandatsträger zwischen 36 und 49 Jahren sowie 130 Mandatsträger ab 50 Jahren.

In diesem Teil der Arbeit wird untersucht, wie Parlamentarier zum Thema soziale Gerechtigkeit stehen, wie sie diese wahrnehmen und was sie jeweils als sozial gerecht empfinden. Man könnte erwarten, dass die Vertreter der sogenannten rechten Parteien der sozialen Gerechtigkeit einen geringeren Stellenwert einräumen als Vertreter der sogenannten linken Parteien. Tatsächlich zeigt sich jedoch auf die Frage, ob es wichtig sei, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, ein relativ breiter Konsens unter den Abgeordneten. Im Durchschnitt erachten 77,08 Prozent der Parlamentarier dies für eine dringende Aufgabe der Politik. Zwischen den verschiedenen Parteien finden sich, wenngleich auf hohem Niveau, gewisse Unterschiede. Wie zu erwarten, wird das Erfordernis, für mehr soziale Gerechtigkeit (hier gleichzusetzen mit egalisierender Umvertei-

---

<sup>183</sup> Über ihr Selbstverständnis gibt die Stiftung auf der Homepage Folgendes an: „Die Bertelsmann Stiftung versteht sich als Förderin des gesellschaftlichen Wandels und unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Gemeinsam mit Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen will die Stiftung frühzeitig Herausforderungen und Probleme unseres Gemeinwohls identifizieren sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickeln und verwirklichen. Sie versteht sich damit als ‚Motor‘, der notwendige Reformen initiiert und voranbringt. Als wissenschaftliche Organisation will sie einen lebendigen Dialog zu den politischen Reformthemen unserer Zeit auslösen und die politischen Entscheidungsträger beraten.“ Bertelsmann Stiftung. URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-A09FD2B5-A36E3894/bst/hs.xsl/269.htm> [Stand: 1.12.2010].

lung) zu sorgen, am meisten bei der Partei DIE LINKE gesehen: Mehr als 95,38 Prozent der Befragten erachten dies als eine wichtige Aufgabe der Politik. Am geringsten ist die Zustimmung bei den Vertretern der FDP, die traditionell mehr auf Eigenleistung setzt. Hier liegt die Zustimmungsquote mit 60,34 Prozent am niedrigsten. 66,50 Prozent der Abgeordneten der CDU/CSU sind der Meinung, dass der Staat für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen soll, bei den Grünen sind es 85,42 Prozent und bei der SPD 86,84 Prozent – diese beiden Parteien ähneln sich in diesem Punkt weitgehend. Es lässt sich also festhalten, dass insgesamt eine hohe Zustimmung zum Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit unter den Parlamentariern vorhanden ist, jedoch die sogenannten linken Parteien (DIE LINKE, SPD und Grüne) in höherem Maß zu egalisierenden Ansichten neigen als Vertreter des rechten Spektrums (CDU/CSU und FDP).

Eine weitere interessante Frage ist die nach der jüngeren Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit. Die Antworten korrelieren mit der abnehmenden Zustimmungsrates zum Egalitarismus in der Gesellschaft. 59,5 Prozent der Parlamentarier sind der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten drei, vier Jahren abgenommen hat. Auch hier zeigt sich die oben gesehene Differenzierung. Jeder Abgeordnete der Partei DIE LINKE ist der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen hat: 100 Prozent der befragten Abgeordneten dieser Partei teilen diese Ansicht. Am niedrigsten liegt der entsprechende Wert bei der FDP, hier ist in etwa nur jeder dritte Abgeordnete der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit abgenommen hat. Bei der CDU/CSU liegt der Wert bei 42,5 Prozent. Interessant ist, dass mehr Abgeordnete der Grünen als der traditionell weiter links stehenden SPD der Meinung sind, dass die soziale Gerechtigkeit abgenommen hat – bei den Grünen vertreten 90,3 Prozent diese Auffassung, bei der SPD 66,8 Prozent. Dieser relativ niedrige Wert ist möglicherweise der Regierungsverantwortung der SPD zum Zeitpunkt der Umfrage geschuldet – würde sie eingestehen, dass die soziale Gerechtigkeit abgenommen hat, dann würde sie ihre eigene Regierungsarbeit kritisieren. Zu vermuten ist, dass der Wert höher gelegen hätte, wenn die SPD zum Zeitpunkt der Befragung in der Opposition gewesen wäre.

Bei der Frage, was unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen sei, sahen 29,3 Prozent aller Parlamentarier ein Wesensmerkmal derselben darin, dass alle Bürgerinnen und Bürger am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können. 41,7 Prozent verstehen darunter Chancengleichheit, also die prinzipielle Möglichkeit, alles zu erreichen. In etwa gleich viele Abgeordnete erachten die Leistungsgerechtigkeit (14,7 Prozent) bzw. das Gegenteil, die Verteilungsgerechtigkeit, hier verstanden im Sinne einer egalisierenden Gerechtigkeitsvorstellung (15 Prozent), als wesentliche Merkmale der sozialen Gerechtigkeit. Betrachtet man also die Parlamente als Ganzes, so lässt sich festhalten, dass sich egalitaristische und non-egalitaristische Einstellungen in etwa die Waage halten.

Wenig verwunderlich sind die einzelnen Ergebnisse nach Parteien. So erachten nur 2,4 Prozent der FDP-Parlamentarier die Verteilungsgerechtigkeit als wesentliches Merkmal der sozialen Gerechtigkeit, und 25,7 Prozent von ihnen sehen die Leistungsgerechtigkeit als Eigenschaft der sozialen Gerechtigkeit. Anzumerken ist, dass eine klare Definition, was unter Verteilungsgerechtigkeit bzw. Leistungsgerechtigkeit zu verstehen ist, in der Fragestellung der Umfrage nicht gegeben wurde. Die Schwierigkeit solcher Begrifflichkeiten zeigt sich ja beispielsweise daran, dass Aristoteles eine völlig andere Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit hatte als etwa der Egalitarist Richard Arneson. Bei der Umfrage lag der Schwerpunkt auf materiellen Werten, insofern dürfte hier die Verteilung von Einkommen und Gütern als ausschlaggebend erschienen sein.

Bei der Partei DIE LINKE überrascht der hohe Wert, den die Parlamentarier der Leistungsgerechtigkeit zumessen. Auf der einen Seite erachten sie – hier überrascht der geringe Wert – die Verteilungsgerechtigkeit mit 20,3 Prozent als Eigenschaft der sozialen Gerechtigkeit. Auf der anderen Seite liegt auch der Wert, den sie der Leistungsgerechtigkeit zumessen, mit 20,1 Prozent sehr hoch. Dies mag der Fragestellung geschuldet sein, wurde doch nach der „persönlichen“ Einschätzung gefragt. Ein Mitglied des Bundestags hat in der Regel einen großen Karrieresprung gemacht. Ohne die Bereitschaft zur Leistung wird man kaum Abgeordneter im Bundestag oder im Europaparlament, und auch nicht in den Landesparlamenten.



Interessanterweise liegt die Zustimmung zur Verteilungsgerechtigkeit als Wesensmerkmal der sozialen Gerechtigkeit bei den Abgeordneten der Partei Bündnis90/DIE GRÜNEN höher als bei der LINKEN: Er liegt mit 21,1 Prozent vor der SPD mit 18 Prozent und der LINKEN mit 20,3 Prozent. Daraus lässt sich schließen, dass die Parlamentarier der GRÜNEN eine hohe Affinität zu egalitaristischen Einstellungen haben. Die Vertreter der Volksparteien bestätigten in diesem Punkt die gängigen Vorstellungen hinsichtlich ihrer sozialen Einstellung: Nur 12,3 Prozent der Vertreter der CDU/CSU verstehen unter sozialer Gerechtigkeit die Verteilungsgerechtigkeit, bei der SPD sind es 18 Prozent.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass unter den Befragten die Anhänger der FDP am ehesten non-egalitaristische Vorstellungen vertreten, gefolgt von der CDU/CSU, dann der SPD vor der Partei DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Es lässt sich die These formulieren, dass die Abgeordneten von Bündnis90/DIE GRÜNEN egalitaristischer eingestellt sind als die grüne Wählerschaft. Aber auch insgesamt besteht ein Widerspruch zwischen der Wahrnehmung der Abgeordneten und derjenigen der Bevölkerung. Zu erinnern ist an die Zahlen des Bundesverbandes deutscher Banken, denen zufolge sieben von zehn Befragten der Meinung sind, dass es in dieser Gesellschaft nicht gerecht zugeht.<sup>184</sup>

Auch bei der Beantwortung der Frage nach dem Weg, wie soziale Gerechtigkeit erreicht werden soll, gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Vertretern der einzelnen Parteien. Eine Antwortmöglichkeit war die Forderung, das Solidarsystem zu stärken und Starke mehr zu belasten als Schwache. Dem stimmten von den CDU/CSU-Abgeordneten nur 1,4 Prozent zu, von der FDP 2,4 Prozent, von den GRÜNEN 8 Prozent, von der SPD 10,9 Prozent und von der LINKEN 22,8 Prozent. Hier wird deutlich, wie sich die Vertreter der Parteien im Hinblick auf Egalitarismus und Non-Egalitarismus positionieren. Die sogenannten rechten Parteien wehren sich gegen eine stärkere Umverteilung in der Gesellschaft, während die linken Parteien diese befürworten. Auf die Frage, ob eine Hervorhebung der Leistungsgerechtigkeit zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei-

---

<sup>184</sup> Bundesverband Deutscher Banken: Deutschland im Wahl und Krisenjahr, a. a. O., S. 12.

tragen könnte, erachteten dies 15,8 Prozent der FDP-Anhänger als wichtigste Maßnahme zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Die FDP ist hierbei Spitzenreiter, und ihr Slogan „Leistung muss sich lohnen“ spiegelt sich auch im Denken der Mandatsträger wider.

Hinsichtlich der Frage, ob die soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten drei, vier Jahren zu- oder abgenommen habe, findet sich bei den Parlamentarier die gleiche Wahrnehmung wie bei der Masse der Bevölkerung. Die Befragung der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Abgeordneten in dieser Frage durchaus den Willen des Volkes repräsentieren. Wie die Mehrheit des Volkes, so ist auch die Gesamtheit der Parlamentarier mit 59,5 Prozent davon überzeugt, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren abgenommen hat. Besonders Vertreter der politisch links stehenden Parteien vertreten diese Meinung. Bei der Partei DIE LINKE ist jeder Abgeordnete überzeugt (100 Prozent), dass dies der Fall ist, bei den GRÜNEN liegt der Wert bei 90,3 Prozent und bei der SPD, die zum Zeitpunkt der Befragung immerhin die Regierung stellte, liegt der Wert bei 66,8 Prozent. Die politisch rechts stehenden Parteien haben hier eine andere Wahrnehmung: Nur 38,5 Prozent der Abgeordneten der FDP und 42,5 Prozent der Abgeordneten der CDU/CSU sind der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit abgenommen hat. Eine mögliche Erklärung ist die Sozialisation der Abgeordneten und ihr damit verbundener sozialer Umgang. In Akademikerfamilien bzw. wirtschaftlich und finanziell gesicherten Verhältnissen und dementsprechendem Freundeskreis kommt man in der Regel weniger in Kontakt mit Menschen, die ernsthaft unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden haben und damit das soziale Gefüge als ungerecht wahrnehmen.

Betrachtet man die soziale Struktur beispielsweise der FDP-Fraktion in den Jahren 1969–1990, so findet sich kein einziger Arbeiter, dafür aber überproportional viele Akademiker (ca. 80 Prozent der Abgeordneten haben eine höhere Schule besucht).<sup>185</sup> Zwar ist auch bei der SPD der Anteil der Arbeiter relativ gering, jedoch höher als bei CDU/CSU und FDP zusammen (die GRÜNEN und

---

<sup>185</sup> Saalfeld, Thomas: Parteisoldaten und Rebellen. Fraktionen im Deutschen Bundestag. Op-laden: Leske + Budrich, 1995 S. 196f. Die Befragung ging von 1969 bis 1990.

die LINKE wurden in der eben genannten Studie von Thomas Saalfeld nicht untersucht). Auch wenn bei der SPD wenig Arbeiter direkt zu Parlamentariern werden, so haben die Abgeordneten doch eine feste Verankerung in den Parteistrukturen wie Ortsvereinen, die klassischerweise auch von einfachen Arbeitern besucht werden. Insofern sind die Mandatsträger in viel höherem Maße von der Arbeiterschaft abhängig bzw. geprägt, als dies bei einer Honoratiorenpartei der Fall ist. Auch im derzeitigen 17. Deutschen Bundestag (Wahlperiode 2009–2013) dominieren Abgeordnete mit einer weiter gehenden Schulbildung oder einem Hochschulabschluss: Von den 93 Abgeordneten der FDP-Fraktion haben 80 Prozent einen Universitätsabschluss.<sup>186</sup> Den geringsten Akademikeranteil weist die SPD-Fraktion auf – hier sind es nur 60 Prozent der Parlamentarier. CDU/CSU und LINKE liegen mit rund 68 Prozent in etwa gleich auf, während die GRÜNEN abgesehen von der FDP mit 76 Prozent den höchsten Anteil an Hochschulabsolventen haben. Die These, dass ein Hochschulabschluss mit einer nicht egalitaristischen Einstellung korreliert, ist daher nicht zu halten.

Gefragt wurde von der Bertelsmann Stiftung auch nach der Einschätzung, ob es in den nächsten drei, vier Jahren mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland geben werde. Hier gehen die Parlamentarier mehrheitlich davon aus, dass sich an den sozialen Verhältnissen in Deutschland nichts ändern werde – 58,3 Prozent äußerten diese Meinung. 28,7 Prozent sind hingegen der Meinung, dass es weniger soziale Gerechtigkeit geben wird, und 18 Prozent glauben, die soziale Gerechtigkeit werde zunehmen. Betrachtet man die einzelnen Parteien, so sind auch hier die Ergebnisse wenig überraschend. Die LINKE blickt äußerst skeptisch in die Zukunft: 80,4 Prozent ihrer Parlamentarier, die dem Egalitarismus nahestehen, befürchten, dass die soziale Gerechtigkeit abnehmen wird. Die Abgeordneten der CDU/CSU vertreten die andere Extremposition und sind mit 24,1 Prozent der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit zunehmen wird.

Rufen wir uns die für die vorliegende Arbeit gültige Auslegung der sozialen Gerechtigkeit von David Miller wieder ins Gedächtnis:

---

<sup>186</sup> Eigene Berechnung, basierend auf: „Deutscher Bundestag“. In: Holzapfel, Klaus-J. (Hrsg.): Kürschners Volkshandbuch. 118. Auflage. Rheinbreitbach: Neue Darmstädter Verlagsanstalt, 2010.

*„In ihrer Eigenschaft als Landsleute werden sie es als ein Gebot der Gerechtigkeit anerkennen, einander die in ihrer jeweiligen nationalen Kultur als legitim geltenden Bedürfnisse zu erfüllen, und diese Gerechtigkeitspflichten werden mit der Zeit immer mehr zu Bestandteilen der Staatsbürgerschaftsdefinition“<sup>187</sup>.*

Mit diesem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit stoßen wir auf eine Fülle von Fragen, die darauf zielen, was in einer Kultur als legitimes Bedürfnis angesehen wird. Nikotinkonsum wurde unlängst aus dem Katalog zur Berechnung des Arbeitslosengeldes II herausgenommen, auf der anderen Seite verbleibt ein Betrag für kulturelle Zwecke, aber auch ein geringer Betrag für einen Gaststättenbesuch.<sup>188</sup> Mit insgesamt steigendem Wohlstand steigt auch der Betrag, den man für Leistungen aufbringt, die nicht primär dem Überleben des Transferempfängers dienen, wie dies bei der Armenspeisung noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Auf der anderen Seite reicht das, was viele Transferleistungsempfänger erhalten, nicht aus, um ein sozialen Bedürfnissen entsprechendes Leben zu führen. Wenig verwundern kann daher, dass dies ein Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen Sozialverbänden und linken Parteien einerseits und der Regierung sowie konservativ-liberalen Parteien andererseits ist. Auch die bereits totgesagte Armenspeisung findet sich in Form von billigen Einkaufsmöglichkeiten auch heute wieder. Gerade in sozial schwachen Stadtteilen leistet die sogenannte „Tafel“ einen wertvollen Beitrag zur Linderung existentieller Not, sei sie nun selbstverschuldet oder nicht.

Trotz der mehrheitlich vertretenen Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen hat, ist die Mehrzahl der Abgeordneten immer noch der Meinung, dass es in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen gerecht zugeht. 59,6 Prozent der Gesamtheit der Mandatsträger, die von der Bertels-

---

<sup>187</sup> Miller: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, a. a. O., S. 73.

<sup>188</sup> Zum heutigen Datum beträgt die Ausgabenposition für Kultur, Unterhaltung und Freizeit 38,71 Euro und für Beherbergungs- und Gaststättenbesuche 10,33 Euro. Quelle: „Hartz IV Regelsatz“. In: gegen-hartz.de. URL: <http://www.gegen-hartz.de/hartzivregelleistung.php> [Stand: 25.2.2011] Eine Neuberechnung ist jedoch Gegenstand einer politischen Debatte zwischen CDU/CSU- und FDP-Mehrheit im Bundestag und der Regierung einerseits sowie einer Opposition aus SPD/GRÜNE und DIE LINKE im Bundesrat andererseits.

mann Stiftung befragt wurden, vertreten die Auffassung, dass die Besitzverhältnisse in Deutschland grundsätzlich gerecht sind. Dieser Meinung sind vor allem die Konservativen sowie die Liberalen: Die CDU/CSU-Abgeordneten stimmen der Aussage zu 83 Prozent zu, die FDP-Mandatsträger zu 85,9 Prozent. Auf der anderen Seite wird diese Einschätzung immer weniger geteilt, je weiter man im politischen Koordinatensystem nach links geht: die Abgeordneten der SPD, die, wie schon erwähnt, zum Zeitpunkt der Befragung Regierungsverantwortung trugen, sind immerhin noch mit 49,8 Prozent der Meinung, die Besitzverhältnisse in Deutschland seien grundsätzlich gerecht, von den GRÜNEN sind es 13,9 Prozent und seitens der LINKEN nur noch 5,5 Prozent.

Die Befürchtung der LINKEN ist nicht ganz unbegründet. Das Nettovermögen der privaten Haushalte betrug im Jahre 2007 insgesamt 6,6 Billionen Euro. Dies ergibt ein durchschnittliches Nettovermögen von 88.000 Euro pro erwachsene Person. Zugleich ist dieses Vermögen ungleich verteilt. So besitzen 27 Prozent der Bevölkerung keinerlei Vermögenswerte und auf der anderen Seite 10 Prozent der Bevölkerung ein Vermögen von mindestens 220.000 Euro. Insgesamt verfügt das reichste Zehntel der Bevölkerung über mehr als 61 Prozent des gesamten Nettovermögens. Insofern ist die Ungleichverteilung der extrem hohen Vermögen gestiegen, auch wenn das Durchschnittsvermögen, das für sich genommen nur eine geringe Aussagekraft besitzt, anwächst.<sup>189</sup> Da diese Zahlen auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels beruhen, erscheinen sie durchaus schlüssig – auch wenn beim Umgang mit Daten aus der Zeitschrift „Wochenschau“ Vorsicht geboten ist.<sup>190</sup>

Auf die Frage, inwieweit die soziale Gerechtigkeit in Deutschland verwirklicht ist, erhielt die Aussage „zu 70–79 Prozent“ die meiste Zustimmung: 25,1 Prozent der befragten Abgeordneten sind dieser Meinung. Die extremen Einschätzungen – die soziale Gerechtigkeit sei zu 100 Prozent realisiert bzw. die soziale Gerechtigkeit sei überhaupt nicht, also zu 0 Prozent realisiert – finden kaum

---

<sup>189</sup> Vgl. Eißel: „Die Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland“, a. a. O., S. 9; Zahlen nach Sozio-ökonomischem Panel.

<sup>190</sup> Vgl. etwa die kaum nachvollziehbaren Zahlen beim Gini-Index.

Zustimmung. Die meisten der Mandatsträger vertreten die Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit zu 50–89 Prozent realisiert sei. Damit rangiert Deutschland in der Wahrnehmung der Volksvertreter im oberen Mittelfeld der Realisierung sozialer Gerechtigkeit. Wie zu erwarten, sind die Parlamentarier der Rechten eher der Meinung, dass soziale Gerechtigkeit zu einem hohen Prozentsatz bereits gegeben sei, während Vertreter der linken Parteien sie nicht hinreichend verwirklicht sehen. Für die CDU/CSU- und FDP-Abgeordnete ist die soziale Gerechtigkeit mehrheitlich zu 70–79 Prozent realisiert, für die Vertreter von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich nur zu 50–59 Prozent. Eine Extremposition nehmen hier die Parlamentarier der Partei DIE LINKE ein. Sie sind mehrheitlich der Meinung, die soziale Gerechtigkeit sei erst zu 30–39 Prozent verwirklicht.

Insgesamt lässt sich auf der Grundlage dieser Umfrage der Bertelsmann Stiftung festhalten, dass die Vertreter konservativer Parteien zu einem weitaus größeren Teil der Meinung sind, dass Deutschland ein gerechter Staat und die derzeitige Wirtschafts- und Finanzordnung ein Garant für soziale Gerechtigkeit sei. Die linken Mandatsträger tendieren eher in eine andere Richtung und glauben, Deutschland habe noch Nachholbedarf, um eine gerechte Gesellschaft zu werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Frage, was als sozial gerecht verstanden wird. Ist die soziale Marktwirtschaft oder gar ein sogenannter Turbokapitalismus gerecht oder doch eher eine Gesellschaft, die sozialistisch angehaucht ist und in der jeder Einzelne einen gleich großen Teil vom Kuchen abbekommt?

Wenn man sich die für Norberto Bobbio gültige Definition linker Politik als eine Politik des Sozialstaates und der Umverteilung sowie der angemessenen Angleichung [in materieller Hinsicht, G. F.]<sup>191</sup> und des Grundsatzes „Öffentlich vor privat“ wieder vor Augen führt, dann verwundern die Zahlen nicht. In Deutschland dominiert, trotz hoher Staatsquote, die Privatwirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung ist von ihrem Wesen her offen für Extreme: Es kann Spitzenverdiener geben, aber auch Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Chance haben. Wenn

---

<sup>191</sup> Vgl. Bobbio: Rechts und Links. Gründe einer politischen Unterscheidung, a. a. O., S. 85.

die Linken der oben gegebenen Definition anhängen, so ist klar, dass Deutschland für sie noch kein sozialer und gerechter Staat ist. Im Gegensatz dazu ist Gleichheit für die Mehrheit der Parlamentarier eben kein Synonym für Gerechtigkeit. Insofern erscheint ihnen der Staat durchaus zumindest in nennenswertem Umfang gerecht, gerade weil er die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen berücksichtigt und auch Leistung anerkennt.

## **6 Historischer Exkurs: Gerechtigkeitsvorstellungen im Nationalsozialismus (1933–1945)**

Die wohl grausamste Konsequenz der Vorstellung einer fundamentalen Ungleichheit der Menschen findet sich in der deutschen Geschichte in der Zeit von 1933 bis 1945. Aber auch die damaligen Machthaber hatten eine Gerechtigkeitsvorstellung, die sich in ihrer Radikalisierung von allen anderen vorher da gewesen und bis jetzt nachkommenden unterscheidet. Daher soll im Folgenden der Blick in die deutsche Vergangenheit gerichtet und als historischer Exkurs die Vorstellung der Gerechtigkeit im Nationalsozialismus beleuchtet werden.<sup>192</sup>

Vielleicht mag es unangebracht und unverständlich erscheinen, über 60 Jahre nach Kriegsende überhaupt von Gerechtigkeit in einem aus menschlicher Sicht ungerechten System zu sprechen. Aber auch in der NS-Ideologie gab es eine Vorstellung von Gerechtigkeit. Diese unterscheidet sich fundamental von einer idealistischen und toleranten Weltanschauung und führte in Konsequenz zum Sündenfall des 20. Jahrhunderts – dem Holocaust.

Der Nationalsozialismus ist eine geschichtliche Epoche, die mittlerweile in aller Ausführlichkeit erforscht wird und die das Leben und Ansehen der Deutschen in der ganzen Welt verändert hat. Insofern soll in dieser Arbeit das Thema Gerechtigkeit in der Ungerechtigkeit nicht ausgeklammert werden, da das Wissen um die tiefsten Beweggründe der NS-Herrscherelite das Unverständliche zumindest teilweise erklärt. Da immer wieder – auch in als seriös angesehenen Werken – verallgemeinernd, populistisch und teilweise falsch über die Gerechtigkeitsvorstellungen der NS-Diktatur gesprochen wird, orientiert sich der vorliegende Teil der Dissertation strikt an den Werken führender NS-Ideologen. So schreibt beispielsweise Herrmann Rauschnig, dass es sich beim Nationalsozialismus um eine „nihilistische Revolution“ gehandelt habe, der es in erster Linie

---

<sup>192</sup> Dieser Teil der Dissertation wurde vom Autor bereits im Rahmen einer Seminararbeit behandelt.



um Macht ging.<sup>193</sup> Diese These ist kaum haltbar, da auch die NS-Ideologie ein (quasireligiöses) Wertefundament hatte, welches als Movens nicht nur den Willen zur Allmacht hatte, sondern eine konkrete Umsetzung ihrer rassistischen Ideen vorhatte, nämlich die Schaffung eines neuen Menschen. Um das Verständnis für die Gedankenwelt der führenden Nationalsozialisten zu schaffen, sollen die Werke Hitlers, Goebbels und Rosenbergs im Original betrachtet werden. Denn über die Primärliteratur lässt sich ein unmittelbarer und ungefilterter Zugang zum Denken dieser Männer herstellen.

Um Gerechtigkeit im nationalsozialistischen Denken zu verstehen, muss man den Anspruch einer Gleichberechtigung aller Menschen aufgeben. Im Denken der Nationalsozialisten war es gerechtfertigt, Humanitätsverbrechen wie Massenermordungen zuzulassen. Menschen wurden millionenfach mit Zyklon B ermordet, das ursprünglich als Pestizid zur Schädlingsbekämpfung hergestellt wurde. Allein aus dieser Tatsache erkennt man, welchen Wert man den sogenannten Feinden des Volkes zubilligte. Die Juden sowie die Sinti und Roma waren in den Augen der nationalsozialistischen Machthaber keine Menschen, sondern auszumerzende Schädlinge und Gegner der menschlichen Rasse an sich. Daher waren sie „selbstverständlich“ von der Teilhabe an Recht und Gerechtigkeit exkludiert.

Die Begründung für dieses Mensch-Tier-Denken liegt in einem tief verwurzelten Rassismus gegenüber Nichtariern. Auch die Berufung auf eine gottgegebene Mission der Deutschen, die Welt vom Bösen zu befreien, gibt einen wichtigen Legitimationsgrund, worauf weiter unten noch einzugehen sein wird. Nur gegenüber „Herrenmenschen“ (die Definition, wer ein „Herrenmensch“ ist, ist jedoch äußerst problematisch<sup>194</sup>) verhalten sich die Nationalsozialisten scheinbar

---

<sup>193</sup> Rauschnig, Herrmann/ Mann, Golo: Die Revolution des Nihilismus. Zürich: Europa Verlag, 1964

<sup>194</sup> So gibt Adolf Hitler an keiner Stelle eine genaue Definition des Ariers. Die langläufige physiognomische Darstellung als blond und blauäugig wird in „Mein Kampf“ an keiner Stelle erwähnt. Alfred Rosenberg ist hier konkreter. Er spricht davon, dass der „Sinn der Weltgeschichte“ vom Norden ausgehend von einer blonden, blauäugigen Rasse in die Welt getragen wurde. Rosenberg, Alfred: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Erstes Buch. Das Ringen der Werte. 33.–34. Auflage. München: Hoheneichen Verlag, 1934, Abschnitt 28.

gerecht. Wobei selbst hier, so muss betont werden, die Justiz im Nationalsozialismus kein faires Rechtssystem war. Richterliche Entscheidungen waren häufig politisch motiviert.

## 6.1 Rassische Vorstellungen, die Ungerechtigkeit legitimieren

### 6.1.1 Hitlers rassistisch-elitäres Denken

Der Führer der NSDAP und Reichskanzler ist durch und durch geprägt von einem fanatischen Wahn, die Deutschen in ein glorreiches hochkulturelles Zeitalter zu führen und – biblisch gesprochen – zu erlösen. Dieser Erlösungsgedanke zieht sich als zentrales Motiv durch sein Gesamtwerk und manifestiert sich in seinen politischen Handlungen. Im Deutschen Volk sieht er eine potentielle Kraft, die zum Vorschein geholt werden muss. Wenn die Deutschen eine „herdenmäßige Einheit“ besitzen, wie andere Völker, dann sind sie, seiner Meinung nach, die Herren der Welt.<sup>195</sup>

Die „rassische Durchmischung“ ist für Hitler eine der Hauptursachen für den Misserfolg und das Scheitern der Deutschen. Nur in der Reinheit des Blutes sieht er den „wertvollsten Schatz“ für die Zukunft.<sup>196</sup> Hitler ist der Meinung, dass ohne arisches Blut andere Rassen von selbst eingehen würden. So schreibt er in „Mein Kampf“:

*„Bei der vollständigen Verhinderung eines weiteren Blutzusatzes von seiten der höchsten Rasse würden bei dauernder gegenseitiger Kreuzung die Bastarde infolge ihrer durch die Natur weise verminder-  
ten Widerstandskraft aussterben [...]“*<sup>197</sup>

Aufgrund dieser rassistisch begründeten Sichtweise auf die Welt kann Hitler gar nicht von einer Gleichheit der Menschen ausgehen. Daraus resultiert, dass den

---

<sup>195</sup> Hitler, Adolf: Mein Kampf. 851.–855. Auflage. München: Eher Verlag, 1943, S. 437f.

<sup>196</sup> Ebd., S. 438.

<sup>197</sup> Ebd., S. 442.

Menschen entsprechend ihres „genetischen Wertes“ eine unterschiedliche Behandlung im Sinne der Gerechtigkeit zukommt.

Hitler geht von drei unterschiedlichen Wertigkeitsstufen der Völker aus: Gemäß der völkischen Lehre haben die Menschen abhängig von ihrer Volkszugehörigkeit unterschiedliche Charakterzüge und Eigenschaften. Im Folgenden werden basierend auf den Äußerungen in „Mein Kampf“ die unterschiedlichen Völkereinteilungen dargestellt. Man kann hier von einer rassistisch begründeten Elite sprechen, und wenn man – wie der Brockhaus – die Aristokratie als eine Herrschaftsform aufgrund der Abstammung definiert<sup>198</sup>, kann man dieses Wort durchaus verwenden, auch wenn die Arier – im Gegensatz zur NS-Überzeugung – mit Sicherheit nicht alle von denselben Vorfahren abstammen.

### 6.1.2 Kulturschaffende Völker

Die höchste „genetische Stufe“ haben für den Diktator Hitler die Arier. Sie sind in Hitlers Vorstellung ein geniales Volk. Diese Genialität zeigt sich besonders in Krisensituationen. Hitler nennt als Beispiel den Krieg. Dieser ist der Anstoß, um das Potential, das im Arier schlummert, zu wecken. In der Stunde der Gefahr zeigt sich, dass im scheinbar unscheinbaren Manne ein Held steckt.

Der Arier ist für Hitler darüber hinaus der „Kulturbegründer“.

*„Von ihm stammen die Fundamente und Mauern aller menschlichen Schöpfungen und nur die äußere Form und Farbe sind bedingt durch die jeweiligen Charakterzüge der einzelnen Völker.“<sup>199</sup>*

Was bedeutet dies konkret? Eine sinnvolle Deutung erscheint, dass der Arier eine Art „Uridee“ einer bestimmten Sache entwickelt, beispielsweise eines Hauses. Diese Idee wird von einzelnen Völkern aufgenommen und mit ihrer jeweili-

---

<sup>198</sup> „Aristokratie“. In: Brockhaus, Bd. 2: Anau-Ausv. 21. Auflage. Leipzig und Mannheim: F. A. Brockhaus, 2006, S. 395.

<sup>199</sup> Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 318.

gen Kultur vermengt. Ob die Deutschen hierbei eine Ausnahme bilden, bleibt offen. Letztlich hat unsere Kultur auch eine bestimmte Kultur bei der Gestaltung des Hauses hervorgebracht, zum Beispiel üppige Balkone, Lüftlmalerei, ausschweifenden Blumenschmuck an den Häusern oder penibel gepflegte Vorgärten. Ob diese kulturelle Ausgestaltung der arischen Uridee entspricht, erscheint fraglich.

Der Arier ist aber mehr als „nur“ der Kulturbegründer und Träger von Kultur, er ist die Krone der Schöpfung. Im Glauben an die gottgegebenen Fähigkeiten spricht Hitler vom „*Ebenbild des Herrn*“ und – sofern man gegen ihn vorgeht – von „*fluchwürdigsten Verbrechen*.“ Mehr noch: Wer die Hand gegen den Arier erhebt, frevelt am gütigen Schöpfer selbst.<sup>200</sup> Es findet dementsprechend eine Divinisierung<sup>201</sup> der Arier statt, und andere Menschen werden in der Hierarchie der Menschen stufenweise herabgesetzt

Auch Sklaverei wird von Hitler genehmigt und gutgeheißen. Diese Ungerechtigkeit begründet er damit, dass in Ermangelung technischer Hilfsmittel und ohne „*niedere Menschen*“<sup>202</sup> eine spätere Kultur nicht hätte entstehen können. Er sieht die unterjochten Menschen als „*Instrumente im Dienste einer werdenden Kultur*“.<sup>203</sup> Hier finden sich Ähnlichkeiten zum Denken von Friedrich Nietzsche (1844–1900). Dieser schreibt in dem Werk „Der griechische Staat“:

*„Damit es einen breiten, tiefen und ergiebigen Erdboden für eine Kunstentwicklung gebe, muß die ungeheure Mehrzahl im Dienste einer Minderzahl, über das Maß ihrer individuellen Bedürftigkeit hinaus, der Lebensnot sklavisch unterworfen sein. Auf ihre Unkosten, durch ihre Mehrarbeit soll jene bevorzugte Klasse dem Existenz-*

---

<sup>200</sup> Ebd., S. 421.

<sup>201</sup> Vgl. Bärsch, Claus-Ekkehard: Die politische Religion des Nationalsozialismus. München: Wilhelm Fink Verlag, 1998, S. 306ff.

<sup>202</sup> Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 322.

<sup>203</sup> Ebd., S. 324.

*kämpfe entrückt werden, um nun eine neue Welt des Bedürfnisses zu erzeugen und zu befriedigen.*<sup>204</sup>

Der essentielle Unterschied in den beiden Vorstellungen ist, dass bei Hitler ein biologisch-religiös motivierter Rassismus die Grundlage für die Sklaverei bildet. Für Hitler sind die nicht arischen Völker der Versklavung bzw. im Falle der Juden dem Tod preisgegeben. Nietzsche ist hinsichtlich der rassistischen Frage anderer Ansicht als Hitler. Für den Philosophen ist die Frage, wer Sklave ist, nicht biologisch begründet, sondern beruht auf einer gewissen Geisteshaltung gegenüber der Kunst und Kultur. Es sollen schlichtweg die „einfachen Gemüter“ die Arbeit verrichten, die ihrem Naturell entspricht. Dann kann sich eine kulturelle Elite auf geistige und künstlerische Betätigung konzentrieren. In „Menschliches, Allzumenschliches“ spricht Nietzsche von zwei Kasten. So gibt es für den Non-Egalitaristen die Kaste der Zwangs-Arbeit und die Kaste der Frei-Arbeit.<sup>205</sup> Die Kaste der Zwangs-Arbeit verrichtet die alltägliche Arbeit und die Kaste der Frei-Arbeit bringt kulturelle Höchstleistungen hervor (auf diese Frage wurde in Kapitel 3.2.1 bereits detailliert eingegangen).

Auch hinsichtlich der Juden und ihrer Beteiligung am gesellschaftlich-sozialen Leben ist Nietzsche anderer Meinung als Hitler. Für ihn sind die Juden bei der *„Erzeugung einer möglichst kräftigen europäischen Mischrasse brauchbar und erwünscht.“*<sup>206</sup> Für ihn haben die Juden einen bedeutenden Beitrag für die europäische Kultur geleistet und sind ein wichtiger Teil der europäischen Identität.

*„In den dunkelsten Zeiten des Mittelalters, als sich die asiatische Wolkenschicht schwer über Europa gelagert hatte, waren es jüdische Freidenker, Gelehrte und Ärzte, welche das Banner der Aufklärung*

---

<sup>204</sup> Nietzsche: „Fünf Vorreden zu ungeschriebenen Büchern. Der griechische Staat“, a. a. O., S. 767.

<sup>205</sup> Nietzsche: „Menschliches Allzumenschliches“, Band Eins, a. a. O., Aphorismus Nr. 439, S. 286.

<sup>206</sup> Ebd., Aphorismus Nr. 475, S. 310.

*und der geistigen Unabhängigkeit unter dem härtesten persönlichen Zwange festhielten und Europa gegen Asien verteidigten.*<sup>207</sup>

Nietzsches Bestandsaufnahme ist geschichtlich korrekt. Herausgegriffen seien zwei Persönlichkeiten, die seine These belegen: Joseph Süß-Oppenheimer (1698–1738) erschloss dem Herzog Karl Alexander in Württemberg (1684–1737) bedeutende Gelquellen (u. a. durch den Verkauf von Handelsrechten) und finanzierte so dessen militärische Handlungen im Rahmen des polnischen Erbfolgekrieges. Moses Mendelssohn (1729–1786) war ein bedeutender Philosoph der jüdischen Aufklärung; ihm setzte Gotthold Ephraim Lessing in seinem Werk „Nathan der Weise“ ein Denkmal.

### 6.1.3 Kulturtragende Völker

Zurück zu Hitler: Die zweite Rangstufe im Verhältnis der Völker sind sogenannte kulturenerhaltende bzw. kulturtragende Völker. Dies sind für den Rassisten Hitler Völker, die seiner Meinung nach keine eigene Kultur erschaffen, sondern nur einen Status quo erhalten können. Die erstmalige Erschaffung von Kultur geschieht bei diesen Völkern, indem sie durch arische Völker unterworfen bzw. stark beeinflusst werden und so in den Genuss von Kultur kommen.<sup>208</sup> Mit der Zeit durchmischen sich die Eroberer mit dem unterworfenen „niederen“ Volk, was zwangsläufig eine genetische Veränderung zur Folge hat. Für Hitler „erstarren“ diese Kulturen und bringen keine weiteren kulturellen Leistungen hervor.<sup>209</sup> Die Nacht des kulturellen Lebens ist in diesen Gemeinschaften „*milde aufgehell*“.<sup>210</sup>

---

<sup>207</sup> Ebd.

<sup>208</sup> Bemerkenswert ist, dass Hitler den Zusatz macht, dass die Arier häufig in der Minderzahl seien. Dies ist relevant für die Hybris der NS-Führung im Zuge des Russlandfeldzuges, die riesige Sowjetunion unterwerfen zu können.

<sup>209</sup> Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 320.

<sup>210</sup> Ebd., S. 320.

Vom quantitativen Verhältnis her sind die meisten Völker „kulturtragende“. Hitler schreibt: „*Die Prüfung der einzelnen Völker ergibt [...], dass es sich fast durchweg [...] um kulturtragende handelt.*“<sup>211</sup> Als Beispiel nennt er die Asiaten und im Speziellen den Verbündeten des Deutschen Reichs, das Kaiserreich Japan. Hitler ist der Überzeugung, dass, sofern ein weiterer Einfluss Europas und Amerikas auf Japan ausbleibe, die japanische Kultur wieder in eine Art „Starre“ verfallende und weiterer Fortschritt nicht stattfindet.<sup>212</sup>

Betrachtet man diese grundlegende Ansicht gegenüber dem Verbündeten, so ist klar, dass der Bund zwischen Deutschland und dem Kaiserreich Japan von deutscher Seite aus eine reine Zweckgemeinschaft war. Durch die Bindung amerikanischer und russischer Kräfte im Pazifik hatte das japanische Kaiserreich eine zweckdienliche Bedeutung für die NS-Diktatur. Der Dreimächtepakt hatte für die deutsche Wehrmacht und die politische Führung rein militärische Gründe und war keinesfalls ein Pakt „inter pares“, sondern eine asymmetrische Beziehung. Die Japaner wurden von der nationalsozialistischen Führung, im speziellen Hitler, mitnichten als gleichwertige Partner angesehen. Zu spekulieren ist daher auch, ob Hitler nach dem „Endsieg“ ein starkes Japan im (ost-)asiatischen Raum dauerhaft geduldet hätte.

#### 6.1.4 Kulturzerstörende Völker

Eines der am häufigsten vorkommenden Wörter in den 781 Seiten von „Mein Kampf“ ist „Juden“. Hitler ist besessen von einer Aversion gegen die Juden. Von sich selbst sagt er, dass er „*vom schwächlichen Weltbürger zum fanatischen Antisemiten*“ geworden sei.<sup>213</sup> Den Grund hierfür sieht er in einer bei sich gewachsenen Überzeugung, dass die Juden zutiefst böse seien. Hitler gibt eine in mehrere Abschnitte untergliederte Geschichte des jüdischen Volkes, die jeder geschichtlichen und theologischen Verifikation widerspricht. So beginnt die

---

<sup>211</sup> Ebd., S. 319.

<sup>212</sup> Ebd., S. 318f.

<sup>213</sup> Ebd., S. 69.

Geschichte des „Juden“ für ihn mit dem Entstehen der ersten Siedlungen, wo plötzlich „der Jude“ auftaucht.<sup>214</sup> Man erkennt in dieser Passage, dass sich Hitler in keiner Weise mit der langen Geschichte der mosaischen Religion auseinandergesetzt hat – eine derartige Simplifikation im Sinne von „*plötzlich ist der Jude da*“ zeugt von wenig geschichtlichem Verständnis. Es folgt eine Reihe von Hasstiraden gegen diese Menschen, die letztlich in der Behauptung gipfeln, „der“ Jude sei eine „*Gottesgeißel*“<sup>215</sup> und ein „*Parasit*“<sup>216</sup>.

Die Überzeugung, dass die Juden (der Plural muss ungeachtet dessen, dass oft von „dem“ Juden die Rede ist, gebraucht werden, da Hitler keine Subjektivierung bzw. individuelle Betrachtung beim Juden kennt<sup>217</sup>) großen Schaden über – im Nazijargon gesprochen – jedes „Wirtsvolk“ bringen, hat bei Hitler einen metaphysischen Ursprung. Er sieht den Juden als den „*gewaltigsten Gegensatz zum Arier*“.<sup>218</sup> Nachdem der Arier als „*Träger der Kultur*“, als „*Prometheus unter den Menschen*“<sup>219</sup> und sogar als „*Ebenbild des Herrn*“<sup>220</sup> charakterisiert wurde, sind die Juden im Umkehrschluss das genaue Gegenteil, sie sind durchweg böse, sie sind Antichristen, mit Hitlers Worten: „*sie sind wahre Teufel*“<sup>221</sup>. Da der Teufel per se böse ist, kann man gegen ihn nicht mit dem Anspruch der Gerechtigkeit angehen. Gerecht zu sein gegenüber dem schlichtweg Bösen ist für Hitler eine Unmöglichkeit.

---

<sup>214</sup> Ebd., S. 338.

<sup>215</sup> Ebd., S. 339.

<sup>216</sup> Ebd., S. 334.

<sup>217</sup> Beim sogenannten Arier im Übrigen auch nicht. Von den Nationalsozialisten wird vom Volk meist in der Mehrzahl gesprochen, dadurch verliert das Individuum an Bedeutung und die kollektive Volksseele wird der relevante Maßstab. Lediglich der Führer steht über dem Kollektiv. Vgl. dazu „**Ein** Volk, **ein** Reich, **ein** Führer.“ Wahlpropaganda zum „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich.

<sup>218</sup> Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 329.

<sup>219</sup> Ebd., S. 317.

<sup>220</sup> Ebd., S. 421.

<sup>221</sup> Ebd., S. 68, 340.



## 6.2 Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ bei Hitler

Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist der Meinung, dass es eine spezifische „soziale Gerechtigkeit“ gibt, die im Arier schlummert. Dieses im Prinzip nach Gleichheit aller Arier strebende Begehren wird vom Juden in der Hinsicht missbraucht, dass er den Arier gegenüber finanziell besser gestellten Menschen „aufhetzt“ und so die marxistische Lehre begründet. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass der Neidgedanke und der Umverteilungsgedanke schon im Arier begründet sein müssen, sonst wäre die so genannte jüdisch-marxistische Propaganda wirkungslos. Hitler erkennt prinzipiell an, dass es Klassenunterschiede gibt, die aber nicht zwangsläufig zum Hass innerhalb der Gesellschaft führen müssen. Erst durch das „Anstacheln“ zum Klassenkampf durch den Juden entladen sich soziale Spannungen. Wörtlich heißt es in „Mein Kampf“:

*„Das in jedem arischen Menschen irgendwie schlummernde Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit steigert er [der Jude; G. F.] in unendlich kluger Weise zum Hass gegen die vom Glück besser Bedachten und gibt dabei dem Kampfe um die Beseitigung sozialer Schäden ein ganz bestimmtes weltanschauungsgemäßes Gepräge. Er begründet die marxistische Lehre.“<sup>222</sup>*

Der Marxismus ist in Hitler Vorstellung also nur ein „trojanisches Pferd“, mittels dessen die Juden Zugang zum „deutschen Arbeiter“ erlangen. Sie schmeicheln sich bei diesem ein, gewinnen Vertrauen und versprechen eine Änderung der materiellen Gegebenheiten, und so kämpft der deutsche Arbeiter für die jüdische Sache.

*„Man lässt ihn scheinbar gegen das Kapital anrennen und kann ihn so am leichtesten gerade für dieses kämpfen lassen. Man schreit gegen das internationale Kapital an und meint in Wahrheit die nationale Wirtschaft. Diese soll demoliert werden, damit auf ihrem Lei-*

---

<sup>222</sup> Ebd., S. 350.

*chenfeld die internationale Börse [die in jüdischer Hand ist; Erg. G. F.] triumphieren kann.*<sup>223</sup>

Die linke Begründung, dass der Kampf der Arbeiterklasse ein Kampf für mehr Verteilungsgerechtigkeit ist, gilt für Hitler nicht. Es geht nicht darum, dass sich die Arbeiterschaft mehr Rechte erkämpft, sondern sie wird nur als Hilfsorgan des jüdischen Kapitalismus gesehen.

Der Name der NSDAP ist bewusst gewählt. Der Anspruch der Partei, eine sozialistische Arbeiterpartei zu sein, ist bereits im Parteinamen realisiert. Der große Unterschied zwischen dem internationalen Marxismus/Sozialismus und dem Nationalsozialismus liegt im Begriff der Nation. Der internationale Marxismus hat den Anspruch, alle Arbeiter der Welt zu vertreten.<sup>224</sup> Der Nationalsozialismus beansprucht im Gegensatz dazu nur die exklusive Vertretung einer bestimmten nationalen und vermeintlich rassistisch homogenen Arbeiterschaft. Dies ist insofern konsequent, als im aristokratisch-rassistischen Denken Hitlers nur bestimmte Völker zu kulturellen Höchstleistungen fähig sind.

Der internationale Marxismus wird von Hitler also nur als ein Instrument der jüdischen Weltverschwörung angesehen, um die Weltherrschaft zu erlangen. Dennoch gibt es Ähnlichkeiten in beiden Bewegungen: Der Anspruch, die scheinbar schwachen Arbeiter zu vertreten gegenüber den Besitzenden, das Verbot der Kinderarbeit, Sicherung und Schutz der Frau, Hebung der gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz sowie soziale Sicherung und ein angemessenes Gehalt finden sich in beiden Bewegungen. Hitler wirft dem Marxismus jedoch vor, mit seinen Forderungen zu weit zu gehen. Für ihn bedeuten die Ansprüche der Linken den Ruin einer gesunden Volkswirtschaft.<sup>225</sup> Hitler spielt hierbei vermutlich auf die marxistischen Forderungen einer Enteignung von Großindustriellen an, mit denen er sich selbst gut arrangierte. Daraus kann

---

<sup>223</sup> Ebd.

<sup>224</sup> Nicht umsonst heißt es im **internationalen** Arbeiterkampflied: „Wacht auf, Verdammte **dieser Erde**.“

<sup>225</sup> Ebd., S. 353.

man lesen, dass die klassische Verteilung in Besitzende und Nichtbesitzende von Hitler durchaus toleriert wird. Die NSDAP erhielt im Februar 1933 drei Millionen Reichsmark von der Großindustrie<sup>226</sup>, die sich damit wohl eine Versicherung dafür erkaufte, dass ihnen von den Nationalsozialisten keine „Enteignungsgefahr“ drohte.

Hitler betont mehrmals die Gefahr, die von einer durch jüdisch-marxistische Agitation aufgepeitschten Masse ausgeht. Dies brachte ihm Zuspruch bei der besitzenden Klasse. Zwischen den Zeilen klingt Verständnis für die breite Arbeiterschicht durch. Er möchte die Arbeiterschaft in einer gesamtdeutschen Bewegung integriert sehen und nicht als Fremdkörper im Gegensatz zur Bourgeoisie. In Hitlers Weltanschauung ist der Arbeiter, der marxistischen Ideen anhängt, kein falschdenkender Bösewicht, sondern ein Opfer der Verlockungen, die die Juden mithilfe des Marxismus verbreiten.<sup>227</sup>

### 6.3 Rosenbergs Vorstellungen

Alfred Rosenberg (1893–1946) war nach Hitler der „Chefideologe“<sup>228</sup> der NSDAP. Sein offizieller Titel war „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Somit war Rosenberg einer der wichtigsten geistigen Wegbereiter der NS-Ideologie und dementsprechend einer der einflussreichsten Männer der damaligen Zeit.

Seine Vorstellungen sind geprägt von einer außerordentlichen Bedeutung der sogenannten nordischen Rasse für die Welt. Die „Nordmensch“ sind innerhalb der menschlichen Gattung eine besondere Spezies und damit nicht vergleichbar mit anderen Rassen. Rosenberg ist der Meinung, dass das nordisch-

---

<sup>226</sup> Turner, Henry: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Berlin: Siedler Verlag, 1985, S. 395.

<sup>227</sup> Vgl. Hitler: Mein Kampf, a. a. O., S. 356.

<sup>228</sup> Piper, Ernst: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe. München: Blessing Verlag, 2005.

seelische Erbgut nicht nur gottähnlich sei, sondern gottgleich.<sup>229</sup> Rosenbergs Ziel ist es, eine Einheit aller Arier herbeizuführen.<sup>230</sup> Das Ergebnis dieser Vorstellung ist, dass andere Menschen automatisch herabgestuft werden. Eine Gottgleichheit beispielsweise von Schwarzafrikanern ist in der NS-Vorstellung Blasphemie. Dies bedeutet, dass den Menschen auch unterschiedliche Rechte zustehen und sie somit nicht gleich behandelt werden können. Dies hat konsequenterweise Auswirkungen auf die Rechts- und Gerechtigkeitsvorstellungen. Für Rosenberg ist es ein großer Fehler, dass die Juden gleichberechtigt neben die Deutschen gestellt wurden. Er sieht die Ursache darin in einem Charakterfehler der Germanen. Die Germanen sind ihm zufolge großzügig. Aufgrund dieser Großherzigkeit verkennen sie die Gefahren, die von den Juden ausgehen, und sind so selbst verantwortlich dafür, wenn *„der deutsche Volkskörper vergiftet wird.“*<sup>231</sup>

Die Idee einer menschlichen Rasse, die von Natur aus gleich ist und denen gleiche Rechte und Pflichten zukommen, ist Rosenberg fremd. Die Vorstellungen einer Weltgesellschaft und einer Demokratie, in der jeder Mensch gleiche Rechte hat, werden von Rosenberg als Irrglaube abgetan. So spricht er davon, dass die Demokratie dafür verantwortlich sei, dass das Rasse- und Volksbewusstsein ausgerottet würden. Die Nichtexklusivität und die politische Partizipation unterschiedlichster Rassen ist Rosenberg ein Gräuel.<sup>232</sup> Er äußert sich auch zur Sozialgesetzgebung und der damit verbundenen (sozialdemokratischen) Gerechtigkeitsvorstellung:

---

<sup>229</sup> Vgl. Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Erstes Buch, a. a. O., S. 246.

<sup>230</sup> Das gleiche Ziel verfolgte Hitler. Hierbei sei auf Hitlers Äußerungen zum Marxismus verwiesen. Er wollte die Volksgemeinschaft verwirklichen. In dieser sollten Geld und Standesunterschiede keine Rolle mehr spielen. Das Bewusstsein, zur gleichen „Rasse“ zu gehören, galt ihm als das einigende Band der NS-Gesellschaft. Bezeichnenderweise sprachen die Nationalsozialisten immer von „Gemeinschaft“, die einen engeren und exklusiveren Kreis als die oft heterogene Gesellschaft impliziert.

<sup>231</sup> Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Erstes Buch, a. a. O., S. 158.

<sup>232</sup> Ebd., S. 480.

*„Im Besitz aller Gewalt erließ nun zwar ‚der Staat‘ sogenannte soziale Gesetze, aber nicht im Namen der Volksehre, der Gerechtigkeit und Pflicht, sondern als Geschenk von oben, gleichsam aus der berühmten ‚christlichen‘ Liebe, Gnade, aus Mitleid und Barmherzigkeit heraus. Das war weder gut noch gerecht.“<sup>233</sup>*

Gnade, Mitleid und Barmherzigkeit sind Begriffe, die Rosenberg offensichtlich fremd sind. Konkrete Gesetze wie der Krankenversicherungsschutz, die Unfallversicherung oder die gesetzliche Rentenversicherung waren aber keine „milden Gaben“ des Staates, wie Rosenberg behauptet, sondern mussten in den 1890er Jahren von Bismarck auf Druck der Straße respektive der sich organisierenden Sozialdemokratie eingeführt werden.

Rosenberg will ein Volk der Stärke, welches sich selbst zum Kristallisationspunkt der Weltgeschichte erhebt und sich auch bewusst ist, dass es diesen Status hat. Klar ist auf jeden Fall, dass die Teilhabe an Gerechtigkeit an die Zugehörigkeit zum deutschen Volk gebunden sein soll. Wie es jedoch Deutschen ergeht, die aufgrund geistiger oder physischer Defizite nicht das Herrenideal erfüllen oder deren Arbeitskraft in einem Betrieb nicht gebraucht wird, darüber äußert sich der Schöpfer des „Mythus des 20. Jahrhunderts“ im gesamten Werk nicht.

#### **6.4 Goebbels Ansichten**

Die Schriften des Reichsministers für Propaganda und Gauleiters von Berlin Joseph Goebbels (1897–1945) sind klarer und präziser als die schwer lesbaren Werke von Alfred Rosenberg. Goebbels schreibt langen Sätzen und hängt weniger den etwas wirr anmutenden Ideen zum Verhältnis von Religion, Seele und Rasse an. Seine Aussagen und Worte sind deutlicher und auch für Nichtakademiker und Menschen, die sich nicht so eingehend mit dieser Materie befassen, begreifbar. Dies mag ein Grund sein, warum Hitler gerade ihn zum Propagandaminister machte. Die breite Masse konnte Goebbels Aussagen verstehen,

---

<sup>233</sup> Ebd., S. 563.

und er konnte die Mentalität der Proletarier besser gewinnen als der oft vergeistigt-kompliziert anmutende Rosenberg.

Über sich selbst sagte Goebbels, er sei deutscher Kommunist.<sup>234</sup> Auf den ersten Blick erscheint diese Aussage widersprüchlich, da doch gerade die Kommunisten von den Nazis verfolgt wurden. Aber im Zusammenhang auch mit Hitlers Äußerungen zum Marxismus finden sich, wie unter Punkt 6.2 erwähnt, deutliche Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus. Beide Ideologien gehen von der Arbeiterschaft als Träger der Wirtschaft aus und sind der Überzeugung, dass eine Gesellschaftsordnung, die Reichtum und materielle Werte von wenigen Begünstigten auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit aufbaut, nicht erstrebenswert ist. Die Ausbeuter der Arbeiterschaft sind aber im Nationalsozialismus andere als im Kommunismus: So geht der Nationalsozialismus von der Idee aus, dass ausbeuterische Akte vom Juden ausgehen. Die Kommunisten sind der Ansicht, dass der Geldadel die Menschen unterdrückt. Über das Gold schreibt Goebbels, dass es die Kraft des Bösen sei und der Jude sein Trabant.<sup>235</sup> Goebbels arbeitet hier mit bekannten antisemitischen Vorurteilen. Genauso wie Hitler lebte er in relativer Armut und sah, wie bekannte jüdische Geschäftsleute reich wurden – so zum Beispiel die Bankiers Oppenheim oder der Kaufhaushändler Hermann Tietz (Hertie). Dieser Missgunstgedanke in Verbindung mit rassistischen Vorstellungen und dem Streben nach Erlösung nach dem Tod des Feindes lässt in Goebbels den Hass auf den vermeintlichen Feind wachsen. Der Wunsch nach Sieg und Heil hilft Goebbels beim Lösen seiner irdischen Probleme. Eine ausgeprägte Sehnsucht nach Erlösung in einer nahezu romantischen Art zieht sich durch seine gesamten Schriften. Wie Hitler ist auch er überzeugt, dass der Jude das abgrundtief Böse personifiziert. Von diesem muss die Welt befreit werden. Wie Hitler schreibt auch Goebbels über den Juden, dieser sei der Antichrist und wü-

---

<sup>234</sup> Goebbels, Joseph: Erinnerungsblätter. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. v. Elke Fröhlich. München/New York/Paris 1987, S. 26f.

<sup>235</sup> Goebbels, Joseph. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. v. Elke Fröhlich. München/New York/Paris 1987, Eintrag vom 6.8.1924.

te mit satanischer Grausamkeit.<sup>236</sup> Der Jude ist für ihn die Inkarnation des Bösen.

Zwischen Nationalsozialismus und linkem Sozialismus/Kommunismus sieht er, genauso wie sein verehrter Führer, zwei entscheidende Unterschiede: Erstens lehnt der Nationalsozialismus den internationalen Sozialismus ab. Für den Rassisten Goebbels kann der Arbeiter aus Afrika nicht die gleichen Rechte haben wie ein Arbeiter aus dem Berchtesgadener Land. Zweitens ist die Radikalität der nationalsozialistischen Bewegung eine andere. Die entscheidenden Nazis (auf die linksorientierten Gebrüder Strasser wird in dieser Arbeit nicht eingegangen) stehen einer Enteignung von führenden Industriearbeitern ablehnend gegenüber. Arbeiterrechte sollen gemeinsam mit den Arbeitgebern realisiert werden und beide Seiten sich bewusst sein, dass sie der gleichen Rasse angehören und im Dienste eines größeren Ganzen stehen –im Dienste des Deutschen Reichs und seines Strebens nach Weltruhm. Eine klassenlose Gesellschaft soll nicht durch Enteignungen und das Ende von Privateigentum realisiert werden, sondern durch das Bewusstsein, zu einer auserwählten Rasse zu gehören.

Um das kommende Reich zu realisieren, muss aber, so Goebbels, erst eine Selbstüberwindung einsetzen. Dann kann etwas Neues aus dem Morschen entstehen. In der Destabilisierung des Staates und dem wachsenden Unmut der Massen sah Goebbels eine Chance, der NSDAP zur Macht zu verhelfen. So schreibt er: „*Ja, das Chaos muss kommen, wenn es besser werden soll.*“<sup>237</sup> Ein Blick in die Statistik belegt Goebbels Wunsch. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wuchs der Stimmenanteil der NSDAP. Für die Jahre 1928–1933 ergibt sich ein nahezu paralleler Verlauf der Zahlen.<sup>238</sup> In der unten stehenden Tabelle ist jedoch nicht angeführt, dass die NSDAP im November 1932 Stimmenverluste hinnehmen musste. So sank ihr Anteil im Vergleich zum Sommer von

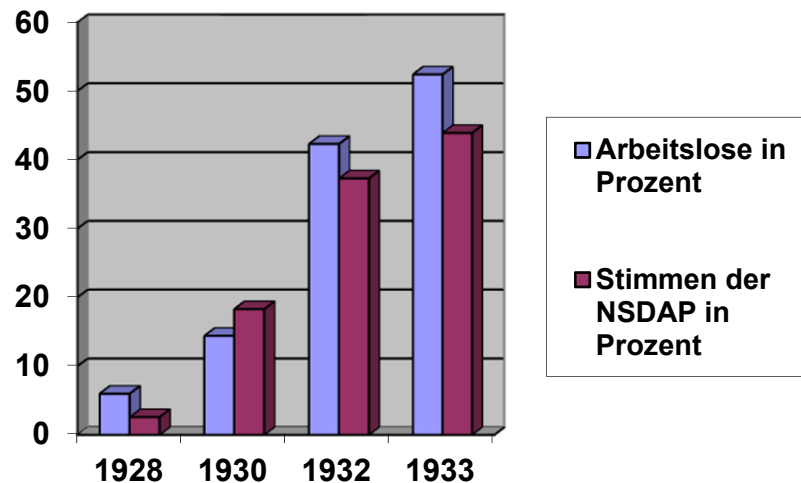
---

<sup>236</sup> Ebd., Eintrag vom 29.6.1926.

<sup>237</sup> Goebbels: Erinnerungsblätter. Die Tagebücher von Joseph Goebbels Sämtliche Fragmente, a. a. O., S. 26f.

<sup>238</sup> Falter, Jürgen: Hitlers Wähler. München: C. H. Beck Verlag, 1991, S. 294.

37,3 Prozent auf 33,1 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging die Arbeitslosenquote von 42,3 Prozent auf 39,6 Prozent zurück. 1933 stieg die Quote jedoch wieder auf über 50 Prozent, was wiederum der NSDAP weiteren Zuwachs und letztlich die Regierungsübernahme einbrachte.



(Graphische Darstellung nach: Falter, Jürgen: Hitlers Wähler. München: C.H.Beck Verlag, 1991, S.294.)

Wie der Stratege Goebbels richtig erkannt hatte, spielten die Zeitumstände im Wahlverhalten der Menschen eine große Rolle. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten neigten viele Menschen offenbar dazu, scheinbar einfache Lösungen zu wählen. Diese Zeiten begünstigten zu Beginn der 1930er Jahre den Erfolg der nationalsozialistischen Partei.

## 6.5 Konsequenz aus der grundlegenden Ungleichheit der Menschen

Klar ist, dass die hehren Worte der französischen Revolution von 1789 – *Liberté, Egalité, Fraternité* – bei den Nationalsozialisten auf Ablehnung und Unverständnis gestoßen sind. In einer Welt, die geprägt ist von der Vorstellung, dass alles Leben auf Kampf beruht, dass nur die Stärksten überleben und sich das eigene Volk in einer ständigen Gefahr befindet, kann es keine Gleichbehandlung der vermeintlichen Feinde geben. Man kann die nationalsozialistische



Weltanschauung durchaus als permanenten latenten Kriegszustand charakterisieren. Nie können sich die Arier ihres Lebens sicher sein, da sie unablässig von feindlichen Völkern – sowie von Feinden im Inneren – attackiert werden. Die NS-Ideologie ist eine Vorstellung des ewigen Kampfes. In einer paranoiden Perversion werden alle „Schädlinge“ als unwert angesehen, denen keine Gerechtigkeit zuteilwerden dürfe. Der Grundsatz „Alle sind vor dem Gesetz gleich“ kann von den Nationalsozialisten gegenüber den Juden nicht angewendet werden, da die Juden Teufel sind. Luzifer ist qua Natur böse, begeht permanent Schandtaten und will dem Menschen schaden. Dafür muss er bestraft und zur Verhinderung weiterer Verbrechen präventiv ausgelöscht werden. Dementsprechend schreibt Hitler: *„Die Nationalisierung unserer Masse wird nur gelingen, wenn ihre internationalen Vergifter ausgerottet werden.“*<sup>239</sup> Auch Goebbels bekräftigt im Jahre 1942, dass Hitler sich für eine endgültige Lösung einsetzt. Dementsprechend schreibt er über den „Führer“, dass er *„der Vorkämpfer und Wortführer einer radikalen und barbarischen Lösung ist.“*<sup>240</sup> Die grausam konkretisierte Konsequenz dieser Worte besucht jede Schulklasse im Geschichtsunterricht.

---

<sup>239</sup> Ebd., S. 372. Dies sollte auch als eindeutiges Indiz gewertet werden, dass Hitler von Anfang an entschlossen war, die von ihm als Feinde angesehenen Menschen zu vernichten. Diskussionen, ob der Holocaust eine ungeplante Entwicklung war und ursprünglich andere Pläne wie die Abschiebung nach Madagaskar oder ins Generalgouvernement Vorrang hatten, erscheinen müßig angesichts dieser klaren Worte. Wie sagte schon Heinrich Heine: „Der Gedanke geht der Tat voraus, wie der Blitz dem Donner“. Bei allen Ideologen müssen Worte für wahr gesetzt werden. Dementsprechend sollten auch die Aussagen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, er wolle Israel von der Landkarte tilgen, nicht als bloße Phrasen angesehen werden. Vgl. hierzu: Spiegel online vom 26.10.2005: Irans Präsident will Israel von der Landkarte tilgen. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,381752,00.html> [Stand: 19.8.2009].

<sup>240</sup> Goebbels, Joseph: Aus den Tagebüchern 1942–1943. Hrsg. v. Louis P. Lochner. Zürich 1948, Eintrag vom 14.2.1942.

## 6.6 Recht unter dem Hakenkreuz

### 6.6.1 Juristen als Helfer des Bösen

Ein wesentlicher Grundsatz der bundesdeutschen Verfassung ist „*ius respicit aequitatem*.“<sup>241</sup> Nach der Würde des Menschen in Art. 1 GG und dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in Art. 2 GG nennt die deutsche Verfassung in Art. 3 klar, dass *alle* Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Diese Reihenfolge ist mit Sicherheit bewusst gewählt. In Abgrenzung zur Weimarer Reichsverfassung von 1919, die die Grundrechte erst nach dem organisatorischen Teil anführt, wird in der Verfassung von 1949 gleich zu Beginn des Textes auf die individuellen Rechte Bezug genommen. Die Weimarer Verfassung war nämlich nicht in der Lage gewesen, elementare Menschenrechte ausreichend zu schützen.

Wie kam es, dass sich die Juristen der dritten Gewalt im Staat zu willfährigen Helfern eines diktatorischen Systems entwickelten? Die Wächter über Recht und Gerechtigkeit ließen sich ohne nennenswerten Widerspruch in das System einbinden. Mit Sicherheit waren nicht alle Staatsanwälte, Richter und Anwälte Nazis, aber die Schnelligkeit, mit der die funktionierende Justiz eines entwickelten Staates zu einem verlängerten Arm der Machthaber wurde, erschreckt. Die Justiz trug entscheidend zur Stabilisierung des NS-Regimes bei. Eine zumindest partielle Einschränkung der Mächtigen – wie sie die bundesdeutschen Gerichte häufig praktizieren – gab es nicht. Einerseits waren die Justizbediensteten selbst der Gefahr von Repressionen ausgesetzt, andererseits bestand die Justiz in großem Maße aus konservativen Kreisen, die mit den Nazis teilweise sympathisierten. Am Leipziger Juristentag 1933 bekannten sich 20.000 Rechtsgelehrte euphorisch zu den neuen Machthabern.<sup>242</sup> Carl Schmitt legitimierte 1934 den NS-Geist in der Justiz:

---

<sup>241</sup> Das Recht respektiert die Gleichheit (der Menschen).

<sup>242</sup> Schröder, Rainer: „Zivilrechtspraxis im Nationalsozialismus“. In: Arntz, Joachim/Haferkamp, Hans-Peter/Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg: LIT Verlag, 2006, S. 65.

*„Das gesamte heutige deutsche Recht [...] muss ausschließlich und allein vom Geist des Nationalsozialismus beherrscht sein. Jede Auslegung muss eine Auslegung im nationalsozialistischen Sinne sein.“*<sup>243</sup>

Die neu an die Gerichte kommenden Juristen waren durch die Universitäten ohnehin mit der nationalsozialistischen Ideologie vertraut und entsprechend indoktriniert. Dennoch ist der These von Bernd Rütters zu widersprechen, dass Juristen „Systemfunktionäre im Dienst der jeweiligen Herrschaftsordnung“<sup>244</sup> gewesen seien. Richter und Staatsanwälte sind Beamte und nicht einem bestimmten System verpflichtet, sondern den vom Gesetzgeber erlassenen Regeln. Innerhalb dieser Gesetze haben sie einen großen Handlungsspielraum bei der Auslegung der Gesetze und bei der Bemessung von Strafen. Juristen sind keine klassischen Funktionäre wie Parteikader, sondern agieren unter normalen und auch außergewöhnlichen Umständen relativ frei. Mit Blick auf die NS-Diktatur muss man allerdings zugeben, dass allzu milde Urteile das berufliche Fortkommen möglicherweise behindert hätten.

Seit 1933 nahmen Todesurteile überproportional zu. In den zwölf Jahren der Nazierrschaft verhängten deutsche Gerichte ca. 40.000 Todesurteile.<sup>245</sup> Zum Vergleich: In den Vereinigten Staaten von Amerika wurden seit der Wiedereinführung der Todesstrafe seit dem Jahr 1976 bis zum ersten September 2009 (als in einem Zeitraum von 36 Jahren) 1.173 Todesurteile verhängt.<sup>246</sup> Die hohe Rate an Todesurteilen während der Nazizeit ist mit Sicherheit zu einem Teil dem negativen Verlauf des Krieges geschuldet. Standgerichte bestraften Deser-

---

<sup>243</sup> Schmitt, Carl: „Nationalsozialismus und Rechtsstaat“. In: Juristische Wochenschrift. Organ des Deutschen Anwaltsvereins Körperschaft. Leipzig: Moeser Verlag, 1934, S. 713ff.

<sup>244</sup> Rütters, Bernd: „Umgestaltung von Rechtsordnungen“. In: Arntz, Joachim/Haferkamp, Hans-Peter/Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg: LIT Verlag, 2006; S. 37.

<sup>245</sup> Thamer, Hans-Ulrich: „NS-Justiz und Täterforschung“. In: Arntz, Joachim/Haferkamp, Hans-Peter/Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg: LIT Verlag, 2006, S. 15.

<sup>246</sup> Staatsanwaltschaft Clark County Indiana: U.S. Executions since 1976. URL: <http://www.clarkprosecutor.org/html/death/usexecute.htm> [Stand: 2.9.2009].

tieren extrem hart, zum anderen spricht eine gewisse Grundüberzeugung und Politisierung der Justiz aus den oft unverhältnismäßig harten Urteilen, der zufolge der Verrat am Vaterland mit harter Hand geahndet werden musste, auch wenn weniger brutale Mittel zur Verfügung gestanden wären.

Ein Beispiel für die weitgehende nazistische Durchsetzung der Juristenschaft gibt ein Grundsatzurteil eines süd-westdeutschen Oberlandesgerichts zur Rassenmischehe. Bereits vor dem offiziellen Erlass der Nürnberger Gesetze urteilte das OLG Karlsruhe als Zivilgericht in einer Weise, wie es auch aus dem Mund von Hitler hätte kommen können:

*„Man hat heute erkannt, dass die jüdische Rasse hinsichtlich des Blutes, des Charakters, der Persönlichkeit und der Lebensauffassung etwas ganz anderes ist als die arische Rasse, und dass eine Verbindung und Paarung mit einem Angehörigen der arischen Rasse nicht nur nicht wünschenswert ist, sondern verderblich, unnatürlich und widernatürlich, weil sie den Arier als einzelnen, namentlich aber auch in seiner Eigenschaft als Volksgenossen in die Gefahr bringt, seiner Rasse und seinem Volkstum fremd zu werden und darüber hinaus artfremde Kinder zu erzeugen.“<sup>247</sup>*

Derartige Urteile erschütterten das Vertrauen in die deutsche Justiz grundlegend. So ist es verständlich, dass viele jüdische Mitbürger den Gang vor Gericht gegen ihre Entrechtung als sinnlos ansahen. Recht ohne Ansehen der Person und Gerechtigkeit konnten die Verfolgten auch vor Gericht nicht erwarten.

### **6.6.2 Nürnberger Gesetze – Recht ohne Gerechtigkeit**

Den wohl schwersten (formal legal zustande gekommenen) Verstoß gegen die Gleichheit der Menschen stellen die Nürnberger Rassegesetze (Reichsbürger-

---

<sup>247</sup> Schiller, Christof: Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich. Berlin: Duncker & Humblot, 1997, S. 330.

gesetz und Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre) dar. Diese Gesetze wurden auf dem Reichsparteitag 1935 in Nürnberg ausgearbeitet und vom eigens zu diesem Zweck nach Nürnberg angereisten Reichstag beschlossen. Sie waren der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Niederträchtigkeiten gegen jüdische Mitbürger. Weitere rechtliche Einschränkungen brachten die sogenannte Reichsfluchtsteuer, die bei der Emigration von jüdischen Auswanderern fällig wurde, welche der eigentlichen Intention entgegenwirkte, die Juden zum Verlassen Deutschlands zu drängen, oder die Judenvermögensabgabe nach den Novemberpogromen 1938, der zufolge Juden pauschal 20 Prozent ihres Vermögens abgeben sollten.

Bestandteile der Nürnberger Gesetze waren unter anderem das Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden sowie das Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen ihnen. Diese „Rassenschande“ wurde mit Gefängnis bestraft. Im Reichsbürgergesetz wurde festgeschrieben, unter welchen Voraussetzungen ein Mensch Jude war (Personen mit mindestens drei jüdischen Großeltern galten als „Volljude“, zudem gab es weitere entsprechende Abstufungen). Im Gesetz wurde ferner festgelegt, dass Juden kein öffentliches Amt mehr bekleiden durften, und das Wahlrecht wurde ihnen aberkannt. 1938 wurde jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten die Zulassung entzogen und die Staatsangehörigkeit aberkannt, wenn sie ihren Wohnsitz im Ausland nahmen. Mit der Deportation verloren Juden endgültig die Staatsangehörigkeit, und ihr gesamtes Eigentum ging an den Staat über.

In den Nürnberger Gesetzen manifestierten sich die Vorstellungen Hitlers und wurden zu formal korrekten Gesetzen. Ein Unrechtsbewusstsein davon, dass Menschen nur aufgrund ihrer – häufig gar nicht gelebten – Religion fundamental diskriminiert wurden, war in weiten Kreisen der damaligen Gesellschaft nicht vorhanden. Die führenden Nationalsozialisten waren von ihrer Vorstellung, dass Gerechtigkeit nur hergestellt werden könne, wenn diejenigen, die für die Ungerechtigkeit verantwortlich seien – also die Juden –, bestraft würden, völlig überzeugt. Die Nürnberger Gesetze waren in der Vorstellung der Nazis quasi Vergeltungsmaßnahmen für das Unrecht, welches das jüdische Volk dem deutschen Volk über Jahrtausende angetan haben soll. Hier findet sich das Motiv

der Kollektivschuld wieder. Auch wenn der einzelne Jude nichts getan hatte, besaß er aufgrund seiner Zugehörigkeit zum jüdischen Glauben das Potential, etwas Böses zu tun. Um dies zu verhindern und seinen Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft“ zu zementieren, wurden präventive Maßnahmen gebilligt und beschlossen.

Noch schlimmer war, dass diese an sich bereits menschenunwürdigen Maßnahmen der NS-Führung nicht ausreichend zu sein schienen. Die systematische Entrechtung war ein erster Schritt, aber die „Endlösung“ – also die totale Vernichtung jüdischen Lebens – das eigentlich angestrebte Ziel. Durch die Einzelmaßnahmen wurden die Juden sozusagen entmenschlicht, und auch das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung, die ja mitnichten alle fanatische Nazis waren, wurde zerstört. Die Entrechtung bereitete insofern extreme Maßnahmen wie die Verschleppung in Konzentrationslager vor.

## **6.7 Zusammenfassung der NS-Gerechtigkeitsvorstellung**

Das wesentlichste Element der nationalsozialistischen Gerechtigkeitsvorstellung ist die fundamentale Ungleichheit der Menschen. Basierend auf dieser Grundlage werden alle Gesetze gemacht und somit eine Zweiklassengesellschaft aufgebaut. Auf der einen Seite stehen die (systemkonformen) Arier, auf der anderen die Juden sowie Schwarze, Asiaten und andere Nichtarier. Jeder, der sich nicht in diese Welt einfügen will und den Führungsanspruch der NSDAP nicht akzeptiert, wird als Feind des deutschen Volkes diffamiert und hat rechtliche Konsequenzen zu ertragen. Man kann von radikalstem Non-Egalitarismus sprechen.

Das von den Nationalsozialisten angestrebte gesellschaftliche Ideal ist eine homogene Volksgemeinschaft, die durchaus Einkommensunterschiede hat. Es ist also keine ergebnisgleiche Gesellschaft wie in linken Utopien, sondern eine rassistisch gleiche Gesellschaft. Die Zugehörigkeit zum gleichen Blut ist das einigende Band der „Gemeinschaft“, all ihre Schichten sollen sich in dieser „deutschen Volkspartei“ repräsentiert fühlen.

Das eigentliche Problem in der Auseinandersetzung mit der NS-Herrschaft ist ihre Unberechenbarkeit. Unter der Prämisse, dass das Überleben des Kollektivkörpers, also des Gesamtvolkes, erforderlich sei, hat der einzelne Mensch keine Rechtssicherheit. In einer Diktatur gibt es keine Gewalt, die sich dem Willen der Machthaber entgegenstellen und gegebenenfalls Unrecht verhindern kann. Der Wille des Führers ist Gesetz. Je nachdem, wie seine Meinung ist, werden sich die Gesetze ändern. Keine Opposition, kein Gericht, kein Reichstag, kein Reichsrat, keine freie Presse können ihn in seiner Willkür stoppen. Ähnlich wie es zu Gottes Schöpfung, auf die sich Hitler immer wieder beruft, keinen Widerspruch gibt, gibt es zum Willen des unfehlbaren Diktators keinen Widerspruch. Eine logische, stringente Argumentationskette zur Begründung ihrer Untaten bleiben die NS-Führer dabei schuldig.

## **7 Gerechtigkeitsvorstellungen in den deutschen Parteien nach dem 2. Weltkrieg**

Nach diesem Exkurs in die Vergangenheit, der gezeigt hat, wozu der Glaube an radikale Ungleichheit der Menschen führen kann, sollen wieder die Parteien beleuchtet werden, die das Leben der Menschen in der Gegenwart bestimmen.

Jedes verteilte Gut muss erwirtschaftet werden, und im Gegensatz zu einer intakten Natur und einem strahlenden Sonnenschein stehen materielle Güter nicht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung. Aufgrund unterschiedlicher Faktoren besitzt der eine mehr, der andere weniger. Dieses Missverhältnis ist seit jeher Gegenstand politischer Debatten und wird es wohl langfristig auch bleiben. Nach den grundlegenden Kämpfen um die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichheit von Mann und Frau, die Gleichheit zwischen den Menschen und die Frage nach einem korrekten Umgang mit der Natur ist die aktuellste gesellschaftliche Frage, wie sich die Bürger materiell zueinander positionieren sollen. Diese Debatte ist eine der ältesten, aber sie ist im Gegensatz zu den genannten noch lange nicht beendet, und es lässt sich nicht absehen, dass sie jemals einen endgültigen Abschluss finden wird.

Mit dem Kommunismus und Sozialismus schien eine Form der menschlichen Existenz gefunden, die die soziale Frage dauerhaft zu beantworten versprach. Aber das Experiment scheiterte und hinterließ eine Gesellschaft, die sich genau ins Gegenteil kehrte: Im heutigen Russland sind die sozialen Gegensätze eklatanter als jemals zuvor. Entsprechend bricht die Debatte wieder auf und verlangt nach einer Antwort, die möglicherweise in einem Kompromiss zwischen den Extremen liegt. Diese Debatte um Egalitarismus und soziale Gerechtigkeit ist nicht nur eine akademische Disziplin im berühmten Elfenbeinturm, sondern hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Bürgern. Es handelt sich um die grundlegende Entscheidung, in welcher Gesellschaft die Menschen leben möchten. Soll der Staat ein Vorsorgestaat sein, der ein möglichst umfassendes soziales Netz aufspannt, oder soll der Bürger selbst mehr in



die Verantwortung genommen und zur Eigenvorsorge gezwungen werden? Diese Frage ist Gegenstand langer und schwieriger programmatischer Debatten der deutschen Parteien.

Parteien bündeln gleichlautende Interessen ihrer Mitglieder. Ihre Programmatik ist also Ausfluss einer Einstellung von Personen, die sich in ihrem Denken und ihren Sichtweisen in einem gewissen Grade ähneln. In einer Partei finden sich politische Menschen wieder, die eine Vielzahl unterschiedlicher Schwerpunkte als gewichtig erachten, welche sich im Regierungshandeln widerspiegeln sollen. Parteiprogramme sollen aber zugleich integrieren und Wähler ansprechen. Sie sind die unbedingt zu lesende Gebrauchsanleitung für den politisch interessierten Wähler, während die Politiker das Aushängeschild sind. Parteien sind gesellschaftlichen Wandlungen unterworfen und heterogene Gruppierungen, die trotz dieser Heterogenität in persönlicher wie struktureller Hinsicht durch eine Grundidee von der Gesellschaft zusammengehalten werden. Obwohl sie selbst aufgrund ihrer inneren Struktur vielfältige Interessen unter einen Hut bringen müssen, erheben die Parteien den Anspruch, für die Gesamtbevölkerung zu sprechen, und versuchen, die Mehrheit der Wähler für sich bzw. die Idee, die den Wettbewerb innerhalb der jeweiligen Partei gewonnen hat, zu gewinnen. Dabei sind die Programme der Parteien im Laufe der Zeit einem Wandel unterworfen. So war beispielsweise die SPD bis zum Bad Godesberger Programm deutlich weiter links positioniert als danach – das neue Parteiprogramm der SPD von 1959 war eine Richtungsentscheidung für die soziale Marktwirtschaft. Darauf wird im Folgenden noch ausführlich einzugehen sein.

Die von der Bertelsmann Stiftung durchgeführte Parlamentarierbefragung hat ein erstes aussagekräftiges Bild der Stimmungslage im Parlament geliefert. Aber die Parlamentarier bilden immer nur einen Ausschnitt der Parteimeinung und sind gemäß Art. 38 GG in ihren Entscheidungen unabhängig und prinzipiell nur ihrem Gewissen unterworfen, auch wenn die tatsächlichen Fraktionszwänge den Spielraum deutlich einengen. Wahlentscheidend für die Wähler sind die Parteiprogramme, die in langen Prozessen von Parteitagen, Landes- und Bundesfachausschüssen sowie diversen Delegiertentreffen erörtert und dann beschlossen werden. Dabei kommt gerade sozialen Themen eine besondere Be-

deutung zu, da sie direkten Einfluss auf das gemeinschaftliche Zusammenleben haben. Beispielsweise setzte die CDU/CSU unter Angela Merkel im Wahlkampf 2005 vor allem auf Steuersenkungen und eine Reform der sozialen Sicherung. Vielfach wurde ihr daraufhin vorgeworfen, im Wahlprogramm die sozial Schwachen, die nicht steuerpflichtig sind, außen vor zu lassen.

Die in den Parteiprogrammen geronnenen grundlegenden Sichtweisen, der in ihnen zum Ausdruck gebrachte gesellschaftliche Gestaltungswille sind also auch gerade für unsere Frage von Bedeutung. Entsprechend werden im Folgenden die deutschen Parteien untersucht. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob die Parteien eher dem Egalitarismus oder dem Non-Egalitarismus zugerechnet werden können. Es wird nur auf die im Jahr 2011 im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien eingegangen, da kleinere Gruppierungen von ihrer Programmatik zwar durchaus interessant und erörterungswürdig sind, aber aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz und ihrem Einfluss doch eher vernachlässigbar erscheinen.

## **7.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Die SPD ist neben der CDU/CSU eine sogenannte Volkspartei<sup>248</sup>. Aufgrund ihrer Größe umfasst sie ein weiteres Wählerspektrum als kleine Parteien. Dadurch tendiert die Programmatik dazu, Kompromisse zu finden, während kleinere Parteien spezifische Forderungen formulieren können. Nichtsdestoweniger gibt es, wie auch Norberto Bobbio gezeigt hat, immer noch den klaren Gegensatz zwischen rechts und links, und die SPD lässt sich auf der von ihm entwickelten Skala ganz klar dem linken Spektrum zuordnen. Im Folgenden soll nun die Programmatik der Partei und insbesondere ihr Verhältnis zur sowie ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit beleuchtet werden. Zu Beginn ist es hilfreich, einen Blick in die Geschichte der SPD zu werfen, da sich Parteien auch

---

<sup>248</sup> Sofern man unterstellt, dass der Begriff „Volkspartei“ noch Gültigkeit hat. In der Politikwissenschaft ist dies zunehmend umstritten. Vgl. hierzu: Lösche, Peter: Ende der Volksparteien. URL: [http://www.bpb.de/publikationen/J8RNNNA,0,Ende\\_der\\_Volksparteien\\_Essay.html](http://www.bpb.de/publikationen/J8RNNNA,0,Ende_der_Volksparteien_Essay.html) [Stand: 6.8.2011].

immer über ihre Historie definieren und diesen großen Einfluss auf das Selbstverständnis hat.

### 7.1.1 Geschichte der SPD bis 1945

Da die Vorläuferparteien der SPD explizit das Thema „soziale Gerechtigkeit“ besetzten und damit das Bild des ausgehenden 19. Jahrhunderts entscheidend beeinflussten, sei an dieser Stelle etwas ausführlicher auf die Geschichte der SPD eingegangen. Parteimitglieder der SPD würden wohl sagen, ihre Partei sei die älteste Streiterin für soziale Gerechtigkeit.

*„Die Geschichte der SPD lässt sich bis zum Vereinigungsparteitag in Gotha im Jahr 1875 zurückverfolgen. Hier schlossen sich der von Ferdinand Lassalle 1863 geschaffene Allgemeine Deutsche Arbeiterverein sowie die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 in Eisenach gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei zusammen. Die neue Partei nannte sich zunächst ‚Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands‘.“<sup>249</sup>*

Bereits aus der Namensgebung spricht die eindeutige Präferenz für die Gesellschaftsordnung des Sozialismus – auch wenn Karl Marx in seinen „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (1875)“ manche Paragraphen als *„stilistisch und inhaltlich verfehlt“*<sup>250</sup> bezeichnet und am ganzen Programm vieles auszusetzen hat. Sein größter Vorwurf war, dass das Programm nichts mit dem Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft zu tun habe und viel zu wenig progressiv im Sinne des Kommunismus sei.<sup>251</sup> Trotz der Kritik von Karl Marx war das *Gothaer Programm* ein Meilenstein in der Entwick-

---

<sup>249</sup> Niclauß, Karlheinz: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage. Paderborn: Schöningh UTB, 2002, S. 60.

<sup>250</sup> Marx, Karl: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 1875. URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1875/kritik/randglos.htm> [Stand: 7.5.2011].

<sup>251</sup> Er weist sehr konkret darauf hin, dass beispielsweise keine Festlegung im Programm enthalten ist, wie lange ein Arbeitstag dauert oder eine Altersgrenze für das Verbot von Kinderarbeit fehlt.

lung der organisierten Arbeiterschaft gegen das vorherrschende Bürgertum und den Adel. Paradoxe Weise war es Otto von Bismarck, der mit seinen Sozialistengesetzen die SPD zwang, ihren heutigen Namen als „Sozialdemokratische Partei“ anzunehmen, und ihr damit ermöglichte, eine Wählerschaft anzusprechen, die sich von sozialistischen Ideen eher distanzierte. Vor dem Gothaer Programm hatte es das grundlegendere Eisenacher Programm gegeben, aus dem sich ganz klar egalitaristische Einstellungen ablesen lassen. So heißt es in dem Programm von 1869:

*„Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.“<sup>252</sup>*

Ferner findet sich die Forderung nach einer Aufhebung der Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.<sup>253</sup>

Im Kaiserreich standen die Sozialdemokraten stets im Spannungsfeld zwischen Ablehnung des Staates und Kooperation. Kulminations- und Endpunkt dieser Einstellung war der sogenannte „Burgfriede“, dem zufolge die Parteien ihre Streitigkeiten während der Zeit des Ersten Weltkrieges unterlassen wollten. Entsprechend formulierte Kaiser Wilhelm in seiner Thronrede vom 4. August 1914:

*„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu*

---

<sup>252</sup> „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenach, 8. August 1869“. In: Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme seit 1861. Göttingen: Musterschmidt Verlag, 1968, S. 69.

<sup>253</sup> Ebd.

*gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.*<sup>254</sup>

Dieser „Burgfrieden“ zielte in erster Linie darauf ab, Streitigkeiten über soziale Fragen wie Lohnpolitik, Versicherungspolitik und dergleichen einzustellen.

Grundsätzlich stand die organisierte Arbeiterschaft der herrschenden Gesellschaftsordnung skeptisch gegenüber. Obwohl Bismarck diverse Verbesserungen wie Kranken- und Pflegekasse einführte, fühlten sich die Sozialdemokraten nicht in den Staat eingebunden, und der Vorwurf der „vaterlandslosen Gesellen“ belastete das Verhältnis vielfach. Wolfgang Treue ist zuzustimmen, wenn er schreibt, dass Bismarck mit der Politik der sozialen Verbesserungen der Sozialdemokratie den „*Wind aus den Segeln nehmen wollte*“<sup>255</sup>. Nach dem Scheitern der Verbotspolitik schwenkte der Reichskanzler um und versuchte nach der „Politik der Peitsche“ seine Ziele mit einer „Politik des Zuckerbrotes“ durchzusetzen. Aber trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die Sozialdemokratie dauerhaft in die Gesellschaft des Kaiserreichs einzubinden.<sup>256</sup> Erst der oben genannte Burgfrieden entschärfte den Konflikt zumindest vorübergehend. Grundsätzlich formte sich das Bild der SPD als Kämpferin für sozialen Ausgleich, stand sie für das Streben nach gesellschaftlicher Gleichheit in einer Zeit, in der die alte gesellschaftliche Ordnung nicht mehr die Bindekraft besaß, die zentrifugalen Kräfte an den Rändern zu integrieren. Letztlich stammten auch die radikalen Parteien des frühen 20. Jahrhunderts wie der Spartakusbund oder die USPD aus dem Fleisch der SPD.

Während der Zeit der Weimarer Republik sah die SPD die Republik als idealen Rahmen für die Verwirklichung des Sozialismus an. Im Programm von 1925 heißt es:

---

<sup>254</sup> Wilhelm von Preußen: Thronrede vom 4. August 1914. URL: [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt\\_k13\\_bsb00003402\\_00013.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003402_00013.html) [Stand: 20.5.2011].

<sup>255</sup> Treue, Wolfgang: Die deutschen Parteien. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 1961, S. 27.

<sup>256</sup> Es lässt sich fragen, ob die Sozialdemokraten überhaupt eingebunden werden sollten oder ob sie nur so weit integriert werden sollten, dass Partei und Bewegung obsolet wurden.

*„Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus.“<sup>257</sup>*

Allerdings wird dies bereits im nächsten Satz wieder relativiert, wo es in einer gewissen Umkehrung heißt, *„die Sozialdemokratische Partei schützt die Republik“<sup>258</sup>*, und diese Aussagen lassen durchaus darauf schließen, dass die SPD der Republik zumindest skeptisch gegenüberstand oder sie sogar lediglich als Zwischenstation auf dem Weg zum Sozialismus ansah. Im Vergleich zu heute war die SPD also zur Kaiserzeit und zur Zeit der Weimarer sozialistischer respektive egalitaristischer eingestellt als heute.

Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten existierten neben der NSDAP keine weiteren Parteien. Die SPD stimmte als einzige Partei gegen das sogenannte Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung eine Fülle von Machtbefugnissen verschaffte. Trotz gewisser egalitaristischer Tendenzen der NS-Machthaber (rassische Gleichheit aller Deutschen, Feindschaft gegenüber den sogenannten Bonzen) verweigerte die SPD die Zustimmung zur Diktatur und wurde im Sommer 1933 verboten. Provokant lässt sich formulieren, dass diese Ablehnung nicht aus der grundsätzlichen Ablehnung der „Gleichschaltung“ – wie sie ja der Sozialismus respektive Kommunismus bis zu einem gewissen Grad auch fordert – resultierte, sondern aus der Ablehnung einer ungerechten Diktatur, die den Menschen keinerlei Freiräume ermöglichte bzw. eine große Zahl von ihnen entrechtete. In der letzten freien Rede vor dem Reichstag vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes sprach der SPD-Abgeordnete Wels der NSDAP eine sozialistische Gesinnung ab:

*„Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus*

---

<sup>257</sup> „Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Heidelberg, 18. September 1925“. In: Treue: Deutsche Parteiprogramme seit 1861, a. a. O., S. 116.

<sup>258</sup> Ebd., S. 116.

*beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist.*<sup>259</sup>

In ihrer ganzen Geschichte bis 1945 befand sich die SPD stets im Spannungsfeld zwischen einer Politik für die Arbeiterschaft und der Kooperation mit dem Staat. Wie in jeder demokratischen Partei fanden immer wieder Flügelkämpfe über die Frage statt, in welche Richtung sich die Partei programmatisch entwickeln sollte. Gerade in der Regierungsphase der Weimarer Republik traten sie besonders deutlich hervor. Erinnerung sei hier nur an den sogenannten Ebert-Groener-Pakt. Diese Vereinbarung zwischen Reichspräsident Ebert und Reichswehrgeneral Groener erlaubte den Einsatz der Reichswehr zur Stabilisierung der Lage im Reich gegen linksradikale, sozialistische Kräfte. Diese Kooperation mit konservativen Kreisen brachte Ebert den Vorwurf des Verrats sozialistischer Ideale ein. Er hatte sich entschieden, die Staatsraison, den Erhalt des Staates über gesinnungsethische Präferenzen und Befindlichkeiten zu stellen – eine Handlungsweise, die aus einer anderen Perspektive durchaus als in hohem Maße verantwortungsethisch bezeichnet werden kann. Möglicherweise scheiterte Weimar aber auch genau an diesem Anspruch, solch unterschiedliche Strömungen zu vereinen – nicht umsonst gibt es den Ausspruch, die Weimarer Demokratie sei eine Demokratie ohne Demokraten gewesen.

### 7.1.2 Die SPD seit 1945

Markenkern im Selbstverständnis der SPD war und ist die Vorstellung, „Anwalt der Gerechtigkeit“<sup>260</sup> zu sein. Sie verstand sich stets als Hüterin des demokratischen Sozialstaates. Konkret äußerte sich zum Beispiel jüngst die Münchner SPD-Sozialreferentin Brigitte Meier<sup>261</sup>, die unter Bezug auf das Urteil des Bun-

---

<sup>259</sup> Wels, Otto: Rede zur Begründung der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/wels/index.html> [Stand: 26.5.2011].

<sup>260</sup> Vorwärts: SPD Bundesparteitag. Anwalt der Gerechtigkeit. URL: <http://www.vorwaerts.de/artikel/spd-bundesparteitag-anwalt-der-gerechtigkeit> [Stand: 7.5.2011].

<sup>261</sup> Unter anderen auch als Oberbürgermeisterkandidatin gehandelt.

desverfassungsgerichts zur Berechnung der sogenannten Hartz-IV-Regelsätze höhere Regelsätze für Kinder fordert.<sup>262</sup> Mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles stehen entsprechende „Linke“ derzeit auf Bundesebene in Verantwortung. Dem stehen die eher rechten Vorstellungen zuzuordnenden Entscheidungen der ehemaligen Bundesführungsriege Schröder, Clement, Müntefering, Bosbach und auch Steinmeier gegenüber. Die entscheidende Frage ist, wie weit die SPD geht, um soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wie bereits gezeigt, waren Teile der SPD bis 1945 durchaus bereit, die demokratische Grundordnung als Nährboden für die Verwirklichung des Sozialismus zu verwenden.

Die SPD war die einzige Partei, die sich nach dem Zusammenbruch nicht neu gründete, sondern an ihr Bestehen bis 1933 und die im Untergrund und Exil fortlebenden Parteistrukturen anknüpfen konnte. Letztlich war auch nur die SPD moralisch „rein“, da allein die SPD-Abgeordneten vehement für die Republik und gegen die Diktatur gekämpft hatten, was in der offenen Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes zum Ausdruck gekommen war. Grundlegende Uneinigkeit herrschte nach dem Krieg zwischen den Parteimitgliedern, in welche Richtung sich die Partei entwickeln sollte. Umstritten war vor allem, ob eine Vereinigung der SPD mit der KPD in Betracht kam oder weiterhin auf Eigenständigkeit gesetzt werden sollte. Aber nachdem sich herauskristallisiert hatte, dass Deutschland die Aufteilung in einen westlichen freiheitlichen und einen östlichen sozialistisch-autoritären Sektor bevorstand, entschloss sich die West-SPD unter der Führung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher für die Eigenständigkeit und nahm von einer Vereinigung mit den (westdeutschen) Kommunisten Abstand.<sup>263</sup> Dies wiederum brachte ihm den Vorwurf ein, er würde die Ideale der Arbeiterschaft verraten. So schreibt der SPD-nahe Autor Butterwegge:

---

<sup>262</sup> Wörmann, Caroline: „Chipkarte darf nicht ablenken. Münchner Sozialreferentin mahnt höhere Hartz IV Sätze für Kinder an“. In: Münchner Merkur Nr. 195 vom 25.8.2010, S. 30.

<sup>263</sup> Vgl. Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 3. Auflage. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag, 1968, S. 238ff.



*„Zwar proklamierte Schumacher eine Strategie des ‚dritten Weges‘ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, die propagandistische Ausschlichtung der marxistischen Terminologie konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß er den um die Beibehaltung der bestehenden Besitzverhältnisse besorgten Kräften in die Hände arbeitete.“<sup>264</sup>*

Im Osten Deutschlands schlug die SPD, teils gewollt, teils gezwungenermaßen, einen anderen Weg ein. Als Replik auf die Entwicklung im Westen erwiderte Otto Grotewohl in einer Begrüßungsrede der KPD in Berlin im März 1946:

*„Und wenn uns aus dem Westen die Worte entgegenklingen, die Sozialdemokratie sei in diesem Verschmelzungsprozeß nichts weiter als der Blutspender für die Kommunistische Partei, so können wir darüber nur lächeln.“<sup>265</sup>*

Auch persönlich griff Grotewohl Schumacher an:

*„Genügt es nicht, dass Dr. Schumacher der Vereinigung der Arbeiterklasse im Westen hindernd im Wege steht?“<sup>266</sup>*

Die Ost-SPD stand von ihrer programmatischen Grundüberzeugung weiter links als die West-SPD unter Schumacher. Entsprechend war Grotewohl ohne Einschränkung zu einer Enteignung sogenannter „Betriebe von Kriegsverbrechern“ bereit.

*„Die umstrittenen Betriebe müssen in die Hände des Volkes übergehen. [...] Diese Verbrecher dürfen ihre Reichtümer nicht behalten, nachdem sie unzählige Bombengeschädigte, Kriegsgefangene, Millionen Heimatlose, Frauen und Kinder in unsägliches Elend gestürzt*

---

<sup>264</sup> Butterwegge, Christoph: SPD und Staat heute. Berlin: Verlag Das Europäische Buch, 1979, S. 172.

<sup>265</sup> Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1945–1949. Bd. I. Berlin: Dietz Verlag, 1959, S. 15.

<sup>266</sup> Ebd., S. 43.

*haben. Ein Teil der Betriebe, insbesondere Kleinbetriebe, die keine Gefahr für den Frieden darstellen, sollen zum Verkauf an Handwerk und Gewerbe kommen.*<sup>267</sup>

Hinter der größeren Bereitschaft zur Kooperation und letztlich zur Vereinigung mit der KPD stand wohl einerseits der von der sowjetischen Besatzungsmacht ausgeübte Zwang, andererseits aber auch eine größere inhaltliche Nähe der SPD-Protagonisten in der Großstadt Berlin zur KPD. Insofern ist es historisch nicht ganz korrekt, pauschal von einer „Zwangsvereinigung“<sup>268</sup> im Jahr 1946 zu sprechen, wie dies die SPD in ihrer Außendarstellung teilweise macht. Für die vorliegenden Ausführungen bedeutet dies, dass sie sich im Weiteren auf die West-SPD beschränken kann, da die SPD im Osten nicht mehr existierte bzw. de facto durch sowjetische Interessen fremdbestimmt wurde.

Wesentliche programmatische Weichenstellungen wurden im berühmten Godesberger Programm formuliert. Nachdem es der SPD weder bei den Wahlen 1949 noch 1953 oder 1957 gelungen war, die bürgerliche Regierung abzulösen, wurde in der Partei der Wunsch immer deutlicher, eine neue programmatische Grundlage zu entwickeln. Auf dem Sonderparteitag vom 13. bis zum 15. November 1959 beschloss sie ihr neues Grundsatzprogramm, welches das 34 Jahre alte Heidelberger Programm von 1925 ablöste. 340 Delegierte repräsentierten 625.000 Parteimitglieder<sup>269</sup> und segneten ein Programm ab, welches das Bild der SPD jahrzehntelang prägen sollte.

Wichtiges Element der Neuausrichtung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war die Hinwendung zum Individuum und die Ablehnung eines sozialistisch-kommunistischen Staatsverständnisses, das seit Marx und Engels

---

<sup>267</sup> Ebd., S. 22.

<sup>268</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Geschichte. Zwangsvereinigung. URL: [http://www.spd.de/linkableblob/5704/data/geschichte\\_zwangsvereinigung\\_sed.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/5704/data/geschichte_zwangsvereinigung_sed.pdf) [Stand: 27.5.2011].

<sup>269</sup> Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg. Bonn/Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1959, S. 35.

die Debatte innerhalb des linken Spektrums dominiert hatte. Im Gegensatz zu vorherigen Programmen, in denen explizit eine Veränderung der Gesellschaft im Sinne einer absoluten Gleichheit gefordert wurde, mäßigte sich die SPD im Godesberger Programm und erteilte radikal-egalitaristischen Vorstellungen eine Absage. So machte bereits die Überschrift eines Unterkapitels (7. Kapitel) aus dem großen Bereich, welcher der Wirtschafts- und Sozialordnung gewidmet war, klar, dass die Sozialdemokraten – völlig zu Recht – eine Beziehung zwischen der Eigentumsordnung und den Machtverhältnissen sahen – benannt war es *„Eigentum und Macht“*. Kernelement dieses Kapitels war der Schutz des Privateigentums:

*„Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können. Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung.“<sup>270</sup>*

Das Programm enthielt insofern ein eindeutiges Bekenntnis der SPD zur Präferenz privaten Eigentums an Produktionsmitteln, die erst im zweiten Satz eingeschränkt wurde. Die relativ unkonkrete Formulierung *„soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert“* ließ einen großen Auslegungsspielraum, was die Genossen konkret unter einer gerechten Sozialordnung verstanden. Aus dem Protokoll geht jedoch hervor, dass sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung<sup>271</sup> eindeutig ablehnten. So sah ein Änderungsantrag aus dem Bezirk Paderborn vor, im Grundsatzprogramm eine Aussage festzuschreiben, deren Inhalt die Ablehnung der herrschenden Marktwirtschaft war: *„Die bestehende Wirtschaftsordnung wird diesem Ziel<sup>272</sup> nicht gerecht und ist deshalb ab-*

---

<sup>270</sup> Ebd., S. 19.

<sup>271</sup> Im Gegensatz zum Programm von 1925.

<sup>272</sup> *„Stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft“*. Grundsatzprogramm, Abschnitt Wirtschafts- und Sozialordnung. Ebd., S. 17.

zulösen.<sup>273</sup> Lediglich 32 Delegierte stimmten für diese elementare Ausrichtung der SPD. Nach einer solchen Niederlage der Befürworter einer anderen gesellschaftlichen Ordnung konnte man die SPD als zentrale Stütze und Befürworterin der (sozialen) Marktwirtschaft ansehen, was sie ja dann auch über Jahrzehnte gewesen ist.

Auch hinsichtlich der Frage nach dem richtigen Umgang mit Gemeineigentum<sup>274</sup> gab es Uneinigkeit zwischen den Delegierten. Im Programm wurde festgehalten:

*„Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und richtig.“<sup>275</sup>*

In dieselbe Richtung äußerte sich bereits 1946 der politisch eher links stehende Wirtschaftswissenschaftler und SPD-Parteigenosse Viktor Agartz:

*„In der sozialistischen Planwirtschaft sieht die SPD nicht einen Selbstzweck. Sie fordert daher die Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das jeweils erforderliche Maß.“<sup>276</sup>*

Das Primat der Wirtschaftspolitik lag also bei der freien Marktwirtschaft, und nur unter außergewöhnlichen Bedingungen war Gemeinschaftseigentum (Staatsbetriebe) vorgesehen.<sup>277</sup> Nach dem Verständnis der SPD durfte also erst dann,

---

<sup>273</sup> Ebd., S. 572.

<sup>274</sup> Im Sinne einer egalisierenden Politik ist es natürlich wünschenswert, wenn möglichst wenig (großes) Privateigentum besteht. Insofern ist der Wunsch nach einem höheren Maß an Gemeineigentum durchaus egalitaristisch.

<sup>275</sup> Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, a. a. O., S. 20.

<sup>276</sup> Agartz, Viktor: „Sozialistische Wirtschaftspolitik.“ Referat gehalten auf dem Parteitag der SPD in Hannover Mai 1946. In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt am Main 1972, S. 376.

<sup>277</sup> Hier kann man einen Widerspruch zu dem Differenzprinzip von Rawls herauslesen, der eigentlich die Gemeinschaft in den Mittelpunkt stellt und individuelle Unterschiede nur toleriert, wenn sie der Gesamtgesellschaft dienen.

wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse in hohem Maße ungerecht wurden bzw. private Firmen zu viel Macht erlangten, der Staat ein Gegengewicht mit vergemeinschafteten Betrieben setzen. Dies machte die grundlegende Präferenz der Delegierten für die freie Marktwirtschaft deutlich. Ein Antrag aus Hessen wollte demgegenüber das Gemeineigentum im Programm als zwingend notwendig verankert sehen.<sup>278</sup> Gestrichen werden sollte der oben genannte Satz, der mit *„Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung [...]“* begann, um ihn durch eine andere Formulierung zu ersetzen, die Gemeineigentum als zwingend notwendig erachtet: *„Zur Bewahrung der Freiheit von der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde ist Gemeineigentum notwendig.“*<sup>279</sup> Die Mehrheit der Delegierten lehnte aber auch diesen Antrag ab, der eine stärkere wirtschaftliche Betätigung des Staates als Ziel formuliert hätte – lediglich 89 Delegierte stimmten dem Vorschlag aus Hessen zu.<sup>280</sup>

Jedoch ging die SPD nicht so weit, einen „Manchester-Kapitalismus“ einführen zu wollen. In allen Reden wurde stets betont, dass eine soziale Balance im Land gewahrt bleiben und gegebenenfalls korrigierend eingegriffen werden müsse. Statt einer kompletten Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse strebte die SPD einen Mittelweg an, dem zufolge staatliche Unternehmen nur dann in Aktion treten sollten, wenn privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen eine Monopolstellung erreicht hatten oder zu erreichen drohten und wenn zu viel Eigentum in den Händen einiger weniger konzentriert war. Die SPD wurde durch diese moderate Einstellung zu einer Volkspartei, die sich nicht mehr nur für die Durchsetzung der Interessen einer bestimmten Gruppe, in diesem Fall der Arbeiterschaft, engagierte, sondern die den Anspruch erhob, für das gesamte Volk zu sprechen. Den Vorwurf, Partikularinteressen vertretende „vaterlandslose Gesellen“ zu sein, die sich nicht um den Gesamtstaat kümmern,

---

<sup>278</sup> Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, a. a. O., Antrag eingebracht durch den Bezirk Hessen-Süd, Dr. Heinz Joachim Heydorn.

<sup>279</sup> Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, a. a. O., S. 580.

<sup>280</sup> Vgl. ebd., S. 224.

wollte die neue SPD offensichtlich vermeiden. Entsprechend schreibt der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag Erich Ollenhauer über das Godesberger Grundsatzprogramm:

*„Der Weg der deutschen Sozialdemokratie zu diesem positiven und eindeutigen Bekenntnis zur Demokratie und zum demokratischen Staat war hart und schwer.“<sup>281</sup>*

Auch auf den Vorwurf, die SPD verrate ihre Ideale, und auf die Frage nach dem Verhältnis zur Gegenwart ging Ollenhauer ein:

*„Es ist hier und da behauptet worden, das Programm verleugne die Tradition der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterbewegung. Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Sicher unterscheidet sich das neue Programm in Inhalt und Sprache von seinen Vorgängern. Aber wir können uns nicht in der Sprache vergangener Jahrzehnte verständlich machen, und der Inhalt des Programms muß in Beziehung stehen zu den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen.“<sup>282</sup>*

Angesichts dieser durchaus pragmatischen Herangehensweise und der Versöhnung mit der erstarkenden Privatwirtschaft gab es auch nach 1959 Vorwürfe, das Godesberger Programm sei Verrat an der Arbeiterschaft und habe als *„Brückenkopf der Bourgeoisie“<sup>283</sup>* gedient.

Ganz wesentlich für das Verhältnis der SPD zur Wirtschaftsordnung ist das Kapitel *„Einkommens- und Vermögensverteilung“* im Godesberger Grundsatzprogramm. Es beginnt mit der Grundaussage:

---

<sup>281</sup> Ollenhauer, Erich: Zum Godesberger Grundsatzprogramm. Reden und Aufsätze. Berlin: J. H. W. Dietz, 1977, S. 318f.

<sup>282</sup> Ebd., S. 311.

<sup>283</sup> Butterwegge: SPD und Staat heute, a. a. O., S. 192.

*„Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewussten Einkommens- und Vermögenspolitik.“<sup>284</sup>*

Ein wesentliches Detail ist, dass die Sozialdemokraten *nicht* forderten, dass gleiche Eigentumsverhältnisse vorherrschen sollten. Eine derartige Positionierung wäre klar als egalitaristische zu erkennen gewesen. Was bedeuten nun aber die Aussagen der SPD hinsichtlich der Frage nach einem Egalitarismus bzw. Non-Egalitarismus in der Partei?

Wenn man unterstellt, dass der Sozialismus seinem Wesen nach eher egalitaristisch ist, da eines seiner Hauptziele in der Abschaffung ungleicher Lebensverhältnisse zu sehen ist, dann hat sich die SPD mit dem Bad Godesberger Programm von einer egalitaristischen zu einer moderat egalitaristischen Partei gewandelt. Aussagen wie

*„Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird“<sup>285</sup>*

belegen diese These. So soll beispielsweise durch eine ausgleichende Steuerpolitik eine allzu hohe Akkumulation von Privatvermögen verhindert werden. Dies ist aber ein großer Unterschied zu einem anderen, das Privateigentum an Produktionsmitteln ablehnenden Gesellschaftssystem, wie es die extreme Linke etablieren will. Als Fazit des Parteitages in Bad Godesberg kann daher gelten, dass sich die SPD von sozialistischen Tendenzen abgegrenzt und grundsätzlich für eine privatwirtschaftliche Betätigung ausgesprochen hat. Mit leichten Einschränkungen ist Theo Pirker in seiner Analyse zuzustimmen:

---

<sup>284</sup> Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, a. a. O., S. 20.

<sup>285</sup> Ebd., S. 20.

*„Die Vorstellungen des Grundsatzprogramms waren alles andere als ‚links‘, das heißt von traditionellen antikapitalistischen, sozialistischen oder radikaldemokratischen Vorstellungen abgeleitet. Die SPD hatte programmatisch mit der Verabschiedung des Godesberger Programms aufgehört, eine antikapitalistische, sozialistische oder radikaldemokratische Partei zu sein.“<sup>286</sup>*

Bei der Regierungsübernahme 1969 äußerte sich dieser neue Pragmatismus ganz konkret: Es gab keine radikalen gesellschaftlichen Veränderungen hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Die ehemalige Proletarier- und Arbeiterpartei wandelte sich endgültig zur Volkspartei; sie war eindeutig in der bundesrepublikanischen Realität angekommen. Bedenken, dass die Sozialdemokraten, die erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik in Regierungsverantwortung standen, die Gesellschaft von Grund auf verändern würden, bewahrheiteten sich nicht. Teilweise ging den Reformern in der SPD die Tendenz des Bad Godesberger Programms sogar nicht weit genug. Sie sahen darin immer noch zu viele klassische sozialdemokratische Werte und „*ideologische Flausen*“.<sup>287</sup> Praktisch präsentierte die SPD sich nicht als Gegenteil der CDU, sondern näherte sich dieser vielmehr an.

Diese Politik verfiel mehr als klassische Arbeiterklientelpolitik – obwohl viele traditionelle SPD-Anhänger damit haderten. 1969 wurde Willy Brandt zum Bundeskanzler gewählt, nachdem die SPD bereits 1966 in einer großen Koalition in Regierungsverantwortung gestanden hatte. Dennoch verlief der Schwenk der SPD weg vom Sozialismus hin zur freien Marktwirtschaft nicht ohne Disput. Gerade an den Universitäten entwickelte sich eine Bewegung, die der allmählichen Annäherung der Parteien diametral entgegenstand und die mehr Umverteilung von oben nach unten, ein Ende des Vietnamkriegs und die lückenlose Aufarbeitung der NS-Herrschaft forderte.

---

<sup>286</sup> Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. München: Rütten und Loening, 1965, S. 285.

<sup>287</sup> Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Berlin: Alexander Fest Verlag, 2002, S. 159.



Die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt setzte ihren Schwerpunkt mit der Aussöhnung gegenüber dem Osten auf die Außenpolitik. Innenpolitisch veränderte sich zunächst wenig – weder führte Brandt den Sozialismus ein, noch kam es zu einer nennenswerten Umverteilung der materiellen Güter. Dennoch lässt sich konstatieren, dass während seiner Kanzlerschaft der Sozialstaat sukzessive ausgebaut wurde.

*„Sozialpolitik beschränkte sich nun nicht mehr auf Fürsorge, Linderung von Not und Schutzmaßnahmen im Fall von Krankheit, Alter, Invalidität. Seit der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten verstand man sie als ambitionierte Gesellschaftspolitik, die auf die Minderung von Klassenunterschieden und Einkommensdifferenzen zielte, als ein wichtiges Instrument zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.“<sup>288</sup>*

Zu nennen ist hier das Recht auf betriebliche Mitbestimmung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Absenkung des Wahlalters, zunehmende Gleichberechtigung von Mann und Frau oder die Mitbestimmung an den Universitäten. Unter dem Motto *„Mehr Demokratie wagen“* bewegte sich Deutschland ein Stückchen hin zu mehr Gleichheit. Dies lässt sich an unterschiedlichen Entwicklungen ablesen. So kamen beispielsweise Ende der 1920er Jahre nur 3 Prozent der deutschen Studenten aus Arbeiterfamilien; Ende der 1960er Jahre waren es dagegen ca. 20 Prozent.<sup>289</sup> Dies spricht für gewisse Veränderungen in der Gesellschaft, die stattfanden, obwohl sie nicht von oben verordnet wurden. Letztlich war die Zunahme der Gleichheit ein Resultat der prosperierenden Wirtschaft. Auf politischer Ebene hatte sich die SPD im Rahmen des Bad Godesberger Programms programmatisch vom Sozialismus verabschiedet, gesamtgesellschaftlich geschah dies dann in den Regierungsjahren ab der großen Koalition 1966. Ganz Deutschland profitierte vom Wirtschaftswunder der 1960er Jahre, was sich in zunehmendem Wohlstand und gesellschaftlicher Nivellierung äußerte.

---

<sup>288</sup> Ebd., S. 176.

<sup>289</sup> Vgl. ebd., S. 184.

1974 wurde Helmut Schmidt neuer Bundeskanzler. Nach dem als charismatisch empfundenen Brandt zog mit Schmidt eine neue Pragmatik in das Kanzleramt ein. Wie schon unter seinem Vorgänger verfiel die SPD auch jetzt nicht in alte klassenkämpferische Rhetorik, wie zum Beispiel von Seiten der CSU befürchtet wurde, sondern orientierte sich eher am zunehmenden Individualismus, der, bedingt durch das Wirtschaftswunder der 1960er Jahre, einen großen Schub erlebte. Hingewiesen sei hier nur auf die wachsende Bautätigkeit im Privatbereich mit der Orientierung am Eigenheim und die Zunahme des Individualverkehrs.

1982 musste die SPD dann in die Opposition gehen, nachdem innerhalb des Koalitionspartners FDP der wirtschaftsliberale Flügel unter Genscher und Lambsdorff die Oberhand gewonnen hatte und sich innerhalb der SPD links orientierte Kräfte gegen Helmut Schmidt formierten. Es gab zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft letztlich nur geringe inhaltliche Kohärenzen, da die Vorstellungen der Parteibasen doch sehr unterschiedlich waren. Schmidt war zwar ein Kanzler der Pragmatik, aber er konnte mit der SPD nicht einen derart wirtschaftsfreundlichen Kurs fahren, wie ihn die nach rechts driftende FDP wünschte. Dazu waren die Sozialdemokraten immer noch bzw. erneut durch die Veränderungen seit 1968 zu sehr dem „kleinen Mann“ und der Arbeiterschaft verpflichtet. Dieser Widerspruch führte zum Verlust der Wahl 1982 und zu der langen Oppositionsphase bis Ende der 1990er Jahre.

Erst 1998 gelang es der SPD, nach dem Vorbild der britischen Labour Party gegen das als verkrustet wahrgenommene „System Kohl“ die Wahl zu gewinnen. Die grundlegenden Vorstellungen Schröders können definitiv als non-egalitistisch und als Grundlage für eine Neuausrichtung der Sozialdemokratie gesehen werden. So steht in dem berühmten Schröder-Blair-Papier von 1999 über die „Neue Mitte“ bzw. den „dritten Weg“:

*„In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale*

*Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung.*<sup>290</sup>

Die beiden Regierungschefs forderten Eigenverantwortung, Senkung des Staatssektors und mehr individuelle Leistung in allen Bereichen. Dennoch war sich Kanzler Schröder bewusst, dass er seine Partei nicht mit derartigen Einstellungen vor den Kopf stoßen konnte. Entsprechend setzte Schröder in den ersten Jahren der rot-grünen auf eine Politik der „ruhigen Hand“, und es schien, als könnte Oskar Lafontaine als Finanzminister eine dezidiert linke Politik durchsetzen. So kam es zu arbeitnehmerfreundlichen Änderungen beim Kündigungsrecht und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie zu einer Erhöhung des Kindergeldes<sup>291</sup> sowie zu einer Aussetzung der Rentenniveaукürzung. Schröder verhinderte in den Koalitionsverhandlungen noch die klassische SPD-Forderung nach einer Vermögenssteuer sowie einer Ausbildungsplatzabgabe.<sup>292</sup> In Summe lassen sich diese Maßnahmen – wenngleich nur in geringem Maße – als egalitaristisch werten, insofern sie die Ungleichheit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein Stück weit aufzuheben suchten.

Joschka Fischer erinnert sich in seinen Memoiren über die Anfangszeit, dass er das Gefühl hatte, zwei Parteien gegenüberzusitzen<sup>293</sup>, der wirtschaftsfreundlichen Schröder-SPD und der sozialökologischen Lafontaine-SPD. So schrieb der ehemalige Außenminister über die Verhandlungen:

*„Der sozialkonservative Grundton passte einfach nicht zum Anspruch eines Reformkanzlers, aber solche Grundsatzfragen hätten die bei-*

---

<sup>290</sup> Blair, Tony/Schröder, Gerhard: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair. 8. Juni 1999. URL: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> [Stand: 28.10.2011].

<sup>291</sup> Vgl. Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD. 8. Auflage. Bonn: J. H. W. Dietz Verlag, 2002, S. 386.

<sup>292</sup> Vgl. Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD? München: dtv, 2009, S. 23f.

<sup>293</sup> Vgl. Fischer, Joschka: Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September. Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2007, S. 58.

*den SPD-Granden [Schröder und Lafontaine; G. F.] vorher unter sich austragen und klären müssen.*<sup>294</sup>

Erst im Laufe des Jahres 2003, nach Lafontaines Rückzug, änderte Schröder entsprechend seiner Überzeugung die Linie. Innerhalb der SPD hatten sich erneut die „Marktwirtschaftler“ gegen sozialistische bzw. egalitaristische Tendenzen durchgesetzt. Dementsprechend sprach Schröder in einer Erklärung vor dem Bundestag über die Rolle des Staates:

*„Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem einzelnen abfordern müssen.“*<sup>295</sup>

Bereits 1998 schrieb der Chef des Bundeskanzleramtes und Schröder-Vertraute Bodo Hombach:

*„Wer den Status quo des Wohlfahrtsstaates verbissen verteidigt, ist in Wahrheit sein Totengräber.“*<sup>296</sup>

Die wirtschaftliche Lage ließ auch kaum andere Schritte zu, als das Sozialsystem umzubauen: Die Sozialkosten drohten zu explodieren, und der Wirtschaftsstandort Deutschland lief Gefahr, massiven und langfristigen Schaden zu erleiden. So lag die Arbeitslosenzahl bei über 4 Millionen.<sup>297</sup> Bürokratische Hürden, hohe Belastung im Renten- und Krankensystem sowie zunehmende Schwarzarbeit waren schwere Lasten für den Staat.<sup>298</sup>

---

<sup>294</sup> Ebd., S. 60.

<sup>295</sup> Schröder, Gerhard: Erklärung vor dem deutschen Bundestag vom 14.3.2003. Plenarprotokoll. URL: <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=1747&id=12> [Stand: 14.10.2011].

<sup>296</sup> Hombach, Bodo: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. München/Düsseldorf: Econ Verlag, 1998, S. 13, 47.

<sup>297</sup> Zum Vergleich: Im Juni 2011 sind weniger als 3 Millionen Menschen arbeitslos.

<sup>298</sup> Vgl. die Situation in Griechenland im Jahr 2011, wo die ausufernden Staatsausgaben nicht beschränkt wurden. Vgl. zur wirtschaftlichen Situation in Deutschland im Jahr 2003: Scharnagel, Benjamin: Die Agenda 2010. Eine wirtschaftspolitische Bilanz. URL: <http://www.bpb>.

Gerade für eine von tendenziell linken Parteien getragene Regierung, die traditionell eher dem „einfachen“ Bürger zugetan ist, war es, gerade innerparteilich<sup>299</sup>, extrem schwierig, Reformen durchzusetzen. Im linken Spektrum ist, wie wir bereits gesehen haben und wie noch weiter aufzuzeigen sein wird, der Wunsch nach Gleichheit und einem Ende von kapitalistischen Exzessen eher vorhanden als bei den Wählern des rechten Spektrums. Entsprechend wurde Kanzler Schröder auch aus den eigenen Reihen als „Genosse der Bosse“ verspottet. Statt Erneuerung des Sozialsystems forderten viele (nicht nur Sozialdemokraten) mehr soziale Gerechtigkeit und Umverteilung von oben nach unten und lehnten Einschnitte in die staatlichen Transferleistungen ab. Die Montagsdemonstrationen – nach dem Vorbild der Demonstrationen gegen das SED-Regime 1989 – waren physische Manifestationen dieser Forderungen. Dennoch hielt Schröder an seinen Überzeugungen fest. In einem Artikel in den Frankfurter Heften stellte er klar, dass sich seiner Meinung nach soziale Gerechtigkeit nicht durch Umverteilung herstellen lasse.<sup>300</sup> Daniel Sturm beschreibt Schröders Politik zutreffend wie folgt:

*„Schröder nahm Abschied von einem Bild des Staates als Vollkaskoversicherung, die – bei enormen Beiträgen – für alle Eventualfälle da ist und alle rundum versorgt. Er verabschiedete das Land [und die Partei; Erg. G. F.] vom vertrauten ‚Weiter so, Deutschland‘ und läutete das Ende des Korporatismus ein.“<sup>301</sup>*

Schröder war, wie Helmut Schmidt, kein Illusionär, sondern Realpolitiker. Er trieb die SPD zu einer Politik, die an den Grundbestand der Sozialdemokratie rührte. Unter dem Reformtitel „Agenda 2010“ führte die Regierung eine Reihe

---

de/publikationen/2GBMQR,0,Die\_Agenda\_2010%3A\_Eine\_wirtschaftspolitische\_Bilanz.html [Stand: 21.7.2011].

<sup>299</sup> Insbesondere auch gegen die Jungsozialisten unter Andrea Nahles.

<sup>300</sup> Vgl. Schröder, Gerhard: „Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben“. In: Die neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 4/2000, hier Kapitel V. URL: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/namensbeitrag/58/11758/multi.htm> [Stand: 28.10.2011].

<sup>301</sup> Sturm: Wohin geht die SPD?, a. a. O., S. 132.

von Maßnahmen besonders im Sozialsystem durch, die das Gesicht der Republik zumindest zum Teil deutlich veränderten. So wurden die Ausnahmeregeln zur Verweigerung der Annahme einer Arbeit verschärft, und das Niveau der ehemaligen Sozialhilfe wurde beim Arbeitslosengeld II de facto unterschritten, da diverse Zusatzzahlungen entfielen. Darüber hinaus wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verkürzt. Die rot-grüne Regierung mutete den Bürgern und auch gerade ihren Wählern einiges zu und verlangte mehr individuelle Eigenleistung. Auf einer Rede in Amsterdam brachte Schröder seine Vorstellungen auf den Punkt:

*„Ein Platz in der Mitte der Gesellschaft ließ sich nur mit enormer eigener Anstrengung erreichen. Durch Leistung und vor allem eben über Bildung.“<sup>302</sup>*

Diese Aussage ist exemplarisch für den Teil der SPD, der in diesen Jahren dominierte. Unter seinen Nachfolgern wurde die strikte „Schröder-Doktrin“ dann jedoch verwässert – sei es aus Überzeugung oder aufgrund einer ganzen Reihe verlorener Wahlen. Die SPD des Jahres 2011 steht weiter links als die SPD in der Regierungsverantwortung von 2003. So beschloss die Partei auf ihrem Parteitag im Dezember 2011 eine Erhöhung des unter Schröder gesenkten Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro. Zusammen mit dem Solidaritätszuschlag müssten also diese hohen Einkommensklassen über die Hälfte ihres Verdienstes an den Staat abgeben. Auf der anderen Seite setzte sich – im Gegensatz zu den Grünen – die Forderung nach einer „Reichensteuer“ nicht durch. Im Bereich der Einkünfte aus Kapitalvermögen plädiert die Partei für eine Erhöhung der Abgeltungssteuer.<sup>303</sup> Diese linken Forderungen mögen auch dem Oppositionsbonus geschuldet sein, der darin zu sehen ist, dass die Partei nicht in Regierungsverantwortung steht. Weitere Beispiele sind die geforderte Bürgerversicherung bei den Krankenkassen, in die al-

---

<sup>302</sup> Schröder, Gerhard: „Rede am 18. März 2002 in Amsterdam“. In: Potthoff/Miller: Kleine Geschichte der SPD, a. a. O., S. 559.

<sup>303</sup> Rheinische Post: Parteitag: SPD will Spitzensteuersatz erhöhen. URL: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/spd-will-spitzensteuersatz-erhoehen-1.2629917> [Stand: 7.12.2011].

le Menschen einbezahlen müssen und die somit das Ende der privaten Krankenkassen und deren Zusatzleistungen bedeuten würde, sowie die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlich festgelegten Mindestlohn.

In Summe lässt sich festhalten, dass die SPD eine heterogene Partei ist.<sup>304</sup> Sie kann nicht im klassischen Stil als sozialistisch und damit als egalitaristisch angesehen werden, sondern handelt in der Regierungsverantwortung auch entsprechend der wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Zu verweisen sei nur auf die Hartz-IV-Reformen, die von der Parteispitze gegen starken innerparteilichen Widerstand durchgesetzt, aber am Ende von der Mehrheit der Partei mitgetragen wurden. Durch diese Verantwortungsübernahme wirkt die SPD stabilisierend auf die wirtschaftliche Werteordnung der BRD und die soziale Marktwirtschaft. In gewisser Weise ist sie ein Zwitterwesen, das zwar mehr soziale Gerechtigkeit anstrebt<sup>305</sup>, aber nicht die notwendige Entschlossenheit aufweist, eine solche mit den entsprechenden Konsequenzen und Maßnahmen zu realisieren.<sup>306</sup> Da sie ein „bisschen sozialistisch“ ist, so ließe sich sagen, ist sie auch ein „bisschen egalitaristisch“.

## 7.2 Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen sind im politischen Koordinatensystem Norberto Bobbios schwer zu verorten. Ein Teil der grünen Bewegung hat ihren Ursprung im Rahmen der sogenannten „68er“, jener Bewegung der 1960er und 1970er Jahre, die mit dem vorherrschenden Parteien- und Gesellschaftssystem unzufrieden war. Diese Bewegung war getragen von antiimperialistischen und antikapitalistischen Gedanken. Der Kampf gegen das sogenannte Establishment war das einigende Band der gut ausgebildeten ersten Nachkriegsgeneration. Auslöser der haupt-

---

<sup>304</sup> So warnte der mögliche Kanzlerkandidat Steinbrück davor, „die Starken zu verprellen“. Vgl. ebd.

<sup>305</sup> Vgl. hierzu die Umfrageergebnisse der Bertelsmann Stiftung (s. o.), der zufolge 86,84 Prozent der SPD-Abgeordneten mehr soziale Gerechtigkeit wünschen.

<sup>306</sup> Genau dieser Zwiespalt war der Hauptgrund für die Gründung der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) aus dem Fleisch der SPD. 2007 vereinigte sich die WASG mit der PDS zur Partei DIE LINKE.

sächlich von Studenten organisierten Proteste waren das Engagement der Amerikaner in Vietnam, die deutschen Notstandsgesetze und eine teilweise noch in extrem konservativen Denkmustern verharrende Hochschullandschaft. Ein anderer Teil der Grünen entstammt einem wertkonservativen Milieu, das sich in erster Linie Sorgen um den Erhalt einer intakten Umwelt macht. Ereignisse wie zunehmendes Arten- und Pflanzensterben oder der rücksichtslose Raubbau an der Natur waren für sie ausschlaggebend, sich der grünen Bewegung anzuschließen, während soziale Beweggründe wie unterschiedlicher Lohn etc. für diese meist aus wohlhabenderen, gebildeten Schichten stammenden Wähler und Parteimitglieder eher sekundär waren. Beide Strömungen einte das langfristige Ziel, die Umwelt in intaktem Zustand zu erhalten und die Unterwerfung der Erde und ihrer Geschöpfe durch den Menschen zu beschränken.

Dieses postmaterialistische Denken findet sich in keiner der etablierten Parteien so eindeutig wie bei den Grünen. Letztlich sind alle Parteien gegenwarts- und wahlorientiert<sup>307</sup> (eine Ausnahme bildet hier allerdings die wohl noch ideologische LINKE). Das Alleinstellungsmerkmal der Grünen – und damit verbunden ihre Glaubwürdigkeit – ist demgegenüber ihre Orientierung an kommenden Generationen. Der Schwerpunkt des Umweltschutzes ist dabei mit einem Weltbild verbunden, das durchaus als wertorientiert bezeichnet werden kann. So räumen die Grünen der Gemeinschaft einen höheren Stellenwert ein als dem Individuum. Dieses traditionell verantwortungsbewusste Denken findet in ihrem Selbstbild durchaus Niederschlag. So bezeichnet die Partei auf ihrer Homepage eine ihre Vorläuferlisten bei der Landtagswahl in Niedersachsen als „*wertkonservativ*“.<sup>308</sup> Daraus spricht eine Einstellung, die eine gewisse Nähe zur Programmatik der CDU erkennen lässt – im Gegensatz zum Selbstverständnis der SPD, die sich gerne als progressive Partei im unermüdlichen Kampf gegen soziale Missstände darstellt.

---

<sup>307</sup> Demzufolge wird in der Politikwissenschaft im Gegensatz zum landläufig verwendeten Begriff der „Politikverdrossenheit“ auch oft von „Parteienverdrossenheit“ gesprochen.

<sup>308</sup> Bündnis 90/Die Grünen: 1977–1979. URL: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/1977-1979.html> [Stand: 28.7.2011].



Auch Jürgen Falter und Markus Klein sehen die genannten grundlegenden Strömungen bei den Grünen.<sup>309</sup> Die „Enkel“ der Gründergeneration stehen sich heute als sogenannte „Realos“ und „Fundis“ gegenüber und bestimmen in abwechselnden Phasen die programmatische Ausrichtung der Partei und gegebenenfalls der Bundes- oder Landesregierung, der sie angehören. Insgesamt aber entstammen die Grünen einer Oppositionskultur, die zur Zeit ihrer Gründung teilweise als extrem angesehen und diffamiert wurde. Der ehemalige CSU-Ministerpräsident Franz Josef Strauß warf ihnen vor, den Umsturz des Staates und eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeiführen zu wollen. Auf einer seiner Aschermittwochsreden sah er sogar eine Nähe der Grünen zu den Nationalsozialisten.

*„Genauso wie einst ‚gewisse universitäre Gruppierungen‘ zu leidenschaftlichen Wegbereitern von Hitlers Terrorstaat geworden seien, fänden sich heute ‚nur unter anderer Farbe pseudoakademische Elemente, die Steuergelder missbrauchen und statt zu studieren den Umsturz propagieren.“<sup>310</sup>*

Solche Aussagen auf Bierzeltniveau lassen sich jedoch weder faktisch begründen, noch sprechen sie für einen guten politischen Stil. Im Gegensatz zur SPD mit ihrer langen Geschichte finden sich in den Programmen und Satzungen von Bündnis 90/Die Grünen keine Belege dafür, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage gestellt wurde oder wird. Ganz im Gegenteil – im Grundsatzprogramm von 2002<sup>311</sup> bekennen sich die Grünen klar zur Demokratie als Staatsform:

---

<sup>309</sup> Vgl. Falter, Jürgen/Klein, Markus: Der lange Weg der Grünen. München: C. H. Beck Verlag, 2003, S. 53.

<sup>310</sup> Sueddeutsche.de: Franz Josef Strauß zum Aschermittwoch. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/franz-josef-strauss-zum-aschermittwoch-die-deftigsten-sprueche-1.300575-18> [Stand: 29.7.2011].

<sup>311</sup> Hier bereits in der Präambel.

*„Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich nur in einer lebendigen Demokratie verwirklichen. Demokratie ist Basis und Art und Weise unseres politischen Handelns.“<sup>312</sup>*

Beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ setzen die Grünen darauf, den Sozialstaat auszubauen. Es geht der Partei darum, den „Sozialstaat starkzumachen“.<sup>313</sup> Betrachtet man die Programmatik, so fällt auf, dass hier viele Aufgaben als Gemeinschaftsaufgaben betrachtet werden. Am Beispiel der Kinderbetreuung lässt sich dies gut belegen. Egalitaristen neigen zu der Ansicht, dass die Kinderbetreuung durch den Staat sichergestellt werden muss, da alle Kinder gleich seien und ihnen auch eine gleiche Ausbildung zukommen müsse. Auch die Grünen fordern, Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern den gleichen Anspruch auf einen Krippenplatz zuzusichern.

*„Im Bereich der frühkindlichen Bildung sollen Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen und qualitativ hochwertigen Kita-Platz erhalten. Zugangshürden durch Elternbeiträge wollen wir schrittweise abbauen.“<sup>314</sup>*

Wie im theoretischen Teil gezeigt, bedeutet dies, dass ein Kind aus einer sozial schwächeren Familie von einer starken Familie durch deren Steuern mitfinanziert wird. Auch Kinderlose werden dementsprechend in die Solidargemeinschaft mit Familien mit Kindern gezwungen. Als weiteres Beispiel aus dem Bildungsbereich lässt sich anführen, dass sich die Grünen dafür aussprechen, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen. Die frühe Trennung in die unterschiedlichen Schularten könnte man als non-egalitaristische Politik auslegen, da sie die unterschiedlichen (hier geistigen) Fähigkeiten bereits bei Viertkläss-

---

<sup>312</sup> Grundsatzprogramm Bündnis 90/DIE GRÜNEN. URL: [http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm\\_die\\_zukunft\\_ist\\_gruen.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf) [Stand: 4.8.2011].

<sup>313</sup> Grüne Bundestagsfraktion: Den Sozialstaat stark machen. URL: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/soziales/dok/385/385940.den\\_sozialstaat\\_starkmachen.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/soziales/dok/385/385940.den_sozialstaat_starkmachen.html) [Stand: 4.8.2011].

<sup>314</sup> Grüne Bundestagsfraktion: Grüne Bildungspolitik. URL: [http://gruene-bundestag.de/cms/bildung/dok/309/309838.gruene\\_bildungspolitik.html](http://gruene-bundestag.de/cms/bildung/dok/309/309838.gruene_bildungspolitik.html) [Stand: 4.8.2011].

lern zur Geltung kommen lässt. Dies lehnen die Grünen ab. Im Bereich der Hochschule setzen sie sich sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene wie die SPD für eine Abschaffung der Studienbeiträge ein. Sie wollen die „soziale Selektion“ an den Hochschulen beenden und somit breiteren Schichten den Zugang zu einer akademischen Bildung ermöglichen. Ein Stipendium, welches sich an der Leistung der Studierenden orientiert, lehnen die Grünen ab:

*„Das sogenannte Deutschland-Stipendium der Koalition für die vermeintlich leistungsstärksten Studierenden ist ein schwarz-gelber Irrweg.“<sup>315</sup>*

Wie die GRÜNEN die soziale (Un-)Gleichheit in Deutschland bewerten, zeigt sehr gut das Memorandum des grünen Parteivorsitzenden Cem Özdemir und des finanzpolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion Gerhard Schick. Unter dem Titel *„Der Verteilungskrise entgegenwirken – die dritte Säule des Grünen New Deal“* stellen die Autoren die These auf, dass die wachsende Ungleichverteilung in der Gesellschaft zu einer Gefahr für die Demokratie wird.<sup>316</sup> Die Autoren erklären, eine egalitärere Gesellschaft sei auch im Sinne der ökonomisch Reichen, da die Menschen in ihr „gesünder“ lebten und gesundheitliche Probleme wie Herzkrankheiten, Burnout oder Depression weniger stark aufträten. Ferner gebe es mehr Sicherheit, während soziale Ungleichheit zu mehr Kriminalität führe.<sup>317</sup> Letzteres Argument leuchtet durchaus ein, jedoch lassen die Autoren einen empirischen Beleg vermissen. Zwar bemühen sie den Gini-Index (vgl. hierzu S. 89f.), sie gehen aber von anderen Zahlen aus als die vorliegende Arbeit. Den Zahlen des CIA World Fact Book zufolge hat der Gini-Index, also der Maßstab für soziale Ungleichheit, in den letzten Jahren in Deutschland abgenommen. Özdemir und Schick gehen jedoch von einer Zunahme des Index aus, ohne dies zu belegen oder eine genaue Quellenangabe zu machen.

---

<sup>315</sup> Ebd.

<sup>316</sup> Özdemir, Cem/Schick, Gerhard: Der Verteilungskrise entgegenwirken – die dritte Säule des Grünen New Deal. URL: [http://www.gerhardschick.net/images/stories/Wirtschaft\\_Arbeit/%F6zdemir\\_schick\\_soziale\\_saeule\\_gnd.pdf](http://www.gerhardschick.net/images/stories/Wirtschaft_Arbeit/%F6zdemir_schick_soziale_saeule_gnd.pdf), S. 3 [Stand: 11.8.2011].

<sup>317</sup> Ebd., S. 3.

Dabei sind dem Memorandum zufolge die moderaten Lohnanpassungen der Mehrheit der Arbeitnehmer ein Grund für die wachsende Ungleichheit in der Bevölkerung. Die Grünen setzen entsprechend neben staatlichen Regelungen wie Umverteilungen über das Steuer- und Sozialsystem auch darauf, Arbeitnehmern Lohnerhöhungen zuzugestehen und exorbitante Gewinne auf dem Finanzmarkt zu erschweren, indem sie einer stärkeren Regulierung unterworfen werden.<sup>318</sup> In ihrem Memorandum plädieren die Verfasser für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro, der Ungleichheiten im Einkommensbereich etwas verringern soll. Dies ist auch Beschlusslage der Partei und wird in der Öffentlichkeit kommuniziert.<sup>319</sup>

Mit ihrem Konzept der „*Bürgerversicherung*“ sprechen sich die Grünen zudem dafür aus, Besserverdienende zu zwingen, in der gesetzlichen Krankenkasse zu verbleiben und somit einen Solidarbeitrag mit dem Ziel einer größeren Gleichheit zu leisten. Im Bereich der Rentenversicherung fordern der Parteivorsitzende und der finanzpolitische Sprecher<sup>320</sup>, eine Garantierente oberhalb des ALG-II-Niveaus einzuführen. Finanziert werden soll dies, indem die Kapitalertragssteuer abgeschafft und stattdessen die Besteuerung der Gewinne aus Kapitalvermögen an die Einkommenssteuer gekoppelt wird, da, so die Begründung, die Bezieher von Renditen aus Kapital in der Regel auch ein hohes Einkommen haben und damit hohen Einkommenssteuersätzen unterworfen sind. Ferner soll der Spitzensteuersatz auf 49 Prozent (derzeit 42 Prozent) erhöht werden<sup>321</sup> und Steuerschlupflöcher sollen geschlossen werden. Im Originaltext schreiben Özdemir und Schick:

---

<sup>318</sup> Ebd., S. 4f.

<sup>319</sup> Hier bestehen erhebliche Übereinstimmungen mit dem Arbeitnehmerflügel der CDU, der SPD und der LINKEN.

<sup>320</sup> Wie auch im Bundestagswahlprogramm von 2009.

<sup>321</sup> Beschluss des Bundesparteitags vom 26. November 2011.

*„Je stärker die Verteilung der Markteinkommen aus dem Lot geraten ist, desto intensiver muss die Verteilungskorrektur durch das Steuer- und Transfersystem sein.“<sup>322</sup>*

Vorgeschlagen wird auch, bei der Steuer von Unternehmen maximal 500.000 Euro Managergehalt absetzen zu können.<sup>323</sup> Am Parteitag im November 2011 sprachen sich die Grünen überdies für die Überprüfung einer mittelfristigen Einführung einer Vermögenssteuer aus. Davor soll eine auf 10 Jahre befristete Vermögensabgabe in Höhe von 1,5 Prozent ca. 100 Mrd. Euro für den Staatshaushalt bringen.<sup>324</sup>

Im Bereich der sozialen Transferleistungen sprechen die Grünen davon, dass es im Bereich der Hartz-Gesetze teilweise „Schikanen“<sup>325</sup> gebe. Es gelte, diese „Unkultur des Sanktionierens“ (gemeint ist beispielsweise die Streichung der Sozialleistungen, wenn der Betreffende sich nicht auf eine vorgeschlagene Arbeitsstelle bewirbt) durch die Stärkung der sozialen Bürgerrechte zu ersetzen. Die Grünen plädieren hier für einen „ermöglichenden Sozialstaat“.<sup>326</sup> Konkret fordern sie, den Transferempfängern Widerspruchsrechte mit aufschiebender Wirkung einzuräumen, ferner eine „unabhängige Beratung“ sowie die Einrichtung von Ombudsstellen.<sup>327</sup> Im Wahlprogramm wird konstatiert, dass die unter ihrer Regierung mit verantworteten 351 Euro Grundsicherung zu gering bemessen seien, und eine Erhöhung auf 420 Euro wird gefordert. Diese Grundsicherung dürfe nicht weiter sanktioniert werden, und in Situationen einer besonde-

---

<sup>322</sup> Özdemir/Schick: Der Verteilungskrise entgegenwirken – die dritte Säule des Grünen New Deal, a. a. O., S. 4.

<sup>323</sup> Ebd., S. 6ff.

<sup>324</sup> Süddeutsche Zeitung: Grüne wollen Reiche stärker zur Kasse bitten. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesparteitag-in-kiel-gruene-fordern-radikalen-wandel-der-wirtschaft-1.1219398> [Stand: 1.12.2011].

<sup>325</sup> Wahlprogramm Bündnis 90/Die GRÜNEN 2009, S. 77. URL: [http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm\\_komplett\\_2009.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm_komplett_2009.pdf) [Stand: 26.8.2011].

<sup>326</sup> Ebd., S. 78.

<sup>327</sup> Ebd., S. 84.

ren Notlage sollten individuelle Leistungen wieder ermöglicht werden.<sup>328</sup> Dabei betrachten die Grünen ihre Vorstöße im Sozialbereich als Teil eines „*Green New Deal*“<sup>329</sup>, der durch Investitionen im ökologisch-sozialen Bereich zu vermehrtem Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen führen soll. Die Besserverdienenden und Vermögenden sollen hierbei die Umverteilung in der Gesellschaft finanzieren. In den Worten der Grünen:

*„Ziel unserer Politik ist ein Sozialstaat, in dem sich Gerechtigkeit mit Freiheit verbindet. Deshalb kämpfen wir für mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit.“*<sup>330</sup>

Diese Einstellungen der Partei und ihrer relevanten Entscheidungsträger sind als deutlich egalitaristisch und etatistisch zu werten, da sie darauf abzielen, eine möglichst homogene Gesellschaft zu schaffen, in welcher die Unterschiede (woraus sie auch resultieren mögen) so weit wie möglich abgeschafft werden. Die Grundforderung der Mehrheit der Partei besagt demzufolge, dass jedem die gleichen Möglichkeiten offenstehen sollen. Im grünen Grundsatzprogramm kommt dabei der Verteilungsgerechtigkeit prinzipiell eine besondere Stellung zu:

*„Gerechtigkeit verlangt eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Das erfordert insbesondere eine Parteinahme für die sozial Schwächsten. Verteilungsgerechtigkeit auch in unserer eigenen Gesellschaft bleibt in Zukunft unverändert von Bedeutung.“*<sup>331</sup>

Auch die Publikationen der Bundestagsfraktion setzen konsequent auf Umverteilung. Geringqualifizierte sollen mit Staatsgeldern besser ausgebildet werden, individuelle Förderung im Schulalter soll jedem schwachen Schüler zuteilwer-

---

<sup>328</sup> Ebd., S. 86.

<sup>329</sup> In Anlehnung an den „New Deal“ Präsident Roosevelts in den 1930er Jahren zur Stärkung der Binnennachfrage.

<sup>330</sup> Wahlprogramm Bündnis 90/Die GRÜNEN 2009, a. a. O., S. 78.

<sup>331</sup> Grundsatzprogramm Bündnis 90/DIE GRÜNEN, a. a. O.

den, Frauen sollen stärker gefördert werden<sup>332</sup> und der Niedriglohnsektor soll kleiner werden<sup>333</sup>. Zwar wird von der Partei versucht, einen Mittelweg zwischen starkem Staat und dem Recht des Individuums zu propagieren:

*„Die Alternative zwischen den Befürwortern eines bevormundend-fürsorglichen Staates und den Propagandisten von ‚Je weniger Staat, desto besser‘ ist überholt. Der Staat soll die öffentlichen Aufgaben nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Er soll sie auch nicht anstelle der Gesellschaft lösen, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen.“<sup>334</sup>*

Trotz dieser theoretischen Absichtserklärung weisen die konkreten politischen Vorstellungen der Partei jedoch deutlich in Richtung eines starken Staates, wie die obigen Beispiele belegen. Daher kann dieser Satz nur als Lippenbekenntnis verstanden werden.

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass auch die Grünen in der Regierungsverantwortung zu Zeiten von Bundeskanzler Schröder die Reformen im sozialen Sicherungswesen mitgetragen haben. Sie haben also durchaus bewiesen, dass zwischen der Rhetorik in parteipolitischen Äußerungen und dem konkreten Regierungshandeln eine Diskrepanz besteht. Während der Regierungsbeteiligung unter Schröder war die Partei maßgeblich von dem „Realo“ Joschka Fischer geprägt, der die Agenda 2010 auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen verteidigte. In einer Rede vor dem Bundestag plädierte er für die Politik der Bundesregierung mit dem Begriff der „*aktivierenden Arbeitsmarktpolitik*“ und bekannte sich zur gemeinsam verantworteten Agenda 2010 mit den sogenann-

---

<sup>332</sup> Parteiintern ist die grundsätzliche Parität bis in die unterste Ebene durchgesetzt. Dies stellt die Partei vor gewisse logistische Probleme, da sich in der Regel in den politischen Parteien mehr Männer engagieren als Frauen, eröffnet aber für ambitionierte Frauen gute Karrierechancen.

<sup>333</sup> Grüne Bundestagsfraktion: Der Armut keine Chance. Existenz sichern, Teilhabe garantieren, Selbstbestimmung ermöglichen. URL: [http://www.gruenebundestag.de/cms/publikationen/dokbin/284/284362.broschuere\\_der\\_armut\\_keine\\_chance.pdf](http://www.gruenebundestag.de/cms/publikationen/dokbin/284/284362.broschuere_der_armut_keine_chance.pdf) [Stand: 8.9.2011].

<sup>334</sup> Ebd.

ten Hartz-IV-Einschnitten<sup>335</sup>. So sieht der Parteienforscher Walter hier den vorläufigen Endpunkt der Entwicklung von einer Protestbewegung zu einer etablierten Partei:

*„Mit diesem Ereignis wurde der Übergang in die achte und bisher letzte Phase in der Geschichte der Partei Bündnis 90/Die Grünen eingeläutet, [...] in deren Verlauf sich die Grünen endgültig zu einer pragmatischen Regierungspartei wandelten und die letzten kritischen Relikte innerhalb der grünen Partei zunehmend marginalisiert wurden.“<sup>336</sup>*

Angesichts des derzeitigen Führungspersonals und der aktuellen programmatischen Darstellung überwiegt dennoch der Eindruck, dass der innerparteiliche Flügel der sogenannten „Fundis“ dominiert. Insofern entspricht die derzeitige Position der Grünen eher der Feststellung von Wolfgang Kersting: *„Der Sozialstaat wird zur Zweitschöpfung, welche die Verteilungsentscheidungen der Erstschoöpfung korrigiert.“<sup>337</sup>* Hubert Kleinert geht in seinem Buch über die Grünen davon aus, dass diese der SPD sehr ähnlich geworden sind.<sup>338</sup> Dies ist teilweise richtig, beide Parteien tendieren definitiv zum Egalitarismus, aber die strikte Haltung der Grünen hinsichtlich der Bandbreite und des Umfangs der Umverteilung lässt sie in diesem Bereich egalitärer erscheinen als die Sozialdemokraten. Diese Auffassung vertritt auch Rudolf van Hüllen in seiner Monografie über die Grünen. Auch wenn diese bereits einige Jahre zurückliegt, hat sich an ihrer grundlegenden Aussage nichts geändert:

---

<sup>335</sup> Fischer, Joschka: Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Joschka Fischer, zum Prozess der Reformen der Agenda 2010 vor dem Deutschen Bundestag am 17. März 2005 in Berlin. URL: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1514/Content/DE/Bulletin/2001\\_\\_2005/2005/03/2005-03-17-rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-joschka-fischer-zum-prozess-der-reformen-der-agenda-.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1514/Content/DE/Bulletin/2001__2005/2005/03/2005-03-17-rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-joschka-fischer-zum-prozess-der-reformen-der-agenda-.html) [Stand: 31.10.2011].

<sup>336</sup> Falter/Klein: Der lange Weg der Grünen, a. a. O., S. 68.

<sup>337</sup> Kersting: Die Bedeutung der Gerechtigkeit, a. a. O., S. 26.

<sup>338</sup> Vgl. Kleinert, Hubert: Aufstieg und Fall der Grünen. Bonn: J. H. W. Dietz Verlag, 1992, S. 388.



*„Das grüne Spektrum hat sich im Verhältnis zu den politischen Auffassungen der Bevölkerung in der Bundesrepublik seit 1980 insgesamt deutlich nach links verschoben, gleichzeitig hat es – im Verhältnis zu den anderen Parteien – an eigener Bandbreite verloren. Während diese 1980 noch nach links über den linken Flügel der SPD hinaus- und nach rechts bis weit in das Spektrum der Unionsparteien hineinreichte, stehen die Grünen 1987 [und 2011; Erg. G. F.] insgesamt deutlich links von allen anderen Bundesparteien [die Linke muss hier natürlich ausgenommen werden, sie gab es aber 1987 noch nicht; Erg. G. F.]“<sup>339</sup>*

Die Umfrage der Bertelsmann Stiftung belegt auch empirisch, dass soziale Gerechtigkeit eines der Hauptthemen der Fraktion ist. Ihr zufolge liegen die Grünen mit ihren Vorstellungen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit<sup>340</sup> noch vor der SPD, die eher das Wohl der Menschen in der Gegenwart im Blick hat und somit weniger bereit ist, zugunsten des zukünftigen Gemeinwohls in einem postmaterialistischen Sinne zurückzutreten. Die Entwicklung der Grünen in der Zukunft ist ungewiss. Die entscheidende Frage ist, ob sie weiterhin den Weg der Staatsgläubigkeit und Umverteilung gehen wollen oder ob sie, neben der FDP, eine Option als nicht egalitaristische Partei anbieten wollen. Im Jahr 2011 scheint dazu allerdings (noch) keine Veranlassung gegeben zu sein, da die Umfragewerte und Wahlergebnisse für die erst seit 1983 parlamentarisch vertretene Partei mehr als zufriedenstellend sind.

### **7.3 DIE LINKE**

Nach der Betrachtung der gemäßigt egalitaristischen Parteien soll nunmehr eine radikal egalitaristische Partei betrachtet werden. Die Partei DIE LINKE nimmt eine Extremposition innerhalb des im Parlament vertretenen politischen Parteienspektrums ein. Wohl in kaum einer anderen deutschen Partei sind der-

---

<sup>339</sup> Van Hüllen: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, a. a. O., S. 419.

<sup>340</sup> Hier verstanden in einer weiten Auslegung (gerade auch unter ökologischen Aspekten).

art unterschiedliche Strömungen anzutreffen wie in der politisch am linken Rand verorteten Linken. Die programmatische Ausrichtung ihrer Mitglieder reicht von Anhängern eines kommunistischen Systems hin zu gewerkschaftlich organisierten und von der SPD enttäuschten ehemaligen Sozialdemokraten.

Dieses Spannungsverhältnis prägt das innerparteiliche Zusammenleben nicht weniger als die Außenwahrnehmung der Partei. Ihre Vorsitzenden sehen sich häufig Anfeindungen aus den unterschiedlichen Lagern ausgesetzt und wechseln aufgrund dieser Vielstimmigkeit häufig ihre Position oder zumindest ihre öffentlichen Verlautbarungen. So kritisierte der ehemalige Landesvorsitzende der Bayerischen Linken, des bayerischen Landesverbandes der Partei, Michael Wendl, das Erfurter Programm, das von der Linken 2011 beschlossen wurde, enthalte „*utopische Forderungen*“ zu Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn<sup>341</sup> und sei ein „*ziemlicher ML-Schrott*“. „ML“ steht für Marxistische Linke, ein fundamentalistischer Parteiflügel.<sup>342</sup>

Auf der einen Seite stehen so diejenigen, die den Sozialstaat im klassischen Sinne einer Stärkung der Arbeitnehmerschaft ausbauen wollen, auf der anderen Seite teilweise linksradikale Dogmatiker, die das System der Bundesrepublik Deutschland als solches in Frage stellen. Angesichts dieser systemfeindlichen Strömungen wird immer wieder die Forderung erhoben, die Partei vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen<sup>343</sup>; in diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel der bayerische Innenminister Joachim Herrmann.<sup>344</sup> Kurz nach der Wende, als der Kommunismus gesellschaftlich nicht en vogue war, bekannte sich der eloquente damalige Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, in einem Interview mit dem SPIEGEL erstaunlich offen zum Kommunismus als der Gesell-

---

<sup>341</sup> Auf die Vorstellung der Linken zum Mindestlohn wird weiter unten ausführlich eingegangen.

<sup>342</sup> „Kleinkrieg und keine Manieren.“ In: Süddeutsche Zeitung vom 8.11.2011, S. R 13.

<sup>343</sup> Was ja auch geschah.

<sup>344</sup> Vgl. der Bayerische Innenminister Herrmann, Joachim: Verfassungsschutz muss Linkspartei beobachten. Interview mit der BILD Zeitung vom 25.10.2011 URL: <http://www.bild.de/politik/inland/joachim-herrmann/bundesverfassungsschutz-muss-linkspartei-beobachten-20623324.bild.html> [Stand: 10.11.2011].

schaftsform, die er anstrebe: „*Dieses Ideal [der Kommunismus; G. F.] ist nach wie vor mein Ideal.*“<sup>345</sup> Er war damit auf einer Linie mit den Vertretern der Kommunistischen Plattform, einem Zusammenschluss innerhalb der LINKEN, die laut ihrer Satzung eine Alternative zum bestehenden kapitalistischen System anstrebt.<sup>346</sup>

Viele Politikwissenschaftler und Demografen haben der Partei und ihren Ideen nach dem Ende der DDR keine lange Zukunft vorausgesagt, was die Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990, 1994, 1998 und 2002 auch zu belegen schienen.<sup>347</sup> Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat jedoch gezeigt, dass dies eine Fehleinschätzung war. Bereits die PDS war im Osten schon immer stark verankert, vor allem aber gelang es der Partei durch den Zusammenschluss mit der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit), auch in den westlichen, den „alten“ Bundesländern Fuß zu fassen. Dem liegt zugrunde, dass die Partei sich nach dem „Abschütteln“ des Images als Postkommunisten breiteren Gesellschaftsschichten öffnen konnte. Bis zur Vereinigung mit der WASG im Jahr 2008 war das linksextreme Spektrum im Westen Deutschlands fragmentiert und keine ernsthafte Regierungsalternative. Im Osten hingegen konnte die PDS bei Kommunal- und Landtagswahlen bereits durchaus beachtliche Erfolge vorweisen.

Von ihrer Geschichte her ist die Partei DIE LINKE aus der Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), und aus der WASG hervorgegangen. Sie hat mit 71.000 Mitgliedern mehr Unterstützer als die beiden anderen kleineren Parteien FDP (65.000) und Bündnis 90/Die Grünen (58.000). Ohne die Vereinigung mit

---

<sup>345</sup> Vgl. Interview mit Gregor Gysi. In: Der SPIEGEL Nr. 51/1989 vom 18.12.89.

<sup>346</sup> DIE LINKE: Satzung der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. URL: <http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistischeplattformderparteiidielinke/satzungderkommunistischenplattformderparteiidielinke/> [Stand: 10.11.2011].

<sup>347</sup> 1990 erhielt die Partei 2,43 Prozent, 1994 waren es 4,39 Prozent, und 1998 schaffte sie mit 5,10 Prozent knapp den Sprung ins Parlament. 2002 scheiterte sie mit 3,99 Prozent an der Fünfprozentklausel. Dennoch gelang es der Partei stets, mit einigen Direktmandaten im Deutschen Bundestag vertreten zu sein.

der WASG hätte die Partei möglicherweise keine gesamtdeutsche Bedeutung erlangt.

Die Gründung der WASG war letztlich eine Reaktion auf die Programmatik der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder, die mit ihrer Agenda 2010 und dem Vorzug der individuellen Leistung respektive dem Rückzug des Staates aus dem Sozialsystem entsprechende Gegenreaktionen im linken Spektrum hervorrief. Die WASG muss als direkte Antwort der SPD-Linken auf den Kurs Schröders verstanden werden. Die PDS weist hingegen eine ganz andere Herkunft und Entwicklung auf. Auf dem letzten außerordentlichen Parteitag im Februar 1990 benannte sich die allmächtige Staatspartei der Deutschen Demokratischen Republik SED in PDS um. Dies war Ausdruck des Bemühens, die zerbrechende Macht der ehemaligen Einheitspartei des Ostens wenn schon nicht im Staat zu erhalten, so doch im Parteienspektrum zu etablieren. Eckhard Jesse bezeichnet die PDS zu Recht nicht als „*Neugründung*“, sondern als „*Nachfolgeorganisation*“.<sup>348</sup> Umfrageergebnisse und Wahlerfolge im zweistelligen Bereich wären aber in den westlichen Bundesländern bzw. auf Bundesebene ohne die Vereinigung mit der WASG nicht möglich gewesen.

Trotz der oben skizzierten unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Partei gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Partei daran zerbrechen könnte. Wesensmerkmal jeder demokratisch organisierten Partei ist das innerparteiliche Ringen um politische Positionen, ohne dass dies den Bestand der Partei insgesamt in Frage stellt. Zuzustimmen ist Matthias Micus, wenn er schreibt:

*„Während die programmatischen Unterschiede [zwischen WASG und PDS; G. F.] einerseits ebenso sehr innerparteiliche wie zwischenparteiliche Meinungsverschiedenheiten spiegeln und sich andererseits bei näherer Betrachtung zumindest teilweise auflösen, sind die inhaltlichen Überschneidungen beträchtlich.“*<sup>349</sup>

---

<sup>348</sup> Vgl. Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen: Die LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei. München: Olzog Verlag, 2008, S. 33.

<sup>349</sup> Micus, Matthias: „Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG“. In: Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Spier, Tim/Walter,

Träumen linke Dogmatiker wie Sahra Wagenknecht<sup>350</sup> von der klassenlosen Gesellschaft, so geben sich Pragmatiker wie Klaus Ernst<sup>351</sup> eher als Kämpfer für die Interessen der Arbeitnehmerschaft. In unterschiedlicher Ausprägung eint die Protagonisten des linken Spektrums jedoch der Wunsch nach gesellschaftlicher Angleichung.

Der ehemalige Vorsitzende der Partei Oskar Lafontaine bringt den einigenden Wunsch nach Gleichheit auf den Punkt, wenn er sich auf Rosa Luxemburg bezieht. Für ihn stellt *„Freiheit ohne Gleichheit Ausbeutung“* dar.<sup>352</sup> Diese Aussage traf der ehemalige Parteivorsitzende auf dem Gründungsparteitag der LINKEN, also durchaus in einem historischen Moment. Auch einer der ideologischen Vordenker der Partei, Dieter Klein, vertritt diese Auffassung. In einem Beitrag für das „Neue Deutschland“ schreibt er:

*„Individuelle Freiheit ist nur unter den Bedingungen sozialer Gleichheit [...] möglich. Formaler Deklaration von Freiheit, die der Mehrheit die Bedingungen wirklicher Freiheit nicht zugesteht, wird ein sozialistisches Freiheits- und Gleichheitskonzept entgegengestellt.“<sup>353</sup>*

Dieses Konzept beinhaltet, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Bildung, Kultur, Arbeit sowie Grundgütern haben müssen.<sup>354</sup> Eckhard Jesse bringt ihn seiner Monografie über die Linkspartei den Kerngedanken dieser Idee auf

---

Franz (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden: VS Verlag, 2007, S. 199.

<sup>350</sup> Stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN.

<sup>351</sup> Gründungsmitglied der WASG und derzeit Vorsitzender der LINKEN.

<sup>352</sup> Lafontaine, Oskar: „Wir haben noch große und schwere Aufgaben vor uns“. Rede auf dem 1. Bundesparteitag vom 24. und 25. Mai 2008. URL: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1parteitag2008/reden/oskarlafontaine/?PHPSESSID=37728b31e3ea04d9a3ed2bf9868c5e4b> [Stand: 9.11.2011].

<sup>353</sup> Klein, Dieter: „Zeitgemäße sozialistische Programmatik oder brutalstmögliche Totalkritik“. In: Neues Deutschland 23/2001. URL: <http://www.rosalux.de/publication/13816/zeitgemaese-sozialistische-programmatik-oder-brutalstmoegliche-totalkritik-1.html> [Stand: 12.11.2011].

<sup>354</sup> Ebd.

den Punkt: Freiheit sei bei den LINKEN nicht Individualrecht, sondern Kollektivrecht.<sup>355</sup> Die Linken sehen Freiheit weniger im klassisch-liberalen Sinne als Recht des Einzelnen, einen individuellen Lebensentwurf zu verwirklichen, sondern eher als Recht *aller*, einen Anspruch auf gewisse Grundgüter gegenüber dem Staat zu verwirklichen. Jeder soll die Freiheit dazu haben, das Gleiche zu erreichen wie andere. Dies kann in der Konsequenz auch dazu führen, dass Menschen Dinge erlangen, die sie dem klassisch-liberalen Freiheitsverständnis zufolge, welches auf den mündigen, leistungsbereiten Bürger setzt, nicht unbedingt erreichen. Beispielsweise zeigt sich dies im Bereich der Arbeit: Nach Vorstellung der LINKEN soll kein Beruf mehr irgendjemandem verschlossen sein, sondern möglichst allen offenstehen; vor allem aber soll es einen Rechtsanspruch auf Arbeit geben. Freiheit kann für die LINKEN nur dann verwirklicht werden, wenn die Schranken der Ungleichheit, ganz gleich, worauf diese beruhen, niedergerissen werden.

Gerade der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist für die Partei untrennbar mit dem Ideal einer egalitären Gleichheit verbunden. Arbeitslosigkeit wird nicht dem Versagen des Individuums angerechnet, sondern vielmehr den gesellschaftlichen Bedingungen. Im kapitalistischen System kann dem zufolge der Mensch seine Freiheit und sein Recht auf Arbeit nicht verwirklichen. In Art. 24 der Verfassung der DDR war festgehalten worden, dass jeder Mensch ein Recht auf Arbeit habe. Gleichzeitig sah das Strafgesetzbuch des sozialistischen Staates in § 249 vor, dass jeder Mensch, der sich *„aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht“*, mit einer Strafe von zwei Jahren Gefängnis bestraft werde. Das individuelle Recht auf Müßiggang existierte also im SED-Staat nicht.

Soziale Gleichheit ist für die LINKE somit nicht nur ein Desiderat, sondern ein absolutes Recht, welches durch den Staat verwirklicht werden muss. Das Gesellschaftssystem, welches die Partei anstrebt, ist demnach geprägt von einer grundlegenden Änderung des Rechtssystems. So findet sich im Programm der

---

<sup>355</sup> Vgl. Jesse/Lang: Die LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, a. a. O., S. 202.

PDS von 1993 auch noch die bekannte Passage, dass der Kapitalismus als Gesellschaftssystem überwunden werden muss:

*„Gemeinsam sind wir der Ansicht, dass der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur, den militärischen Charakter der internationalen Beziehungen, die Krise der globalen Ökosphäre und das unbeschreibliche Elend vor allem auf der südlichen Hemisphäre. Wir sind uns daher einig, dass die Herrschaft des Kapitals überwunden werden muss.“<sup>356</sup>*

Die Grundwerte, die die Partei DIE LINKE ausmachen, sind ganz andere als die der übrigen Parteien. Problematisch erscheint die Lesart von Matthias Micus. Er sieht das Programm der Linkspartei/ PDS ähnlich wie die Programmatik der SPD nach Godesberg:

*„Zwar gebrauchen die Programmschreiber auch im aktuellen Grundsatzpapier wiederholt den Begriff ‚Sozialismus‘ oder ‚sozialistisch‘, wenn sie Ziel und Selbstverständnis der PDS beschreiben, sie kennzeichnen damit aber, polemisch formuliert, den Sozialismus einer nicht sozialistischen Partei, den Sozialismus der Nach Godesberg SPD.“<sup>357</sup>*

Im Godesberger Programm verabschiedete sich die SPD von sozialistischen Ideen und öffnete sich einer wirtschaftsfreundlichen Politik. Insofern ist diese Aussage kaum nachvollziehbar. In dieselbe Richtung argumentiert auch Eckhard Jesse; dennoch erscheint seine These nicht unbestreitbar, wenn er pauschal schreibt, die Partei stelle die Werte des demokratischen Verfassungsstaats

---

<sup>356</sup> Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus von 1993, S. 1. URL: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/ADS/PDS-Parteiprogramm\\_1993.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ADS/PDS-Parteiprogramm_1993.pdf) [Stand: 12.11.2011].

<sup>357</sup> Micus: „Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG“, a. a. O., S. 199.

tes zur Disposition.<sup>358</sup> Eine per se verfassungsfeindliche Einstellung ist der Partei nicht nachzuweisen. Im deutschen Grundgesetz ist nicht festgeschrieben, dass das Gesellschaftssystem Deutschlands zwangsläufig ein kapitalistisches System sein muss. Selbst wenn die LINKE mehrheitlich den Sozialismus respektive langfristig den Kommunismus einführen will, würde dies nicht unbedingt die Verfassung verletzen. Allenfalls Art. 14 (Schutz des Eigentums) könnte tangiert werden, und selbst hier gibt es laut Grundgesetz die Ausnahme, sofern das Wohl der Allgemeinheit eine Enteignung verlangt.

Auf dem Erfurter Parteitag vom 21. bis zum 23. Oktober 2011 wurde das aktuelle Parteiprogramm der LINKEN beschlossen. In ihm beruft sich die Partei auf die Werte der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts und deren Wertekanon von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Programmatiker der Linken entwickeln aber den Gleichheitsbegriff, der sich in diesen Revolutionen hauptsächlich auf die Abschaffung der ständischen Ungleichheit und der durch sie errichteten gesellschaftlichen Schranken bezog, dergestalt weiter, dass auch wirtschaftlich alle Ungleichheiten beseitigt werden müssten. Waren die Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts noch von der Idee getragen, dass die Vorherrschaft von Adel und Klerus zu brechen sei, so beziehen sich die Ideen der Linken in erster Linie auf eine wirtschaftliche und materielle Gleichheit, um die sozialen Unterschiede (reicher Fabrikbesitzer vs. armer Arbeiter) auszugleichen. Dementsprechend steht im Programm:

*„Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals und aus patriarchalen Verhältnissen*

---

<sup>358</sup> Vgl. Jesse/Lang: Die LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, a. a. O., S. 207.



*verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen.*<sup>359</sup>

Die Partei vertritt die Meinung, die Kohärenz einer Gesellschaft hänge maßgeblich davon ab, materielle Ungleichheiten auf ein Minimum zu reduzieren bzw. im besten Fall komplett abzuschaffen. Insbesondere das kapitalistische System mit dem Grundsatz, dass derjenige, der viel leistet, auch viel erhält, wird von den Linken als problematisch betrachtet, da dies zu sozialen Spannungen führt und somit insgesamt schädlich ist. *„Ausuferndes Gewinnstreben und wachsende materielle Ungleichheit zersetzen die Gesellschaft von innen.“*<sup>360</sup>

Die Gesellschaft, die den Linken vorschwebt, unterscheidet sich fundamental von der Gesellschaft, die die „etablierten“ Parteien tragen. Sie ist geprägt von dem Wunsch nach Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand für alle Schichten. Dies impliziert das egalitaristische „Downgrading“ Wohlhabender: Ist der Reichtum eines Volkes nicht gleichmäßig verteilt, muss der Staat für einen Ausgleich unter den Bürgern sorgen. Die LINKE schreibt in ihrem Parteiprogramm:

*„Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf private Millionenvermögen. Wir fordern zugleich eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen. Dies alles ist auch wichtig, um die extreme Ungleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern. [...] Wir fordern die kräftige Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer.“*<sup>361</sup>

Die Linken fordern also einen Wandel der Einkommensverhältnisse, die in der Regel mit höherem wirtschaftlichem Wohlstand verbunden sind. Sie treffen da-

---

<sup>359</sup> Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011, S. 7. URL: [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf) [Stand: 18.11.2011].

<sup>360</sup> Ebd., S. 18.

<sup>361</sup> Ebd., S. 31.

mit den „Nerv der Zeit“, da auch viele Bürger der Ansicht sind, dass sich Leistung ohnehin nicht rechne. Die Bürger gehen einer Erhebung des Forschungsinstituts „infas“ zufolge zu 70 Prozent nicht davon aus, dass die Menschen die gleichen Chancen im Leben haben.<sup>362</sup>

Ein weiterer Punkt in der Programmatik der Linkspartei, der ihre egalitaristische Einstellung belegt, ist die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns.<sup>363</sup> Im Jahr 2011 betrug das Jahresdurchschnittsgehalt eines Deutschen 40.642 Euro.<sup>364</sup> Demzufolge würden die LINKE für einen Mindestlohn in Höhe von 24.385,20 Euro plädieren, pro Monat wären dies 2.032 Euro. Auch innerhalb der Linkspartei war diese Forderung nicht unumstritten. So scheint die Aussage des ehemaligen Landesvorsitzenden von Bayern (s. o. S. 159), das Programm enthalte „utopische Forderungen“, vor dem Hintergrund eines sehr hohen Mindestlohnes, der als Ziel gesetzt wird, durchaus berechtigt. Zu einem bedingungslosen Grundeinkommen konnte sich die Partei nicht durchringen, dies soll aber in der parteiinternen Diskussion weiterhin erörtert werden.<sup>365</sup>

Die Reformen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme waren ein Hauptgrund, warum die damalige WASG und die PDS enormen Zulauf erhielten. Im Gründungsjahr verwies Klaus Ernst darauf, die LINKE sei die Antwort auf die Agenda 2010 von Kanzler Schröder, und erfuhr für diese Einschätzung enormen Zuspruch. Die Partei positionierte sich links von der SPD und den Grünen und suchte die bewusste Abgrenzung zu diesen Parteien. Im Parteiprogramm von 2011 wird immer noch die Forderung vertreten, „Hartz IV“ müsse weg. Die Sanktionen, die Arbeitsunwilligen durch die Sozialgesetzgebung auferlegt wur-

---

<sup>362</sup> Der SPIEGEL: Umfrage in Deutschland. Leistung lohnt sich nicht. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,798150,00.html> [Stand: 16.11.2011].

<sup>363</sup> Vgl. Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011, a. a. O., S. 27.

<sup>364</sup> Focus: Gehälter. URL: [http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/gehaelter\\_aid\\_111927.html](http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/gehaelter_aid_111927.html) [Stand: 18.11.2011].

<sup>365</sup> Vgl. Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011, a. a. O., S. 33.

den, müssen, so das Parteiprogramm, abgeschafft werden. Arbeitssuchende sollten das Recht haben, konkrete Arbeitsangebote auch abzulehnen.<sup>366</sup>

Der gerade aus dem liberalen Lager geforderten Eigenleistung stellen die Linken ihr Konzept des Sozialstaats gegenüber. Ein möglichst umfassender Sozialstaat mit einer möglichst hohen Staatsquote<sup>367</sup> soll dafür sorgen, dass auch diejenigen Arbeit finden, die Schwierigkeiten haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Beruf zu finden. Dies beinhaltet die Schaffung zahlreicher einfacher Arbeitsplätze im staatlichen Bereich, um Arbeit für die Menschen zu gewährleisten. Hier zeigt sich ein indirekter Egalitarismus, insofern die neu zu schaffenden Stellen von der Bezahlung her wohl auf ähnlicher Stufe liegen würden. Auf Seite 16 des aktuellen Parteiprogramms liest man:

*„Statt für mehr Leistungsgerechtigkeit steht sie [die neoliberale Politik; G. F.] für eine rabiate Umverteilung zu Lasten der Arbeitenden und zum Vorteil leistungsloser Einkommen aus Kapital. Mehr Eigenverantwortung statt Sozialstaat hat zu mehr Ausgrenzung und Armut geführt.“<sup>368</sup>*

Das Zutrauen in die individuelle Leistung ist also für die Linken negativ besetzt bzw. wird dergestalt interpretiert, dass die Wohlhabenden ihre ohnehin schon starke Basis auf Kosten der Schwächeren weiter ausbauen. Eine Politik der Umverteilung soll dazu beitragen, die Ungleichheit in der Gesellschaft zu beseitigen.

Eine weitere wichtige Forderung der LINKEN ist die Überführung „strukturbestimmender Bereiche“ in Gemeinschaftseigentum. Konkret sollen Banken, Energiekonzerne, Großindustrie sowie Versicherungen<sup>369</sup> in öffentliches Eigen-

---

<sup>366</sup> Vgl. Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011, a. a. O., S. 5.

<sup>367</sup> Anteil der staatlich bedingten Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung eines Volkes; in Deutschland beträgt sie ca. 46 Prozent.

<sup>368</sup> Vgl. Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011, a. a. O., S. 16.

<sup>369</sup> Ebd., S. 9, 29, 47.

tum übergehen. Welche weiteren Bereiche als „strukturbestimmend“ angesehen werden, lässt die Partei bewusst offen.

*„Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden.“<sup>370</sup>*

Diese Forderung ist nichts anderes als ein enteignungsgleicher Eingriff, der dazu führt, dass die Eigentümer um ihren Besitz gebracht werden. Nachdem die Partei bewusst offenlässt, wie weit eine „Vergesellschaftung“ gehen soll, kann man die These aufstellen, dass jeder Betrieb, der ein Produkt herstellt, „strukturbestimmend“ ist. Letztlich kann mit der zitierten Aussage bei weiter Auslegung jeder Kleinbetrieb enteignet werden.

Die so formulierten programmatischen Ziele sind von ihrem Wesen her deutlich als egalitaristisch zu werten, insofern sie das unverkennbare Bestreben anzeigen, Ungleichheit zu verringern – auch wenn dies bedeutet, Aktionäre oder Fabrikbesitzer um ihre Betriebe zu bringen, die in Zukunft der Gemeinschaft (unerheblich ob staatlich, kommunal, genossenschaftlich oder belegschaftlich) gehören werden. Die Ungleichheit durch den unterschiedlichen Besitz wird zugunsten eines gemeinschaftlichen Besitzes aufgegeben. Da die LINKE auf Bundesebene jedoch bislang keine Regierungsverantwortung getragen hat und die genannten Maßnahmen Bundesrecht betreffen, kann keine klare Aussage getroffen werden, wie sich Parteiprogrammatik und Regierungshandeln unterscheiden bzw. inwieweit die Parteivorstellungen Eingang in das Handeln einer Regierung unter Beteiligung der LINKEN finden würde.

Vergleicht man die Positionen der Partei mit denen der SPD, dann erscheint eine Vereinigung mit der SPD nahezu ausgeschlossen. Auch Gregor Gysi sieht derzeit wenige Schnittmengen mit der SPD. In einem Interview mit der „Bild am

---

<sup>370</sup> Vgl. Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011, a. a. O., S. 23.

Sonntag“ im Jahr 2009 lehnt er solche Gedanken klar ab: *„Alles, was in meiner Macht steht, werde ich gegen eine Vereinigung tun.“* In Gysis Augen will die SPD lediglich den Kapitalismus sozialer gestalten, er aber sei der Ansicht, dass der Kapitalismus *„nicht die letzte Antwort der Geschichte sei.“*<sup>371</sup> Rein strategisch macht diese Positionierung durchaus Sinn, gibt es doch keine ernstzunehmende Partei, die programmatisch mehr Gleichheit anstrebt. Die SPD ist durch die Reformen Schröders für viele Egalitaristen unwählbar geworden, und die LINKE hat den Vorteil, vielen als die einzige mögliche Alternative zu erscheinen. Für die SPD ist dies besonders schmerzlich, da die LINKE viele ehemalige SPD-Wähler anzieht und damit die Sozialdemokraten einerseits wertvolle Stimmen kostet und andererseits programmatisch von links unter Druck setzt. Insofern ist der Wunsch des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Beck nachvollziehbar, wenn er im Interview konstatiert: *„Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die demokratische Linke irgendwann wieder in der SPD zusammenfinden wird.“*<sup>372</sup>

#### 7.4 CDU/CSU

Gerade der Union wird in vielen Zeitungsartikeln vorgeworfen, dass sie immer mehr nach links drifte<sup>373</sup> und den konservativen Kern der Partei vernachlässige. Gerade unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel sei das konservative Profil zugunsten einer großstädtischen Liberalität ersetzt und damit das Wesen des Konservatismus erschüttert worden. Dieser Einschätzung liegen einige jüngere Entwicklungen zugrunde, die sie zu stützen scheinen, zum Beispiel die Abschaffung der Wehrpflicht, der Ausstieg aus der Atomenergie, die kritische Haltung zur Hauptschule oder eben auch die Mindestlohndebatte. Ferner negiert die CSU beispielsweise in der Öffentlichkeit, dass Deutschland ein Einwande-

---

<sup>371</sup> Zitiert nach Welt online: Gysi lehnt Vereinigung mit der SPD strikt ab. URL: <http://www.welt.de/politik/article4968491/Gysi-lehnt-Vereinigung-mit-der-SPD-strikt-ab.html> [Stand: 19.11.2011].

<sup>372</sup> Spiegel.de: Beck fühlt sich völlig frei bei Entscheidung über K-Frage. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,550017,00.html> [Stand: 19.11.2011].

<sup>373</sup> Vgl. z. B. das Interview mit Angela Merkel in der Wirtschaftswoche vom 31.8.2009.

rungsland ist, fordert aber gleichzeitig, die Menschen müssten sich hier besser integrieren können.<sup>374</sup> Damit formuliert sie Konsequenzen aus einer so indirekt doch akzeptierten Zuwanderung. Homosexualität wird zwar kritisch gesehen, aber dennoch spricht sich die Union für neue Arten des Zusammenlebens aus, sofern dabei gewisse Werte gewahrt bleiben. Die Abtreibung wird von der Kirche als unchristlich angesehen, die christlichen Parteien hingegen akzeptieren sie. Das konservative Profil wird zwar nach außen hin immer noch hochgehalten, in der Realität kämpft die Partei wohl aber nicht mit voller Verve gegen gesellschaftliche Veränderungen. Der homosexuelle Bürgermeister der zweitgrößten deutschen Stadt Hamburg, Ole von Beust, aus einer Partei, die das Christlich im Namen trägt, personifiziert dieses Paradoxon.

CDU und CSU sind parteiengeschichtlich Neuschöpfungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Vorläuferparteien waren die christlichen, konservativen aber auch liberalen Parteien, die durch die partielle Kollaboration mit den Nationalsozialisten desavouiert waren. Nachdem die kontinuierliche Entwicklung der christlichen Parteien im Nationalsozialismus abgebrochen war, wofür das Ende der Zentrumspartei (auf der katholischen Seite), der Deutschkonservativen Partei, der Bayerischen Volkspartei oder auch der Deutschnationalen Volkspartei<sup>375</sup> steht, fehlte nach 1945 eine politische Kraft, die die christlichen Werte zusammen mit bürgerlichen Gedanken und antikommunistischen Ansichten bündeln konnte. Diese Lücke füllte die CSU in Bayern und die CDU in den restlichen (west-)deutschen Bundesländern. Die zunehmende Abnahme des Stadt-Land-Gegensatzes, der konfessionellen Gegensätze sowie der traditionellen Wahlmilieus ermöglichte das Wachstum dieser neuen Volkspartei.

---

<sup>374</sup> Zeit online: CSU sieht in Deutschland kein Einwanderungsland. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/csu-parteitag-einwanderung-integration> [Stand: 19.8.2011].

<sup>375</sup> Aufgrund der Koalition mit Hitler wollen manche CDU/CSU-Anhänger diese Partei nicht als Vorläuferorganisation anerkennen.

Die Unionsparteien galten lange als konservative Garanten der Stabilität für soziale Gerechtigkeit verbunden mit sozioökonomischem Sachverstand.<sup>376</sup> Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg war die deutsche Gesellschaft relativ homogen; so hatten in etwa alle Bürger gleich viel bzw. gleich wenig Geld und der Wiederaufbau musste in Angriff genommen werden; gleichzeitig schlug die Stunde der Fleißigen und Strebsamen. Nach den Erfahrungen im zweiten Weltkrieg zeigte sich in der deutschen Bevölkerung eine gewisse Sehnsucht nach orientierungsgebenden Werten und einer wieder an Stabilität gewinnenden Ordnung. Gerade die Wirtschaft war durch die Kooperation mit den Nazis und den jahrzehntelangen Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern diskreditiert. Linke Kräfte sahen vielfach den Kapitalismus als Nährboden für den Faschismus an und machten ihn mitverantwortlich für die verhängnisvollen Entwicklungen der letzten zwölf Jahre. Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik musste sich also neu erfinden, und es schien weitgehend Konsens zu sein, einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzuschlagen. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft füllte die Lücke zwischen den beiden Extremen. Das Konzept sah vor, eine Gesellschaft aufzubauen, die, basierend auf freier wirtschaftlicher Betätigung, jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen sollte.

Die Parteien mit dem C im Namen repräsentierten dieses Konzept und standen damit für die Sehnsucht vieler Deutscher nach Ausgleich der widerstreitenden Interessen. Der Slogan Adenauers „Keine Experimente“ brachte den Wunsch nach Ordnung angesichts der Wirren der Nachkriegszeit exemplarisch zum Ausdruck. Die Deutschen der 1950er und Anfang der 1960er Jahren waren damit beschäftigt, Wohlstand aufzubauen und für sich und ihre Familie ein angenehmes Leben zu schaffen. Möglicherweise wurden dabei manche Sünden der Vergangenheit, in der die christliche Nächstenliebe versagt hatte, gerne „unter den Tisch gekehrt“.

---

<sup>376</sup> Im Folgenden werden die konservative CDU und ihre bayerische Schwesterpartei CSU zusammen betrachtet, da sie im Bundestag geschlossen abstimmen und gemeinsam ihre Wahlprogramme vorstellen.

Das christliche Menschenbild ist geprägt von dem Streben nach gegenseitiger Hilfe und Achtung. Gemäß der christlichen Vorstellung darf niemand zurückgelassen werden, vielmehr gilt es, den Dualismus zwischen Individuum und Gesellschaft zum beiderseitigen Wohle aufzulösen. Es gilt, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, ein erfülltes Leben zu führen. Dem widerspricht ein zügelloser Kapitalismus, bei dem der Wert des Individuums weniger stark ausgeprägt ist, wenn er zum Beispiel unter unmenschlichen Bedingungen in Fabriken oder Minen arbeiten muss. Auf dieser Sichtweise gründet sich auch das Wertegerüst der Unionsparteien. Zuzustimmen ist Udo Zolleis, wenn er konstatiert, dass die CDU, basierend auf ihrem christlichen Menschenbild, einen „*kollektivistischen Staatsozialismus*“ ebenso ablehnt, wie einen „*ungezügelter Kapitalismus*“.<sup>377</sup> Dies war quasi die Staatsraison der Partei von Beginn an, und es stellt sich die Frage, inwiefern es immer noch das Fundament der sozial- und wirtschaftspolitischen Anschauungen der Union zum Ausdruck bringt.

Bis zur ersten großen Koalition im Jahr 1966 regierte die CDU/CSU allein bzw. gemeinsam mit der FDP und der rechtskonservativen Deutschen Partei.<sup>378</sup> Die Partei verstand sich als konservativer bzw. bürgerlicher Gegenpart zur damals noch weiter links stehenden SPD.<sup>379</sup> Die politischen Entscheidungsträger der CDU/CSU in den Anfangsjahren der Republik prägten dabei entscheidend das Bild der jungen BRD als sozialer Bundesstaat, wie es auch im Grundgesetz seinen Niederschlag fand. So mussten nach dem Krieg hunderttausende Flüchtlinge und Kriegsversehrte in die Gesellschaft integriert werden. Mangel an Wohnraum und den verschiedensten Gütern des täglichen Lebens prägten das Deutschland der ersten Nachkriegsjahre. Teile des Landes waren relativ arme Agrargebiete,<sup>380</sup> und ein Großteil der Städte war durch den Krieg zerstört worden. Mit der Unterstützung der Alliierten und einer konsequenten Westbin-

---

<sup>377</sup> Vgl. Zolleis, Udo: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 75.

<sup>378</sup> Mittlerweile politisch marginalisiert.

<sup>379</sup> Vgl. hierzu die Entwicklung der SPD und den Parteitag von Bad Godesberg als Wendepunkt in der ideologischen Ausrichtung der Sozialdemokratie.

<sup>380</sup> Unter anderem Bayern.



derung gelang es den Deutschen, wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen, die industrielle Produktion in Gang zu setzen, neue Produkte zu entwickeln und durch den Export sowie die anziehende Binnennachfrage zu einer der größten Wirtschaftsnationen der Welt aufzusteigen. Anfangs war gerade die Binnennachfrage von ausschlaggebender Bedeutung, da viele Güter zerstört worden waren und moderne Konsumgüter wie elektronische Produkte zwar langsam, aber mit den Jahren doch zunehmend für breite Bevölkerungsschichten zugänglich und erschwinglich wurden. Das viel gelobte Wirtschaftswunder mit seinem wachsenden Wohlstand, aber auch einer damit zusammenhängenden zunehmenden sozialen Ungleichheit hatte begonnen. Dennoch ließ das christliche Menschenbild keine Entwicklung wie in den Vereinigten Staaten zu, die Millionen Menschen von der Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben ausschloss, wengleich die große Zeit der Sozialgesetzgebung ihren Höhepunkt erst unter Willy Brandt erreichen sollte.

Die Parteienforschung geht davon aus, dass die CDU zu Beginn der Bundesrepublik in den 1950er Jahren kaum mehr als ein Hilfsorgan der Regierung und der Fraktion gewesen ist und dass sich das Selbstbewusstsein der Partei erst in den Jahren der Opposition, also mit Beginn der sozialliberalen Koalition, entwickelt hat.<sup>381</sup> Dies war nicht nur ein bei der CDU zu beobachtendes Phänomen, sondern lässt sich bei allen Parteien feststellen. Der Umstand, dass in der modernen Demokratie die Gefahr besteht, bei der nächsten Wahl nicht mehr in der Regierungsverantwortung zu stehen und damit auch keinen Zugriff mehr auf die Expertise der Ministerien und Fraktionen zu haben, führt dazu, dass die Parteien eigene Expertenteams zusammenstellen, die die komplexen gesellschaftlichen Fragen erörtern und wesentliche Impulse in die Fraktionen wie auch in die Regierung senden. Hinsichtlich der Parteiprogrammatik bedeutete dies, dass zunächst (bis zum Aufbau funktionierender Strukturen) weniger die Mitglieder der Partei ihre Ausrichtung festlegten, sondern eher die Experten aus dem Kanzleramt, den Ministerien und der Fraktion.

---

<sup>381</sup> Vgl. Schönbohm, Wulf: „Die CDU wird moderne Volkspartei“. In: Gotto, Klaus/Hockerts, Hans Günther/Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Stuttgart: Klett-Cotta, 1985, S. 295.

Als in den frühen 1950er Jahren die wirtschaftliche Not noch sichtbar und vor allem auch fühlbar war<sup>382</sup>, gab es unter Führung des dem linken Flügel der Union zuzurechnenden Karl Arnold eine Ablehnung des uneingeschränkten Kapitalismus und der zunehmenden Kapitalakkumulation.<sup>383</sup> Konkret äußerte sich diese Forderung im sogenannten Hamburger Programm zur Bundestagswahl 1953:

*„Durch die soziale Marktwirtschaft haben wir die produktiven Kräfte des Volkes von den Lähmungen der Zwangswirtschaft befreit und durch Leistungswettbewerb zur Entfaltung gebracht.“<sup>384</sup>*

Im gleichen Programm liest man wenige Seiten weiter:

*„Die Schaffung von Miteigentum [am Betrieb; G. F.] ist durch den Staat zu fördern und durch freiwillige Vereinbarungen auf der Grundlage einer Rahmengesetzgebung zu verwirklichen. Neben dem Eigentum am eigenen Betrieb ist ein System des mittelbaren Eigentums da zu ermöglichen, wo direkte Beteiligungen nicht zu verwirklichen sind. Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigentum sind keine Lösungen der sozialen Frage. Miteigentum am Betrieb ist soziale Tat jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und dient der sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft.“<sup>385</sup>*

Die CDU stand somit auch vier Jahre nach den berühmten „Düsseldorfer Leitsätzen“ zur sozialen Marktwirtschaft, ist es doch durchaus in deren Sinne, Arbeiter an ihrem Betrieb zu beteiligen. Konsequenterweise wurde der Ansatz der paritätischen Mitbestimmung jedoch nicht. Auf dem Düsseldorfer Parteitag 1971 entschied sich die Partei gegen die gleichen Mitbestimmungsrechte der Arbeit-

---

<sup>382</sup> Vgl. Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949. Stuttgart: DVA, 1983, S. 435ff.

<sup>383</sup> Vgl. Zolleis: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, a. a. O., S. 115.

<sup>384</sup> Hamburger Programm der CDU 1953. URL: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Bundestag/1953\\_Hamburger-Programm.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Bundestag/1953_Hamburger-Programm.pdf) [Stand: 11.10.2011].

<sup>385</sup> Ebd.

nehmer. So warnte der ehemalige Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger sogar vor dem Ende der sozialen Marktwirtschaft, falls zu viel Gleichberechtigung in den Betrieben eingeführt werde:

*„Wir meinen jedoch – und darin unterscheiden wir uns von den Sozialausschüssen – dass die Mitbestimmung mit der Parität eine neue, eine systemverändernde Dimension erhält, eine Dimension, die es unseren Gegnern sogar erlaubt, dieser Mitbestimmung eine systemüberwindende, eine die soziale Marktwirtschaft zerstörende Dimension zu geben.“<sup>386</sup>*

Die Furcht vor zu viel Gleichheit konnte sich demnach gegen den Wunsch nach Parität durchsetzen, und die Union legte ihre Präferenz zugunsten des Wirtschaftsflügels und damit gegen die Arbeitnehmerschaft und gegen die klassenüberschreitende Idee des Egalitarismus fest.

Insgesamt erarbeitete die CDU sechs Programme, die als Grundsatzprogramme der Partei angesehen werden können.<sup>387</sup> Wie ein roter Faden zieht sich durch die Parteiprogrammatik die Anerkennung der sozialen Marktwirtschaft und der Versuch, einen Ausgleich zwischen den Interessen der weniger vermögenden Bevölkerungsschichten und den Interessen der Kapitaleigentümer zu schaffen. Betrachtet man das aktuelle Grundsatzprogramm der CSU von 2007, zeigt sich, dass der Begriff der Leistung und Selbstverantwortung der Menschen in den Vordergrund gestellt wird. In dieser Deutlichkeit erscheint der Begriff neu. Es wurde noch vor Beginn der Finanzkrise und vor der damit einhergehenden Dämonisierung des Marktes erstellt; möglicherweise würde 2011 ein Parteiprogramm wieder mehr auf einen starken Staat setzen. Im Vergleich zu den vorherigen, doch eher ausgleichend-moderaten Programmen der Union ist

---

<sup>386</sup> Dregger, Alfred: Rede von Alfred Dregger auf dem Düsseldorfer Parteitag, 25.–27. Januar 1971. Protokoll, S. 259. URL: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle\\_Bundesparteitage/1971-01-25-27\\_Protokoll\\_18.Bundesparteitag\\_Duesseldorf.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1971-01-25-27_Protokoll_18.Bundesparteitag_Duesseldorf.pdf) [Stand: 9.11.2011].

<sup>387</sup> Das Ahlener Programm (in Verbindung mit den Düsseldorfer Leitsätzen) von 1947/1949, das Hamburger Programm von 1953, das Berliner Programm von 1968, das 1. Grundsatzprogramm (1978), das 2. Grundsatzprogramm (1994) sowie das 3. Grundsatzprogramm (2007).

das 3. Grundsatzprogramm von 2007 definitiv non-egalitaristisch. Zum Beispiel liest man aus dem Bereich der Entwicklungshilfe: *„Wir wollen die schöpferischen Kräfte der Menschen unterstützen.“* Die CSU will dazu marktwirtschaftliche Strukturen auch in Entwicklungsländern aufbauen.<sup>388</sup> Weiter liest man im Programm über die Sozialpolitik:

*„Die CSU handelt für Chancengerechtigkeit und will Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Die CSU handelt für Generationengerechtigkeit. Unsere soziale Verantwortung gilt auch unseren Nachkommen. Die CSU stärkt die Verantwortungsgemeinschaft aller Bürger füreinander und für das Gemeinwohl.“*<sup>389</sup>

In ihrem Grundsatzprogramm hat die CSU sogar ein eigenes Kapitel der (individuellen) Leistung gewidmet. Unter dem Titel *„Starke Leistungskultur“* liest man im Programm:

*„Wir fördern und fordern Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. [...] Wir schaffen Freiräume und setzen Leistungsanreize. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir fördern Leistung.“*<sup>390</sup>

Daran zeigt sich mit Blick auf die Frage, ob die christlichen Parteien eher dem Egalitarismus oder dem Non-Egalitarismus zuneigen, dass sie ihr Vertrauen in die Kräfte des Individuums setzen und die staatlichen Verteilungsaufgaben auf das grundsätzliche Bereitstellen einer funktionierenden Infrastruktur zur Herstellung der Chancengleichheit beschränken wollen.

Erstmals tauchen die Begriff „Gleichheit“ und Gerechtigkeit im sogenannten 1. Grundsatzprogramm von 1978 explizit auf. Die Gleichheit wird ganz im klassischen Sinne auf die Gleichheit vor dem Gesetz beschränkt. In der Tradition der liberalen Freiheitsrechte betont die Partei:

---

<sup>388</sup> 3. CSU-Grundsatzprogramm von 2007, S. 172. URL: <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf> [Stand: 11.10.2011].

<sup>389</sup> Ebd., S. 100.

<sup>390</sup> Ebd., S. 35.

*„Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle, auch für die, denen geholfen werden muß, ihr Recht wahrzunehmen. Recht schützt vor Willkür und Machtmissbrauch.“<sup>391</sup>*

Weitgehende Anspruchsrechte, um die Ungleichheit im Staat zu verringern, werden aber expressis verbis abgelehnt, stattdessen wird die Chancengerechtigkeit, besonders im Bildungsbereich, hervorgehoben:

*„Chancengerechtigkeit schließt den Versuch aus, die menschlichen Existenzen als solche gleichzumachen. Wer dies wollte, dürfte nicht Chancen versprechen, weil sie immer nur nach den unterschiedlichen persönlichen Anlagen des einzelnen genutzt werden können. Er müßte Gleichheit der Ergebnisse zusagen und damit von der Vorstellung ausgehen, als wäre der Mensch total verfügbar. Wer die Menschen gleichmachen will, leugnet ihr zur freien Selbstbestimmung geschaffenes verantwortliches Wesen. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Gerechtigkeit schließt die Anerkennung persönlicher Anstrengung und Leistung ein.“<sup>392</sup>*

Trotz dieser Positionierung bekennt sich die Partei zu ihrer Verantwortung gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer individuellen Lebensumstände nicht zu den Leistungsträgern gehören. So liest man im Programm von 1978 weiter:

*„Gerechtigkeit gebietet, ausgleichende Maßnahmen zugunsten derer zu treffen, die sonst zurückbleiben würden. Hilfe ist vor allem für die Menschen bestimmt, welche nur unzureichend zur Selbsthilfe befähigt sind.“<sup>393</sup>*

---

<sup>391</sup> 1. Grundsatzprogramm der CDU von 1978, S. 6. URL: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Beschluesse/1978\\_Grundsatzprogramm\\_Ludwigshafen.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigshafen.pdf) [Stand: 1.12.2011].

<sup>392</sup> Ebd. S.7

<sup>393</sup> Ebd., S. 7.

Der zweite Halbsatz ist durchaus entscheidend. Nur diejenigen sollen in den Genuss ausgleichender Transferleistungen kommen, welche nicht in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. Dies bedeutet, dass derjenige, der eine zumutbare Arbeit ablehnt, im Verständnis der CDU keine staatlichen Leistungen erhalten würde. Dies ist ein klarer Unterschied zu den Parteien des linken Spektrums (SPD unter Schröder ausgeschlossen), die Zwangsmaßnahmen (Kürzung der Arbeitslosenhilfe bei Nichtannahme einer zumutbaren Arbeit) gegen arbeitslose Mitbürger ablehnen.

Nahezu wortwörtlich spricht sich die Union im 2. Grundsatzprogramm von 1994 für den gleichen Gerechtigkeitsbegriff aus. 16 Jahre später beschließen die Delegierten in Hamburg folgende Formulierung:

*„Gerechtigkeit fordert die Anerkennung der persönlichen Leistung und Anstrengung ebenso wie den sozialen Ausgleich. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedem die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so zu entfalten, wie es seiner persönlichen Eigenart entspricht.“<sup>394</sup>*

Im Vergleich zu 1978 ergänzt die Partei aber eine Forderung, dass jeder Mensch in die Lage versetzt sein soll, Eigentum zu erwerben. Der Wunsch nach Ausgleich der materiellen Verhältnisse ist 1994 – möglicherweise den Interessen der Ost-CDU geschuldet – in das Grundsatzprogramm aufgenommen worden. Der Ausgleich der materiellen Verhältnisse soll aber eben nicht durch den Staat erfolgen, sondern jeder einzelne Bürger ist aufgefordert, sich nach seinen Fähigkeiten anzustrengen. Im Programm liest man:

*„Jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland soll Recht finden, soll Chancen wahrnehmen und durch Leistung verbessern können,*

---

<sup>394</sup> 2. Grundsatzprogramm der CDU von 1994, S. 421f. URL: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Beschluesse/1994\\_Grundsatzprogramm\\_Hamburg.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1994_Grundsatzprogramm_Hamburg.pdf) [Stand: 1.12.2011].

*soll Eigentum und Bildung erwerben und mit der eigenen Kraft zur ausgleichenden Gerechtigkeit beitragen.*<sup>395</sup>

Gemessen an ihren Grundsatzprogrammen kann der Wunsch nach Ergebnisgleichheit hinsichtlich des materiellen Wohlstands im Sinne des Egalitarismus den konservativen Parteien definitiv nicht zugerechnet werden. Diese These soll im Folgenden anhand konkreter Regierungsäußerungen noch weiter verifiziert werden. Es ist dabei darauf hinzuweisen, dass Grundsatzprogramme vom Charakter her Absichtserklärungen bzw. eine Selbstpositionierung der Parteien sind. Von konkreter gesellschaftlicher Bedeutung ist eher das Regierungshandeln, welches, wie Schröders Reformagenda gezeigt hat, teilweise im Widerspruch zu den Parteiidealen stehen kann.

Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich in einer Rede vor Familienunternehmen non-egalitistisch. Es sei ihr Bestreben, die Leistungen aus den Transferkassen zurückzufahren und den Menschen mehr abzuverlangen. Damit toleriert sie, dass die Ungleichheit in der Gesellschaft zunimmt.

*„Im Jahre 1980 hatte der Bundeshaushalt einen Anteil von Sozialausgaben von 16 Prozent gehabt, 1990 – nach der deutschen Wiedervereinigung – 30 Prozent und in diesem Jahr fast 55 Prozent.<sup>396</sup> So kann es nicht weitergehen. Deshalb darf man sich auch den Schuh nicht anziehen, dass wir angeblich in einer unverhältnismäßigen Art und Weise Sozialkürzungen vorgenommen hätten. Die meisten Minderausgaben, die wir haben wollen, sind im Arbeitsmarktbereich. Da ist der Block, den wir verkleinern müssen, der der Langzeitarbeitslosen. Wir geben rund 40 Milliarden Euro für Arbeitslosengeld-II-Empfänger, also Hartz-IV-Empfänger aus. Das sind über fünf Millionen Menschen; das ist sehr, sehr viel. Wenn Sie sich das einmal vorstellen: von 80 Millionen Menschen in Deutschland hängen fünf Millionen von einer solchen Transferleistung ab. Hinzu kommen*

---

<sup>395</sup> Ebd., S. 422.

<sup>396</sup> Vgl. die Zahlen auf S. 83f.

*noch rund 20 Millionen Rentner. Daran sehen Sie schon, was der Sozialstaat zu leisten hat – auch wenn die Rentner natürlich für ihre Rente selbst eingezahlt haben; diese ist im Wesentlichen keine Transferleistung.*<sup>397</sup>

Die von der Kanzlerin angesprochenen „*Minderausgaben*“ würden dazu führen, dass sich die Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter manifestieren bzw. im Falle einer Kürzung des Arbeitslosengeldes II sogar vergrößern. Die Aussage im Wahlprogramm (und die spätere Umsetzung in der Regierungskoalition), das Schonvermögen<sup>398</sup>, welches zur Altersvorsorge verwendet wird, pro Lebensjahr zu erhöhen, scheint vor diesem Hintergrund eher politisch-taktischen Überlegungen geschuldet gewesen zu sein, da es sich hierbei um keine nennenswerten Größen handelt.

In dieselbe Richtung wie die Kanzlerin stößt der ehemalige Ministerpräsident von Hessen und stellvertretender Bundesvorsitzende der CDU Roland Koch. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ im Jahr 2010 gibt Koch klar zu verstehen, dass eine Ergebnisgleichheit durch Umverteilung von ihm nicht gewünscht wird.

*„In Deutschland gibt es Leistungen für jeden, notfalls lebenslang. Deshalb müssen wir Instrumente einsetzen, damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht.“*

Oder noch drastischer:

*„Politik muss die notwendige Härte haben, solche fordernden Elemente einzuführen und durchzusetzen, weil sie die Gegenleistung für*

---

<sup>397</sup> Merkel, Angela: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am „Tag des deutschen Familienunternehmers“, 11.6.2010. URL: [http://www.bundestkanzlerin.de/nn\\_683608/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-11-familienunternehmen.html](http://www.bundestkanzlerin.de/nn_683608/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-11-familienunternehmen.html) [Stand: 11.10.2011].

<sup>398</sup> Freibetrag, der nicht aufgebraucht sein muss, bevor Sozialleistungen bezogen werden.



*eine sehr großzügige Unterstützung der Bürger und Steuerzahler sind.*<sup>399</sup>

Die beiden Spitzenpolitiker und Wortführer ihrer Partei, Koch und Merkel, stellen sich damit in erkennbarem Widerspruch zu Politikern des linken Parteienspektrums, wie etwa der Münchner SPD-Sozialreferentin Brigitte Meier oder der LINKEN-Politikerin Sarah Wagenknecht, die höhere Hartz-IV-Sätze anmahnen, welche dem Transferempfänger unabhängig von dessen Leistung, nur aus Menschlichkeit zustehen sollen. Konkret manifestieren sich die Äußerungen und grundsätzlichen Haltungen der Unionspolitiker darin, dass unter ihrer Regierung ehemalige Pflichtleistungen für Arbeitssuchende in Ermessensleistungen der Verwaltung umgewandelt wurden, wie zum Beispiel Wiedereingliederungshilfen<sup>400</sup>. Weitere Einschnitte, die den Transferempfängern abverlangt wurden, sind der Wegfall des Elterngeldes für die Empfänger von Hartz IV oder des Heizkostenzuschusses für Geringverdiener. All diese Streichungen bedeuten, dass sich die Geringverdiener bzw. Transferempfänger weiter von der gesellschaftlichen Mitte entfernen und die Gesellschaft in kleinen Schritten weiter ungleicher wird.

Trotz gewisser Vorbehalte und der Betonung, dass Leistung entsprechend honoriert werden müsse<sup>401</sup>, setzt die CDU/CSU in manchen Bereichen der Gesellschaft auf gleiche Bezahlung, die unabhängig von der Leistung bzw. dem Engagement des Arbeitnehmers gezahlt werden sollte. So wurden unter der bürgerlich-liberalen Koalition neue Branchenmindestlöhne für das Wach- und Sicherheitsgewerbe, das Dachdeckergewerbe, in der Zeitarbeit sowie im Pflegebereich eingeführt. Mindestlöhne sind von ihrem Wesen her als egalitaristisch zu bewerten, da sie per se dem Leistungsgedanken widersprechen und dazu führen, dass es zu einer Angleichung (auch von Höherverdienenden nach unten im Sinne des Downgradings) kommen kann. So verdient der Dachdecker, der

---

<sup>399</sup> Koch, Roland: „Arbeitspflicht!“ In: Wirtschaftswoche 3 vom 18.1.2010, S. 25.

<sup>400</sup> Zum Beispiel Suchtberatung, Mobilitätshilfen oder Umschulungen.

<sup>401</sup> Möglicherweise aus wahltaktischen Überlegungen, um Ressentiments gegenüber Leistungsunwillen abzuschöpfen.

eine größere Fläche Dach in der gleichen Zeit deckt, genauso viel wie sein leistungsschwächerer Kollege.

Dennoch gibt es auch in der Union gewichtige Fürsprecher für einen allgemeinen Mindestlohn; unter anderen setzen sich die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und der Arbeitnehmerflügel CDA für ihn ein. Für den Parteitag der CDU im November 2011 ist ein entsprechender Antrag eingebracht worden, der vorsieht, dass sich die Lohnuntergrenze am Lohn für Zeitarbeiternehmer orientiert. Diese Politik der Angleichung der Einkommen steht im Widerspruch zum Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP von 2009, der auf Seite 21 festlegt, dass ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von den Vertragsparteien abgelehnt wird.<sup>402</sup> Es ist dennoch wahrscheinlich, dass der von der Parteiführung mitgetragene Antrag eine Mehrheit findet. Wie oben angedeutet, kann dies als Indiz dafür gewertet werden, dass sich innerhalb der CDU eine Entwicklung nach links vollzieht. Voraussichtlich kommt ein Kompromiss zustande, demzufolge die Tarifpartner den Lohn aushandeln, der dann von der Regierung genehmigt wird bzw. eine gewisse Grenze nicht unterschreiten darf.

Die SPD wirft der Union vor, dass es sich bei der Einführung des branchenbezogenen Mindestlohns nur um eine öffentlichkeitswirksame Inszenierung handle, da die Mindestlöhne im Bereich der Pflege sowie im Dachdeckerhandwerk zeitlich befristet sind. Nach Aussagen der SPD-Bundestagsfraktion war das Thema Leiharbeit eine Art „Deal“ im Rahmen der Verhandlungen über die Grundsicherung<sup>403</sup>, bei der die Stimmen der Opposition im Bundesrat gebraucht wurden. Insofern stellt sich die Frage, ob die Zustimmung zu Mindestlöhnen aufgrund parteitaktischer Überlegungen erfolgt ist. Nachdem sich die Partei bislang nicht einhellig für Mindestlöhne ausgesprochen hat, erscheinen eher taktische Überlegungen bzw. föderale Zwänge der Grund dafür gewesen zu sein, dass die CDU/CSU-Mindestlöhnen zugestimmt hat.

---

<sup>402</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP, 17. Legislaturperiode. URL: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf> [Stand: 31.10.2011].

<sup>403</sup> Vgl. SPD-Bundestagsfraktion: Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb. Eine Schadensbilanz. URL: [http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,15017,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15017,00.pdf) [Stand: 14.10.2011].

Auch die Jüngerer in der CDU/CSU sind, was die Gerechtigkeitsvorstellungen betrifft, auf einer Linie mit der Kanzlerin und der Partei. Die Verteilungsgerechtigkeit wird von der sogenannten Jungen Gruppe der Bundestagsfraktion als obsolet und ungerecht betrachtet. In einem Papier zur Generationengerechtigkeit schreiben die Verfasser:

*„Das Verteilungsgerechtigkeitsdenken der letzten Jahrzehnte muss dabei von einem Gerechtigkeitsbegriff abgelöst werden, der auf Konzepten der Leistungs-, Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit beruht.“<sup>404</sup>*

Trotz ihrer Ablehnung der Verteilungsgerechtigkeit, hier mit besonderem Bezug auf den Generationenvertrag, bleiben sie ein Alternativkonzept schuldig, das aufzeigt, wie die von ihnen präferierte Leistungs-, Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit konkret umgesetzt werden soll, aber auch gerade, was sich hinter diesen Begriffen überhaupt verbirgt. Leistungsgerechtigkeit scheint im Zusammenhang mit der Altersvorsorge zu bedeuten, dass jeder Arbeitnehmer selbstständig in das Rentensystem einbezahlen soll und sich seine Rentenbezüge an diesen Beitragszahlungen bemessen. Unter Chancengerechtigkeit wird klassischerweise verstanden, dass jeder Mensch zu Beginn seines Lebens gleiche Ausgangsbedingungen vor allem im Bildungsbereich haben soll und lediglich die individuellen Bemühungen und Fähigkeiten zu sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Menschen führen dürfen. Beteiligungsgerechtigkeit könnte dahingehend verstanden werden, dass ein Minimum an Rente gezahlt werden muss, um sicherzustellen, dass ein einigermaßen menschenwürdiges Leben geführt werden kann.

Insgesamt lassen sich die Äußerungen der Jungen Gruppe dahingehend interpretieren, dass der Generationenvertrag bzw. der Solidarpakt zwischen den Generationen von einer individuellen und kapitalgedeckten Rente abgelöst werden soll. Bei der Distribution der zu verteilenden Güter (Geldmenge) soll also nach dem Willen der jungen Unionsabgeordneten weniger die Gemeinschaft als

---

<sup>404</sup> CDU/CSU Junge Gruppe im Bundestag: Deutschland – Generationengerecht! URL: <http://www.cducsu.de/upload/jg031020.pdf> [Stand: 20.10.2011].

solche, sondern das einzelne Mitglied der Gesellschaft im Mittelpunkt stehen, und dies entsprechend seiner leistungsabhängigen Position.

Die Junge Gruppe und die CDU/CSU als Ganze vertrauen also eher den Marktprozessen. Sie vertreten die Auffassung, dass die staatliche Solidargemeinschaft zugunsten einer individuellen Leistungsgesellschaft zurückzutreten habe. Man darf dies jedoch nicht dahingehend interpretieren, dass sich die christlichen Parteien vollends aus dem Solidarsystem zurückziehen wollen. Konsens scheint hier in der Union weiterhin zu sein, dass ein Hilfebedürftiger imstande sein soll, seine grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen, dass also ein zumindest partieller Ausgleich der Ungleichheit erfolgen muss. Dennoch dominiert in den christlichen Parteien der Glaube an die Dynamik der Märkte als Triebfeder eines insgesamt höheren Wohlstands. Offensichtlich vertreten sie mehrheitlich die non-egalitaristische Auffassung, der zufolge individuelle Leistung insgesamt zu einem Mehr an Wohlstand beiträgt, von dem dann alle profitieren. Wie John Rawls gezeigt hat, können soziale Ungleichgewichte akzeptiert werden, sofern dies dem „am wenigsten Begünstigten“ zugutekommt. Diese soziale Ungleichheit soll Rawls zufolge aber nur eine Ausnahme der Regel sein.<sup>405</sup> Eine an solchen Prinzipien ausgerichtete Wirtschaftspolitik wurde, wie wir sahen, auch von Ronald Reagan und Margret Thatcher vollzogen. Ein Urteil darüber zu fällen, ob sie erfolgreich war und tatsächlich trotz der größeren Ungleichheit den Wohlstand (aller) Menschen vermehrt hat, ist nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit.

## 7.5 FDP

Die FDP ist die Partei der Leistungsträger. So sieht sich die Partei gerne selbst und so wird sie auch von vielen Menschen in der Gesellschaft wahrgenommen. Gerade der jahrelange Fokus der Partei auf das Thema Steuersenkungen brachte ihr den Ruf ein, nur für diejenigen Politik zu machen, die auch Einkom-

---

<sup>405</sup> Vergleiche Rawls egalitaristische Grundannahme der allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellung: „*Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.*“ Vgl. S. 24 dieser Arbeit.

menssteuer bezahlen und somit durch ihre Leistung zum Wohle der Gesellschaft beitragen. Diese Fokussierung schränkte das gesellschaftliche Repräsentationsspektrum der Partei ein, da in Deutschland nur 26,6 Mio. von 81,8 Mio. Bürgern mit Wohnsitz im Inland unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig sind.<sup>406</sup> Man kann der Partei also vorwerfen, dass sie die Interessen derjenigen, die keine Steuern zahlen, nicht ausreichend repräsentiert.

Der Glaube daran, dass individueller Fleiß und Leistung zu mehr Wohlstand für alle führt und es für die Gesamtgesellschaft besser ist, wenn sogenannte Leistungsträger in ihrer Freiheit auf (wirtschaftliche) Entfaltung nicht zu sehr eingeschränkt werden, ist das einigende Band des deutschen Liberalismus. Der individuelle Wunsch nach Wohlstand dient in den Augen der Liberalen zugleich der Gemeinschaft, er ist quasi Antriebsfeder für die Entwicklung neuer und besserer Produkte. Wer diesem Wunsch gemäß handelt, wirtschaftlich tätig wird und dabei Erfolg hat, dient als Vorbild für andere Menschen. Die ungleiche Verteilung materieller Ressourcen wie auch der genetisch bedingten Intelligenz ist für die Liberalen kein auszugleichender Makel. Aus Sicht der Liberalen ist, mit Verweis auf die Achtung des Individuums und deren individueller Ausprägung, die Existenz unterschiedlicher Fähigkeiten und daraus folgender sozioökonomischer Umstände gerechtfertigt. Die Nutzung der Chancen, die die Gesellschaft bereithält, ist schlichtweg abhängig von individuellen Fähigkeiten, die ihrerseits ungleich verteilt sind. Den Liberalen erscheinen die oftmals vorgebrachten Forderungen nach Ergebnisgleichheit, die auf einer (gefühlten) Zunahme der gesellschaftlichen Ungleichheit beruhen, nicht berechtigt, da sie den individuellen Leistungsaspekt als Ausdruck des Rechts an der eigenen Person vernachlässigen. Robert Nozick hat genau dieses Problem aufgegriffen, wenn er die Besteuerung von Arbeitsleistung als Eingriff in das Persönlichkeitsrecht und das Recht am eigenen Körper betrachtet.<sup>407</sup>

Trotz der mantraartigen Wiederholung seitens der Partei und ihrer Funktionsträger, dass sich Leistung lohne bzw. (wieder) lohnen müsse, gibt es auch

---

<sup>406</sup> E-Mail Anfrage an das Bundesfinanzministerium [ Stand: 30.11.2011].

<sup>407</sup> Vergleiche hierzu Punkt 3.2.1 dieser Arbeit.

Stimmen, die der FDP eine Annäherung an den Egalitarismus vorwerfen. So schreibt Gerd Habermann im Handelsblatt, die Programmatik der FDP habe „*enorme Zugeständnisse an den Kollektivismus und das materielle Gleichheitsdenken, also die Gleichmacherei gemacht.*“<sup>408</sup> Konkret bezieht er sich dabei auf die Sozialisierung der Kosten bei der Familienfinanzierung (zum Beispiel Krippen- und Kindergartenplätze) oder die Antidiskriminierungsrichtlinie. Habermann geht sogar so weit zu behaupten, die FDP werde durch ihre Sozialdemokratisierung überflüssig und der Wähler könne dann gleich dem Original seine Stimme geben.<sup>409</sup>

Diese Kritik hat durchaus ihre Berechtigung, wenn man vom Non-Egalitarismus in seiner reinsten Form ausgeht, also von der Annahme, dass Gleichheit kein Wert als solcher sei, vielmehr der Egalitarismus das Individuum zu entwerten drohe, da alle Bürger „über einen Kamm geschert werden.“ So erscheinen zum Beispiel manchem die von der FDP in Bayern vorgebrachten Wünsche nach einem kostenfreien Kindergartenjahr als egalitaristisch, da dieser Anspruch allen in gleichem Maße zugestanden und kein Unterschied zwischen den Menschen gemacht wird.<sup>410</sup> Allerdings muss diese Maßnahme nicht dahingehend interpretiert werden, dass sie die Ungleichheit in der Gesellschaft verringern würde. Schließlich profitieren ihr zufolge ausnahmslos alle Familien von dem kostenfreien Kindergartenjahr, während bislang Familien mit geringem Einkommen ohnehin von der Zahlungspflicht befreit waren. Das bedeutet aber, dass die Ungleichheit durch die Maßnahme nicht verringert, sondern sogar erhöht werden würde, da auch Gutverdiener in den Genuss der Kostenfreiheit kämen.

Auch Marc Beise sieht in seinem Kommentar für die Süddeutsche Zeitung, dass das Motto der Liberalen „Im Zweifel für die Freiheit, nicht für die Gleichheit“ derzeit nicht erkennbar sei. So kritisiert er insbesondere die Erhöhung der Beiträge

---

<sup>408</sup> Habermann, Gerd: „Der angepasste Liberalismus?“ In: Handelsblatt Nr. 155 vom 13./14.8.2010.

<sup>409</sup> Vgl. ebd.

<sup>410</sup> Vgl. hierzu FDP-Fraktion-Bayern: Kostenfreies Kindergartenjahr längst auf der Agenda. URL: <http://www.fdp-fraktion-bayern.de/Kostenfreies-Kindergartenjahr-laengst-auf-Agenda/9673c15698i1p/index.html> [Stand: 1.12.2011].

für die Krankenkassen als Eingriff in das Portemonnaie der Beitragszahler.<sup>411</sup> Die Erhöhung der Beiträge kann aber ebenso wenig als egalitaristische Maßnahme gesehen werden, da sich Gutverdiener ohnehin privat versichern können. Die Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung trifft auch nicht die – meist besser gestellten – Arbeitgeber, sondern gleichmäßig alle Krankenversicherten. Insofern also keineswegs einseitig eine schlechter gestellte Gruppe besser gestellt wird oder eine besser gestellte Gruppe schlechter, kann dies nicht als egalitaristische Maßnahme gewertet werden.

Um das grundlegende Verhältnis der Partei zum Egalitarismus bzw. Non-Egalitarismus zu verstehen, hilft ein Blick in die Geschichte der Liberalen und ihrer Programmatik. Die bürgerlich-liberale Bewegung hat ihren Ursprung in der Emanzipation des Bürgertums gegen die Vorherrschaft von Adel und Klerus. Der Wiener Kongress setzte 1815 nach den napoleonischen Kriegen die traditionellen Herrscherhäuser wieder in ihre überkommenen vorrevolutionären Rechte ein und schaltete die freiheitlich-demokratischen Bewegungen fürs Erste aus. Dennoch nahmen die bürgerlichen Kräfte zu, und auf Veranstaltungen wie dem Hambacher Fest von 1832 wurden die liberalen Freiheitswerte, beeinflusst durch Vordenker wie John Stuart Mill, John Locke und andere sowie durch die Entwicklungen in den USA, England und Frankreich, auch in Deutschland gefordert. 1848 kam es zu einer großen Erhebung unter Führung des Bürgertums, die jedoch von den vorherrschenden Adelshäusern blutig niedergeschlagen wurde. Erst 1870/71 wurde die Revolution in einigen Bereichen von oben durchgesetzt, wobei allerdings viele der einstigen Forderungen unerfüllt blieben. Das liberale Parteienspektrum war im 19. Jahrhundert stark zersplittert – es gab Nationalliberale, Freisinnige Liberale, die Fortschrittliche Volkspartei oder die Deutsche Volkspartei mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft gingen viele der führenden Liberalen ins (innere) Exil oder starben. Die liberale Partei in Deutschland fiel ebenso der totalitären Politik im Dritten Reich zum Opfer wie die übrigen Partei-

---

<sup>411</sup> Vgl. Beise, Marc: „Wirtschaftsminister, hurra!“ In: Süddeutsche Zeitung vom 11.5.2011.

en der Weimarer Republik. Allerdings gab es anfangs auch Einverständnis bzw. eine Tolerierung der Politik der NSDAP, wie die Zustimmung der Deutschen Staatspartei, der früheren Deutschen Demokratischen Partei, zum sogenannten Ermächtigungsgesetz belegt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete sich in Westdeutschland 1948 die Freie Demokratische Partei (FDP) als Sammelbecken der verschiedenen liberalen Strömungen. Bereits im Gründungsdokument, der Heppenheimer Proklamation, legte sie den Schwerpunkt ihrer Politik auf das mündige Individuum. Im zweiten Absatz wurde die Grundpositionierung der Delegierten festgehalten:

*„Selbstverantwortung und Achtung vor der Menschenwürde aller sollen die Lebensordnung für Volk und Welt bestimmen.“<sup>412</sup>*

Hier zeigt sich eine Orientierung an bestimmten grundlegenden Werten, die der Partei auch im 21. Jahrhundert nicht abhandengekommen ist. In der Proklamation finden sich auch bereits konkrete politische Forderungen, die die (materielle) Ungleichheit in der Bevölkerung akzeptieren. Wie wir bereits sahen, war die deutsche Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg relativ homogen, da viele Güter und materielle Werte der Zerstörung zum Opfer gefallen waren. Durch das Lastenausgleichsgesetz sollten diejenigen, die von Kriegsschäden besonders betroffen waren, einen Teil ihres Verlustes ersetzt bekommen. Die FDP bekannte sich zwar grundsätzlich zu diesem Gesetz, forderte aber, dass keinesfalls eine Sozialisierung der Mittel stattfinden dürfe. Nur betroffene Einzelpersonen sollten ihr zufolge in den Genuss der Mittel aus dem Lastenausgleich kommen. In der Heppenheimer Proklamation liest man:

*„Wir lehnen dagegen ab, die Mittel aus dem Lastenausgleich durch Übertragung auf kollektive Vermögensträger zu einer kalten Sozialisierung eines grossen Teils unseres Volksvermögens zu missbrauchen.“<sup>413</sup>*

---

<sup>412</sup> Heppenheimer Proklamation 1948, S. 2. URL: [http://www.freiheit.org/files/288/1948\\_Heppenheimer\\_Proklamation.pdf](http://www.freiheit.org/files/288/1948_Heppenheimer_Proklamation.pdf) [Stand: 2.12.2011].

<sup>413</sup> Ebd., S. 3.



Wenn sich die FDP damals zu einem Non-Egalitarismus in Reinform bekannt hätte, dann hätte es den Fonds in ihren Augen gar nicht geben dürfen, da er eine Sozialisation der Schäden bedeutete. Da aber in erster Linie Grundeigentümer von Kriegsschäden betroffen waren und diese traditionell der Wirtschaftspartei nahestanden, erschien es nicht nur moralisch, sondern auch parteitaktisch nachvollziehbar, einen Ausgleich der unverschuldeten Schäden zu vertreten.

Die prinzipielle Ablehnung einer Sozialisation von Kosten prägt auch heute noch das Bild der Partei. In einem Beitrag zur Wertediskussion über soziale Gerechtigkeit spricht sich der ehemalige Generalsekretär der FDP und heutige Fraktionsvorsitzende im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Christian Lindner, eindeutig für ein an der Leistung orientiertes Gerechtigkeitsprinzip aus: Derjenige, der viel leistet, soll auch einen entsprechenden Anteil am Gemeinschaftsergebnis bekommen.<sup>414</sup> Für das liberale Staatsverständnis ist der Rückgriff Lindners auf eine Definition des Staates von Wilhelm Röpke, der den Staat als Tag und Nacht arbeitendes Pumpwerk der Einkommen bezeichnet,<sup>415</sup> durchaus aufschlussreich. Röpke traf nur eine Feststellung über die Funktionsweise der staatlichen Mechanismen, aber Lindner bewertet diese Feststellung und bezweifelt, dass die Umverteilung im Staat diesen auch gerechter mache. Er sieht für die Liberalen eine große Chance, ihren Gerechtigkeitsbegriff dem Umverteilungsdenken der anderen Parteien entgegenzusetzen.<sup>416</sup> Als Alleinstellungsmerkmal könnte dies der liberalen Partei, die in den Jahren 2011 und 2012 bislang unter schlechten Umfragewerten zu leiden hatte, durchaus hilfreich sein.

Allerdings ist Lindners Positionierung mit Blick auf die Wiesbadener Grundsätze nichts Neues. 1997 tagte die Partei in Wiesbaden. Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs des Sozialismus im Osten Europas fanden die neoliberalen

---

<sup>414</sup> Vgl. Lindner, Christian: „Freiheit und Fairness“. In: Rösler, Phillip/Lindner, Christian (Hrsg.): Freiheit: gefühlt, gedacht, gelebt. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009, S. 17.

<sup>415</sup> Vgl. ebd., S. 18.

<sup>416</sup> Vgl. ebd., S. 18.

Ideen Milton Friedmanns und August Hayeks in der Partei endgültig den Wiederhall, den Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher ihnen schon in den 1980er Jahren hatten verschaffen wollen, womit sie nicht zuletzt den Bruch der sozialliberalen Koalition provoziert hatten. Während die „Freiburger Thesen“ von 1971 noch den Geist der Koalition mit den Sozialdemokraten atmeten und eher als egalitaristisch bewertet werden können, distanzierte sich die Partei 1997 von diesen Ideen. In den Freiburger Thesen forderten die damaligen Delegierten explizit die Inkludierung des Individuums in die Gesellschaft in dem Sinne, dass neben den klassischen Abwehrrechten gegen den Staat auch Anspruchsrechte an den Staat formuliert wurden. So liest man im Programm von 1971 Aussagen, die dem später dominierenden Neoliberalismus diametral entgegenstehen:

*„Wie auf dem Felde der Bildungspolitik tritt der Soziale Liberalismus auch auf dem der Gesellschaftspolitik ein für die Ergänzung der bisherigen liberalen Freiheitsrechte und Menschenrechte durch soziale Teilhaberechte und Mitbestimmungsrechte, nicht mehr nur an der verfassungsmäßigen Organisation des Staates, sondern an der arbeitsteiligen Organisation der Gesellschaft.“<sup>417</sup>*

Derartige programmatische Grundsätze könnten auch von der SPD stammen, wenn sie die Beteiligung der Arbeiter an ihren Betrieben oder im Bereich der sozialen Gerechtigkeit die Teilhabe eines jeden am sozialen Leben fordert. Die Freiburger Thesen der FDP sind, wie erwähnt, Geschichte; in der Partei hat sich mit den Wiesbadener Grundsätzen eine andere Linie durchgesetzt.

Udo Leuschner schreibt in seiner Geschichte der FDP, dass die Wiesbadener Grundsätze den Liberalen wieder mehr „Glanz“ verleihen sollten, nachdem die Parteiführung 1994 mit problematischen Aussagen wie „Partei der Besserverdiener“<sup>418</sup> wenig Zustimmung gefunden und bei der Bundestagswahl nur

---

<sup>417</sup> Freiburger Thesen der FDP, 1971, S. 2. URL: [http://chronik.fnst.de/files/77/Freiburger\\_Thesen.pdf](http://chronik.fnst.de/files/77/Freiburger_Thesen.pdf) [Stand: 8.12.2011].

<sup>418</sup> Der ehemalige Generalsekretär der FDP, Werner Hoyer, zitiert nach Leuschner, Udo: Die Geschichte der FDP. Münster: Mosenstein und Vannerdat, 2005, S. 281.

6,9 Prozent erhalten hatte. Insbesondere die zunehmende Umverteilung im Staat wurde 1997 als Hauptproblem der wiedervereinigten Republik angesehen. Selbstbewusst stellten die Delegierten in Wiesbaden den verantwortungstragenden Bürger in den Mittelpunkt ihrer Grundsätze:

*„Die Politik hat ein Trugbild gezeichnet, wonach der Staat Freiheit und Sicherheit in allen Lebenslagen garantieren könne, ohne dass die Menschen dafür selbst Verantwortung übernehmen müssen. Verantwortung wurde verstaatlicht. Solidarität ist zur staatlichen Dienstleistung verkommen.“<sup>419</sup>*

Diese Wahrnehmung entsprach durchaus der Realität, wie die steigenden Transferkosten für sozial Schwache belegen. Wie auch die Bundesregierung unter Gerhard Schröder wollte die FDP das Transfersystem reformieren. Die Vorschläge der FDP gingen aber weiter als das, was die SPD-geführte Bundesregierung mit der Agenda 2010 umsetzte. Das in Wiesbaden niedergelegte Konzept der Liberalen sieht vor, dass nur ein „Existenzminimum“ für leistungsschwache Bürger vom Staat gesichert werden sollte.<sup>420</sup> Dies lässt sich dahingehend auslegen, dass nur ausreichend Lebensmittel und eine warme Behausung bereitgestellt werden sollen, aber keinerlei Gegenstände, wie sie in der Sozialhilfe vorgesehen sind (Fernseher, Radio, Teilhabe am kulturellen Leben). Insofern würde der Sozialstaat auf ein Minimum reduziert, und die Anspruchsrechte gegen den Staat werden als widersprüchlich zu der geforderten Leistungsgerechtigkeit gesehen.

Die Liberalen wollen die Vielzahl der staatlichen Transferleistungen durch ein zentrales Bürgergeld ersetzen, das vom Finanzamt ausbezahlt wird. 1997, als diese Grundsätze beschlossen wurden, gab es noch nicht das pauschale „Hartz“-System, vielmehr bezahlte die Sozialhilfe jeden einzelnen benötigten Gegenstand wie Kühlschrank oder Herd. Da die FDP das Individuum mit seinen

---

<sup>419</sup> Wiesbadener Grundsätze der FDP 1997, S. 5. URL: <http://www.fdp.de/files/565/wiesbadg.pdf> [Stand: 8.12.2011].

<sup>420</sup> Ebd., S. 21.

unterschiedlichen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt, verwundert es auch nicht, dass bei der Berechnung des liberalen Bürgergeldes ein höherer Freibetrag für Menschen mit Arbeit vorgesehen ist. Bereits in der Einführung zum Konzept der Liberalen liest man wieder die Kritik am Egalitarismus:

*„Immer mehr und immer höhere Transferleistungen haben gerade nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit geführt, eine immer höhere Steuerbelastung zur Finanzierung dieser Transferleistungen dafür aber zu mehr Ungerechtigkeit.“<sup>421</sup>*

Die FDP setzt vermehrt auf den selbstverantwortlichen Bürger, der auch im Bereich der Altersvorsorge eigenverantwortlich an die Zukunft<sup>422</sup> denkt und jede angebotene Arbeit annimmt. Der Staat wird im neoliberalen Sinne nicht als fürsorgender Vater verstanden, sondern als Nachtwächterstaat, der nur dann eingreift, wenn die geforderte Eigenverantwortung versagt. Die Liberalen setzen nicht auf Umverteilung, sondern fordern vom Individuum, selbst Leistung zu erbringen. Dabei gerät teilweise aus dem Blick, dass viele Menschen gar nicht in der Lage sind, die geforderte Leistung zu erbringen. Sie würden in einer radikalen Auslegung des Konzepts der FDP quasi vom sozialen Leben ausgeschlossen und am ausgestreckten Arm des Staates ein Schattendasein fristen.

Den Vorstellungen der FDP zufolge erscheint es im eigenen Interesse des Arbeitssuchenden, jede Arbeit anzunehmen. Die von ihr vorgeschlagenen Bedingungen der Transferleistungen fördern entsprechend die Aufnahme von Arbeit – das überlassene Geld wäre so wenig, dass es zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig wäre. Dem entsprechen die Grundsätze der Partei, dass nicht Ergebnisgleichheit und Umverteilung die Maxime liberaler Politik seien, sondern Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.<sup>423</sup> Vor diesem Hintergrund vertritt Jürgen Dittberner die These, bei der FDP gebe es keinen Politiker, der

---

<sup>421</sup> 59. Bundesparteitag der FDP: Die gerechte Steuer: Einfach, niedrig und sozial. URL: <http://www.hermann-otto-solms.de/files/6186/BPT-Nettokonzept-1.pdf> [Stand: 17.12.2011].

<sup>422</sup> Was von der Mehrheit der Deutschen auch akzeptiert wird. Vgl. oben Kapitel 5.3.3.

<sup>423</sup> Wiesbadener Grundsätze der FDP 1997, a. a. O., S. 21ff.

die zunehmende Ungleichheit geißelt hätte.<sup>424</sup> Im Gegensatz zu vielen linken Politikern erscheint ihnen das (gefühlte) Auseinanderdriften der Gesellschaft<sup>425</sup> nicht als ausgleichsbedürftiger Makel, sondern lediglich als Ausdruck der Freiheit und Selbstverantwortung der Menschen, also der Werte, die der organisierte Liberalismus gerne propagiert.

Allerdings stellt sich die Frage, ob alle führenden Liberalen denselben Gerechtigkeitsbegriff im Sinne der Leistungsgerechtigkeit vertreten. Über den Umweg der Solidarität liefert der ehemalige Bundesvorsitzende und Vorsitzende des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wolfgang Gerhard, eine Definition: *„Lern- und Leistungsbereitschaft sind das Ethos der Solidarität.“*<sup>426</sup> Christian Lindner sieht „Fairness“ als den entscheidenden Begriff der Gerechtigkeit.<sup>427</sup> Die abschließende Antwort, was für die Partei darunter zu verstehen ist, lässt er aber bewusst offen: *„In der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm wäre er zu systematisieren.“*<sup>428</sup> Für Lindner scheint der Begriff aber in erster Linie ein intrinsisches Movens eines leistungsbereiten Bürgers. So schreibt er:

*„Fairness zu verwirklichen heißt, dass das Lebensglück der Menschen stärker von ihren freien Wahlentscheidungen bestimmt wird als von ihren Lebensumständen oder anonymen Bürokratien. Eine Politik der Fairness sorgt dafür, dass jeder nach gleichen Regeln auf dem Markt seine Chancen suchen kann. Sie akzeptiert, dass Ungleichheit ein legitimes und notwendiges Ergebnis und die gewollte Voraussetzung eines Lebens in Freiheit ist.“*<sup>429</sup>

---

<sup>424</sup> Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, S. 24.

<sup>425</sup> Vgl. die CIA-Zahlen zum Gini-Index auf S. 86.

<sup>426</sup> Gerhard, Wolfgang: Für Freiheit und Fairness. Publikationsbroschüre der Friedrich-Naumann-Stiftung. 5. Auflage, 2008, S. 6.

<sup>427</sup> Lindner: „Freiheit und Fairness“, a. a. O., S. 19.

<sup>428</sup> Ebd., S. 19.

<sup>429</sup> Ebd., S. 27f.

In der konkreten Tagespolitik äußert sich diese Vorstellung zum Beispiel beim Thema Mindestlohn. Nachdem sich die Union in dieser Frage auf einen einheitlichen Lohn zubewegt hat, positioniert sich die FDP mittlerweile als alleinige Verfechterin der Tarifautonomie und lehnt einen staatlich festgesetzten Mindestlohn ab.<sup>430</sup> Sie könnte sich dabei auf den oftmals liberal verstandenen Thomas Hobbes beziehen, der im 10. Kapitel des Leviathan schreibt:

*„Und wie bei anderen Dingen, so bestimmt auch bei den Menschen nicht der Verkäufer den Preis, sondern der Käufer. Denn mag jemand, wie es die meisten Leute tun, sich selbst den höchsten Wert beimessen, so ist doch sein wahrer Wert nicht höher, als er von den anderen geschätzt wird.“<sup>431</sup>*

Wie Hobbes sehen die Freidemokraten die Gesetze des freien Marktes auch für Menschen als gültig an. Die Tendenz zur Egalisierung des Arbeitswerts eines Menschen wird daher von der FDP abgelehnt. Linksliberale wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die ihren Schwerpunkt in der Bürgerrechtspolitik haben und dem Mindestlohn möglicherweise nicht völlig ablehnend gegenüberstehen, sind in der immer noch männerdominierten Wirtschaftspartei (noch) in der Minderzahl.

Berühmt und auch berüchtigt wurden die Aussagen des ehemaligen Parteivorsitzenden Guido Westerwelle, der in einem Beitrag für die Zeitung „Welt“ bemängelte, dass manche „Hartz IV“-Bezieher mehr Geld bekämen als Arbeitende. Provokant und provozierend formulierte Westerwelle: *„Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“<sup>432</sup>*

Auch im Plenum des Deutschen Bundestages wiederholte der Außenminister

---

<sup>430</sup> FDP-Bundestagsfraktion: Koalitionsvertrag schließt Mindestlohn aus. URL: <http://www.fdp-fraktion.de/Koalitionsvertrag-schliesst-Mindestlohn-aus/2875c3718i1p6/index.html> [Stand: 1.12.2011].

<sup>431</sup> Hobbes, Thomas: Leviathan. Hrsg. v. Iring Fetscher. Neuwied und Berlin: Suhrkamp, 1966, S. 67.

<sup>432</sup> Westerwelle, Guido: „An die deutsche Mittelschicht denkt niemand“. In: Die Welt vom 11.2.2010. URL: <http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html> [Stand: 2.12.2011].

seine Präferenz für Leistungsgerechtigkeit als elementaren Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit: „*Wer Leistungsgerechtigkeit vergisst, der wird soziale Gerechtigkeit als erste verlieren.*“<sup>433</sup> Diese Aussagen sind eindeutig so zu werten, dass führende FDP-Politiker dem Begriff der Leistungsgerechtigkeit den Vorzug geben und dass eine Politik, die darauf abzielt, egalitäre Verhältnisse in Deutschland zu schaffen, von dieser Partei in aller Deutlichkeit abgelehnt wird.

Insofern treffen die Vorwürfe von Habermann im „Handelsblatt“, der eine Sozialdemokratisierung der FDP bemängelt, auf die aktuelle Programmatik der FDP kaum zu. In der konkreten Tagespolitik kann die FDP im Vergleich zu den anderen Parteien durchaus als non-egalitär bewertet werden. Allerdings sackte sie in den letzten beiden Jahren in der Wählergunst im Vergleich zur letzten Bundestagswahl mit 14,6 Prozent auf unter 5 Prozent ab und verpasste den Einzug in mehrere Landesparlamente. Angesichts dessen wird die grundsätzliche programmatische Ausrichtung immer mehr in Frage gestellt. Im neuen Programm, den Karlsruher Freiheitsthesen, ist die Rede davon, dass die Bedürfnisgerechtigkeit den existentiellen Grundlagen des Einzelnen entspricht und dass die Partei nicht auf „Gleichmacherei“, sondern auf das Leistungsprinzip setzt.<sup>434</sup> Insofern ist der Gedanke des Non-Egalitarismus auch im neuen Grundsatzprogramm, welches im April 2012 verabschiedet wurde, enthalten.

Die Orientierung am Neoliberalismus erscheint aufgrund der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen keine adäquate Antwort mehr zu sein, um die Ängste und Sorgen der Menschen aufzunehmen und so die Wähler anzusprechen. Die ideologische Basis der FDP lässt aber derartige Exzesse, wie sie sich auf den Finanzmärkten gezeigt haben, unter Verweis auf die Freiheit des Individuums durchaus zu. Insofern ist die Partei in einer schwierigen Lage, was die Weiterentwicklung ihrer Grundsätze betrifft. Sich zwischen der Freiheit des Individuums und der Verantwortung für die Gemeinschaft zu positionieren, ist ein

---

<sup>433</sup> Westerwelle, Guido: Rede im Deutschen Bundestag am 25.2.2010. URL: [http://www.guidowesterwelle.de/files/328/Rede\\_Westerwelle\\_Sozialstaatsdebatte\\_25.02.10.pdf](http://www.guidowesterwelle.de/files/328/Rede_Westerwelle_Sozialstaatsdebatte_25.02.10.pdf) [Stand: 2.12.2011].

<sup>434</sup> „Verantwortung für die Freiheit“. Freiheitsthesen der FDP. URL: <http://www.chancen-fuer-morgen.de/aktuelles/wp-content/uploads/Freiheitsthesen.pdf>, S. 6 [Stand: 3.1.2012].

äußerst schwieriger Balanceakt und Spagat, der für die Partei zunehmend schmerzhaft wird, wie die schlechten Umfrage- und Wahlergebnisse des Jahres 2011 beweisen. Beobachtet man die Partei jedoch auf Parteitag und führt man Gespräche mit Mitgliedern, erscheint es nicht als wahrscheinlich, dass die FDP ihre Fokussierung auf Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie ihre grundlegenden Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit des Individuums in Frage stellen wird. Insofern ist sie trotz der gesunkenen Zustimmungsraten ein bemerkenswertes Unikat im deutschen Parteiensystem.



## 8 Abschließende Betrachtung

Trotz der grundsätzlich noch vorhandenen Trennung in „linke“ und „rechte“ Parteien ist eine klassisch-schematisierende Einordnung im volatilen Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland nicht einfach. In jeder Partei finden sich Elemente der unterschiedlichen Gerechtigkeitsvorstellungen des Egalitarismus und des Non-Egalitarismus. Man kann daher Parteien immer nur annäherungsweise beschreiben, aber niemals eine absolut und für alle Zeiten gültige Zuordnung treffen. Die Reformen Gerhard Schröders oder die Mindestlohndebatte in der Union belegen dies. Die Reinform „der“ egalitaristischen bzw. non-egalitaristischen Partei ist schlichtweg nicht existent, allenfalls gibt es Tendenzen, die sich bei den Parteien erkennen lassen und die im Laufe der Zeit gewissen Veränderungen unterworfen sind. Parteien sind keine homogenen Gebilde, sondern passen sich ständig mehr oder weniger an gesellschaftliche Strömungen an. Dennoch kann man Grundwerte in einer Partei ausmachen, die sich, trotz mancher Ausschläge nach rechts und links, wie ein roter Faden durch die Geschichte der jeweiligen Gruppierung ziehen.

Dies wurde bei der Betrachtung der einzelnen Parteien gezeigt. Um das Koordinatensystem von Norberto Bobbio zu bemühen, ist von den im Bundestag vertretenen Parteien die FDP als am rechtesten – verstanden im Sinne von non-egalitaristisch – einzustufen, um dann über die CDU/CSU, die SPD und die Grünen ans andere Ende des Spektrums zu gelangen, an dem DIE LINKE steht. Gerade bei der FDP scheint aber aufgrund der schlechten Umfrage- und Wahlergebnisse allmählich ein Umdenken einzusetzen. Das Profil der wirtschaftsliberalen Individualistenpartei trifft offenbar nicht den Zeitgeist der Menschen und droht sogar den Einzug in den Bundestag zu erschweren. Erstaunlich ist auch, dass sich die Grünen gegenüber der SPD als weiter links einstufen lassen, da doch ihre Wählerschaft eher der Mitte zugerechnet wird. Die im Exkurs genannte NSDAP steht auf der horizontalen Achse am rechten Rand.

In der Arbeit wurden Differenzierungen innerhalb der Parteien herausgearbeitet, dennoch kann man sagen, dass die landläufige Eingruppierung hinsichtlich der Gerechtigkeitsvorstellungen – eventuell mit Ausnahme der Grünen – korrekt ist. Die Frage, in welche Richtung sich die Parteien entwickeln werden, ist eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik verbunden. Sollten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunehmen, so ist eher zu erwarten, dass sich die Parteien Richtung Egalitarismus entwickeln, da sich die Menschen nach einem starken Staat sehnen, der niemanden außen vor lässt. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung jedoch an Schwung gewinnen, so steht eher die Entwicklung zum Non-Egalitarismus im Raum, da bei zunehmendem Wohlstand im System der sozialen Marktwirtschaft alle profitieren. Natürlich geschieht dies in unterschiedlichem Maße, aber bei einer vorteilhaften Gesamtlage der Wirtschaft erhalten auch sozial schwache Menschen einen absolut gesehen höheren Anteil am wirtschaftlichen Wohlstand.

Insgesamt kann man zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Arbeit einen „Drift“ nach links, hin zum Egalitarismus, bei nahezu allen Parteien – noch mit Ausnahme der FDP<sup>435</sup> – feststellen. Dies scheint der öffentlichen und veröffentlichten Meinung geschuldet, in der die zunehmende Armutsschere thematisiert wird. Neben der Angst um den Arbeitsplatz und vor dem sozialen Abstieg scheint die Sorge um die europäische Währung den Wunsch nach einem fürsorgenden starken Staat zu verstärken, wie die steigende Zustimmung zu der Aussage, dass es in Deutschland ungerecht zugehe, belegt. Auch die extremen Unterschiede in den Einkommen, zum Beispiel das Verhältnis eines Managergehalts in Relation zum Gehalt eines Arbeiters, wird von den Menschen als ungerecht wahrgenommen. Entsprechend wächst der Druck auf die Politik. Dennoch zeichnen die Umfragen kein eindeutiges Bild. Zwar sind sieben von zehn Menschen der Meinung, dass es in unserer Gesellschaft ungerecht zugehe, auf der anderen Seite sinken die Zustimmungsraten zum Egalitarismus, wenngleich in einem eher geringen Maße. Demgegenüber lässt sich laut Gini-Index festhalten, dass Deutschland in seiner sozialstaatlichen Verfasstheit ein immer noch

---

<sup>435</sup> Möglicherweise ist dies auch eine Erklärung für die sinkenden Zustimmungsraten zur FDP im Jahr 2011.

sehr homogenes Land ist. Die Ungleichheit in Deutschland hat der Erhebung der CIA zufolge sogar abgenommen. Auch wenn einzelne prominente Manager besonders hohe Gehälter bekommen, hat dies keinen nennenswerten Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Einkommensstruktur. Dessen ungeachtet ist das Problem derartiger Exzesse, dass sie medial sehr gut verwertbar sind und entsprechend die Meinung in der Bevölkerung beeinflussen.

Dies hat wiederum Einfluss auf die Programmatik der deutschen Parteien, die, wie gezeigt wurde, in Summe trotz aller Beteuerungen, sie würden die Mitte repräsentieren, eher nach links tendieren. Die Frage, die offenbleiben muss, ist, ob die Menschen Gleichheit als intrinsischen Wert betrachten, der ihnen so viel wert ist, dass sie auch ein „Downgrading“ akzeptieren würden, wie es ein sozialistisches Alternativsystem bieten würde. Ein derartiges System würde aber wohl nicht der menschlichen Natur entsprechen. Wie das Frohlich-Oppenheimer-Experiment gezeigt hat, scheint das Wunschsystem der Menschen durchaus der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik zu ähneln. Es wird ein Mindestmaß an Einkommen und sozialer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, aber durchaus auch Leistung honoriert. Wenn alle Stricke reißen, ist jeder Mensch froh, wenn er sich in einer Notsituation nicht alleine gelassen sieht. Extreme soziale Ungleichheit würde zu Unzufriedenheit führen und die Ordnung einer Gesellschaft in Gefahr bringen.

Wie Harry Frankfurt schreibt, setzen sich die Menschen stets in Relation zu anderen Menschen und vergleichen ihre Position ständig mit anderen. Alexis de Tocqueville beschreibt das Problem der Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Position von Menschen wie folgt: *„This is why the desire for equality always becomes more insatiable as equality is greater. In democratic peoples, men easily obtain a certain equality; they cannot attain the equality they desire.“*<sup>436</sup> Solange das Bild des gierigen und erfolgreichen Managers, des sozial und wirtschaftlich Privilegierten, der zu Unrecht in den Genuss materiellen Wohlstand gekommen ist, das Denken der Menschen beeinflusst, wird es immer Bestrebungen der weniger Privilegierten geben, Gleichheit herzustellen.

---

<sup>436</sup> De Tocqueville, Alexis: *Democracy in America*. Chicago: University Press, 2000, S.513f.

Auf der anderen Seite wird die besitzende Klasse versuchen, ihren Wohlstand zu wahren und Bestrebungen einer Angleichung zu verhindern. Beides sind menschliche Eigenschaften, ob sie nun gerecht sind oder nicht.

## Literaturverzeichnis

Agartz, Viktor: „Sozialistische Wirtschaftspolitik.“ Referat gehalten auf dem Parteitag der SPD in Hannover Mai 1946. In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt am Main, 1972.

„Aristokratie“. In: Brockhaus. Bd. 2: Anau. – Ausv. 21. Auflage. Leipzig und Mannheim: F. A. Brockhaus.

Aristoteles: Politik. 10. Auflage. München: dtv, 2006.

Aristoteles: Metaphysik Buch 8.6 Stuttgart: reclam.

Arneson, Richard: „Rawls, Responsibility, and Distributive Justice“. In: Salles, Maurice/Weymark, John A. (Hrsg.): Justice, Political Liberalism, and Utilitarianism: Themes from Harsanyi, Cambridge: Cambridge University Press, zitiert nach Anderson, Elizabeth S.: „Warum eigentlich Gleichheit?“ In: Krebs, Angelika (Hrsg.): Gerechtigkeit oder Gleichheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2000.

Arneson, Richard: „Desert and Equality“. In: Holtug, Nils/Lippert-Rasmussen, Kasper (Hrsg.): Egalitarianism. New Essays on the Nature and Value of Equality. Oxford: Oxford University Press, 2007.

Aurelius Augustinus: Vom Gottesstaat. München: dtv Verlag, 1977

Bärsch, Claus-Ekkehard: Die politische Religion des Nationalsozialismus. München: Wilhelm Fink Verlag, 1998.

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe einer politischen Unterscheidung. Berlin: Klaus Wagenbach Verlag, 1994.

Bolz, Norbert: Diskurs über die Ungleichheit. München: Wilhelm Fink Verlag, 2009.

Butterwegge, Christoph: SPD und Staat heute. Westberlin: Verlag Das Europäische Buch, 1979.

Coase, Ronald: The Firm, the Market and the Law, Chicago, 1988.

- Dann, Otto: „Gleichheit“. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhard (Hrsg.): Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart: Klett Verlag, 1979.
- De Tocqueville, Alexis: Democracy in America. Chicago: University Press, 2000.
- De Tocqueville, Alexis: Über die Demokratie in Amerika. München: dtv, 1976.
- „Deutscher Bundestag“. In: Holzapfel, Klaus-J. (Hrsg.): Kürschners Volkshandbuch. 118. Auflage. Rheinbreitbach: Neue Darmstädter Verlagsanstalt, 2010.
- Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2005.
- „Egalitäre Gesellschaft“ In: Wörterbuch der Ethnologie. Berlin: Dietrich Remer Verlag, 1999.
- Ernste, Dominik/Erdmann, Vera/Kleineberg, Tatjana: „Mythos 3: Massenhafter Abstieg aus der Mittelschicht ist die Regel“. In: Roman Herzog Institut e. V. (Hrsg.): Mythen über die Mittelschicht in Deutschland. Information Nr. 9. München 2011.
- Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949. Stuttgart: DVA, 1983.
- Falter, Jürgen: Hitlers Wähler. München: C. H. Beck Verlag, 1991.
- Falter, Jürgen/Klein, Markus: Der lange Weg der Grünen. München: C. H. Beck Verlag, 2003.
- Fischer, Joschka: Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September. Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2007.
- Frankena, William: „The Concept of Social Justice“. In: Brandt, Richard (Hrsg.): Social Justice. New Jersey: Prentice Hall, 1962.
- Frankfurt, Harry: „Gleichheit und Achtung“. In: Krebs, Angelika (Hrsg.): Gleichheit oder Gerechtigkeit. Texte der neuen Egalitarismuskritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2000.
- Frohlich, Norman/Oppenheimer, Joe: Choosing Justice. An Experimental Approach to Ethical Theory. Berkeley: University of California Press, 1992.
- Gerhard, Wolfgang: Für Freiheit und Fairness. Publikationsbroschüre der Friedrich-Naumann-Stiftung. 5. Auflage, 2008.

- Goebbels, Joseph: Aus den Tagebüchern 1942–1943. Hrsg. v. Louis P. Lochner. Zürich 1948.
- Goebbels, Joseph: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. v. Elke Fröhlich. München/New York/Paris 1987.
- Gosepath, Stefan: Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2004.
- Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1945–1949. Bd. I. Berlin: Dietz Verlag, 1959.
- Haacke, Stefanie: Zuteilen und Vergelten. Figuren der Gerechtigkeit bei Aristoteles. Wien: Turia und Kant, 1994.
- Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände 9. Berlin: Suhrkamp, 2010.
- Herwig, Dagmar: Gleichbehandlung und Egalisierung als konkurrierende Modelle von Gerechtigkeit. München: Wilhelm Fink Verlag, 1984.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. 851.–855. Auflage. München: Eher Verlag, 1943.
- Hobbes, Thomas: Leviathan. Hrsg. v. Iring Fetscher. Neuwied und Berlin: Suhrkamp, 1966.
- Höffner, Joseph: Christliche Gesellschaftslehre, Kevelaer: Butzon und Bercker, 1997.
- Holtug, Nils: „Prioritarianism“. In: Holtug, Nils/Lippert-Rasmussen, Kasper (Hrsg.): Egalitarianism. New Essays on the Nature and Value of Equality. Oxford: Oxford University Press, 2007.
- Jesse, Eckhard/Lang, Jürgen: Die LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei. München: Olzog Verlag, 2008.
- Kersting, Wolfgang: John Rawls zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag, 2001.
- Kersting, Wolfgang: Die Bedeutung der Gerechtigkeit. München: Roman Herzog Institut e. V. 2010.
- Kersting, Wolfgang: Verteidigung des Liberalismus. 2. Auflage. Hamburg: Murmann, 2010.
- Kleinert, Hubert: Aufstieg und Fall der Grünen. Bonn: J. H. W. Dietz Verlag, 1992.

- Knoll, Manuel: Aristokratische oder Demokratische Gerechtigkeit. Die politische Philosophie des Aristoteles und Martha Nussbaums egalitaristische Rezeption. München: Wilhelm Fink Verlag, 2009.
- Knoll, Manuel: „Nietzsches Begriff der sozialen Gerechtigkeit“. In: Abel, Günther/Simon, Josef/Stegmaier Werner (Hrsg.): Nietzsche Studien. Internationales Jahrbuch für die Nietzsche Forschung. Bd. 38. Berlin: Walter de Gruyter Verlag, 2009.
- Leuschner, Udo: Die Geschichte der FDP. Münster: Mosenstein und Vannerdat, 2005.
- Liebig, Stefan: „Modelle und Befunde der empirischen Gerechtigkeitsforschung in Deutschland am Beispiel der Einkommens- und Steuergerechtigkeit“. In: Empter, Stefan/Vehrkamp, Robert (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit. Eine Bestandsaufnahme. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2007.
- Liebig, Stefan/Schlothfeld, Stephan: „Das Grid-Group-Paradigma und sein Beitrag für die interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung“. In: Liebig, Stefan/Lengfeld, Holger (Hrsg.): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, 2002.
- Lindner, Christian: „Freiheit und Fairness“. In: Rösler, Phillip/Lindner, Christian (Hrsg.): Freiheit: gefühlt, gedacht, gelebt. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Micus, Matthias: „Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG“. In: Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Spier, Tim/Walter, Franz (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden: VS Verlag, 2007.
- Miller, David: Grundsätze sozialer Gerechtigkeit. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, 1999.
- Nagel, Thomas: Eine Abhandlung über Gleichheit und Parteilichkeit. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag, 1994.
- Niclauß, Karlheinz: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. 2. Auflage. Paderborn: Schöningh UTB, 2002.
- Nietzsche, Friedrich: „Fünf Vorreden zu ungeschriebenen Büchern. Der griechische Staat“. In: Colli, Giorgio/Montinari,azzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche.



Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuauflage.  
München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999.

Nietzsche, Friedrich: „Jenseits von Gut und Böse“. In: Colli, Giorgio/Montinari, Mazzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuauflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999.

Nietzsche, Friedrich: „Menschliches Allzumenschliches“. In: Colli, Giorgio/Montinari, Mazzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuauflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1999.

Nietzsche, Friedrich: „Zur Genealogie der Moral. Erste Abhandlung: ‚Gut und Böse‘, ‚Gut und Schlecht‘“. In: Colli, Giorgio/Montinari, Mazzino (Hrsg.): Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Neuauflage. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1999.

Nozick, Robert: „Die Anrechtstheorie“. In: Horn, Christoph/Scarano, Nico (Hrsg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002.

Nozick, Robert: Anarchie, Staat, Utopia. München: Olzog Verlag, 2006.

Nussbaum, Martha: Der aristotelische Sozialdemokratismus. In: Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.): Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999.

Ollenhauer, Erich: Zum Godesberger Grundsatzprogramm. Reden und Aufsätze. Berlin: J. H. W. Dietz, 1977.

Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Die Neuzeit. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen. Stuttgart: Verlag J. B. Metzler, 2006.

Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler. München: Rütten und Loening, 1965.

Platon: Nomoi. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2003.

Platon: Politeia. Hamburg: Rowohlt, 1958.

Platon: Politeia. Stuttgart: Reclam, 1958.

Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD. 8. Auflage.  
Bonn: J. H. W. Dietz Verlag, 2002.

- Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der SPD vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg. Bonn/Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft, 1959.
- Rauschning, Herrmann/ Mann, Golo: Die Revolution des Nihilismus. Zürich: Europa Verlag, 1964
- Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979.
- Rawls, John: „Verteilungsgerechtigkeit“. In: Horn, Christoph/Scarano Nico (Hrsg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002; engl. Original: Distributive Justice. In: Laslett, P./Runciman, W. G. (Hrsg.): Philosophy, Politics and Society. Oxford: Blackwell, S. 52–82
- Rosenberg, Alfred: Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Erstes Buch. Das Ringen der Werte. 33.–34. Auflage. München: Hoheneichen Verlag, 1934.
- Rousseau, Jean-Jacques: Diskurs über die Ungleichheit. 5. Auflage. Paderborn: UTB Verlag, 2001.
- Rüthers, Bernd: „Umgestaltung von Rechtsordnungen“. In: Arntz, Joachim/Haferkamp, Hans-Peter/Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg: LIT Verlag, 2006.
- Saalfeld, Thomas: Parteisoldaten und Rebellen. Fraktionen im Deutschen Bundestag. Opladen: Leske + Budrich, 1995.
- Schiller, Christof: Das Oberlandesgericht Karlsruhe im Dritten Reich. Berlin: Duncker & Humblot, 1997.
- Schmitt, Carl: „Nationalsozialismus und Rechtsstaat“. In: Juristische Wochenschrift. Organ des Deutschen Anwaltsvereins Körperschaft. Leipzig: Moeser Verlag, 1934.
- Schönbohm, Wulf: „Die CDU wird moderne Volkspartei“. In: Gotto, Klaus/Hockerts, Hans Günther/Morsey, Rudolf; Schwarz Hans-Peter (Hrsg.): Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Stuttgart: Klett-Cotta, 1985.
- Schröder, Rainer: „Zivilrechtspraxis im Nationalsozialismus“. In: Arntz, Joachim/Haferkamp, Hans-Peter/Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg: LIT Verlag, 2006.
- Sen, Amartya: Inequality Reexamined. Cambridge: Harvard University Press, 1992.

- Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. 3. Auflage. München: dtv, 2005.
- Sturm, Daniel Friedrich: Wohin geht die SPD? München: dtv, 2009.
- Thamer, Hans-Ulrich: „NS-Justiz und Täterforschung“. In: Arntz, Joachim/Haferkamp, Hans-Peter/Szöllösi-Janze, Margit (Hrsg.): Justiz im Nationalsozialismus. Positionen und Perspektiven. Hamburg: LIT Verlag, 2006.
- Tormin, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 3. Auflage. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag, 1968.
- Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme seit 1861. Göttingen: Muster-schmidt Verlag, 1968.
- Treue, Wolfgang: Die deutschen Parteien. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 1961.
- Turner, Henry: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers. Berlin: Siedler Verlag, 1985.
- Van Hüllen, Rudolf: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Bonn: Bouvier Verlag, 1990.
- Walter, Franz: Die SPD. Berlin: Alexander Fest Verlag, 2002.
- Zolleis, Udo: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

## Internetquellen

1. Grundsatzprogramm der CDU von 1978. URL: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Beschluesse/1978\\_Grundsatzprogramm\\_Ludwigs-hafen.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1978_Grundsatzprogramm_Ludwigs-hafen.pdf) [Stand: 1.12.2011].
  2. Grundsatzprogramm der CDU von 1994. URL: [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Beschluesse/1994\\_Grundsatzprogramm\\_Hamburg.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1994_Grundsatzprogramm_Hamburg.pdf) [Stand: 1.12.2011].
  3. Grundsatzprogramm CSU von 2007. URL: <http://www.csu.de/dateien/partei/gsp/grundsatzprogramm.pdf> [Stand: 11.10.2011].
59. Bundesparteitag der FDP: Die gerechte Steuer: Einfach, niedrig und sozial. URL: <http://www.hermann-otto-solms.de/files/6186/BPT-Nettokonzept-1.pdf> [Stand: 17.12.2011].
- Blair, Tony/Schröder, Gerhard: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair. 8. Juni 1999. URL: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> [Stand: 28.10.2011].
- Bündnis 90/Die Grünen: 1977–1979. URL: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/1977-1979.html> [Stand: 28.7.2011].
- CDU/CSU Junge Gruppe im Bundestag: Deutschland – Generationengerecht! URL: <http://www.cducusu.de/upload/jg031020.pdf> [Stand: 20.10.2011].
- CIA: The World Fact Book. URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2172.html> [Stand: 9.3.2011].
- Déclaration des droits de l'homme et du citoyen / Erklärung der Menschen und Bürgerrechte. URL: [http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erkl%E4rung\\_der\\_Menschen-\\_und\\_B%FCrgerrechte.html#Artikel\\_1](http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Erkl%E4rung_der_Menschen-_und_B%FCrgerrechte.html#Artikel_1) [Stand: 6.5.2011].
- DIE LINKE: Satzung der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. URL: <http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattformderparteidielinke/satzungderkommunistischenplattformderparteidielinke/> [Stand: 10.11.2011].
- Dregger, Alfred: Rede von Alfred Dregger auf dem Düsseldorfer Parteitag, 25.–27. Januar 1971, Protokoll. URL: <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/>

Protokolle\_Bundesparteitage/1971-01-25-27\_Protokoll\_18.Bundesparteitag\_Duesseldorf.pdf [Stand: 9.11.2011].

Entwurf der Grundsatzkommission der FDP. „Verantwortung für die Freiheit“. URL: <http://www.chancen-fuer-morgen.de/aktuelles/wp-content/uploads/Freiheitsthesen.pdf> [Stand: 3.1.2012].

FDP-Bundestagsfraktion: Koalitionsvertrag schließt Mindestlohn aus. URL: <http://www.fdp-fraktion.de/Koalitionsvertrag-schliesst-Mindestlohn-aus/2875c3718i1p6/index.html> [Stand: 1.12.2011].

FDP-Fraktion-Bayern: Kostenfreies Kindergartenjahr längst auf der Agenda. URL: <http://www.fdp-fraktion-bayern.de/Kostenfreies-Kindergartenjahr-laengst-auf-Agenda/9673c15698i1p/index.html> [Stand: 1.12.2011].

Focus: Gehälter. URL: [http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/gehaelter\\_aid\\_111927.html](http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/gehaelter_aid_111927.html) [Stand: 18.11.2011].

Frankfurt, Harry: „Equality as a Moral Ideal“. In: Ethics, Vol. 98, Chicago: University of Chicago Press, 1987. URL: [http://www.law.upenn.edu/academics/institutes/ilp/prioritarianism\\_papers/Session3Frankfurt.pdf](http://www.law.upenn.edu/academics/institutes/ilp/prioritarianism_papers/Session3Frankfurt.pdf) [Stand: 22.4.2010].

Freiburger Thesen der FDP, 1971. URL: [http://chronik.fnst.de/files/77/Freiburger\\_Thesen.pdf](http://chronik.fnst.de/files/77/Freiburger_Thesen.pdf) [Stand: 8.12.2011].

Gegen-hartz.de: Hartz IV Regelsatz. URL: <http://www.gegen-hartz.de/hartzivregelleistung.php> [Stand: 25.2.2011].

Grundsatzprogramm Bündnis 90/DIE GRÜNEN. URL: [http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm\\_die\\_zukunft\\_ist\\_gruen.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/68/68425.grundsatzprogramm_die_zukunft_ist_gruen.pdf) [Stand: 4.8.2011].

Grüne Bundestagsfraktion, 16. Wahlperiode: Der Armut keine Chance. Existenz sichern, Teilhabe garantieren, Selbstbestimmung ermöglichen. URL: [http://www.gruenebundestag.de/cms/publikationen/dokbin/284/284362.broschuere\\_der\\_armut\\_keine\\_chance.pdf](http://www.gruenebundestag.de/cms/publikationen/dokbin/284/284362.broschuere_der_armut_keine_chance.pdf) [Stand: 8.9.2011].

Grüne Bundestagsfraktion: Den Sozialstaat stark machen. URL: [http://www.gruene-bundestag.de/cms/soziales/dok/385/385940.den\\_sozialstaat\\_starkmachen.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/soziales/dok/385/385940.den_sozialstaat_starkmachen.html) [Stand: 4.8.2011].

Heppenheimer Proklamation 1948. URL: [http://www.freiheit.org/files/288/1948\\_Heppenheimer\\_Proklamation.pdf](http://www.freiheit.org/files/288/1948_Heppenheimer_Proklamation.pdf) [Stand: 2.12.2011].

- Herrmann, Joachim: Verfassungsschutz muss Linkspartei beobachten. Interview mit der BILD Zeitung vom 25.10.2011. URL: <http://www.bild.de/politik/inland/joachim-herrmann/bundesverfassungsschutz-muss-linkspartei-beobachten-20623324.bild.html> [Stand: 10.11.2011].
- Infratest Dimap. URL: <http://www.infratest-dimap.de/service/faqs/> [Stand: 21.10.2010].
- ISJP at Humboldt University. URL: <http://www.isjp.de/> [Stand: 9.11.2010].
- Klein, Dieter: „Zeitgemäße sozialistische Programmatik oder brutalstmögliche Totalkritik“. In: Neues Deutschland 23/2001. URL: <http://www.rosalux.de/publication/13816/zeitgemaesse-sozialistische-programmatik-oder-brutalstmoegliche-totalkritik-1.html> [Stand: 12.11.2011].
- Lafontaine, Oskar: „Wir haben noch große und schwere Aufgaben vor uns“. Rede auf dem 1. Bundesparteitag vom 24. und 25. Mai 2008. URL: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/archiv/1parteitag2008/reden/oskarlafontaine/?PHPSESSID=37728b31e3ea04d9a3ed2bf9868c5e4b> [Stand: 9.11.2011].
- Lösche, Peter: Ende der Volksparteien. URL: [http://www.bpb.de/publikationen/J8RNNA,0,Ende\\_der\\_Volksparteien\\_Essay.html](http://www.bpb.de/publikationen/J8RNNA,0,Ende_der_Volksparteien_Essay.html) [Stand: 6.8.2011].
- Macke, Carl Wilhelm: Ein Meister des Dialogs. Zum Tod von Norberto Bobbio. URL: <http://www.hirzel.de/universitas/archiv/mackebobbio.pdf> [Stand: 13.6.2010].
- Marx, Karl: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei 1875. URL: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1875/kritik/randglos.htm>. [Stand: 7.5.2011].
- Merkel, Angela: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel am „Tag des deutschen Familienunternehmers“, 11.6.2010. URL: [http://www.bundeskanzlerin.de/nn\\_683608/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-11-familienunternehmen.html](http://www.bundeskanzlerin.de/nn_683608/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-11-familienunternehmen.html) [Stand: 11.10.2011].
- Özdemir, Cem/Schick, Gerhard: Der Verteilungskrise entgegenwirken – die dritte Säule des Grünen New Deal. URL: [http://www.gerhardschick.net/images/stories/Wirtschaft\\_Arbeit/%F6zdemir\\_schick\\_soziale\\_saeule\\_gnd.pdf](http://www.gerhardschick.net/images/stories/Wirtschaft_Arbeit/%F6zdemir_schick_soziale_saeule_gnd.pdf) [Stand: 11.8.2011].

Parteiprogramm der Linken, Erfurt 2011. URL: [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf) [Stand: 18.11.2011].

Polaczek, Dietmar: Moral des Alters. Zum Tod des italienischen Rechtsphilosophen Norberto Bobbio. URL: <http://www.zeit.de/2004/04/Bobbio> [Stand: 13.6.2010].

Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus von 1993. URL: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/ADS/PDS-Parteiprogramm\\_1993.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ADS/PDS-Parteiprogramm_1993.pdf) [Stand: 12.11.2011].

Rheinische Post: Parteitag: SPD will Spitzensteuersatz erhöhen. URL: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/spd-will-spitzensteuersatz-erhoehen-1.2629917> [Stand: 7.12.2011].

Scharnagel, Benjamin: Die Agenda 2010. Eine wirtschaftspolitische Bilanz. URL: [http://www.bpb.de/publikationen/2GBMQR,0,Die\\_Agenda\\_2010%3A\\_Eine\\_wirtschaftspolitische\\_Bilanz.html](http://www.bpb.de/publikationen/2GBMQR,0,Die_Agenda_2010%3A_Eine_wirtschaftspolitische_Bilanz.html) [Stand: 21.7.2011].

Schröder, Gerhard: „Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben“. In: Die neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, 4/2000, hier Kapitel V. URL: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/namensbeitrag/58/11758/multi.htm> [Stand: 28.10.2011].

Schröder, Gerhard: Erklärung vor dem deutschen Bundestag vom 14.3.2003. Plenarprotokoll. URL: <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=1747&id=12> [Stand: 14.10.2011]

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Geschichte. Zwangsvereinigung. URL: [http://www.spd.de/linkableblob/5704/data/geschichte\\_zwangsvereinigung\\_sed.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/5704/data/geschichte_zwangsvereinigung_sed.pdf) [Stand: 27.5.2011].

SPD-Bundestagfraktion: Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb. Eine Schadensbilanz. URL: [http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,15017,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15017,00.pdf) [Stand: 14.10.2011].

Spiegel online vom 26.10.2005: Irans Präsident will Israel von der Landkarte tilgen. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,381752,00.html> [Stand: 19.8.2009].

Spiegel online: Mehrheit der Deutschen gegen Hartz-IV-Aufschlag. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,719638,00.html> [Stand: 7.5.2011].

Spiegel online: Umfrage in Deutschland. Leistung lohnt sich nicht. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,798150,00.html> [Stand: 16.11.2011].

Spiegel online: Die wichtigsten Fakten. Wer die meisten Steuern zahlt. URL: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/fotostrecke-58351-7.html> [Stand: 17.2.2011].

Staatsanwaltschaft Clark County Indiana: U.S. Executions since 1976. URL: <http://www.clarkprosecutor.org/html/death/usexecute.htm> [Stand: 2.9.2009].

Statistisches Bundesamt Deutschland: Sozialeleistungen, Soziale Sicherung. URL: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Sozialeleistungen/Sozialeleistungen.psml> [Stand: 28.1.2011].

Süddeutsche Zeitung: Grüne wollen Reiche stärker zur Kasse bitten. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesparteitag-in-kiel-gruene-fordern-radikalen-wandel-der-wirtschaft-1.1219398> [Stand: 1.12.2011].

Sueddeutsche.de: Franz Josef Strauß zum Aschermittwoch. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/franz-josef-strauss-zum-aschermittwoch-die-deftigsten-sprueche-1.300575-18> [Stand: 29.7.2011].

Valin, Frédéric: Die Beliebigkeit der Parteien. URL: <http://www.spreeblick.com/2009/09/22/die-beliebigkeit-der-parteien/> [Stand: 2.7.2010].

Wahlprogramm Bündnis 90/Die GRÜNEN 2009. URL: [http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm\\_komplett\\_2009.pdf](http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm_komplett_2009.pdf) [Stand 26.8.2011]

Wels, Otto: Rede zur Begründung der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. URL: <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/wels/index.html> [Stand: 26.5.2011].

Welt online: Gysi lehnt Vereinigung mit der SPD strikt ab. URL: <http://www.welt.de/politik/article4968491/Gysi-lehnt-Vereinigung-mit-der-SPD-strikt-ab.html> [Stand: 19.11.2011].

Westerwelle, Guido: Rede im Deutschen Bundestag am 25.2.2010. URL: [http://www.guido-westerwelle.de/files/328/Rede\\_Westerwelle\\_Sozialstaatsdebatte\\_25.02.10.pdf](http://www.guido-westerwelle.de/files/328/Rede_Westerwelle_Sozialstaatsdebatte_25.02.10.pdf) [Stand: 2.12.2011].



Westerwelle, Guido: „An die deutsche Mittelschicht denkt niemand“. In: Die Welt vom 11.2.2010. URL: <http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html> [Stand: 2.12.2011].

Wiesbadener Grundsätze der FDP 1997. URL: <http://www.fdp.de/files/565/wiesbadg.pdf> [Stand: 8.12.2011].

Wilhelm von Preußen: Thronrede vom 4. August 1918. URL: [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt\\_k13\\_bsb00003402\\_00013.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003402_00013.html) [Stand: 20.5.2011].

Zeit online: CSU sieht in Deutschland kein Einwanderungsland. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-10/csu-parteitag-einwanderung-integration> [Stand: 19.8.2011].

## **Zeitschriften und Zeitungen**

Beise, Marc: „Wirtschaftsminister, hurra!“ In: Süddeutsche Zeitung vom 11.5.2011.

Bundesverband Deutscher Banken: Deutschland im Wahl und Krisenjahr. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen im Auftrag des Bundesverbands deutscher Banken. 2009.

Calabresi, Guido: „Some Thoughts on Risk Distribution and the Law of Torts“. In: Yale Law Journal 70, 1961.

Eißel, Dieter: „Die Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland“. In: Buch, Ursula/Bernward, Debus (Hrsg.): Wochenschau. Einkommen und Vermögen. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag, Januar 2011.

Habermann, Gerd: „Der angepasste Liberalismus?“ In: Handelsblatt Nr. 155 vom 13./14.8.2010.

Institut der Deutschen Wirtschaft: „Sozialleistungen. Gefährdete Balance“ Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, Jg. 36 vom 28.1.2010.

Interview mit Gregor Gysi. In: Der SPIEGEL Nr. 51/1989 vom 18.12.89

„Kleinkrieg und keine Manieren.“ In: Süddeutsche Zeitung vom 8.11.2011.

Koch, Roland: „Arbeitspflicht!“ In: Wirtschaftswoche 3 vom 18.1.2010.

Schälike, Julius: „Levelling-up-Egalitarismus“. In: Höffe, Ottfried/Rapp, Christoph (Hrsg.): Zeitschrift für philosophische Forschung. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann, 2009.

Wörmann, Caroline: „Chipkarte darf nicht ablenken. Münchner Sozialreferentin mahnt höhere Hartz IV Sätze für Kinder an“. In: Münchner Merkur Nr. 195 vom 25.8.2010.

## **Eidesstattliche Versicherung**

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen benutzt habe.

Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder noch nicht veröffentlichten Quellen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Zeichnungen oder Abbildungen in dieser Arbeit sind von mir selbst erstellt worden oder mit einem entsprechenden Quellennachweis versehen.

Diese Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form noch bei keiner anderen Prüfungsbehörde eingereicht worden.

Datum, Unterschrift